C21734 E



Arbeiterkampf

Jahrg. 3 Nr. 36/26. Nov. 73
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50 Pf.

Panikmache ums Öl

Was steckt dahinter?

In den letzten Jahren hat die westdeutsche Bourgeoisie mehrere antiarabische Pressekampagnen gestartet, die nicht völlig wirkungslos geblieben sind. Die wichtigsten davon waren die während des Junikriegs von 1967 und die der palästinensischen Kommandoaktion während der Münchner Olympiade folgende antiarabische Hetzkampagne. Im Rahmen dieser Kampagne wurden unter anderem die palästinensischen Organisationen in der BRD GUPA und GUPS verboten.

Der jüngste israelisch-arabische Krieg wurde wiederum zum Anlaß einer solchen Hetzkampagne genommen. Im Gegensatz zu früher hat sie diesmal aber eine neue Stoßrichtung genommen und ist in einer Weise gesteigert worden, daß sie nur noch als reine Kriegshetze betrachtet werden kann. Zum Anlaß dieser neuen Qualität wurden Beschränkungen der Erdölzufuhr für pro-israelische Staaten (konkret Holland und die USA). In der gesamten Presse von der offen reaktionären bis hinüber zur etwas liberaleren Presse wird daraus nun in vollständiger Umkehrung der wirklichen Machtverhältnisse sowohl im Nahen Osten als auch auf dem Ölsektor die „arabische Erpressung" konstruiert. Tatsache ist aber, daß bisher kein Tropfen Öl in Westeuropa weniger angekommen ist als bisher. Eine Energiekrise existiert nur in dem reaktionären Blätterwald.

An der Energielage hat sich kurzfristig überhaupt nichts geändert. Wenn heute an Tankstellen weniger Benzin angeliefert wird, dann nur deshalb, weil das – vorhandene! – Öl bzw. Benzin künstlich zurückgehalten wird, um die Benzinpreise besser hochtreiben und damit die Profite steigern zu können, obwohl sich an den Benzinpreisen im Nahen Osten nichts geändert hat.

Ziel der jetzt stattfindenden Hetzkampagne ist die chauvinistische Ausrichtung der Bevölkerung, um in alter faschistischer Manier die Volksgemeinschaft zu schmieden.

Die Parallelen zur Nazi-Ideologie von der „jüdischen Weltverschwörung" ergeben sich sofort, wenn man sie vergleicht mit dem jetzigen Gerede von der „arabischen Erpressung".

Die antiarabische Kampagne soll weiter bewirken, daß sich die Bevölkerung mit dem Ziel der Imperialisten, das arabische Öl auch weiter zu kontrollieren, voll identifiziert, daß es zur Erreichung dieses Zieles gilt, den Gürtel enger zu schnallen, und daß angeblich Ursache von Preissteigerung und Arbeitslosigkeit nicht im Profitstreben der (Öl-)Monopole liegen, sondern verursacht werden durch die Politik der Araber.

Es ist nicht zu erwarten, daß die chauvinistische antiarabische Hetzkampagne wirkungslos verpufft. Dazu ist das Klassenbewußtsein in unserem Land viel zu schwach entwickelt, und das Klassenbewußtsein ist das einzige, was solch einer Kampagne wirksam entgegengesetzt werden kann. Es ist sogar zu erwarten, daß diese Kampagne massiv einschlägt.

Aus diesem Grunde wird im folgenden Artikel eine etwas ausführlichere und breite Analyse des Erdölimperialismus vorgenommen, die auch eine Einschätzung der verschiedenen arabischen Regime enthält. Sie soll den Genossen und anderen Lesern des ARBEITERKAMPFs die Argumente liefern, die notwendig sind, um den Lügen und Verdrehungen, mit denen die Kampagne geführt wird, wirkungsvoll mit Argumenten zu entgegnen. Nach der Analyse des Erdölimperialismus wird zusätzlich noch speziell auf die Hetzkampagne konkret eingegangen.

Diese Hetzkampagne ist in ihrer innenpolitischen Funktion nichts anderes als ein Riesenschritt nach vorne in der allgemein festzustellenden Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Sie wird in einer Weise geführt, daß sie als Legitimation einer direkten militärischen Intervention im arabischen Raum dienen kann.

vinistische Ausrichtung der Bevölkerung, um in alter faschistischer Manier die Volksgemeinschaft zu schmieden. | Legitimation einer direkten militärischen Intervention im arabischen Raum dienen kann.

DAS ERDÖLGESCHÄFT – VON BEGINN AN DER RÄUBERISCHSTE ZWEIG DES IMPERIALISMUS

Vor den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts bis in die 20er Jahre dieses Jahrhunderts belieferten die USA fast alle Länder mit Rohöl und Ölprodukten aus eigenen Vorkommen. Da die Erschöpfung dieser Vorkommen abzusehen war und Abhängigkeit von anderen Ländern drohte, garantierte das Außenministerium der USA 1919 jede Unterstützung für den Erwerb von Konzessionen im Ausland und sagte den politsichen Schutz hierfür den Wirtschaftsunternehmen zu.

Die englischen Imperialisten hatten jedoch in dieser Hinsicht die Nase vorn. Sie beuteten bereits 1912 Öl aus Persien aus. Hier hatte 1901 der Engländer Knox d' Arey für 20.000 Pfund (!) eine Konzession mit dem unbeschränkten Recht, auf dem gesamten Territorium Persiens die Ausbeutung des Öls vorzunehmen und alle diese Bodenschätze als sein Eigentum zu betrachten.

1909 wurde die AIOC (Anglo-Iranion Company) gegründet. Der Vorzug des persischen Öls lag darin, daß ein iranischer Bohrturm

Forts. Seite 2

GRIECHENLAND:

KAMPF GEGEN DIE DIKTATUR



Antifaschistische Arbeiter und Studenten demonstrieren durch Athen: „Tod dem Faschismus", „Nieder mit der Militärjunta" u.ä. waren ihre Kampflosungen



Immer wieder prügeln die Schlägergarden der Polizei Menschenansammlungen in Athen auseinander

Seit über sechs Jahren, seit dem Putsch vom April 1967, herrscht in | Mit den Studenten solidarisierten sich auch Arbeiter, vor allem Bau-

Seit über sechs Jahren, seit dem Putsch vom April 1967, herrscht in Griechenland die faschistische Diktatur. Seither ist der Widerstand gegen die Diktatur nicht erloschen. Das haben erneut die Kämpfe der Arbeiter und Studenten, vor allem in Athen, im November gezeigt.

Die Kämpfe begannen am Mittwoch, den 14. November : Studenten besetzten das schon im Januar dieses Jahres Schauplatz von politischen Kämpfen gegen die faschistische Diktatur war. Studenten in Saloniki und Patras solidarisierten sich mit den Athener Kommilitonen.

Am Freitag griff die Polizei erstmals die Studenten an, als diese sich zu einer Demonstration formierten. Mit den Studenten solidarisierten sich auch Arbeiter, vor allem Bauarbeiter. Im besetzten Polytechnikum war ein Rundfunksender ...installiert worden, über den der Sturz der Junta und die Errichtung eines demokratischen Griechenlands propagiert wurde.

In der Nacht zum Sonnabend ließ die Junta die besetzten Universitätsgebäude stürmen, wobei auch Panzer und Maschinengewehre eingesetzt wurden. Es gab die ersten Toten.

Am Sonnabend, den 17. November, wurde über das ganze Land das Kriegsrecht verhängt. Athen und andere Städte waren durch den massiven Aufmarsch des faschistischen Unterdrückungsapparats – Panzer,

Forts. Seite 5

DGB:

Propaganda–Kampagne für den Zionismus

Unter der Überschrift „Das Recht auf ein friedliches Leben" beginnt in der November-Ausgabe der „Gewerkschaftspost" (Zeitung der IG Chemie-Papier-Keramik) auf der ersten Seite ein Artikel zum Krieg in Nahost.

Gemeint ist natürlich ausschließlich das „Recht" Israels auf ein „friedliches Leben" – und nicht etwa das Recht des vertriebenen palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker, die als Nachbarn Israels das Opfer von dessen expansionistischer Politik sind. Das macht der Artikel gleich in den ersten Zeilen klar:

„In einem Telegramm an die israelische Gewerkschaft Histadrut unterstützte der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes uneingeschränkt das Recht des israelischen Volkes auf ein friedliches Leben innerhalb gesicherter Staatsgrenzen. Das könne aber nicht durch ständige kriegerische Auseinandersetzungen gewährleistet werden. Der DGB verurteile deshalb die aggressiven Handlungen, in die Israel jetzt verwickelt wurde."

In diesem Zusammenhang wird deutlich, was die DGB-Führer meinten, als sie kürzlich bei Gesprächen mit Vertretern osteuropäischer Gewerkschaften diesen vorhielten, *„daß die einseitige Unterstützung der arabischen Position durch die Regierungen dieser Länder in keiner Weise eine friedliche Lösung des Konflikts begünstigen kann..."* – „Unparteiisch" sollten sie sein, so wie der DGB – für Israel!!

Doch es kommt noch dicker. Im Inneren der „Gewerkschaftspost" findet sich ein „engagierter Beitrag" des führenden DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg (S.18). Während die DGB-Führung noch um eine gewisse „Seriösität" und „Zurückhaltung" bei der Stimmungsmache für Israel bemüht ist, macht Rosenberg aus seiner absolut pro-zionistischen Haltung kein Geheimnis, nach der bekannten englischen Devise „Right or wrong – it's my country".

Ihm macht es gar nichts aus, daß die UNO bereits 1967 (!) in der Resolution 242 Israel zur Räu-

Forts. Seite 6

IG Chemie Hamburg:

MASSENAUSSCHLUSSVERFAHREN GEGEN REICHOLD-KOLLEGEN

Die Hamburger IG Chemie-Führer sind offenbar jetzt vollkommen übergeschnappt und laufen Amok: Mit Schreiben vom 20. Nov. 73 kündigen sie 13 (dreizehn!) Arbeitern, Angestellten und Lehrlingen bei Reichhold-Albert-Chemie AG ein gewerkschaftliches Ausschlußverfahren wegen angeblicher „gewerkschaftsfeindlicher Aktivität" an!

Dies Schreiben (an die 13) wurde noch am Abend nach einer Mitgliederversammlung der Reichhold-Kollegen von den Gewerkschaftsführern aufgesetzt. Auf dieser Mitgliederversammlung ging die Politik der IG Chemie-Führer vollständig zu Bruch: In allen wesentlichen Fragen – insbesondere um die Neuwahl eines Vertrauenskörpers – erhielten sie eindeutige Abstimmungsniederlagen. Gegen Schluß wurde von Kollegen noch ein Ausschlußverfahren gegen den freigestellten Sekretär Freiherr Philipp von Kodolitsch beantragt und mehrheitlich angenommen. Dies war die Antwort der Versammlungs-Mehrheit auf die arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten, sowie die ständige Kommunistenhetze dieses IG Chemie-Sekretärs im letzten Jahr. Zur Zeit werden im Betrieb weitere Unterschriften für diesen gewerkschaftlichen Ausschlußantrag (gegen Kodolitsch) gesammelt. Mit den 13 Ausschlußverfahren hat die Gewerkschaftsführung jetzt versucht, den Spieß umzudrehen, nach der Devise: wer die Macht hat, hat das Recht.

Forts. Seite 19

Forts. Panikmache ums Öl

40 mal mehr leistete als ein venezolanischer, vom US-Bohrturm und vom Vergleich mit der Steinkohle ganz abgesehen. So beschloß die englische Regierung, ihre Marine von Kohle auf Erdöl umzustellen. Sehr schnell stellte sich, wie Churchill 1913 vor dem Parlament erklärte, die Regierung auch voll hinter die AIOC, so daß jeder Streit Persiens oder einer anderen Landes mit dieser Ölgesellschaft sofort eine Auseinandersetzung mit der damals größten Kolonialmacht der Welt bedeutet hätte.

Die Selbstkosten der Erdölförderung dieser Gesellschaft waren sehr niedrig. Sie betrugen weniger als 1 Dollar pro Tonne. Der Verkaufspreis war jedoch 19,22 Dollar pro Tonne. Bis 1933 strich die AIOC einen Reingewinn von 171 Mio. Pfund ein, wovon die iranische Regierung ganze 11 Mio. Pfund erhielt. So entwickelte sich die AIOC sehr schnell zu einem der größten Ölkonzerne der Welt und zur entscheidenden Macht in Persien. Die AIOC mischte sich immer stärker in die inneren Angelegenheiten Persiens ein, ernannte Beamte und Generalgouverneure. Der Erdölbezirk wurde wirtschafltich, verwaltungstechnisch und zollmäßig vom übrigen Land abgetrennt. Die AIOC finanzierte die persische Armee, organisierte reaktionäre Aufstände und bezahlte Schlägertruppen gegen streikende Arbeiter. Von dem Land, das sie für Bohrungen benötigte, vertrieb sie die Bauern. Für qualifizierte Tätigkeiten stellte sie ausschließlich Engländer ein, um das persische Volk daran zu hindern, die Ölförderung in eigene Hand zu nehmen.

Die Grundlage dieses Vorgehens war die politische, ökonomische und militärische Macht der englischen Imperialisten. Nirgends zeigten sich die Eigenschaften eines Monopols und das Verhältnis des Staates zu den Monopolen so deutlich wie bei den Ölkonzernen. Der Staat wird von den Monopolen in deren Interesse genutzt; er greift ein, wenn jemand Differenzen mit den Monopolen hat. Von Anfang an zeigte sich auch der Charakter des Ölimperialismus: Raub der Bodenschätze der Dritten Welt (in diesem Falle Erdöl), brutale Ausbeutung der hier beschäftigten Arbeiter, riesige Profite, Kontrolle der Landesregierung, Verwendung des Öls für militärische Zwecke zugunsten der Ziele der wendung des Öls für militärische Zwecke zugunsten der Ziele der Imperialisten, Streben nach vollkommener Kontrolle über den Rohstoff.

Große Unterschiede im Vorgehen der Ölimperialisten in englischen Kolonien und in formal unabhängigen Ländern (z.B. Persien) gab es nicht. Ob klassischer Kolonialismus Englands und Frankreichs, ob Neokolonialismus der USA – beide liefen auf dasselbe hinaus. Für die Massen war der Unterschied gering, wenn es überhaupt einen gab: Hungerlöhne, Terror gegenüber den Arbeitern durch staatliche und Konzern-Polizei.

Persien war nur das erste große Beispiel des heraufziehenden Ölimperialismus. Mit der Entdeckung weiterer Ölquellen – Irak 1922, Bahrein 1935, Saudi-Arabien 1939, Kuwait 1946, Syrien 1958, Algerien 1960, Libyen 1961 u.a. (die Jahreszahlen bezeichnen den jeweiligen Beginn der Förderung) – wiederholte sich das am Beispiel der AIOC aufgezeigte Vorgehen der Öl-Imperialisten in den anderen Ländern. Nur ein einziger Unterschied bestand: die imperialistischen Gegensätze beim Kampf ums Öl verschärften sich. Den amerikanischen Imperialisten gelang es, sich im Irak und Saudi-Arabien festzusetzen. 1928 steckten die englischen und amerikanischen Imperialisten zum erstenmal ihre Interessengebiete ab („Rote-Linie-Abkommen"), wonach Iran und Kuwait als englisches Interessengebiet festgelegt wurde und die USA Saudi-Arabien „erhielten". 1930 wurde in einem Geheimabkommen zwischen den sieben größten Erdölkonzernen das Erdöl-Kartell gegründet und Preise für Rohöl und Erdölprodukte festgelegt.

Das Nahostöl – Kampfobjekt der verschiedenen Imperialisten

Nach dem zweiten Weltkrieg gingen die USA daran, ihre neue Rolle als stärkste imperialistische Großmacht vor allem auch im Nahen Osten geltend zu machen. Daß die englischen Imperialisten 75 % der Erdölkonzessionen besaßen, entsprach nicht mehr dem geänderten Kräfteverhältnis. Schon während des Krieges wurden unter Roosevelt die entsprechenden Vorbereitungen getroffen.

1943 empfahl Truman „eine Expansion großen Ausmaßes der Gesellschaften in ausländischen Ölreserven durch US-Konzerne" und versprach jedwede Unterstützung. Man stellte fest, *„daß die Zukunft der Großmacht Öl nicht mehr auf dem amerikanischen Kontinent liegt. Der Schwerpunkt der Erdölproduktion verschiebt sich immer mehr aus dem Gebiet des Golfs von Mexico und dem Karibischen Raum (Venezuela) nach dem Gebiet rund um den Persischen Golf."* Dieses Gebiet ist ohnehin als Brücke zwischen den drei Kontinenten Asien, Afrika und Europa und als Bindeglied zwischen Mittelmeer und Indischem Ozean von fundamentaler strategischer Bedeutung. Und 1967 stellte der damalige US-Kriegsminister McNamara in diesem Sinne ganz konsequent fest:

„Der Nahe und Mittlere Osten ist für die USA von strategischer Bedeutung, weil sich hier politische, militärische und wirtschaftliche Einflüsse überschneiden, und weil das Erdöl in dieser Region für den Westen lebensnotwendig ist. Daher setzen wir uns stets für die Stabilität und stetige Weiterentwicklung im Nahen und Mittleren Osten ein. Wir haben auch ein großes Interesse daran, unsere Bündnisse mit Griechenland, der Türkei und Persien (wo überall der Faschismus herrscht, die Red.) **aufrecht zu erhalten, da diese drei Länder zwischen der Sowjetunion und den Häfen und Ölquellen des Mittleren Ostens liegen."**

Was die USA unter „Stabilität" verstehen, haben sie 1953 in Persien (und 1967 in Griechenland und 1971 in der Türkei) recht deutlich gezeigt: blutiges, faschistisches Militärregime und gnadenlose Ausbeutung. Die USA haben sehr deutlich gesehen, daß die Eroberung neuer Ölquellen zweierlie erfordert: die Unterdrückung der auf nationaler Kontrolle des Öls (und allgemein sämtlicher eigenen Bodenschätze und der nationalen Wirtschaft) gerichteten nationalen Befreiungsbewegungen und die Zurückdrängung richteten nationalen Befreiungsbewegungen und die Zurückdrängung der anderen Imperialisten, vor allem der englischen. In Persien konnten die US-Imperialisten beides geschickt miteinander verbinden.

Voraussetzung des Ölimperialismus: brutale Unterdrückung der Bestrebungen nach nationaler Kontrolle, z.B. Persien 1953

1951 war hier die Regierung Mossadegh – auf demokratische Weise – an die Regierung gekommen, verstaatlichte die englischen Ölkonzerne und bot Verhandlungen über Entschädigungen an. Außerdem forderte die neue Regierung die Ausbildung persischer Fachkräfte für die Tätigkeiten, die bisher ausschließlich Engländern vorbehalten blieben. Daraufhin boykottierten die englischen Ölmonopole (BP und Royal Dutch/Shell) das persische Öl und wichen auf anderes aus. Die USA unterstützten den Boykott und ermöglichten ihn dadurch erst. 1953 wurde Mossadegh durch einen CIA-Putsch gestürzt und der jetzige Schah von Persien, Mohammed Reza Pahlawi, eingesetzt. Die durch den Ölboykott des internationalen Öl-Kartells hervorgerufene wirtschaftliche Krise wurde dabei ausgenutzt.

Im übrigen wird auch in der bürgerlichen Presse zugegeben, daß der CIA Mossadegh gestürzt hat.

Gleichzeitig mit dem Putsch konnten die US-Ölkonzerne eine erhebliche Ausdehnung ihres persischen Anteils durchsetzen. Sie wurden dadurch zur ersten Ölmacht im Nahen Osten und kontrollierten mittlerweile mehr als 50%.

Der Unsinn vom Gerede der Ölerpressung durch die Länder der Dritten Welt wird hier offensichtlich. Eine Ölerpressung gab es, aber sie ging von den Imperialisten aus. Nicht Persien kontrolliert sein Öl, sondern die AIOC kontrolliert das persische Öl. Daß es im Fall arabischer Länder nicht viel anders ist, wird sich noch zeigen.

Der Anteil der USA, englischen und sonstigen Gesellschaften aus der Erdölgewinnung im Nahen und Mittleren Osten	1937	1946	1948	1949	1950	1951	1955	1956
Der Anteil der US-Gesellschaften (in %)	13,8	31,7	44,9	46,9	45,3	58,0	58,2	63,0
Der Anteil der engl. Gesellschaften (in %)	78,8	64,9	58,5	51,6	52,2	38,8	35,5	31,7
Der Anteil der übrigen Gesellschaften (in %)	7,4	3,4	1,6	1,5	2,5	3,2	6,9	5,3

Nach 1945: Kontinuierliche Ausdehnung des Ölraubs...

Die Nachfrage nach Öl ist seit seiner Verwendung als Energiequelle rapide gestiegen. Öl ist Rohstoff wichtiger Industrien (z.B. Kunststoff, Teer u.a.) und zur Zeit die bedeutendste Industriequelle für die gesamte Industrieproduktion, für das Transportwesen und für die hochgezüchteten Militärapparate. Die Hauptverbraucher des Erdöls sind die entwickelten Industrieländer. Andererseits liegt aber der größte Teil des Erdöls in den Staaten der Dritten Welt, vor allem im Nahen Osten, aber auch in Venezuela,

Welt-Erdölproduktion

(in 1000 t)	1971	1972*
USA	530 385	532 000
Sowjetunion	376 992	394 000
Saudi-Arabien	223 515	285 500
Iran	227 346	254 000
Venezuela	184 921	167 400
Kuwait	146 787	152 000
Libyen	132 250	105 000
Nigeria	75 306	89 500
Kanada	75 025	87 500
Irak	84 000	67 000
Indonesien	44 5[illegible]	54 000
Algerien	36 346	52 000
Abu Dhabi	44 797	50 000
Neutrale Zone	29 118	30 000
China	25 500	29 600
Qatar	20 201	23 300
Mexico	21 920	22 600
Argentinien	21 494	22 150
Australien	14 373	15 105
Rumänien	13 794	14 000
Oman	14 106	13 600
Ägypten	14 706	11 000
Kolumbien	11 127	10 400
Brunei	6 528	9 200
Brasilien	8 376	8 400
Dubai	6 252	7 500
Indien	7 191	7 500
Trinidad	6 690	7 400
Angola	5 830	7 200
Westdeutschland	7 420	7 120
Gabun	5 794	6 600
Sinai	6 000	6 000
Syrien	5 254	5 300
Übrige	38 453	44 714
	2 472 318	2 598 914

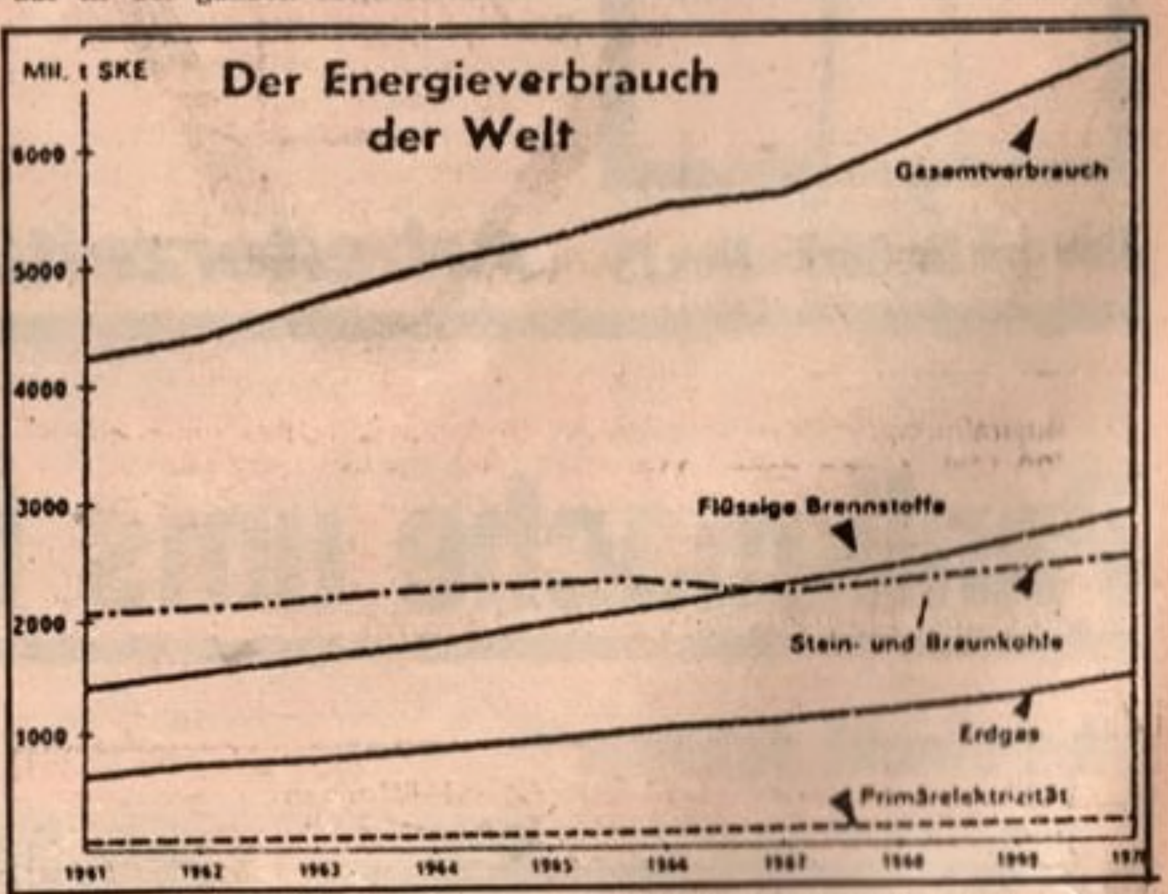
* Vorläufige Zahlen

Nigeria, Indonesien u.a. Außerdem besitzen die USA und die Sowjetunion sehr viel Öl und beide sind in der Lage, sich weitgehend selbst zu versorgen. Dies trifft jedoch nicht für Westeuropa und Japan zu.

...durch Umstellung von Kohle auf Öl

Die Nachfrage nach Öl ist aber nicht nur Ergebnis gesteigerten Energiebedarfs der entwickelten Industriestaaten. Die westlichen Industriestaaten betrieben insbesondere eine Politik, andere Energiequellen (vor allem Kohle) immer mehr durch Öl zu ersetzen, da Öl sehr viel billiger ist. Mittlerweile beträgt der Erdölanteil an der Weltenergieproduktion etwa 60% (42% Erdöl, 19% das bei der Erdölproduktion freiwerdende Erdgas).

Das billigste und qualitativ beste Erdöl kommt aus dem Nahen Osten (einschließlich der nordafrikanischen arabischen Staaten). Von den westlichen Imperialisten wurde – auf der Basis der **vollständigen** Kontrolle nicht nur des arabischen Öls – eine Politik der Umstellung von Kohle auf Öl betrieben. Ganz logisch ist es dann auch, wenn nun überhaupt keine Verfahren entwickelt wurden, aus Kohle Öl bzw. Gas herzustellen (Kohlehydrierung). Es wurde also davon ausgegangen, daß das in der ganzen nicht-sozialistischen Welt vorhandene Öl auch weiterhin einzig und allein von den Ölmonopolen ausgebeutet wird und ihnen uneingeschränkt zur Verfügung steht.



Sollte das nicht der Fall sein, holt man es sich nach bewährten Mitteln mit Gewalt (durch eine militärische Intervention oder durch Sturz einer mißliebigen Regierung: wie in Persien 1953, Libanon 1958, Ägypten 1956 und 1967, Algerien 1954 bis 1962, Indonesien 1965 u.a.).

Daß dazu eine entsprechend umfangreiche Militärmaschinerie, die „ganz nebenbei" selbst wieder viel Öl frißt, notwendig ist, stört die Imperialisten keineswegs. Sie ist ohnehin Quelle neuer Profite.

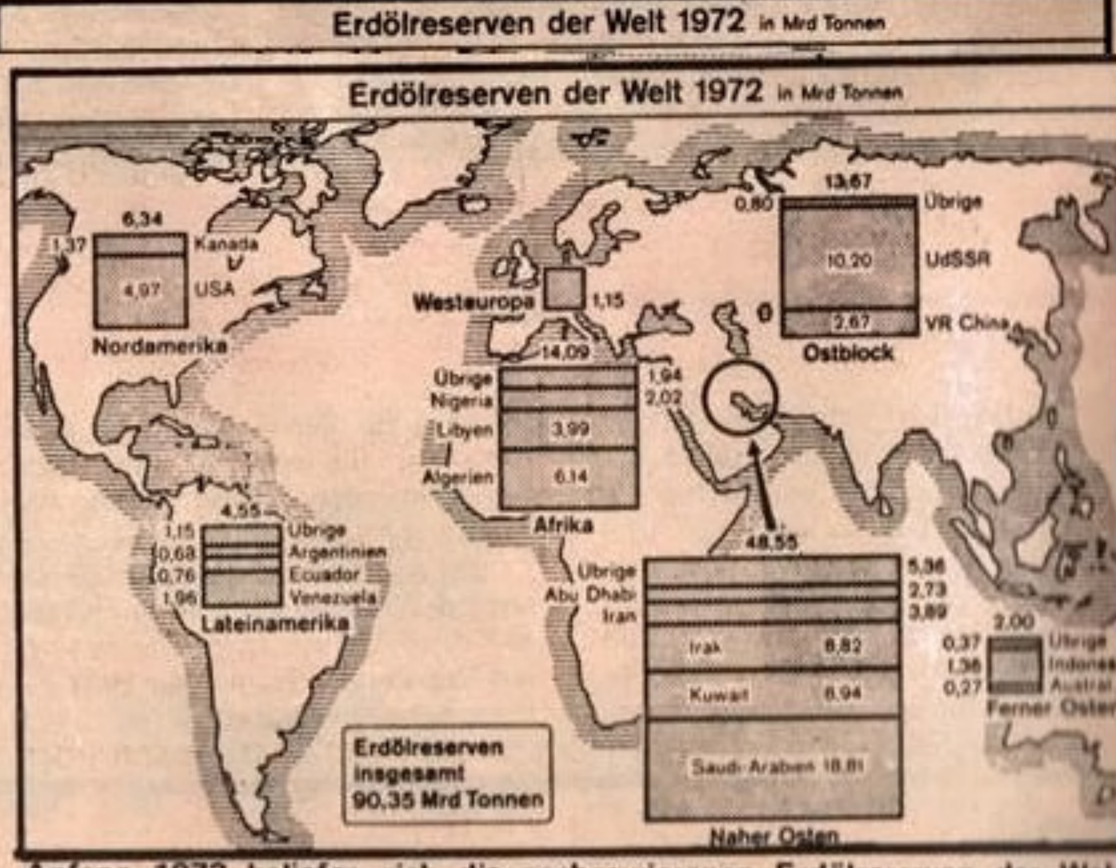
Allein in den letzten zehn Jahren hat sich der Energiebedarf verdoppelt, was eine erhebliche Zunahme der Abhängigkeit von arabischem Öl zur Folge hat. Für diese Abhängigkeit können die Araber gar nichts. Sie sind dafür nicht verantwortlich. Dabei wuchs der Ölbedarf Westeuropas erheblich schneller als der der USA (1960: 200 Mio. Tonnen, 1969: 550 Mio., Schätzung für 1980: eine Milliarde). Der Bedarf der BRD lag wiederum weit über europäischem Durchschnitt und vervierfachte sich innerhalb von zehn Jahren (1960: 33 Mio., 1970: 129 Mio.). (Siehe auch Tabelle)

Hamburger Innensenator Klose verplappert sich

Auf der SPD-Veranstaltung in Hamburg-Billstedt vom 15.11.73 mit dem Thema „Hamburg vorn" erklärte der Hamburger Innensenator Klose (SPD) folgendes:

„Ich möchte noch etwas Aktuelles zur Ölkrise sagen. Nach meiner Meinung – ich kann das natürlich jetzt nicht beweisen – besteht überhaupt keine Ölknappheit. Ich weiß, daß die BRD bis zum heutigen Tag noch keinen Tropfen Öl weniger erhalten hat als vorher. Ganz im Gegenteil – es mußte sogar ein Öltanker auf der Elbe wieder umkehren, da keine Möglichkeit zum Löschen bestand. Das Gerücht von der Ölkrise ist in die Welt gesetzt im Interesse der Ölkonzerne, die vor diesem Hintergrund ohne Protest die Preise heraufsetzen."

(Das Zitat ist nicht wörtlich, sondern gibt den Inhalt wieder, vergleiche dazu auch die „Mopo" vom 23.11.73, wo Kloses Ausführungen im Kommentar von Peter Maahn erwähnt werden.)

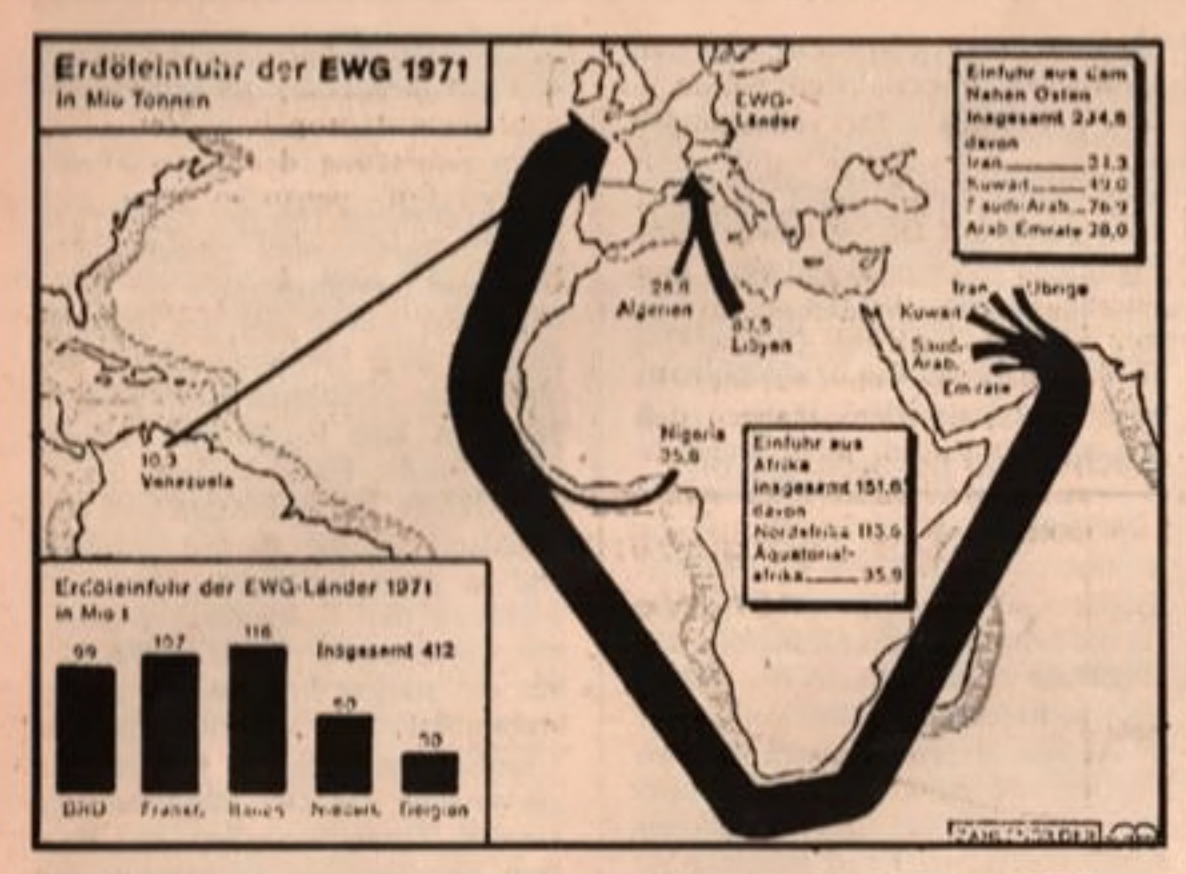


Anfang 1973 beliefen sich die nachgewiesenen Erdölreserven der Welt auf rd. 90 Mrd. t; damit hat sich der festgestellte Reservebestand seit 1960 mehr als verdoppelt. Über die mächtigsten Ölvorkommen verfügen die Länder des Nahen Ostens, in deren Gebiet mehr als die Hälfte (54 %) der Ölreserven lagert. Größere Ölvorräte von jeweils rd. 14 Mrd. t wurden bisher in Afrika und in den Ostblockländern nachgewiesen. Die erst vor wenigen Jahren festgestellten Ölvorräte in Alaska werden mit rd. 5 Mrd. beziffert, während die im Festlandsockel der Nordsee entdeckten Ölfelder höchstens einen Ertrag von 1 Mrd. t versprechen.

Wieviel Öl gibt es auf der Welt?

Die Rohölvorkommen der Welt werden zur Zeit auf 80 bis 90 Milliarden Tonnen geschätzt, davon allein zwei Drittel im Persischen Golf und weitere zehn Prozent im arabischen Afrika. Der Rohölbedarf der USA wird 1980 ca. 1,2 Mrd. Tonnen betragen, davon maximal 0,8 Mrd. Tonnen aus eigener Produktion (einschließlich der neuen Quellen in Alaska). Im selben Jahr wird der westeuropäische Verbrauch nach Schätzung des Texaco-Präsidenten Eply genau so hoch sein, wovon über 90% importiert werden müssen (auch wenn die Nordseefunde ausgebeutet werden). Japan wird 1980 ca. 0,5 Mrd. Tonnen brauchen, die alle eingeführt werden müssen. Der Bedarf arabischen Öls wird also 1980 über zwei Mrd. Tonnen pro Jahr allein von den USA, Westeuropa und Japan betragen. Bei gutgeschätzten 60 Mrd. Tonnen des arabischen Öls (das persische immer eingerechnet) wären diese Ölquellen in 30 Jahren aufgebraucht, wobei noch angenommen wurde, daß der Ölbedarf nach 1980 nicht mehr steigen würde, oder daß der darüber hinaus wachsende Bedarf durch neue Funde gedeckt wird. (Den Reichtum neuer Funde kann man natürlich nicht im voraus einschätzen. Bisher war es jedoch so, daß der Reichtum neuer Funde pro Jahr den bisherigen Ölbedarf pro Jahr bei weitem wettgemacht hat. Es ist aber nicht so, daß die

Forts. Seite 3



Die Mineralölimporte der EWG-Länder erhöhten sich 1971 um 6 Mill. t auf 420 Mill. t, von denen 116 Mill. t nach Italien, 107 Mill. t nach Frankreich, 99 Mill. t in die Bundesrepublik und 90 Mill. t in die Benelux-Staaten gingen. Einschließlich der Eigenförderung standen der Europäischen Gemeinschaft 424,3 Mill. t Rohöl zur Verfügung; das entsprach einem Anteil an der Weltölförderung von 17 Prozent.



Forts. Panikmache ums Öl

neuen Funde nun immer nur in Arabien liegen).

Weiter wurde angenommen, daß weder die Sowjetunion noch die VR China noch irgendwelche Länder der Dritten Welt irgendwann auch nur einen Liter Öl importieren würden. Die VR China betreibt heute – und das wird sich in nächster Zeit nicht ändern – auch in Hinsicht auf die Energie eine Politik des Sich-Stützens auf die eigene Kraft. Es ist aber zu erwarten, daß die Sowjetunion heute nicht nur Selbstversorger, sondern Hauptlieferant des gesamten RgW und zusätzlicher Ölexporteur in den Westen – in Zukunft auch Erdöl importieren wird (Schätzung für 1980: 100 Mio. Tonnen = zehn Prozent der westeuropäischen Importe) und daß andere RgW-Länder sich um anderes Öl als sowjetisches kümmern müssen. Der zukünftige Ölbedarf der übrigen Welt ist schwer einzuschätzen, wird aber in Ländern wie Australien, Süd-Afrika u.a. nicht gering sein. Die Ursache dafür, daß die übrige Welt so wenig Öl braucht, ist einzig und allein die Tatsache, daß diese Länder von den imperialistischen Ländern in totaler Abhängigkeit und Unterentwicklung gehalten werden. Weiter ist unbestritten, daß neue Energiequellen (wie in Alaska, Nordsee, sibirische Sumpfgebiete, brasilianisches Amazonasbecken, Süd-Vietnam und Kambodscha) erheblich teurer sein werden, weil das Öl entweder von schlechterer Qualität ist oder widrige Naturumstände, Kälte, Sumpf usw., die Förderung verteuern.

Die Rolle anderer Energiequellen

Bezüglich anderer Energiequellen wäre zu sagen: Kohle ist noch in riesigem Ausmaß vorhanden und würde den Energiebedarf für mehrere hundert (!) Jahre decken. Der Kohleabbau aber ist zurückgegangen. (Siehe auch ARBEITERKAMPF Nr. 32 ff., Artikelserie: Krise im Steinkohlenbergbau).

Die Uranvorkommen in der Welt sind beschränkt und können für nicht mehr als 50 Jahre den jetzigen Energiebedarf decken. Die Energiegewinnung durch Kernfusion (Wasserstoffbombenprinzip) ist technisch noch völlig ungelöst. Sie wäre jedoch von Rohstoffen völlig unabhängig, da Wasser genug vorhanden ist.

Das Ergebnis dieser Fakten ist:

1.) **die Energiekosten werden auf lange Sicht steigen,**
2.) **die imperialistische Konkurrenz um das Erdöl, vor allem um das arabische, wird sich in der nächsten Zeit ganz erheblich verschärfen**
3.) **die westlichen Imperialisten werden sich einig sein in dem Kampf, weitgehend alleiniger Förderer und Verbraucher des Öls arabischer und anderer Länder der dritten Welt zu sein**
4.) **das arabische Öl wird in Zukunft nicht mehr in dem Maße und zu den Preisen wie heute fließen bzw. nicht in den selben Zuwachsraten wie seit 1945.**

DIE ÖLKONZERNE – DIE WAHREN INHABER DES ÖLMONOPOLS

Keine Industrie der Welt ist so monopolisiert wie die Erdölindustrie. 70% der kapitalistischen Welterdölproduktion und 50% der kapitalistischen Ölraffinierung werden von nur sieben Konzernen beherrscht. Es sind dies: die Standard Oil of New Jersey (Esso), Socony Mobil Oil, Gulf Oil Corporation, Texaco, Standard Oil of California (alle USA), die englische BP und Royal Dutch/Shell (60% holländisch, 40% englisch). Diese sieben Konzerne bilden seit 1930 das durch das Achnacharry Abkommen (ein Geheimabkommen) gegründete Welterdölkartell. In diesem Abkommen wurden die Preise festgelegt (eine wirkliche Preiskonkurrenz zwischen diesen Konzernen findet daher kaum noch statt) und das arabische Öl aufgeteilt. Es versteht sich von selbst, daß diese Aufteilungen sich dauernd ändern – je nach dem Kräfteverhältnis zwischen den einzelnen Konzernen und den dahinter stehenden imperialistischen Ländern. Neben diesem Ölkartell gibt es noch die CFP (Conféderation Française des Petróles), deren hauptsächliche Beteiligungen in Algerien und im Irak liegen. Außerdem gibt es noch mehrere größere und viele kleinere Erdölkonzerne.

Zwei Drittel der Erdölproduktion der kapitalistischen Welt liegen in der Hand von US-Konzernen. Sie beherrschen auch mehr als die Hälfte des arabischen Öls, obwohl der größte Teil dieses Öls nicht in die USA, sondern nach Westeuropa und Japan geht.

Die amerikanischen Ölkonzerne sind neben den drei großen US-Automobilkonzernen auch die größten Monopole der USA und der Welt insgesamt.

In der Regel bilden diese sieben Ölkonzerne zusammen mit einigen anderen großen und auch kleineren Konzernen jeweils eine zentrale Gesellschaft für die verschiedenen Länder (Persien, Saudi-Arabien, Kuwait usw.; z.B. AIOC oder ARAMCO = Arabian American Company), wobei die Anteile nach einem vereinbarten Schlüssel aufgeteilt bzw. geändert werden.

Die Profitraten der Ölkonzerne : Die höchsten der Welt!

Die Profitraten der Ölkonzerne sind die höchsten, die es auf der ganzen Welt überhaupt gibt. Investitionen amerikanischen Privatkapitals werfen in der Regel einen Gewinn von 2,5% ab, in Westeuropa hingegen 7,9%, in Venezuela 14%, im arabischen Raum über 50%, speziell in Saudi-Arabien 81% und in Kuwait 130%.

Diese Profitraten werden von den Ölgesellschaften zugegeben und sind nicht Zahlen, die nur von arabischer oder kommunistischer Seite errechnet worden sind.

So schrieb z.B. das „Wall Street Journal" über ARAMCO in Saudi-Arabien (rein amerikanisch):

„Ihre Rohölreserven sind doppelt so groß wie in den gesamten USA.
Wenn man ihre sorgsam gehüteten
Wenn man ihre sorgsam gehüteten Geschäftsbücher veröffentlichen würde, erführe man, daß sie die höchste Profitrate aller Unternehmen mit Millionengewinnen in der ganzen Welt hat." Der größte Teil des Profits wird in die Heimatländer der Gesellschaften zurücküberwiesen und nicht in den Ländern, die die Quelle des Profits bilden, investiert. Auch die „Ölscheichs" legen ihre Gewinne, die ihnen die Gesellschaften zugestehen, im westlichen Ausland (vor allem in der Schweiz und in London) an. Das macht gerade ihren Charakter als Kompradorenbourgeoisie aus, die im Gegensatz zu einer nationalen Bourgeoisie nicht daran interessiert sind, das Geld im Lande anzulegen, um damit eine eigene Industrie aufzubauen. Die Scheichs und die ausländischen Imperialisten stehen in dieser Frage in einer gemeinsamen Front gegen die nationale Bourgeoisie.

Die Gesellschaften verkaufen das verarbeitete Öl für durchschnittlich acht bis neun Dollar pro Tonne. Die Gebühren und Steuern, die man den Regierungen der Herkunftsländer zahlt, betragen durchschnittlich 85 Cent pro Tonne. Die Kosten für die Bearbeitung reichen von sechs Cent pro Tonne in Kuwait, bis 14 Cent im Iran, dagegen 50 Cent in Venezuela und 3,10 Dollar in Kanada. Die USA beziehen zwar nur wenig ihres Erdöls aus dem Nahen Osten (sie sind zu über 90% Selbstversorger), andererseits kontrollieren US-Konzerne mehr als 50% des arabischen Öls und versuchen, ihren Einfluß immer weiter auszudehnen. Selbst nach relativ geringfügigen Ölvorkommen strecken diese Konzerne ihre Hand aus. Es geht hier um eine „langfristige Ölaußenpolitik" und darum, das Erdölmonopol aufrecht zu erhalten und auszudehnen.

Die US-Kontrolle über das Nahostöl – Voraussetzung für die Kriegspläne der USA

Das Nahostöl ist jedoch nicht nur die Basis des amerikanisch-englischen Erdölmonopols, sondern auch die Basis des weltweiten Paktsystems der USA (NATO, CENTO, CEATO; ANZUS). Ganz offen schrieb 1953 die Zeitung „US-News And World Report":

„Im Nahen Osten sind das Erdöl und die Luftstützpunkte für uns von Interesse. Der Nahe Osten stellt die Ausgangsposition für die strategischen Pläne des Westens dar. Die Ausnutzung des Nahen Ostens als Luftstützpunkt ist ein zentraler Bestandteil des Kriegsplanes der Alliierten."

Vom Nahen Osten – und nicht von den USA aus – wird der größte Teil der US-Auslandstruppen mit Öl beliefert.

WO ES AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG GIBT, DA GIBT ES AUCH WIDERSTAND

Die rigorose Ausbeutung des Öls durch die westlichen Imperialisten ist natürlich bei den Völkern des Nahen Ostens auf Widerstand gestoßen. Am Beispiel Persiens wurde schon gezeigt, wie die USA hier reagiert haben, nämlich durch einen CIA-Putsch. Der größte Teil des US-kontrollierten Öls (auch des englischen!) liegt in ausgesprochen feudalistischen Ländern wie Saudi-Arabien, den Scheichtümern und Persien. Die USA garantieren die Existenz dieser reaktionären Monarchien mit allen Mitteln (bzw. versuchen es). In diesen Ländern sind alle demokratischen Rechte verboten, freie politische Parteien nicht zugelassen. Jede Massenbewegung wird mit faschistischem Terror verfolgt. Diese Länder besitzen relativ riesige Armeen, deren Funktion es ist, gegen das Volk eingesetzt zu werden. Die Armeen haben hinreichend ihre Untauglichkeit im Kampf gegen Israel bewiesen.

Es konnte daher nicht ausbleiben, daß sich einige der arabischen Länder (konkret: Irak (1958), Syrien, Ägypten (1952), Sudan (1961), Libyen (1969), Algerien (1962) und Jemen) von solchen reinen Marionetten der Imperialisten gelöst haben und versuchen, einen selbständigen Weg zu gehen, der in der Regel der kapitalistische Weg ist (Ausnahme vielleicht VR Südjemen). Mit Ausnahme von Algerien (und auch Jemen) kamen diese Regimes durch einen Putsch nationalistischer Offiziere an die Macht, im Falle Alge-
rien und Jemen dagegen, die vorher
rien und Jemen dagegen, die vorher französische bzw. englische Kolonien waren, durch einen bewaffneten Volkskrieg.

Die Antwort der Imperialisten: militärische Intervention und Krieg

Die Imperialisten haben jedoch immer – und nicht immer erfolglos – versucht, einen solchen Regimewechsel zu verhindern. So z.B.:

1956 - England, Frankreich und Israel greifen Ägypten an. Nasser, durch Sturz von König Faruk 1952 an die Macht gekommen, verstaatlichte kurz zuvor den Suez-Kanal.

1958 - Libanon: Die USA intervenierten militärisch im Libanon und die englischen Imperialisten in Jordanien, um die Ausdehnung des arabischen Nationalismus auf diese beiden pro-westlichen Länder zu verhindern. Kurz zuvor hatte im Irak der Nationalist Kassem den reaktionären Monarchen König Feisal gestürzt. Israel drohte mit dem Krieg, falls König Hussein von Jordanien ebenfalls gestürzt würde.

1954 - 1962 Kolonialkrieg Frankreichs gegen Algerien

1967 - Israels Blitzkrieg, nachdem mehrere arabische Länder, allem voran Syrien, eine schärfere antiimperialistische Politik angekündigt hatten. Die Syrer lehnten es zu dieser Zeit u. a. ab, das Öl durch die wichtige, durch Syrien laufende TAP-Pipeline durchzulassen. Außerdem hatte die syrische Regierung zwei CIA-Putschversuche niedergeschlagen.

1970 - In Jordanien schlagen Beduinentruppen des Monarchen Husseins mit US-Waffen die Palästinenser in einem Bürgerkrieg nieder. Israel steht zum Eingriff bereit, falls das Unternehmen scheitern sollte.

Die Liste ist nicht vollständig!

Die Eisenhowerdoktrin

Der Kampf der USA gegen die nationalistischen Diktaturen im arabischen Raum – vor allem gegen Nasser, der lange Zeit exponiertester Vertreter des arabischen Nationalismus gewesen war – entwickelten die USA eine eigene Doktrin, die „Eisenhowerdoktrin" (vom 5.1.1957). Die Eisenhowerdoktrin entwickelte folgenden Gedankengang: 1. Sie erklärte, daß nach Suez ein „Einflußvakuum" im Nahen Osten entstanden sei, das die USA auszufüllen die Pflicht hätten, um ein „Eindringen des völkerfeindlichen Kommunismus" zu verhüten. 2. Dementsprechend würden die USA allen jenen arabischen Regierungen ihre Hilfe anbieten, die an einem „Aktionsprogramm gegen die kommunistische Gefahr" teilzunehmen bereit seien und hierzu wirtschaftliche und militärische „Hilfe" vom Westen nehmen wollten. 3. Nahziel dieser Aktion sollte die Isolierung des „gefährlichen Kommunistenschützlings" Nasser sein, Instrument hierzu die Ausweitung des Bagdadpakts (=CENTO-Pakt) und tatkräftige Unterstützung für Frankreichs „Befriedungs-Politik" in Nordafrika (gemeint war Frankreichs Kolonialkrieg gegen Algerien).

Unter der Parole des Antikommunismus wurde damals der Kampf gegen den arabischen Nationalismus geführt. Saudi-Arabien unterstützte als wichtigstes Land diese Doktrin. Der eigentliche Inspirator der Doktrin war auch die in diesem Land tätige Aramco gewesen.

Die Erfahrungen zeigen folgendes:

Die USA, Israel und die reaktionären Monarchen und Scheichs aus Jordanien, Saudi-Arabien, Persien, Kuwait und den Emiraten bilden eine Einheitsfront, wenn es darum geht, den Imperialisten und Erdölmonopolen das alleinige Verfügungsrecht über die Ölquellen zu erhalten. Die USA und Israel sind immer bereit, auch mit Waffengewalt einzugreifen, wenn es um den Bestand dieser reaktionären Regimes geht und haben es mehrfach getan. Sie greifen aber nicht nur dann ein. Suez 1956 und Libanon 1958 haben gezeigt, daß sie unter Umständen bereit sind (je nach ihrer Einschätzung der Zweckmäßigkeit und möglichen Durchführbarkeit) auch schon dann einzugreifen, wenn von diesen Regimen einzelne allzu antiimperialistische Maßnahmen durchgeführt werden, oder wenn die Gefahr besteht, daß ein neues nationalistisches Regime an die Macht kommt.

Man könnte hier einwenden, daß auch die reaktionären Monarchien sich an Kriegen gegen Israel beteiligt haben und daß diese auch einen „Ölboykott" durchführen. Daß sich diese Monarchien an den Kriegen beteiligt haben, ist, formal gesehen, richtig. Im allgemeinen haben sie jedoch nur Truppen von geringer Anzahl (z.B. Saudi-Arabien stellte in diesem Krieg ein Kontingent von 2.500 Mann) geschickt, die militärisch völlig bedeutungslos waren. Ebenso Jordanien.

Ihre Kriegsteilnahme hat einzig und allein die Funktion, die arabischen Massen, die die Kriegsteilnahme verlangen, zu täuschen. Eine offen pro-israelische oder pro-amerikanische Haltung würde diese reaktionären Monarchen sehr schnell von ihren Thronen hinwegfegen. Die Armeen dieser Länder dienen einzig und allein der faschistischen Unterdrückung der arabischen Volksmassen. Von Israel waren diese Armeen immer am leichtesten zu zerschlagen.

Ganz analog verhält es sich mit dem sogenannten Ölboykott. Wie schon gezeigt wurde, kann das arabische Öl nicht ewig so fliessen wie bisher. Irgendwann einmal muß eine Beschränkung der Lieferungen durchgeführt werden. Um wiederum die Massen zu täuschen, werden zum Anlaß solcher Beschränkungen die Kriege mit Israel genommen, weil sie dann sagen können, „wir verwenden das Erdöl als Waffe gegen Israel". Bisher sind aber solche „Ölboykotte" (vor allem nach dem Juni-Krieg 67) sehr schnell wieder aufgehoben worden. In der Regel beteiligten sich nicht alle daran. Einige sprangen

Forts. Seite 4

Forts. Panikmache ums Öl

recht schnell ab, was die anderen zum Anlaß nahmen, ebenfalls abzuspringen, „weil er ja durchbrochen und damit wirkungslos geworden ist". Auch zeigte sich, daß in der Frage des Ölboykotts nur kurzfristig einheitlich verfahren wurde.

Die Gründe der Uneinheitlichkeit der arabischen Länder!

Eine Einheitlichkeit im arabischen Vorgehen ist unter den heutigen Bedingungen absolut ausgeschlossen. Das liegt zum einen daran, daß die Mehrzahl der arabischen Regierungen als reine Marionetten der Imperialisten angesehen werden müssen. Sie stützen sich einzig und allein auf den ausländischen Imperialismus. Täten sie das nicht, würden sie schon lange nicht mehr existieren.

Im Falle von Jordanien ist das offensichtlich, es trifft aber auch für Saudi-Arabien, Persien und die Emirate zu. Diese Regierungen sind zu einem Kampf gegen den Imperialismus weder fähig noch willens. Ihre riesigen Konten auf Schweizer Banken, ihre riesigen Moscheen, ihr großer Harem und ähnliches bilden keine ökonomische Basis, von der aus sie den Imperialismus bekämpfen könnten.

Aber auch unter den nationalistischen Diktaturen ist keine Einigkeit festzustellen und zu erwarten. Einig sind sie sich nur in der Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Bauern dieser Länder. Diese Regimes stützen sich auf eine ökonomisch schwache nationale Bourgeoisie, die der imperialistischen Konkurrenz in keiner Hinsicht gewachsen ist, ohne mit ihr grundsätzlich brechen zu wollen. Das ist gerade der Unterschied zu nationalen Befreiungsbewegungen wie z. B. in Vietnam. In der Regel sind sie selbst in einem einzigen Land gespalten in so entscheidenden Fragen wie der Taktik gegenüber den imperialistischen Ländern, in der Frage, wie weit sie gehen sollen und mit welchen Imperialisten ein Bündnis am zweckmäßigsten ist. Besonders in Syrien und auch im Irak putschten die nationalistischen Offiziere sehr häufig gegeneinander. Uneinig sind sich aus diesen Gründen auch die nationalistischen Regimes der verschiedenen Länder, ist doch die Basis ihrer Herrschaft sehr unterschiedlich. Bisher sind auch alle Versuche, eine Vereinigung Ägyptens mit Syrien oder Libyen oder Sudan zu einer VAR (Vereinigte arabische Republik) immer gescheitert. So können die verschiedenen Länder von den Imperialisten sehr leicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die historischen Erfahrungen zeigen, daß für Länder der Dritten Welt der selbständige kapitalistische Weg unmöglich ist. Dem Imperialismus gelang es bisher immer, Länder, die einen solchen Weg zu gehen versuchten, wieder voll unter ihre Kontrolle zu bringen. D. h. jedoch nicht, daß es nicht immer wieder Länder der Dritten Welt gibt, die erneut einen solchen Versuch unternehmen. Dies ist sogar gesetzmäßig. Die Kommunisten müssen in solchen Fällen in der Auseinandersetzung dieser Länder mit dem Imperialismus eindeutig für diese Länder Partei ergreifen.

Die Ölverhandlungen mit der OPEC

1957 begannen die Ölkonzerne, ihre Monopolstellung ausnutzend, die Rohölpreise zu senken, um damit die Profite zu steigern. Es versteht sich von selbst, daß die Benzinpreise nicht gleichzeitig gesenkt wurden. Im Februar 1959 setzten sie die Rohölpreise pro Barrel (= 159 l) auf 1.86 Dollar und im August 1960 auf 1.78 Dollar fest. Das verminderte natürlich die Einnahmen der fördernden Länder. Unter diesen Umständen wurde die OPEC (= Organisation of Petroleum Exporting Countries) gegründet. Die arabischen Ölländer allein bilden die OAPEC. Der OPEC gehören an: Iran, Irak, Kuwait, Katar, Abu Dhabi, Saudi-Arabien, Libyen, Algerien und Indonesien, Venezuela und Nigeria. Die OPEC setzte sich zum Ziel, die Verluste der Erdölexportierenden Länder auszugleichen und den Preis für das Rohöl heraufzusetzen. Zuerst versuchten die Konzerne, die OPEC zu ignorieren. Sie gingen dann dazu über, sich durch ihre Vasallenstaaten (Iran, Saudi-Arabien) Einfluß auf die OPEC zu nehmen, um eine direkte Konfrontation zu vermeiden.

Auf ihrer Konferenz 1970 beschlossen die OPEC-Länder weitergehende Forderungen:
1) Die Versteuerung der Reingewinne der Ölkonzerne bei der Rohölförderung von 50 auf 55 % zu erhöhen.
2) Eine Vereinheitlichung der Preise auf dem Level des Höchstpreises eines Landes vorzunehmen.
3) Den Rohölgrundpreis in einem Maße, der der Erhöhung des Preises für Ölprodukte entspricht, zu steigern.

Die Gründe für eine Steigerung des Ölpreises nach vielen Jahren von eingefrorenen Ölpreisen sind folgende:
1) Die Steigerung des Ölbedarfs, vor allem des westeuropäischen und japanischen, und dementsprechend auch die Stärkung von Ölkonzernen, die nicht im Ölkartell drin sind.
2) Die US-Konzerne haben gar nicht soviel dagegen, wenn die westeuropäischen und japanischen Kapitalisten, die ja die Hauptabnehmer dieses Öls sind, mehr bezahlen müssen, denn die US-Konzerne tragen die Preiserhöhung einfach weiter.
3) Bei allzu harter Position könnten einige arabische Länder zu nahe in die Hände der Sowjetunion getrieben werden.
4) Der Dollar, die Berechnungsbasis, ist international in seinem Wert gesunken (30 %). Entsprechend wurde der Rohölpreis erhöht.

Insgesamt konnten die OPEC-Länder ihre Forderungen nicht durchsetzen.

Bei den Verhandlungen treten im allgemeinen beide Seiten nicht geschlossen auf. Zwischen den Konzernen gibt es Interessengegensätze (Konkurrenz bei der Ausbeutung) und auf Seiten der Förderländer wird in sehr unterschiedlichem Maße gegen die Imperialisten gekämpft. Vor allem besteht eine Spaltung zwischen den reaktionäreren Golfstaaten und den etwas fortschrittlicheren Mittelmeerstaaten (Algerien, Libyen).

Eine direkte Beziehung zwischen den in den Verhandlungen hier festgelegten Preisen und den Endpreisen gibt es nicht. Die Konzerne erhöhen – je nach Marktlage und Möglichkeit, so z. B. vor allem jetzt in der von ihnen erzeugten Hysterie – die Preise, und die Förderländer versuchen dann nachzuziehen. Im Grunde genommen ist es das gleiche wie mit den Lohnverhandlungen. Genauso wie die Arbeiter den gestiegenen Preisen und Profiten hinterherlaufen, ohne jedoch – soweit sie sich auf den rein ökonomischen Kampf beschränken – die Kapitalistenklasse daran hindern zu können, Profite zu machen, so ist es auch hier. Wird der Preis des Rohöls heraufgesetzt, so erhöht der Konzern die Preise, aber nicht nur dann. Für den Kapitalisten besteht ohnehin kein prinzipieller Unterschied zwischen Rohprodukten und Arbeitern. Beide verursachen Kosten, die so gering wie möglich zu halten sind. Im rein ökonomischen Kampf sitzt der Kapitalist eben immer am längeren Hebel.

Zur Frage der Verstaatlichung

Einige arabische Länder, vor allem der Irak und Libyen, verstaatlichen dann und wann wieder mal einen Ölkonzern, in der Regel mit Entschädigung, oder verlangen eine nationale Beteiligung von 51 %. Dadurch muß sich aber nichts Prinzipielles ändern. Die Konzerne können – wenn die Verträge und die Preise entsprechend sind – auch dann noch rieisge Profite machen. Der Imperialist wird in solchen Fällen auch gar nichts Wirksames dagegen unternehmen, ist er doch aus der direkten Schußlinie. Genau wie in vielen Fällen die „Entkolonialisierung" nichts an der tatsächlichen Ausbeutung geändert hat, genausowenig muß eine Verstaatlichung so etwas tun. In Fällen von Marionettenregierungen (z. B. Persien, wo so etwas auch gemacht wird), ändert sich dadurch fast gar nichts. Etwas komplizierter ist es bei den nationalistischen Staaten. Hier können die Imperialisten durch wirtschaftlichen Gegendruck und militärische Einschüchterung (Aufmarsch der Flotte vor der Landesküste u. ä.) schon einiges erreichen: Denn die Regierungen dieser Länder wollen ja nicht prinzipiell mit der imperialistischen Bourgeoisie brechen (so wird z. B. Sadat selbst von Springers „Welt" als proamerikanisch eingestuft). Und die ausgehandelten Verträge mit den verstaatlichten Firmen sind dann auch danach. Letztlich bestimmen tut das Kräfteverhältnis.

Die jetzige Strategie der Imperialisten: Israel als Brückenkopf und Ausbau des Irans zum Wächter am persischen Golf!

Wie schon an anderer Stelle ausgeführt wurde, nehmen die Imperialisten es sehr wichtig, eine Strategie für die Erhaltung ihrer Kontrolle der Ölgebiete zu entwickeln. Sie wollen auch nicht jedesmal selbst militärisch in Aktion treten, sondern sich im Hintergrund halten und die Hauptarbeit ihren Verbündeten in diesem Raum überlassen. Es ist klar, daß sie sich aber sehr intensiv auf eigene Interventionen vorbereiten. So war in der „FR" vom 30.5.73 folgende Meldung zu lesen: **„Der amerikanische Senator William Fulbright hat vor kurzem ein aufregendes, aber realistisches Zukunftsbild gezeichnet: er deutete an, daß eine amerikanische Intervention im Nahen Osten nicht undenkbar sei. Die Energiekrise und die zunehmende Abhängigkeit des Westens vom Nahosterdöl könnte zu einem militärischen Einschreiten der USA oder seiner ‚Helfer' Iran oder Israel, führen, um die Ölgebiete zu besetzen."**

Schon der Begründer des Zionismus, Theodor Herzl, hat ja in seiner Schrift „Der Judenstaat" 1895 für Israel diese Rolle empfohlen. Er schrieb: **„Wenn Seine Majestät, der Sultan, uns Palästina gäbe** (damals war Palästina türkisch, später schrieb er ähnliche Bitten an den englischen König, d. Red.), **könnten wir uns anheischig machen, die Finanzen der Türkei zu regeln. Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen."** Israels Funktion besteht heute, wie seit seiner Gründung, darin, die Monarchie in Jordanien zu garantieren, die palästinensische Befreiungsbewegung niederzuhalten und den Kurs der nationalistischen Regimes in Syrien und Ägypten zu mäßigen (wie 1956,
Ägypten zu mäßigen (wie 1956,
1967 und auch jetzt nach dem letzten Krieg) und vor allem eine sozialistische Entwicklung in diesen Ländern zu verhindern. Daß dies für Israel ein Interventionsgrund ist, daran haben sie selbst nie einen Zweifel gelassen.

Die andere wichtigste Stütze des Imperialismus ist der Iran. Man muß hier noch bemerken, daß vor drei Jahren der britische Imperialismus seine militärischen Positionen im Persischen Golf geräumt hat, so daß Persiens Rolle hierdurch gewachsen ist. Seit dem Mossadegh-Sturz war Persien ohnehin schon ein Hort der Reaktion in diesem Raum und beteiligte sich am CENTO-Pakt und unterstützte die Eisenhowerdoktrin. Zur Wahrnehmung dieser Rolle ist es auch deshalb besser geeignet (als z. B. Saudi-Arabien), weil es ein nichtarabisches Land ist und nicht in derselben Weise die Gefahr eines nationalistischen Staatstreiches besteht. Seine geographische Lage ist ideal. Der Schah hat auch immer offen gesagt: **„Persien ist bereit, die die Rolle Englands für die Sicherheit am Persischen Golf zu übernehmen."** oder noch deutlicher und aggresiver: **„Wir haben nicht nur nationale und regionale Verantwortung, sondern auch eine Weltrolle als Wächter und Beschützer von 60 % der Erdölreserven der Welt ... "** Persien hat auch sofort nach dem Abzug der englischen Marine drei strategisch wichtige Inseln im Persischen Golf besetzt. Zur Rolle des Iran äußerte der stellvertretende US-Außenminister Sisco vor dem US-Senat im August 1972:

„Abgesehen von der traditionellen Zusammenarbeit zwischen den USA und Großbritannien auf internationaler Ebene und der Gemeinsamkeit ihrer Interessen in den Gebieten am Persischen Golf, pflegen die USA eine langjährige Freundschaft zu den Hauptmächten in diesem Gebiet. Ich meine den Iran und Saudiarabien, die an der Stabilität und an einer kontinuierlichen Entwicklung der Golfgebiete genauso wie wir interessiert sind. .. Wir haben ein starkes Interesse an einem breiten Markt, der von ideologischen Unruhen gesäubert ist. Unsere Politik verfolgt das Ziel, durch eine intensive Zusammenarbeit mit dem Iran, Saudiarabien, Kuwait und den kleineren Staaten am Persischen Golf, die Ruhe und Ordnung in der Region aufrechtzuerhalten. ... In Bezug auf die Sicherheit haben wir bereits seit Jahren zur Modernisierung und Stärkung der militärischen Streitkräfte in Iran und Saudiarabien große Hilfe geleistet. Damit soll den Regimen in diesen Ländern die Möglichkeit gegeben werden, selbständig in diesen Ländern und in den Golfgebieten im allgemeinen für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Bei der Organisation der Kräfte in den Golfgebieten und der Sicherheit der Ölausfuhr in die Verbraucherstaaten erhält der Iran auf Grund seiner Bevölkerungszahl, seiner militärischen und ökonomischen und seiner geographischen Lage natürlich eine eindeutige Vorrangstellung."

Dieses Sisco-Zitat ist letztlich nichts anderes als die Anwendung der Nixondoktrin auf diese Region. Sie formuliert die in Vietnam praktizierte, aber gescheiterte Politik, Asiaten gegen Asiaten kämpfen zu lassen.

Für solch eine Politik muß Persien natürlich entsprechend aufgerüstet werden. So sind für die nächsten zwei Jahre allein für Waffenkäufe aus den USA knapp zwei Mrd. Dollar vorgesehen – und zwar hochentwickelte Waffen, die z.T. nicht einmal die BRD von den USA erhält.
einmal die BRD von den USA erhält.

Als Voraussetzung für diese Politik wird Persien auch weit für ausländische Investitionen geöffnet und dadurch auch eine gewisse Industrie aufgebaut. Diese richtet sich aber ausschließlich an den ausländischen Interessen aus und darf nicht mit einem Versuch verwechselt werden, eine nationale Industrie aufzubauen, wie manchmal auch in linken Kreisen angenommen wird. Sie ist einzig und allein im Zusammenhang mit dem Ausbau Persiens zu einem Wächter am Persischen Golf zu sehen.

Hauptangriffspunkte dieser reaktionären Regimes sind zur Zeit – neben den fortschrittlichen Bewegungen im eigenen Land selbst – der Irak (auf Grund seiner guten Beziehungen zur Sowjetunion) und die Befreiungsbewegungen in Oman und Dhofar sowie die VR Südjemen. Es ist auch kein Zufall, daß R. Helms (Ex-CIA-Chef) US-Botschafter in Persien ist.

Die Maßnahmen mehrerer arabischer Staaten, das Öl nicht mehr so unbeschränkt laufen zu lassen, wurden in ausnahmslos allen Ländern des westlichen Imperialismus dazu genutzt, um eine in diesem Ausmaß noch nie dagewesene Hetze gegen die Araber zu starten, die ein Ausmaß erreicht hat, das in der Vergangenheit in der Regel bei weitem ausgereicht hat, um einen großangelegten Krieg gegen diese Länder zu führen.

HAMBURGER **Morgenpost**

Nr. 275/W. 47 • Sonnabend, 24. Nov. 1973 • 30 Pf • C 1986 A

Seuchen-Erpressung: Behörden schweigen!
Bericht Seite 6



Ein Tag ohne Auto! Was haben Sie Sie erlebt? Rufen Sie uns an! Morgen ab 13 Uhr

Oel-Krise spitzt sich zu

- **Gastarbeiter-Stopp**
- **Preis-Explosionen**
- **Kurzarbeit bei Opel**

Morgen Fahrverbot - runter vom Gas

PANIKMACHE: MITTEL ZU CHAUVINISMUS UND VERSTÄRKTER AUSBEUTUNG

Diese Kampagne wird nicht nur in der Springer-Presse, von der ohnehin nichts anderes zu erwarten war, geführt, sondern schließt die liberalere Presse wie „Frankfurter Rundschau" und „Spiegel" voll mit ein. Die gekonnte, mit allen Mitteln der wissenschaftlichen Soziologie, Psychologie und Meinungsforschung geführte Propagandakampagne knüpft an die pro-israelische, d.h. anti-arabische Grundhaltung eines großen Teils der Bevölkerung an.

Ziel dieser Kampagne ist:

1. **Die chauvinistische Ausrichtung der Bevölkerung, um, wie die Nazis, die faschistische „Volksgemeinschaft" herstellen zu können,**
2. **Die Bevölkerung dafür zu gewinnen, daß sie es billigt oder gar fordert, daß über die Erdölquellen nicht die Völker, in deren Territorium sie liegen, verfügen, sondern die westlichen Industriestaaten und**

Forts. Seite 5

Forts. Griechenland

Polizei, Militär – gekennzeichnet. Dennoch kam es auch an diesem Tag immer wieder zu Demonstrationen von Arbeitern und Studenten gegen die Junta. Den schwer bewaffneten Unterdrückungstruppen wurde mit primitiven Mitteln spontaner Widerstand geleistet. Die Zahl der Toten liegt wahrscheinlich viel höher als die von der Junta selbst angegebenen etwa zehn Menschen. Berichte aus Griechenland lassen eine Zahl von etwa 150-200 Toten wahrscheinlicher scheinen – die Truppen der Junta schoßen bei mehreren Gelegenheiten blind in die Menge der Demonstranten.

Nach der Verhängung des Kriegsrechts wurden Verhaftungen in großem Ausmaß vorgenommen. Das Athener Fußball-Stadion wurde – nach chilenischem Vorbild – als Gefangenen-Lager benutzt.

Die Angaben der Athener Junta selbst geben folgendes Bild über die soziale Zusammensetzung der Gegner des Regimes: von insgesamt 866 verhafteten Menschen waren 475 Arbeiter, 317 Studenten und 74 Schüler („FR", 20.11.73). Dies zeigt, daß die Studenten durchaus nicht mehr – wie noch bei den Kämpfen zu Anfang dieses Jahres – die Hauptkraft des aktiven Widerstands gegen die faschistische Junta sind.

Nach den Studenten-Kämpfen von Januar bis März dieses Jahres und nach einer versuchten Meuterei von Teilen der greichischen Armee, besonders der Flotte, sind die Kämpfe der Arbeiter und Studenten vom November ein weiterer Ausdruck des Widerstands gegen die faschistische Diktatur.

Die Massenkämpfe haben zunächst das Manöver der griechischen Bourgeoisie erschwert, durch eine scheinbare „Demokratisierung" – d.h. durch eine „gemäßigtere", weniger offensichtliche Form der Diktatur – innere Widersprüche in den eigenen Reihen zu überwinden, gegenüber der ausländischen demokratischen „Öffentlichkeit" ein weniger negatives, abstoßendes Bild zu bieten und der demokratischen Bewegung in Griechenland den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die geplante erbärmliche Farce von „Wahlen" – als deren Sieger von vornherein Faschist Papadopulos feststehen sollte – wurde nach den jüngsten Demonstrationen auf unbestimmte Zeit verschoben. Verschiedene bürgerliche Politiker aus der Zeit vor dem Putsch wurden festgenommen oder unter Arrest gestellt. Die Zensur über die (ohnehin fast 150%ig regime-treue) Presse wurde noch verschärft. Angesichts des sich verschärfenden Widerstands gegen den Faschismus will die Junta nicht einmal die Karikatur von „demokratischen Zuständen" dulden.

Die Aktion von Teilen der griechischen Marine im Frühjahr – der die Verhaftung von mehr als hundert Offizieren durch die Junta folgte – zeigt die Unzufriedenheit auch in Teilen der Armee mit dem herrschenden System, auch wenn diese weitgehend nur das Ziel verfolgen, die konstitutionelle Monarchie wiederherzustellen. Schon im Dezember 1967, wenige Monate nach dem Putsch, hatten monarchistische Teile der Armee eine Meuterei versucht.

Bezeichnend ist auch, daß sich der letzte griechische Ministerpräsident vor dem Putsch, der reaktionäre bürgerliche Politiker Kanellopoulos, mit den jüngsten Studenten-Kämpfen „solidarisch" erklärt hat.

Wir hatten bereits aus Anlaß der Marine-Meuterei in AK 30 („Monarchie contra Faschismus?") darauf hingewiesen, welche Probleme sich hieraus für den demokratischen Widerstand in Griechenland ergeben.

Die bürgerliche, z.T. liberale, z.T. reaktionär-„konservative" Opposition gegen die Junta versucht, sich an die Spitze des Widerstandes zu setzen und diesen damit auf die Wiederherstellung der Zustände vor dem Putsch einzuengen.

Das Proletariat verfügt demgegenüber über keine alternative politische Plattform. Die Kommunistische Partei ist in zwei Fraktionen oder richtiger: zwei getrennte Organisationen gespalten. Diese unterscheiden sich zwar hinsichtlich ihrer Haltung zur KPdSU (die „KPG Inland" ist etwas „kritischer" gegenüber der SU), aber kaum hinsichtlich des Grads ihres Revisionismus. Diese Parteien sind stets geneigt, das griechische Proletariat und seine potentiellen Verbündeten in Bauernschaft und Intelligenz vor den Karren dieses oder jenen bürgerlichen „Oppositions"-Politikers zu spannen. Ihre Politik kann man so kennzeichnen: Erst muß mal die Diktatur weg, egal wie, und alles weitere ergibt sich d a n a c h.

Das entspricht nicht der Politik, die die russische Sozialdemokratie am Vorabend der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland einnahm. Die russische Sozialdemokratie forderte das Proletariat auf, an dieser bürgerlich-demokratischen Revolution teilzunehmen, und sich nicht etwa von ihr fernzuhalten. Sie sagte aber auch, daß das Proletariat die F ü h r u n g in dieser Revolution haben muß. Und das heißt nicht etwa bloß – wie es von den Revisionisten gern zynisch entstellt wird – daß das Proletariat lediglich als stärkste Klasse der Gesellschaft und damit als „Hauptkraft der Revolution" der bürgerlich-demokratischen Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer holt; sondern es heißt, daß das Proletariat den I n h a l t und das A u s m a ß der bürgerlich-demokratischen Revolution in hohem Maß beeinflußt:

„Der Ausgang der Revolution hängt davon ab, ob die Arbeiterklasse als Handlanger der Bourgeoisie, der in seiner Stoßkraft gegen die Selbstherrschaft zwar mächtig, politisch aber ohnmächtig ist, oder als Führer der Volksrevolution auftreten wird." (Lenin, „Zwei Taktiken ..." Juli 1905). Lenin stellte in diesem Zusammenhang als „vollständigen Sieg über den Zarismus" das Ziel der „revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft", die **„sich unvermeidlich auf militärische Gewalt, auf die Bewaffnung der Massen, auf den Aufstand stützen"** müsse, **„nicht aber auf diese oder jene, auf ‚legalem', ‚friedlichem Wege' geschaffenen Einrichtungen."** ■



DER "LIBERALE" FASCHIST PAPADOPULOS – STEHT JETZT SELBST UNTER HAUSARREST

Forts. Panikmache ums Öl

daß diese die Verfügungsgewalt notfalls auch mit der Waffe durchsetzen. Das gilt nicht nur für Erdöl, sondern allgemein für sämtliche Rohstoffe der Dritten Welt, deren einziger Reichtum, der aber zu über 90 % von den Ländern des westlichen Kapitalismus verbraucht wird;

3. eine Stimmung in der Bevölkerung zu schaffen, daß es nun gilt, „den Gürtel enger zu schnallen", um ungestörter – und zum Teil mit Zustimmung der Massen – die Ausbeutung vorantreiben zu können;

4. für zukünftige Krisen, höhere Preissteigerungen, Arbeitslosigkeit usw., die „arabischen Erpressungen" verantwortlich zu ma-

sungen" verantwortlich zu ma-

chen. Als wesentliches Mittel dienen hierzu entsprechende Notstandsübungen wie Sonntagsfahrverbote und breite, ausführliche Schilderungen in der Presse, wie es wäre, wenn . . .

Die Nazis sprachen von der Verschwörung durch das „Weltjudentum" und den Bolschewismus bzw. dem Kommunismus, der zum Teil als Teil der „jüdischen Weltverschwörung" angesehen wurde. Heute ist fast das gleiche der Fall. In der Zeit des Kalten Krieges wurde die Theorie vom weltweiten, aggressiven, uns bedrohenden Kommunismus eingehämmert. Von Dulles wurde jede, selbst nicht-sozialistische Befreiungsbewegung, insbesondere die arabische, als vom Kommunismus inspiriert und angezettelt betrachtet.

Die eine Komponente der alten faschistischen Theorie liegt also schon vor. Der Unsinn von der „jüdischen Weltverschwörung" wird heute durch den gleichen Unsinn von der „arabischen Erpressung" ersetzt. Die Bilder gleichen sich frappant: anstelle der Juden die Araber.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Ölkonzerne keine prinzipiellen Einwendungen gegen die jetzt vorgenommenen Beschränkungen der arabischen Öllieferungen haben. Sie wissen, daß solche „Boykotte" nur halbherzig sind, wahrscheinlich sind sie sogar mit den Ölkonzernen abgestimmt, denn der Nutzen für die Ölkonzerne ist riesig und von dreifacher Art:

1. Die arabischen Scheichs und ähnliche Kreaturen brauchen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft solche Lügen, wie die vom angeblichen Einsatz des Erdöls als politische Waffe.
Im übrigen wäre es vollkommen gerechtfertigt, wenn die Araber denjenigen kein Öl mehr liefern, die mit genau diesem Öl Kriege gegen die Araber führen, mit genau diesem Öl die Waffen der reaktionären Monarchen versorgen, mit denen sie ohne jede Hemmung auf das Volk schießen. Das gilt natürlich auch für jene, die diese Aggression unterstützen. Im übrigen brauchen die Araber selbst ihr Öl zum Aufbau einer nationalen Wirtschaft.

2. Die Tatsache eines sogenannten „Ölboykotts" können die Monopolherren hervorragend dazu benutzen, Teile der Bevölkerung in den imperialistischen Ländern chauvinistisch zu verhetzen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn es aufgrund der Beschränktheit arabischen Öls tatsächlich zu längerfristigen Beschränkungen der Öleinfuhr kommt, obwohl so etwas andere Ursachen hätte als die Verwendung als politische Waffe in den Händen der Araber.
Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß sich kurz- und mittelfristig nichts Wesentliches an der Lage auf dem Energiemarkt bzw. Ölmarkt ändert.

3. Die Hysterie, die zur Zeit syste-

3. Die Hysterie, die zur Zeit syste-

matisch erzeugt wird, können die Ölmonopole leicht – und das tun sie auch – dazu verwenden, um riesige zusätzliche Profite durch drastische Preissteigerungen einzustreichen. Eine Aufschlüsselung des Benzinpreises z.B. ergibt, daß nicht einmal ein Pfennig nach Arabien geht.

Anmerkungen zur Quellenliteratur

Für diesen Artikel wurden im wesentlichen folgende Bücher, Broschüren und Zeitschriftenaufsätze benutzt:

Brigitte Heinrich: DM-Imperialismus Voltairehandbuch 12/13, Westberlin (empfehlenswertes Buch)
Bahman Nirumand: Persien – Modell eines Entwicklungslandes oder Die Diktatur der freien Welt, rororo aktuell 945, Reinbek bei Hamburg 1967 (das Buch ist leider vergriffen und scheint nicht neu aufgelegt zu werden).
Hans Henle: Der neue Nahe Osten! suhrkamp taschenbuch 24, Frankf. 1972 (ein pro-imperialistisches Buch. Der Autor ärgert sich nur immer darüber, daß der Imperialismus so „dumm" ist, immer wieder in die klassischen Methoden des Kolonialismus „zurückzufallen")
Volker Ullrich: Imperialismus im Nahen Osten, Broschüre aus der Reihe: Study Texts on Questions of Society and Progress, Hamburg 1971, 30 S. (gute, knappe Darstellung dieses Themas)
Iran-Report, 1972, von der CISNU herausgegebene Broschüre von 84 Seiten sehr gut. (CISNU = Konföderation iranischer Studenten)
IRAN – Der Schah als Wächter am Persischen Golf, 1972, Broschüre von 65 S., auch von der CISNU herausgegeben.
Resistentia 10/1970, herausgegeben von der Al-Fatah
Die Front 2/1973, Sozialistisches Palästinakomitee Heidelberg, gesammelte Zeitungsartikel der „Frankfurter Rundschau" und der „Welt" u.a.

Der größte Teil der Literatur ist im ARBEITERBUCH erhältlich. ■

Griechenland

Die Kämpfe am Anfang dieses Jahres

Die Aktionen der griechischen Arbeiter und Studenten in diesen Tagen gegen das faschistische Militär-Regime kündigten sich bereits an in den Kämpfen der Athener Studenten von Januar bis März dieses Jahres.

Um diese Kämpfe zu verstehen, muß man kurz auf die politischen Bedingungen eingehen, unter denen sich das Studium an den griechischen Universitäten seit dem Militär-Putsch vom April 67 abwickelt: Bespitzelung, Heuchelei, Unterdrükkung.

Nach dem Putsch gingen die Militärs mit verschiedenen Maßnahmen gegen die demokratischen Studenten und Professoren vor:

- Einführung eines Fragebogens, in dem die Studenten ihre Unterwürfigkeit gegenüber dem Regime dokumentieren mußten. Die erzwungenen Erklärungen betreffen auch Verwandte des Befragten und Drittpersonen, erzwingen Zustimmung zu den „von der Geschichte diktierten Bedingungen" (d.h. zur Diktatur der faschistischen Militärs), verlangen glühende Bekenntnisse zum „Christlichen Abendland" und schließen zynischerweise mit einer Klausel, daß der Fragebogen in vollster Meinungsfreiheit ausgefüllt und unterschrieben wurde.
- Eine Reihe von „Notstandsgesetzen" setzte die inneruniversitäre Beschlußfassung außer Kraft.
- Die Universitäten wurden von demokratischen Lehrkräften „gesäubert". Der Erziehungsminister der Junta erhielt z.B. das Recht, mißliebige Lehrkräfte durch einfachen Erlaß abzuberufen.
- Die Universitäten wurden mit einem ganzen Heer von Spitzeln und Provokateuren der Junta überschwemmt, die meist im Besitz gefälschter Studentenausweise sind.

Am 15. Januar dieses Jahres begann an der Technischen Hochschule in Athen ein Streik der Ingenieur-Studenten, um gegen die Schaffung privater Universitäten (vor allem im Interesse von US-Konzernen) zu protestieren. Die Junta machte in dieser Frage ein Zugeständnis, ohne damit die Entwicklung der antifaschistischen Studentenbewegung noch bremsen zu können. Die Aktionen der Studenten weiteten sich aus, es kam zu Demonstrationen gegen die faschistische Unterdrükkung an den Universitäten. Die Polizei verstärkte den Terror, verhaftete täglich Studenten und verschleppte sie in ihre Gefängnisse und Folterkammern.

Am 12. Februar erließ die Junta ein Gesetz, mit dem die Studentenbewegung blockiert werden sollte: Jeder streikende Student verliert den Aufschub zur Ableistung der Militärpflicht und kann sofort eingezogen werden.

Damit erreichte die Junta ihr Ziel jedoch nicht. Am 14. Februar versammelten sich mehrere tausend Studenten im Hof der Technischen Hochschule und riefen: „Nieder mit der Junta!" – Die Professoren solidarisierten sich mit der Forderung der Studenten nach Aufhebung des Militär-Gesetzes. Es gab die ersten Knüppel-Einsätze der Polizei.

Am 16. Februar erklärten sich die Studenten anderer Fakultäten mit dem Kampf der Studenten der Technischen Hochschule solidarisch. Die Studenten der Juristischen Fakultät besetzten ihr Universitätsgebäude und riefen Parolen wie „Griechenland – Land der Gefangenen" und „Freiheit oder Tod!". Am Nachmittag durchbrachen die Studenten die Polizei-Einkreisung um das von ihnen besetzte Gebäude und formierten sich zu einer Demonstration.

Am 20. Februar befand sich die gesamte Technische Hochschule, die Juristen, die Mediziner und die Geisteswissenschaftliche Fakultät im Streik. Am Abend wurden zahlreiche Studenten verhaftet.

Am 21. Februar besetzten etwa 4 000 Studenten das Gebäude der Juristischen Fakultät. Sie forderten die Freilassung ihrer verhafteten Kommilitonen und die Aufhebung des Militärgesetzes. Am nächsten Tag räumten sie das Gebäude wieder – die Junta hatte ihnen zugesichert: keine Verhaftungen, und innerhalb von 10 Tagen eine Antwort der zuständigen Behörden auf die studentischen Forderungen.

Am Abend desselben Tages, also am 22. Februar, erlebte Athen die erste große Demonstration seit 1967. Zusammen mit Arbeitern und Angestellten demonstrierten die Studenten – zusammen mehr als 10 000 Menschen – unter den Rufen „Nieder mit der Junta!" und „Nieder mit dem Faschismus!"

Die Zeitungen wurden mit einer generellen Nachrichtensperre über die „Unruhen" gegen die Junta belegt. Es gab sehr viele Verhaftungen; viele Studenten, die bei den Demonstrationen aufgefallen waren, „verschwanden" in den Gefängnissen und Folterkammern der Junta. In verschiedenen griechischen Städten fanden Solidaritäts-Demonstrationen statt, die ebenfalls von der Polizei niedergeknüppelt wurden.

Am 20. März gab es nochmals einen Aufschwung der Studentenbewegung: etwa 1 500 Studenten besetzten erneut die Juristische Fakultät. Am Abend wurde das besetzte Gebäude von der Polizei mit äußerster Brutalität „geräumt". Am 28. März beendeten die Studenten ihren Streik. ■

Forts. DGB Propaganda

mung aller besetzten Gebiete aufgefordert hat. Um UN-Resolutionen braucht Israel sich sowieso nicht zu kümmern, denn:

„Wen wundert es, daß viele Staaten und also auch Israel, wenn es um ihre Existenz geht, sich nicht um Erklärungen und Aufforderungen einer Organisation kümmern, die sich als ohnmächtig und unfähig erweist, anderes zu tun als die Großmächte." (Rosenberg). Klar, Israel muß die besetzten Gebiete behalten, und wenn es später noch weitere Gebiete besetzen will, wird Rosenberg wohl auch dafür sein vollstes Verständnis ausdrücken.

Diese Haltung hat in der deutschen Sozialdemokratie „beste" Tradition. 1914 sang sie das chauvinistische Lied „Von der Maas bis an die Memel" mit und stimmte den Krediten für den imperialistischen Krieg zu. Warum sollte sie heute nicht auch das Lied des Zionismus mitsingen, „Vom Nil bis zum Euphrat"? !

Daß es tatsächlich um die „Existenz" Israels geht, ist sowieso klar. Heute „muß" Israel natürlich am Suez-Kanal und 40 km vor Damaskus verteidigt werden – demnächst am besten gleich an der Straße von Gibraltar und an den Küsten des Schwarzen Meeres?

Sehr ausgewogen sind die „moralischen" Begriffe Rosenbergs: Auf der einen Seite steht der „kleine Staat Israel", auf der anderen Seite „die gewaltige Übermacht" – „Hier zweieinhalb Millionen Menschen, dort haßerfüllte und konzessionslose Feinde." Die Welt teilt sich in in „Menschen" und in „Feinde". Die „mehrere Hunderttausend Araber" in Israel schlägt Rosenberg den „Menschen" zu, die sich gegen die „haßerfüllte Phalanx" der arabischen Staaten zu v e r t e i d i g e n haben. Zynischer geht es kaum, denn die Araber in Israel sind politisch unterdrückt, werden bei der Arbeit schlechter bezahlt als die Israelis usw. Sie sind bestimmt keine Anhänger des zionistischen Staates!

Weiter tut Rosenberg so, als wüßte er nicht genau, wie der zionistische Staat entstand: *„...sich endlich einen Staat als Zuflucht und und Heimat der Verfolgten geschaffen hat."*

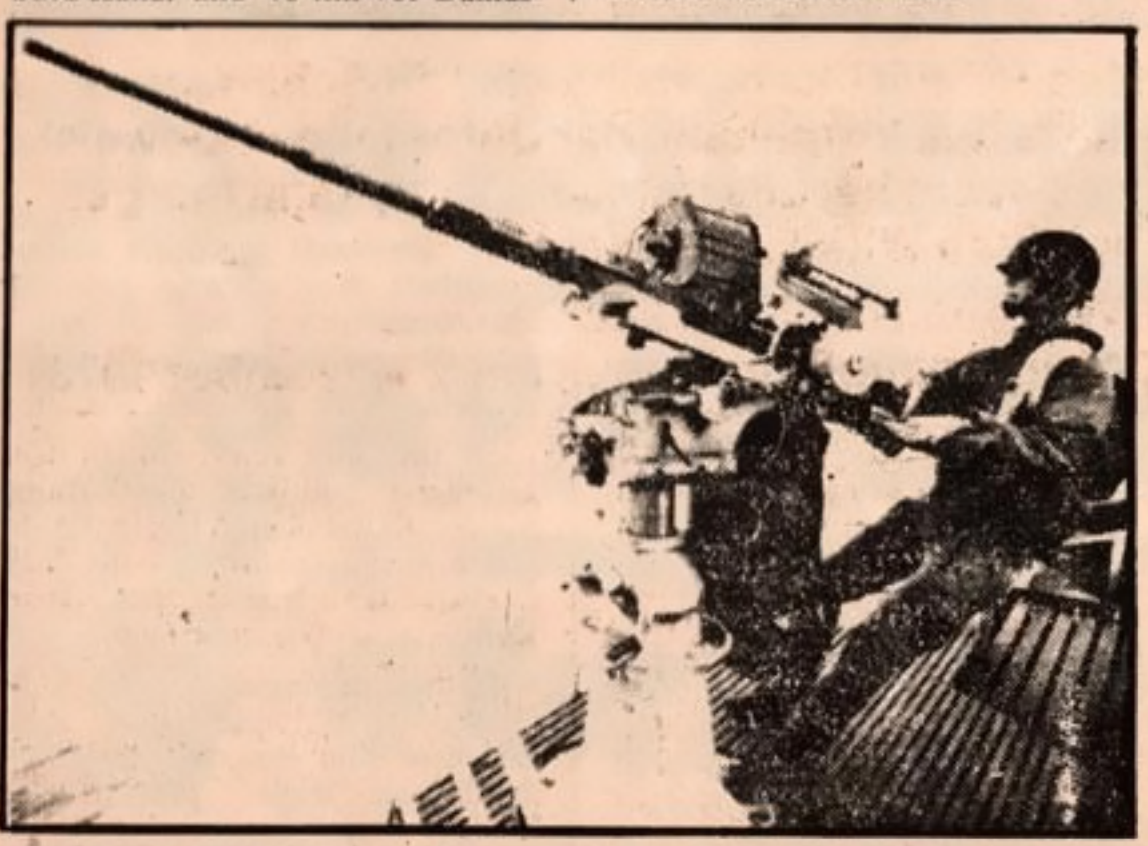
Geschaffen, wie denn? Durch die Vertreibung eines anderen Volkes, der Palästinenser. Sollen die doch sehen, wo sie abbleiben und was aus ihnen wird!...

Daß die künstliche Schaffung des zionistischen Staates im arabischen Raum, unter Vertreibung von mehr als einer Million Menschen, einen ständigen Konfliktstoff in dieser Region (und damit auch immer neue „Kriegsgründe" für den Zionismus!!) schaffen würde, konnte doch wohl keinen Einsichtigen überraschen. Viemehr muß man fragen, ob es nicht gerade d a s ist, was die Imperialisten erreichen wollten.

Rosenberg jedoch stellt die Dinge auf den Kopf: *„Wer Israel den Vorwurf des Imperialismus und der Aggression macht, muß entweder die Israelis für Selbstmörder halten oder verrückt sein. Alles andere als Aggression kann Israel am Leben erhalten. Selbstverteidigung ist keine Aggression."*

Rosenberg wiederholt damit eine alte imperialistische „Weisheit". „Selbstverteidigung" ist selbstverständlich keine Aggression. Oder, richtiger, umgekehrt: imperialistische Aggression ist immer „Selbstverteidigung". Schon als Hitler Polen überfallen ließ, war das Selbstverteidigung, es wurde „zurückgeschossen". Als Hitler die Sowjetunion überfallen ließ, kam er damit nur „einem drohenden Angriff zuvor" – wie Israel 1967.

Die Inbesitznahme Palästinas unterscheidet sich von anderen kolonialistischen Aggressionen nur dadurch, daß die Zionisten die früheren Bewohner des Landes gleich v e r t r i e b e n. War der Kampf der Franzosen gegen die algerische Befreiungsbewegung auch „Selbstverteidigung"? Ist der Kolonialkrieg der Potugiesen in Südafrika die rassistische Unterdrückung durch „weiße" Regimes in Rhodesien und Südafrika „Selbstverteidigung"? Nach der zynischen Logik von Ludwig Rosenberg schon! Die Kolonialisten haben alle Rechte, und wenn sich die Unterdrückten (bzw. Vertriebenen) dagegen auflehnen, dann sind sie „Angreifer", die vernichtet werden müssen...



Rosenbergs Kommentar zu diesem Bild: „Es geht um die Existenz ihres Landes: Israels Soldaten kämpfen gegen eine Übermacht von Feinden."

Zum vierten Male in der kurzen Geschichte des Staates Israel kämpft dieser kleine Staat gegen eine gewaltige Übermacht von Menschen und Material. Zum vierten Male geht es um die nackte Existenz eines Volkes, das — seit zweitausend Jahren verfolgt, gequält, gemartert und ermordet — sich endlich einen eigenen Staat als Zuflucht und Heimat der Verfolgten geschaffen hat. Diese zweieinhalb Millionen Menschen, von denen mehrere Hunderttausend Araber sind, stehen einer haßerfüllten und konzessionslosen Phalanx von Feinden gegenüber, die in all den Jahren der Existenz des Staates Israel nur ein einziges Ziel kannten: diesen kleinen Staat zu vernichten. Das furchtbare Wort: „Wir werden die Juden ins Meer jagen", das von verantwortlichen Politikern der Araber verkündet wurde, ist bis zum heutigen Tage niemals zurückgenommen worden. Es gilt in Wahrheit auch heute noch, auch wenn mit vielen Worten und Reden von den arabischen Führern davon gesprochen wird, daß es vorerst darum gehe, die von Israel besetzten Gebiete zu befreien. Es bleibt dabei: Es geht um Israels Existenz. □

„haßerfüllte Phalanx" (aus dem Artikel von L. Rosenberg in der „Gewerkschaftspost")

Und jetzt das ganze noch mal von „links"...

In „druck und papier" (Zentralorgan der IG Druck und Papier) vom 12. November findet sich ein Artikel zum selben Thema von Theodor Bergmann. Er versucht den Eindruck zu erwecken, das Thema sachlicher und sogar mit einem gewissen „sozialistischen" Verständnis zu behandeln

Der Nahost-Krieg habe „eine zwiespältige Wirkung auch auf der linken gehabt" – und dagegen muß man doch etwas tun!

Bergmann beginnt (natürlich!) mit der schon zum Erbrechen bekannten Gegenüberstellung: Israel ist ein „sehr kleines land mit etwa drei mio. menschen" (immerhin rund eine halbe Million mehr als im Rosenberg-Artikel!), „dem ein großes bündnis feindlicher nachbarn gegenübersteht." Trotzdem hat Israel alle Kriege gewonnen, und zwar wegen seiner *„ruhigen entschlossenheit zur gegenwehr"*. Bergmann zitiert in diesem Zusammenhang den „linken" Professor H. Gollwitzer, der in einem Buch die Israelis ausgerechnet – mit dem „Vietkong" verglichen hat, obwohl doch ein Vergleich mit der „ruhigen Entschlossenheit" der weißen Siedler in Rhodesien oder den portugiesischen Kolonien wohl näher liegen würde.

Von seinen bisher vier Kriegen habe Israel nur einen (den von 1956) begonnen, *„die drei anderen wurden von seinen Nachbarn angefangen"*. Das ist, vor allem was Israels „Blitzkrieg" von 1967 betrifft, weit mehr, als selbst israelische Politiker heute noch zu behaupten wagen!

„...die zum ausharren entschlossenen israeli waren von ihren militärischen erfolgen überrascht." (Wieso eigentlich, bei soviel „ruhiger entschlossenheit"?) *„Ihnen einen langfristigen plan der eroberung großer flächen zu unterstellen, heißt, geschichtsabläufe total mißzuverstehen. Es heißt auch, zu vergessen, daß drei millionen kein größeres gebiet brauchen.."*

Sehr einleuchtend. Deshalb erklärte der erste israelische Präsident Ben Gurion auch schon 1949:

„Obwohl der Traum der Gründung eines jüdischen Staates in Erfüllung gegangen ist, befinden wir uns noch im **Anfangsstadium.** *Die Zahl der in Israel lebenden Juden beträgt nur 900.000, dagegen leben die meisten Juden im Ausland. Unsere nächste Aufgabe wird nicht leichter zu erfüllen sein, als die Schaffung des jüdischen Staates. Sie lautet:* **Aufnahme aller Juden in Israel."** (Das sind wohl rund 20 Millionen).

Eben in diesem Sinn sagte Ben Gurion 1952 in der Einleitung des „Jahrbuchs der israelischen Regierung", „daß dieser Staat sich nur über einen Teil (!) des Landes Israel erstreckt". So vertritt der Zionismus als längerfristiges Ziel ein Israel „in den historischen Grenzen" (zur Zeit Davids und Salomons), „vom Nil bis zum Euphrat".

Bergmann hat davon wohl noch nie gehört? Auch nicht davon, daß alle zionistischen Parteien erklärtermaßen für die Einverleibung von seit 1967 besetzten arabischen Gebieten sind, „mindestens" des arabischen Teils von Jerusalem, des Gaza-Streifens, der syrischen Golan-Höhen..? Bergmann schreibt: *„Die gruppen auf der rechten, die militant ein größeres Israel fordern, sind zwar nicht zu übersehen"* (nicht einmal von Leuten, die gegenüber dem Zionismus auf beiden Augen blind sind), *„finden aber trotz ihrer lautstärke kaum stärkeren widerhall."*

Nun ja, immerhin haben diese rechtsradikalen „Gruppen", die über die von a l l e n zionistischen Parteien offen geteilten „Mindestforderungen" (s.o.) noch hinausgehen, fast ein Drittel der Sitze im israelischen Parlament, der Knessetz.

Ein anderes Märchen: **„Von rassismus kann in Israel keine Rede sein."** (Bergmann) Wer hat ihm das erzählt? Sein „Argument" für diese Behauptung ist: *„Die zionisten wollten und betrieben keine weiße kolonisation, also europäisches grundeigentum, ausbeutung farbiger arbeiter."* Auf seine Art hat Bergmann damit sogar recht: die Zionisten wollten die Araber zunächst nicht ausbeuten, sie haben sie einfach aus dem Land gejagt. Höchst „human", und gar nicht rassistisch! Übrigens galt dieses Prinzip ja auch nur für die Anfänge der zionistischen Kolonisierung, als es nämlich darum ging, zuerst einmal eine „jüdische Mehrheit" in Palästina zu schaffen und so das Land in Besitz zu nehmen. Heute sind in der israelischen Wirtschaft zehntausende von Arabern beschäftigt. (vgl. zum Thema Rassismus und Lage der Araber in Israel z.B. „Was ist Zionismus" in AK 3o und die Rede von Rami Livne in AK 35).

Bergmann schlägt schließlich folgende „Grundzüge einer friedlichen lösung" vor:

Zuerst und vor allem *„muß die selbstständige nationale existenz Israels geschützt werden"*. *„...die arabischen regierungen und völker müssen Israel anerkennen."* D a n a c h *„entfällt allmählich (!!!) der grund für besetzungen, die aufzugeben sind."* Für die Palästinenser (ein *„flüchtlingsproblem"*, beileibe kein n a t i o n a l e s Problem!) hält Bergmann die zweifelhafte Pille *„integration"* bereit. Die Palästinenser sollen sich endlich „integrieren" – ein paar in Syrien, ein paar im Libanon, ein paar in Jordanien, ein paar sogar in Israel etc. – und gefälligst aufhören, ein eigenes Volk, eben Palästinenser, zu sein!

Am Anfang seines Artikels hatte Bergmann gefragt: „Wie kann ein sozialist und gewerkschaftler seine positionen heute formulieren?"
So bestimmt nicht! ■

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg und AK-Redaktion

HBV Hamburg: Solidarität mit dem chilenischen Widerstand

Zu einer beachtlichen gewerkschafts-offiziellen Solidaritäts-Veranstaltung mit dem kämpfenden chilenischen Volk kam es im Bereich der Hamburger Gewerkschaft HBV (Handel, Banken und Versicherungen). Durch ein gewerkschaftliches Flugblatt (siehe Abdruck), nicht-reformistischen Inhalts, wurde vom Betriebsgruppenvorstand der HBV-Betriebsgruppe Iduna (das ist ein großer Versicherungsbetrieb in Hamburg) zu einer Diskussions- und Solidaritäts-Veranstaltung aufgerufen. Über 50 Kollegen, hauptsächlich von Iduna, aber auch anderen Betrieben von Handel, Banken und Versicherungen, kamen und diskutierten zweieinhalb Stunden lang.

Im Anschluß an ein Einleitungs-Referat eines Iduna-Kollegen, das die letzten Ereignisse in Chile wiedergab, wurde ausführlich u.a. die reformistisch-revisionistische Strategie und Taktik der chilenischen Volksfront-Regierung unter Allende kritisiert, was auf einer gewerkschafts-offiziellen Veranstaltung in dieser Form bisher kaum möglich war.

Gleichzeitig wurde der reformistische Charakter eines Großteils der bisherigen Arbeit der Iduna-Betriebsgruppe besprochen mit dem Ziel einer Änderung. Auf die Gefahr eines ständigen Zurückweichens – vor allem politisch-ideologisch – vor den Angriffen der Geschäftsleitung im Betrieb und der HBV-Führer in der Gewerkschaft wurde vielfach hingewiesen. Dagegen wollte man zukünftig bestimmte Angriffe der HBV-Führer entschiedener zurückschlagen. Genannt wurde immer

Forts. Seite 7



SOLIDARITÄT
MIT
CHILE

MITTWOCH,
14.11.1973,
17.00 UHR

An alle
Beschäftigten in der
Iduna Versicherung

Hamburg, den 8.11.1973

Solidarität mit dem chilenischen Volk !

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Die vor drei Jahren durch freie Wahlen an die Regierung gekommene Unidad Popular wurde am 11. September 1973 gestürzt. Dieser von faschistischen Militärs durchgeführte Putsch fand im Auftrage der chilenischen Unternehmer und Großgrundbesitzer statt und hatte die Unterstützung der USA.

Seit nunmehr zwei Monaten herrscht in Chile faschistischer Terror. Flüchtlingsberichten zufolge werden Säuberungsaktionen durchgeführt, vor allem gegen Arbeiter und Bauern; öffentlich werden Bücher verbrannt, Tausende werden in Konzentrationslagern interniert und gefoltert. Der geflohene Vorsitzende der verbotenen Textilarbeitergewerkschaft berichtete von 20.000 Toten.

Das Ziel des Putsches war es, alle demokratischen Rechte zu zerschlagen, den Kampf des chilenischen Volkes um den Sozialismus in einem Blutbad zu ertränken und eine faschistische Ordnung schärfster Unterdrückung und Ausbeutung zu errichten.

Chilenische Arbeiter und Bauern führen jetzt den mutigen, z.T. bewaffneten Kampf gegen die Militärjunta, um eine dauerhafte Aufrechterhaltung des Faschismus zu verhindern.
In dieser Situation, in der Tausende getötet und gefoltert werden, sollte es die Pflicht eines jeden Demokraten sein, sich mit dem chilenischen Volk zu solidarisieren.

'Die Gewerkschaften bekennen sich uneingeschränkt zur Selbstbestimmung der Völker. Sie verurteilen jede Rassendiskriminierung und wenden sich gegen alle Formen kolonialer Unterdrückung.'

(Grundsatzprogramm des DGB, Präambel, Düsseldorf 1963)

Wie auch der DGB, erklärten zahlreiche demokratische und sozialistische Organisationen ihre Solidarität.

Es ist aber notwendig, Solidarität und Protest in konkreten Aktionen darzustellen. Geldsammlungen für den antifaschistischen Widerstand, Teilnahme an öffentlichen Demonstrationen und Veranstaltungen sollten unsere Beiträge dazu sein.

...bitte wenden

Aus diesem Grunde veranstaltet die HBV-Betriebsgruppe Iduna eine Versammlung am

Mittwoch, dem 14. Nov. 1973, 17.00 Uhr,

in der Gaststätte 'Remter', 2 Hamburg 36, Holstenwall 12.

Viele von uns haben die politische Entwicklung in Chile aufmerksam beobachtet, weil hier die Möglichkeit zur positiven Veränderung der Gesellschaft auf friedlichem Wege gegeben schien. Warum ist dieser Weg gescheitert? Über diese und andere Fragen wollen wir auf dieser Veranstaltung diskutieren.

Wir hoffen auf rege Beteiligung an dieser Veranstaltung.

Mit freundlichen Grüßen

Betriebsgruppenvorstand Iduna

i.A. Peter Lohmann

Mannesmann Duisburg:

»Wir bitten nicht um Gnade, wir verlangen unser Recht«

7.000 Arbeiter, Schüler und Studenten beteiligten sich am 10. November an einer Solidaritätsdemonstration für 22 entlassene Mannesmann-Arbeiter in Duisburg. Unter ihnen zahlreiche Delegationen aus den umliegenden Stahl- und Metall-Betrieben. Allein die Dortmunder Hoesch-Arbeiter kamen mit acht Bussen angereist.



7.000 demonstrieren ihre Solidarität mit den entlassenen Kollegen

Nach dem Streik vom 3.000 Arbeitern Ende Okt. (vgl. ARBEITERKAMPF 35) – dem sechsten Streik in den Duisburger Hüttenwerken in diesem Jahr – um die Weiterzahlung von monatlich DM 70,– als „stahltypische Zulage", hatte die Werksleitung mit massiven Drohungen die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert. Der Streik brach zusammen, als 121 Arbeiter fristlos gekündigt wurden.

Doch es setzte eine große Solidaritätsbewegung ein: Geldsammlungen in Betrieben, Solidaritätsadressen aus zahlreichen Betrieben, aus Gremien der Gewerkschaften, aus der Duisburger Bevölkerung u.a. unterstützten die Forderung der Mannesmann-Belegschaft:

Keiner darf entlassen werden!

Drei Tage nach dem Streik traten die Arbeiter der Verkehrsbetriebe in einen kurzen Solidaritätsstreik und forderten die Wiedereinstellung der Entlassenen.

Der Werksvorstand „reduziert" die Zahl der Kündigungen auf 114.

Die Vertrauensleutevollversammlung der Hüttenwerke fordert am 5.11.:

keiner darf entlassen werden! Entlassung von Arbeitsdirektor Henne durch die IG Metall!

(Henne ist der sogenannte Arbeitnehmervertreter nach der Montan-Mitbestimmung. Bedenkenlos unterschrieb er alle 121 Kündigungen).

Einen Tag später machte der Werksvorstand unter dem Druck der Solidaritätsbewegung einen taktischen Rückzieher: die Zahl der Kündigungen wurde auf 22 gekürzt. Ganz offensichtlich sollten hiermit den Solidaritätsaktionen und einer vier Tage später geplanten Protestdemonstration der Wind aus den Segeln genommen werden. Doch noch einen Tag später forderten 4.000 Mannesmann-Arbeiter auf stürmischen Betriebsversammlungen die Wiedereinstellung aller entlassenen Kollegen.

Höhepunkt der Solidaritätsbewegung war die Duisburger Demonstration vom 10. November. Einer der Entlassenen forderte:

„Wir bitten nicht um Gnade, wir verlangen unser Recht."

Mittlerweile hat sich die IG Metall in die Auseinandersetzungen eingeschaltet, indem sie Rechtshilfe für alle Entlassenen angeboten hat. Dabei geht es den Gewerkschaftsführern aber wohl wieder einmal mehr darum, den bei den Mitgliedern verlorenen Kredit wieder zu erkaufen, als ganz entschieden diese politischen Entlassungen zu bekämpfen:

„Angesichts der eingeleiteten Tarifverhandlungen in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie bestand – wie der IGM-Vorstand erklärt – kein Anlaß für die Arbeitsniederlegung. Die undifferenzierte fristlose Kündigung so vieler Beschäftigter ist jedoch in keinem Fall geeignet, einen betrieblichen Konflikt zu lösen." („Metall" 23)

Die Gewerkschaftsführer distanzieren sich von den Forderungen der Arbeiter, sie halten allein die Maßnahmen der Kapitalisten für nicht „angemessen". Sie wollen durch ihr Eingreifen die Spitze der Solidaritätsbewegung übernehmen, um so Schlimmeres für die Kapitalisten zu verhüten und gleichzeitig wieder Fuß in der Belegschaft zu fassen.

Gegen diese sozialdemokratische Verwässerung der Auseinandersetzung muß ganz entschieden die politische Aufklärung von Seiten der Kommunisten und fortschrittlichen Arbeiter eintreten und die wahren Absichten der Kapitalisten enthüllen:

Auf einer Pressekonferenz am 6.11. versuchte der Mannesmann-Vorstand noch einmal die Entlassungen zu rechtfertigen:

1. Nur durch diese Kündigungen könne im Interesse der Gesamtbelegschaft für die Zukunft sichergestellt werden, daß der Betrieb vor weiteren derartigen Störungen bewahrt werde und die Arbeitsplätze dauerhaft gesichert werden.

2. Von den jetzt Gekündigten (22) seien zehn Belegschaftsmitglieder bereits zuvor an rechtswidrigen Arbeitsniederlegungen beteiligt gewesen und deshalb entsprechend verwarnt worden.

3. Die übrigen gekündigten Belegschaftsmitglieder hätten sich hartnäckig geweigert, den wilden Streik zu beenden. Zum Teil hätten sie sogar andere aufgefordert, sich der Arbeitsniederlegung anzuschließen. („Welt" vom 7.11.73).

Zur Zurücknahme der übrigen Kündigungen wurde mitgeteilt, daß man sich zu Betroffenen aus menschlichen Gründen entschlossen habe. Rechtlich seien alle 114 Kündigungen durchsetzbar gewesen." („Westdeutsche Allgemeine Zeitung" 7.11.73).

Der Werksvorstand scheint entschlossen, eine entscheidende Schwächung der kampfbewußten Mannesmann-Arbeiter durchzusetzen, um die Ruhe im Betrieb „für die Zukunft sicherzustellen". Dabei ist es das Ziel, die im Laufe dieses Jahres in den Auseinandersetzungen und Streiks gewonnenen Erfahrungen der Arbeiter und deren ansatzweise vor allem von Kommunisten geförderte politische Ausrichtung auf den Klassenkampf langfristig zu zerschlagen. So richten sich die Entlassungen ja auch gegen den „harten Kern" (so der Werksvorstand).

(Wir werden uns im nächsten ARBEITERKAMPF mit den politischen Entlassungen auseinandersetzen, die die Kapitalisten in fast allen größeren Streiks dieses Jahres benutzen, eine erstarkende und politisch bewußter werdende Entwicklung in der Arbeiterklasse im Ansatz systematisch zu zerschlagen. Besonders werden wir hier auf die Entwicklung bei Mannesmann eingehen, wo die politische Auseinandersetzung relativ weit entwickelt ist). ■

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

An alle Betriebsräte und Vertrauensleutekörper in der Stahl- und Metallindustrie in der BRD

„Solidarisiert Euch mit uns zur Verhinderung der Entlassung von 114 Kollegen aus unseren Betrieben und den damit verbundenen Angriffen auf unsere gewerkschaftlichen Rechte.

Handelt mit uns gemeinsam. Die Schärfe und Härte des Vorgehens der Unternehmer beweist, was heute bei uns gemacht wird, kann morgen bei Euch Wirklichkeit sein."

(Vertrauensleute-Vollkonferenz Mannesmann Huckingen am 5. November 1973)



Belegschaftsversammlung bei Mannesmann Huckingen

Zum jüngsten Streik der Saarbergleute
– ein Leserbrief –
"Liebe Genossen,
Mit Interesse habe ich den Arbeiterkampf 35 gelesen. Besonders der
ist. Da sollte doch der Arbeiterkampf wenigstens ehrlich sein und eventuell eine Richtigstellung brin



Belegschaftsversammlung bei Mannesmann Huckingen

Verwässerung der Auseinandersetzung muß ganz entschieden die politische Aufklärung von Seiten der Kommunisten und fortschrittlichen Arbeiter eintreten und die wahren Absichten der Kapitalisten enthüllen:
Auf einer Pressekonferenz am 6.11. versuchte der Mannesmann-

Forts. HBV–Chile

wieder der demokratie-feindliche „Extremisten-Erlaß" der Gewerkschaftsführer, nach dem Kommunisten und fortschrittliche Kollegen ohne Verfahren aus der Gewerkschaft fliegen können, wenn es den Gewerkschaftsführern so gefällt. Allgemein wurde die Notwendigkeit erkannt, noch intensiver als bisher gegen den Abbau und für die Entwicklung einer innergewerkschaftlichen Demokratie, für mehr Mitsprache- und Entscheidungs-Rechte der Mitglieder zu kämpfen. „Die Gewerkschaften müssen zur Kampforganisation der Arbeiter und Angestellten gemacht werden", war eine allgemein anerkannte Kampfaufgabe für die Arbeit der Betriebsgruppen in der HBV.

Im Anschluß der Diskussion wurde für den Kampf der chilenischen Arbeiter, Bauern und Studenten gegen den chilenischen Faschismus unter den Kollegen gesammelt. Diese Sammlung soll in bestimmten Betrieben weitergeführt werden. Bei Iduna allein sind schon DM 200.– für den Widerstand in Chile gesammelt worden. Am Ende der Versammlung einigte man sich darauf, in Zukunft bei wichtigen politischen und gewerkschaftlichen Anlässen weiterhin solche Veranstaltungen zu organisieren. Genannt wurden beispielhaft der „Extremisten-Erlaß" der Gewerkschaftsführer, sowie die Vorbereitung etc. von Tarifrunden. ■

HBV-Komitee, KB-Gruppe-Hamburg

KONTAKTADRESSEN

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 022583

Frankfurt
K. Scholz
623 Frankfurt 80
Postfach 800747
Tel. 0611/306171
Mo. 18^{00}–21^{00} Uhr
Do. 18^{00}–21^{00} Uhr

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Lübeck:
W. Blankschein
24 Lübeck
Postlagerkarte 082 332 A

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Weitere Vertriebsgruppen:

Zum jüngsten Streik der Saarbergleute – ein Leserbrief –

"Liebe Genossen,
Mit Interesse habe ich den Arbeiterkampf 35 gelesen. Besonders der Artikel „Saarbergleute mußten aufgeben", denn ich bin selbst Saarländer und arbeite seit einigen Jahren in Frankfurt. Allerdings seit ihr in dem Artikel einer Falschmeldung – wahrscheinlich der „Frankfurter Rundschau" – aufgesessen. Ihr schreibt, „der Hauer Bernhard Motschenbach, ein Mitglied der DKP..." – Damit habt ihr die DKP besser gemacht als sie ist. Da lag die Bild-Zeitung der Wahrheit schon näher, als sie Motschenbach als „ehemaligen KP-Funktionär" bezeichnete.

In Wirklichkeit ist Motschenbach führender Funktionär des „KABD" („Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands"). Der „KABD" (das „D" ist wohl übertrieben) hat in den Saarbergwerken 2 Betriebsgruppen und gibt die Zeitung „der Hobel" heraus. Motschenbach war früher auch in der KPD ein bekannter Funktionär. Er ist heute noch im Gemeinderat von Kirkel (?). Die DKP hat gegen Motschenbach während des Streiks gehetzt. Er sei linksradikal, weil er im Landtag sein Frühstücksbrot verzehrte und die Minister aufforderte, eine Delegation zu schicken statt umgekehrt. Die DKP hat beim Streik keinen Einfluß gehabt. Leider habe ich keine „Saarbrückener Zeitung" (SZ) mehr. Da steht alles drin.

Trotz aller Differenzen zum „KABD", finde ich, sollte man schon anerkennen, daß er im Streik die entscheidene Kraft war. Ich habe die Organe der anderen Gruppen gelesen (KPD, KBW) und alle versuchen, den Eindruck zu erwecken, sie wüßten was da gelaufen ist. Da sollte doch der Arbeiterkampf wenigstens ehrlich sein und eventuell eine Richtigstellung bringen.
Mit solidarischem Gruß"
F.S., Frankfurt

Antwort der Redaktion

Lieber Genosse F.,
vielen Dank für Deinen Brief und die darin gemachten Richtigstellungen. Es lag bei unserer Berichterstattung über den jüngsten Streik der Saarbergleute keineswegs in unserer Absicht, Einfluß, Politik und Initiativen des „KABD" zu verschweigen oder gar die DKP mit „fremden Federn" zu schmükken. Leider aber sind wir – alles in allem – noch eine kleine Organisation, deren direkter Einblick auf wenige Regionen/Städte der BRD beschränkt ist. Dennoch arbeiten wir politisch-theoretisch selbstverständlich auch an Problemen, die sich Kollegen außerhalb unseres Einflußbereiches stellen. Wegen unserer organisatorischen Beschränkung sind wir bei der aktuellen Berichterstattung deswegen häufig auf die Auswertung bürgerlicher Berichterstattung und eigener Recherchen angewiesen, die – wie dieser Fall zeigt – immer die Gefahr des Unzulänglichen in sich bergen. Aus diesem Grunde sind wir auch jedem Kollegen und Genossen dankbar, der sich zu einer korrespondierenden Mitarbeit am ARBEITERKAMPF bereit erklärt. Wir würden uns auch über weitere Informationen von Dir freuen.
Mit solidarischem Gruß
AK-Redaktion



Hannover:

Erneute Massen-Entlassungen bei Rheinstahl-Hanomag

SPD sichert Konzernpolitik gegenüber Arbeitern ab

Es ist schon fast „Tradition", daß die Rheinstahl-Hanomag AG in Hannover nahezu jedes Jahr mit Massenentlassungen aufwartet.

So sind auch jetzt wieder zum Jahresende Entlassungen von mindestens 1.000 Arbeitern und Angestellten angekündigt worden, das sind etwa 30% der Belegschaft von zur Zeit 3.500.

Allein im Laufe des letzten Jahres sind 1.500 Arbeiter und Angestellte entlassen worden. Als diese Entscheidung im Juni 1972 bekannt wurde, demonstrierten damals 4.000 Arbeiter mit zahlreichen roten Fahnen gegen die Willkür der Konzernbosse.

In diesem Jahr hat es bisher keine Aktionen der Belegschaft gegeben.

Seit 1969 wird bei Rheinstahl der Plan zur „Neuordnung des Konzerns" konsequent von den Kapitalisten durchgeführt. Dieser Plan sieht, wie es offiziell heißt, ein „Gesundschrumpfen" des Betriebes in Hannover vor. Offizieller Grund dieses „Gesundschrumpfens": der Bereich der Baumaschinen-Produktion sollte konzentriert und intensiv herausgebildet werden, während andere „belastende" Produktionsbereiche abgebaut werden.
1969: Verkauf der LKW-Produktion außer in Hannover auch in Hamburg, Bremen und Kassel an Daimler-Benz.

1970: Die Schlepper-Produktion wird eingestellt.
1972: Die Motorenfertigung wird eingestellt, „nebenbei" werden noch die Gießerei und einige kleinere Nebenbetriebe stillgelegt.
1973: Die Baumaschinenproduktion, der einzige Produktionszweig, wird reduziert.

In derselben Zeit entwickelten sich Belegschaftsstärke und offizieller Umsatz folgendermaßen:

Belegschaft Umsatz
1969 10.000 500 Mill

	Belegschaft	Umsatz
1969	10.000	500 Mill
1970	7.682	
1971	5.170	364 Mill
1972	5.000	
1973	3.500	ca. 307 Mill
1974	2.500	?

Während die Belegschaft seit 1969 um 65% abgebaut wurde, sank der Umsatz im selben Zeitraum nur um etwa 40%, das bedeutet im Verhältnis zur Beschäftigtenzahl (Umsatz je Beschäftigten) eine Umsatz-Steigerung von mehr als 70%.

Das ist das Ergebnis der Taktik, mit der der Rheinstahl-Konzern seit 1969 mit dem Plan zur „Neuordnung" oder „Gesundschrumpfung" die Stillegung des Betriebes in Hannover durchführt!

- Unrentable Betriebsteile werden total stillgelegt, die Arbeiter fliegen.
- Produktionsteile werden für viel Geld an die stärkere Konkurrenz verkauft (LKW an Daimler) – ein großer Teil der Arbeiter wird entlassen.
- Die noch rentablen Produktionszweige werden voll ausgeschöpft und per Rationalisierungen langsam abgebaut oder in schlechten Profitzeiten reduziert. Wieder werden die Arbeiter entlassen.

So erreicht der Konzern einerseits die Stillegung des Betriebes, andererseits wird nach wie vor Profit gemacht.

Zudem werden mit dieser Taktik die Arbeiter getäuscht.

Warum Stillegung?

Die Stillegung des Rheinstahl-Hanomag-Werkes ist für die Kapitalisten spätestens seit 1969 beschlossene Sache. Der Grund hierfür ist die stärkere Konzentration auf andere Produktionszweige. Die Stillegung wird massiv beschleunigt durch die schon seit langem geplante und in diesem Jahr durchgeführte Fusion von Rheinstahl und Thyssen (vergl. ARBEITERKAMPF 30/Juli 73). Dieser Superkonzern, der zweitgrößte der BRD, konzentriert vorrangig Stahlerzeugung und Stahlverarbeitung, hier besonders die Rüstung, die schon seit langem der profit-intensivsten Teil der Rheinstahl-Produktion ausmacht. In den Plänen dieses Superkonzerns ist das Schicksal von mehreren tausend Rheinstahl-Hanomag-Arbeitern schon längst beschlossene Sache und mittlerweile gibt es hierfür auch die ersten offenen Anzeichen:

- Die für den langfristigen Bestand des Betriebes wichtige Planungsabteilung wurde drastisch reduziert.
- Die für einen kapitalistischen Betrieb unentbehrliche betriebswirtschaftliche Abteilung wurde fast völlig aufgelöst. (Nach Hannoversche Presse vom 20.10.73).

Doch bis zum letzten Augenblick wird noch Profit aus den Arbeitern gequetscht: Noch im Mai bezeichnete der Vorstand die Lage als ausgezeichnet, im Frühjahr wurden sogar noch in größerem Umfang Neueinstellungen vorgenommen, da der Auftragsbestand mit „höher als normal" angegeben war.

der Auftragsbestand mit „höher als normal" angegeben war.

Offiziell begründen die Kapitalisten die Entlassungen mit den Stabilitätsmaßnahmen der Bundesregierung und der schlechten konjunkturellen Lage im Baugewerbe. Diese Maßnahme sei zur „Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit" notwendig gewesen.

Tatsächlich werden die geringeren Profiterwartungen der Unternehmer benutzt, um die geplante Stillegung wieder einen Schritt weiter zu führen.

Dabei erweisen sich die Versprechungen der Kapitalisten als wertlos: Bei den Massenentlassungen 1972 erklärten sie: Stillegung ist auf keinen Fall geplant und 3.000 Beschäftigte sind die absolute Untergrenze der Rentabilität.

Ab Januar 1974 arbeiten im Werk nur noch 2.500 Arbeiter und Angestellte.



1973: Protestversammlung eines SPD-Ortsvereins

Sozialdemokraten bremsen

Konnten die Sozialdemokraten im Betriebsrat, der IGM-Verwaltungsstelle und in den „linken" Ortsvereinen Hannovers im letzten Jahr die Demonstrationen mit roten Fahnen auch nicht verhindern, so gelang es ihnen doch im weiteren, die Aktionen zu bremsen.

Neben „Solidaritätserklärungen" verlegten sie das Gewicht vor allem in die Hände der SPD-Führungskräfte in der Stadt- und Landesregierung. Der ehemalige „linke" Juso und jetzige Oberbürgermeister Hannovers, Schmalstieg sagte damals „alle erdenkliche Hilfe" zu und polierte sein arbeitnehmerfreundliches Image noch kräftig auf, indem er „freiwillig" in Hannovers VW-Werk einen Tag am Band arbeitete. Die Lokalpresse tat das ihre, diesen Juso-Freizeitarbeiter durch Berichte und Bilder den Arbeitern nahezubringen.

Dieselben Leute entwickeln natürlich auch jetzt wieder Aktivitäten: SPD-Wirtschaftsminister in Niedersachsen, Greulich, zeigte sich böse, daß er nicht rechtzeitig informiert wurde und versprach Hilfe: er werde dahingehend auf den Rheinstahl-Konzern einwirken, daß dieser andere Produktionsbereiche nach Hannover verlagere. („Neue Hannoversche" vom 19.10.73)

Mit diesem genialen Vorschlag entlarvt sich die arbeitnehmerfreundliche SPD-Maske: der Konzern soll gefälligst anderswo entlassen, aber nicht in Hannover.

> **Massenentlassungen in Hannover**
>
> Nicht nur bei Rheinstahl Hanomag stehen am Jahresanfang 1974 Entlassungen an. Hier weitere Betriebe:
>
> — Continental-Gummiwerke:
> 500 Angestellte zum 31.12.73
>
> — Vereinigte Aluminiumwerke (VAW):
> 550 Arbeiter und Angestellte sollen entlassen werden. Für 185 ist der Antrag auf Massenentlassung bereits gestellt. Voll „Trost" und Zynismus
>
> entlassung bereits gestellt. Voll „Trost" und Zynismus
>
> verweist der Konzern darauf, daß es sich ja nur (!) um ältere Kollegen, „Frühpensionäre" wie es heißt, handelt.
>
> — Ebenfalls entlassen will die Preussag.
>
> — Rheinstahl-Hanomag
> Mindestens 1.000 Arbeiter und Angestellte.
>
> Laut „Welt" vom 20.10.73 erklärte das Landesarbeitsamt lapidar: „Facharbeiter haben gute Chancen. Die anderen müssen wohl einige Monate warten und ganz schlecht sieht es für ältere Angestellte aus."
>
> Von den entlassenen Hanomag-Kollegen sind etwa 40% Angestellte, der Rest sind überwiegend Hilfsarbeiter.
>
> Der vom Betriebsrat ausgehandelte „Sozialplan" sieht für Hanomag vor: zwei bis neun Monatslöhne und -gehälter (je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit) bei Arbeitern und Angestellten über 40 oder ab 15 Jahre Betriebszugehörigkeit.

Weiterhin werden führende SPD-Funktionäre zusammen mit einem geschäftsführenden Ausschuß des Betriebsrats Mitte November zum SPD-Parteivorstand nach Bonn reisen, um daraufhin zu wirken, daß die SPD-Bundesregierung verlockende Aufträge für Entwicklungsländer nach Hannover vergibt! („Neue Hannoversche" vom 29.10.)

SPD-Betriebsrat verbreitet Nebel

Der sozialdemokratisch beherrschte Betriebsrat setzt ebenfalls sein gesamtes Gewicht ein, um Kampfaktionen der Arbeiter zu verhindern und stattdessen auf die Parteifreunde in Bonn und in der Landesregierung zu orientieren. Zwar lehnte er die Massenentlassungen in der vorgesehenen Weise ab – anderes blieb ihm gegenüber den Arbeitern auch kaum übrig. Häufige Versammlungen wurden durchgeführt, auf denen die Kollegen vor Kampfaktionen gewarnt wurden und die Hoffnung vieler Arbeiter, diese Entlassungen seien nur ein Spuk, genährt wurde:

- die Regierung läßt uns nicht im Stich,
- eventuell lehnt das Arbeitsamt die Entlassungen ab,
- vielleicht können wir die Durststrecke mit Kurzarbeit überstehen, wenn im Frühjahr die Konjunkturbremsen gelockert werden.

Das sind die Hauptargumente der SPD-Leute im BR. Die sozialdemokratischen BR's sind jedoch nicht nur als Abwiegler tätig. Im Kern stimmen sie der Konzernpolitik zu. So erklärte der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Söchtig: „Vor allem geht es uns darum, möglichst langsam (!) und stufenweise (!) die Entlassungen vorzunehmen, damit der Arbeitsmarkt nicht sofort mit Stellensuchenden überschwemmt wird." („Neue Hannoversche" vom 19.10.)

1972: 4.000 Rheinstahl-Arbeiter streiken und demonstrieren unter roten Fahnen durch Hannover

1972: 4.000 Rheinstahl-Arbeiter streiken und demonstrieren unter roten Fahnen durch Hannover

In einem Gespräch mit der „Welt am Sonntag" vom 28.10.73 bekannte das Vorstandsmitglied von Hanomag, Rabe: „Die Zahl von maximal 1.000 Entlassungen, die nicht von heute auf morgen verkündet wurde, sondern schon seit Ende August (!) mit dem Betriebsrat diskutiert worden ist, hat natürlich Aufsehen erregt!"

Als am 17.10. die Entlassungen bekannt wurden, war der Betriebsrat angeblich erst wenige Stunden vorher von dem „überraschenden" Beschluß informiert worden.

Was den Arbeitern nützt

„Mit spektakulären Veranstaltungen ist den Beschäftigten bei Hanomag nicht gedient. Dadurch können höchstens weitere Arbeitsplätze gefährdet werden." („Hannoversche Allgemeine", 23.10.73)

Mit dieser unter anderem von Juso Schmalstieg verfaßten Erklärung wendet sich Hannovers SPD-Unterbezirksvorstand gegen ein Flugblatt und eine von 400 Teilnehmern besuchte Protestveranstaltung des SPD-Ortsvereins Linden/Limmers, der die Forderung aufstellte: „Überführung der Hanomag in die Selbstverwaltung der Arbeiter."

Die Aktionen der SPD-„Linken" aus Linden/Limmers wurden von der Mehrheit der SPD, von der IGM-Verwaltungsstelle und vom Betriebsrats-Vorsitz offen verurteilt.

Sozialdemokratische „Reform" Politik am Fall Hanomag: sie ist nichts als kapitalistischer Alltag. Die Arbeiter haben von der SPD keine Verbesserung ihrer Lage zu erwarten. Das war 1969 so, das war 1972 so und das ist auch 1973 so.

Die Politik des Rheinstahl-Konzerns macht deutlich, welcher Kampf von den Arbeitern zu führen ist: der konsequente antikapitalistische Kampf der Arbeiterklasse, die Zerschlagung der Herrschaft der Kapitalistenklasse.

Diesen Kampf wollen die Sozialdemokraten verhindern. Sie stehen seiner Entfaltung nicht nur im Weg, sie praktizieren in der offiziellen Parteipolitik sogar die offene Unterstützung der Politik der Konzerne und der gesamten Kapitalistenklasse. ■

(Zu den Massenentlassungen 1972: ARBEITERKAMPF 20, Juli 1972).

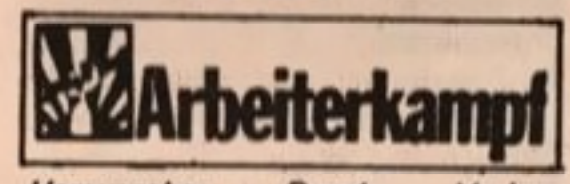
Metall-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Redaktionelle Anmerkung

Nach ausführlicher Diskussion zwischen Beauftragten der Leitung des KB und den Genossen der KB-Zelle Seeleute wurden erhebliche Differenzen festgestellt, die eine Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Organisation nicht mehr möglich machen. Die Seeleute-Zelle ist seitdem nicht mehr Zelle im KB

Eine politische Erklärung der Leitung wurde als internes Rundschreiben unter den Genossen und Sympathisanten des KB verbreitet und sollte bereits im AK abgedruckt werden, was aus Platzgründen bisher nicht möglich war. Wir veröffentlichen die Erklärung im AK 37. Die Seeleute-Genossen führen zukünftig ihre Öffentlichkeits-Arbeit als „Sympathisanten des KB" weiter.

IMPRESSUM



Herausgeber – Druck – Verlag, J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35,

verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage 13.500, Erscheinungsweise: monatlich, Verkaufspreis 50 Pfg. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595 J. Reents

SPD-Radieschen: außen rot und innen weiß

— Zur Gründung der AfA —

Im Oktober hat sich die „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" (AfA) gegründet. Vorausgegangen waren die Gründungen einiger „Arbeitsgemeinschaften" auf Landesebene, so in Niedersachsen und Bayern.

Übereinstimmend wurde darüber in der bürgerlichen Presse berichtet, daß es „*Sinn der (einzelnen) Arbeitsgemeinschaft(en) ist, durch Bildung von Betriebsgruppen die SPD-Politik stärker an die Arbeiter heranzutragen und die Werkspolitik der DKP und anderer radikaler Gruppen zu paralysieren (!).*" ("SZ", 4.9.73).

Auf dieser Linie lag auch die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft" auf Bundesebene. Die „*Grundlage für die Arbeit der AfA*", hieß es, sei „*die Solidarität aller Sozialdemokraten. Daraus ergibt sich, daß Aktionsbündnisse mit extremistischen und anarchistischen Gruppen abgelehnt werden. Diese wollen die betrieblichen Konflikte nicht lösen (!), sondern für ihre Ziele mißbrauchen (!).*" („Vorwärts", 25.10.73)

In der Fernsehsendung „Bilanz" wurde berichtet, daß „auf der 1. Konferenz (der AfA) nur wenig Arbeiter und Angestellte waren, dafür fast nur Gewerkschaftssekretäre." (24.10.73)

Darüber hinaus wurde bekannt, daß zumindest in der bayerischen „Landesarbeitsgemeinschaft" „die meisten Vorstandsmitglieder ... hauptamtliche oder freigestellte Gewerkschaftsfunktionäre (sind). " ("SZ", 10.9.73)

Die Gründung der „AfA" nach den massenhaften Streiks im Sommer und Herbst, die personelle Zusammensetzung der Führungsgremien (hauptamtliche Funktionäre, die nicht für, sondern von der Arbeiterbewegung leben) und die gesamte antikommunistische Ausrichtung zeigen, daß SPD und DGB eine Kadertruppe schmieden, die als „Gegengewicht" zu kommunistischen Einflüssen im Betrieb sowie als Zentrum und Koordinator der Aktivitäten rechtssozialdemokratischer Betriebsgruppen gedacht ist.

In der sozialdemokratischen Presse wird der Stoßtrupp „AfA" in das Licht einer konsequenten Vertretung für „Arbeitnehmerinteressen" gebracht. Da muß die „Humanisierung und Demokratisierung des Wirtschafts- und Arbeitslebens", also „insbesondere (!) die Mitbestimmung" herhalten. Vermischt mit ein wenig „gerechter Verteilung des Volksvermögens", „Preisstabilität" und „Chancengerechtigkeit" (aus „Mopo", 22.10.73) entsteht der alte sozialdemokratische „Reform"brei, den zumindest die sozialdemokratischen Arbeiter löffeln sollen, ohne auf den arbeiterfeindlichen Kern zu stoßen.

Bei diesen Täuschungsmanövern leistete sich der Bonner Redakteur der „Hamburger Morgenpost", Frank Sommer, ehemaliger Sprecher der SPD, ein Ganovenstück besonderer Art. Er wußte von einer deutlich sichtbaren „Kluft" zu berichten, „die sich zwischen der Basis der SPD (er meint die Truppenchefs der „AfA"!) ... und ihrer in Bonner Regierungshöhen entrückten Führungs-Crew" aufgetan hat. „Die SPD-Führung (schreibt er weiter) muß mit der neuen Arbeitsgemeinschaft rechnen – und zwar vor allem (!) und schon sehr bald (!) in der Frage der Mitbestimmung." („Mopo", 25.10.73).

Was für eine Drohung, welch „deutlich sichtbare Kluft" !! Daß die Sozialdemokraten die wesentlichen Probleme der Arbeiter auf die „Mitbestimmung" zu lenken versuchen, ist bekannt. Aber dadurch, daß diese Forderung nun „von den Arbeitern selbst" – und nach Sommer gegen „die SPD-Führung" – erhoben wird, ergibt sich ein besseres Bild.

Insgesamt sind – laut Sommer – von der „Arbeitsgemeinschaft" Forderungen aufgestellt und „selbstbewußt (!) verabschiedet" worden, „für die vor noch gar nicht langer Zeit Jungsozialisten noch ‚geprügelt' wurden." („Mopo", 25.10.73)

Da hört sich doch alles auf! Die antikommunistisch ausgerichtete „Arbeitsgemeinschaft" erweist sich in der Sprache dieses sozialdemokratischen Redakteurs plötzlich als „konsequenter Vertreter" und „Vorkämpfer" eines stark „links"-sozialdemokratischen Kurses.

Natürlich ist es Aufgabe eines „guten" sozialdemokratischen Redakteurs, die tatsächlich bestehende Unzufriedenheit vieler Arbeiter mit der SPD-Regierungspolitik und offiziellen Parteipolitik (der Führungsgremien) wiederum auf die Mühlen der SPD – in diesem Fall der „AfA" – zu lenken. Natürlich ist es dafür wichtig, die „AfA" als viel „progressiver", arbeiterfreundlicher etc. als die Bonner SPD-Spitzenpolitiker darzustellen. So ist es für den sozialdemokratischen Dutzend-Redakteur natürlich wichtig, gewaltige Schein„konflikte" zwischen „AfA"-Strategen und Regierungs-Vertretern zu konstruieren.

In einem alten Arbeiterlied wurde für die SPD das Bild eines Radieschens gebraucht: „Außen rot und innen weiß!" ■



SPD-ZEITUNG "einblick"

FORMIERUNG DES SOZIALDEMOKRATISMUS

Im September ist die Nr. 1 des sozialdemokratischen Mitgliedermagazins „einblick" erschienen. „einblick" wird monatlich an alle ca. 900.000 SPD-Mitglieder verschickt, und ist damit die auflagenstärkste SPD-Zeitung.

Die Herausgabe eines besonderen Mitgliedermagazins begründet der „Vorwärts" (Zentralorgan der Partei) damit, daß bisher die SPD'ler von ihrer Partei „keine politischen Argumente" und „keine Informationen", auch nicht „über die Bundespolitik der SPD", erhielten.

„Eine politische Unsicherheit, die sich dadurch ... zeigte, soll nun bald und gründlich ... behoben werden". („Vorwärts", 20.7.72)

Welche „politischen Argumente", welche „Informationen" bringt „einblick"?

Der erste Artikel ist der „intensiven politischen Arbeit" sozialdemokratischer Betriebsgruppen im Dortmunder Raum gewidmet.

Die Betriebsgruppen sind dort, wie z.B. bei Hoesch, „bis zu 1.000 Mann stark".

Das Hauptproblem der sozialdemokratischen Betriebsfürsten in ihrer „Betriebsarbeit" ist die Ausrottung der Kommunisten:

„Die verschwindend kleinen (!) Gruppen von Kommunisten ... machen den Sozialdemokraten ... zu schaffen", „...während die Sozial - demokraten mit ihrem Genossen (aber, aber) Arbeitsdirektor über bessere Arbeitsbekleidung konkret verhandeln (? !), da schlagen die Kommunisten bloß Krach."
(alle Zitate aus „einblick" Nr. 1)

Gerade die Herren Arbeitsdirektoren waren es, die während des spontanen Streiks bei Hoesch (Dortmund) die Arbeiter als „Spinner", „extreme Eiferer", „Idioten" usw. beschimpften. Der Hoesch-Arbeitsdirektor Sieber war einer der Wortführer derer, die forderten, „die Vertrauensleute stärker unter Kontrolle der Gewerkschaftsführung zu nehmen und sie zu Anhängseln der Betriebsräte zu machen" (vergl. AK 26: „Der Streik bei Hoesch").

„Die verschwindend kleinen Gruppen von Kommunisten" sind ein wesentlicher Anlaß, um über „einblick" – monatlich, frei Haus – bei den SPD-Mitgliedern den Antikommunismus stärker zu verankern!

In einem weiteren „einblick"-Artikel, unter der Überschrift: „Kommunisten Abfuhr erteilt" wird zum Vorhaben der südbayrischen „Arbeiter-Basis-Gruppen" Stellung genommen, die auf einer SPD-Demonstration gegen den § 218 eine Grußadresse verlesen wollten, was ihnen aber natürlich verboten wurde. Immerhin gibt es die „Münchener Antikommunismus-Beschlüsse" der SPD (keine Zusammenarbeit mit Kommunisten).

Gegen diese Behandlung protestierte ein „Frauensekretariat der Arbeiter-Basis-Gruppen" und forderte die SPD „zu gemeinsamen Aktionen" auf.

Gegen diese naiv-ehrlichen Genossen läßt „einblick" geschickter Weise den mit „linkem" Image aufpolierten Schöfberger zu Wort kommen.

Nachdem er die ABG's erst mal so richtig abgekanzelt hat, „wir haben Ihre Teilnahme als Organisation an der Demonstration der Münchener SPD nicht erbeten", empfiehlt er ihnen „dringend, künftig Ihre eigenen Veranstaltungen durchzuführen. Es wird sie dann niemand an der Verlesung irgendwelcher (? !) Schriftstücke hindern" (!).
(alle Zitate aus „einblick")

Auf den übelsten Antikommunismus – im Betrieb „schlagen die Kommunisten bloß Krach" (d.h. wollen nur Unruhe usw.), stören die Verhandlungen der SPD-Funktionäre mit dem Herrn Arbeitsdirektor, dienen nur der Reaktion usw. – sollen die SPD-Mitglieder über „einblick" eingeschworen werden. Das sind die „Informationen", die „politischen Argumente" der SPD-Spitze für die Mitglieder.

Das ist die „politische Unsicherheit", die „bald und gründlich" behoben werden und zur weiteren Herausbildung von antikommunistisch ausgerichteten SPD-Kadern in Betrieb, Gewerkschaft und Stadtteil führen soll!

„einblick" gibt uns Einblick in die Formierung des Sozialdemokratismus. ■

SPD zu Chile

„Nicht hilfreich"

Ein AK-Leser schrieb an den Parteivorstand der SPD einen Brief zur Lage in Chile. Er bekam von der „Abteilung internationale Beziehungen" einen Brief, in dem es u.a. heißt:

„*1. Ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen wäre nicht hilfreich, da dann keine Möglichkeit mehr bestünde, auch mit der Militärregierung in Chile in Kontakt zu treten und Gespräche mit dem Ziel der Darstellung unserer Haltung, der Bemühung, das Los der Inhaftierten und ihrer Familien zu mildern und zur Rechtsstaatlichkeit zurückzukehren, zu führen.*

2. Entwicklungshilfe wird vorerst nur insoweit weitergeführt, als es sich um Maßnahmen handelt, die für die Bevölkerung erforderlich sind und dieser zugute kommen.

Große Sorge bereitet der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands das Schicksal unserer Parteifreunde und deren Angehörigen in Chile."

Das ist doch schön zu hören, daß die SPD sich wenigstens um ihre „Parteifreunde" in Chile „sorgt". Aber was für „Parteifreunde" eigentlich? Gab es etwa in Chile eine sozialdemokratische Partei? Man kann Allende vieles vorwerfen, aber im Vergleich zu Brandt & Co. war er immer noch Gold, und als „Marxist" hätte er in der BRD wahrscheinlich wegen des „Extremistenerlasses" nicht einmal Lehrer werden können. So heuchlerisch und „nicht hilfreich" ist die „Solidarität" der SPD mit den chilenischen Antifaschisten.

Behörde will Solidaritätssammlung für Chile verhindern

Das Hamburger Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH) stellte am 16. Oktober Antrag auf Genehmigung einer Straßensammlung zur Unterstützung der gegen den Faschismus kämpfenden chilenischen Arbeiter und Bauern. Die zuständige Arbeits- und Sozialbehörde machte die Erteilung der Sammelgenehmigung von folgender „Auflage" abhängig: das IKAH sollte sich verpflichten, „bei der Werbung zum Spenden davon abzusehen, eine Verwendung des Sammelertrages zum Zweck einer bewaffneten Auseinandersetzung zu propagieren."

Diese Auflage wurde vom IKAH als unzumutbarer Angriff auf die politische Meinungsfreiheit abgelehnt. Die Sammlung konnte nicht stattfinden. Stattdessen wurde auf Flugblättern und mit Info-Ständen zu Spenden (auf das Konto der „Chile-Hilfe") aufgerufen.

Die Antrags-Begründung des IKAH auf Genehmigung für eine Straßensammlung hatte gelautet: „Der Ertrag der Sammlung soll den Widerstand des chilenischen Volkes gegen den Terror der Militärjunta unterstützen helfen. Das Geld wird auf das Konto der 'Chile-Hilfe' der AELA – Lateinamerikanischer Studentenverband – überwiesen."

Es dauerte fünf Tage, bevor die Behörde sich überhaupt zu einem Gespräch über „Sinn und Zweck" der Sammlung herbeiließ. Offenbar hatte man vorher „höhere Stellen" eingeschaltet, so daß höhere Verwaltungsbeamte an dem Gespräch teilnahmen, unter ihnen Regierungsdirektor Golombek, offenbar Chef der Arbeits- und Sozialbehörde.

Zunächst versuchten die Bürokraten in typisch sozialdemokratischer Manier den Vertreter des IKAH einzuseifen und die Sammlung auf ein rein „humanitäres" Hilfsunternehmen ohne politischen Hintergrund zu reduzieren. Es müsse verhindert werden, daß das gesammelte Geld für irgendwelche nicht „friedlichen" Zwecke verwendet werde. Als Begründung ließen sie „internationale Verpflichtungen" der BRD durchblicken. – Wer fühlt sich da nicht an die ebenfalls „rein humanitären" Weizenlieferungen erinnert, mit denen die BRD gegenwärtig die Existenz der Junta unterstützt? (Die Lieferung war schon der Allende-Regierung zugesagt worden, aber wurde zurückgehalten!) –

Der Vertreter des IKAH ließ sich auf diese Zumutung nicht ein. **Seine Organisation stelle grundsätzlich keine andere konkrete Bedingung für die Verwendung von Spendengeldern als die, daß sie der Unterstützung des Kampfes gegen die**

Forts. Seite 10

Forts. Behörde verbietet...

durch den Kapitalismus verursachte Not und Ausbeutung dienen soll.

Daraufhin versuchte es die Behörde mit einem „Kompromiß-Vorschlag" – als Sammlungs-Ziel sollte formuliert werden: „Der Ertrag der Sammlung soll zur Solidarität mit der in Not geratenen Bevölkerung dienen".

Der Vertreter des IKAH war bereit, diesen Kompromiß zu akzeptieren. Weder für die Verwendung des Geldes noch für die Durchführung der Sammlung wären daraus Beschränkungen erwachsen.

Jetzt aber zeigte sich, daß die Bürokraten bisher nur herumtaktiert hatten, um den Boden für den Hauptschlag vorzubereiten. Ungeniert über die offensichtliche Widersprüchlichkeit in ihrer eigenen Argumentation zogen sie nun plötzlich folgende Auflage aus der Tasche: *„Der Veranstalter verpflichtet sich, bei der Werbung zum Spenden davon abzusehen, eine Verwendung des Sammelertrags zu Zwecken einer bewaffneten Auseinandersetzung zu propagieren."*

Als Begründung für diese Auflage wurde angeführt: der konkrete Verwendungszweck des Geldes in Chile sei für das Amt uninteressant (vorher hatten sie genau das festlegen wollen!), da bei „überseeischen Sammlungen" eine Kontrolle über die Verwendung sowieso nicht möglich sei.

Die Arbeits- und Sozialbehörde habe im Rahmen ihres Verfassungsauftrags vielmehr die ordnungsgemäße Einhaltung der Sammlungsgesetze in der BRD zu kontrollieren. Es müsse dafür Sorge getragen werden, daß die Sammlung nicht die Aufrechterhaltung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung gefährde. Solange die Sammlung aber eine Propaganda für den bewaffneten Kampf nicht ausdrücklich ausschließe, sei dafür nicht garantiert. Es sei jedem Einzelnen unbenommen, seine Meinung zu Chile zu haben. Im Rahmen einer Sammlung dagegen, die ja auf Diskussion mit der Bevölkerung hinausliefe, müsse damit gerechnet werden, daß es bei größeren Menschenansammlungen zu Auseinandersetzungen zwischen Sammlern (die für den bewaffneten Kampf eintreten) und „Andersdenkenden" komme. Das Amt wäre dann gezwungen, die Polizei zum Schutz der Sammler aufzufordern. Es widerspreche aber den prinzipiellen Aufgaben der Behörde und der Polizei, Leute zu schützen, die die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" angriffen, indem sie Gewalt propagierten... Für die Haltung der Behörde sei es unwichtig, ob der bewaffnete Kampf in Chile berechtigt sei oder nicht (immerhin handelt es sich um den Kampf gegen eine faschistische Militärdiktatur!).

Propaganda für den bewaffneten Kampf sei eben p r i n z i p i e l l nicht durch das Grundgesetz abgedeckt! Andernfalls müßten – so „argumentierten" die Bürokraten – nach dem „Gleichheitsgrundsatz" auch andere das Recht haben, für den bewaffneten Kampf zu sammeln, z.B. für Israel... – Als ob nicht tatsächlich die Springer-Presse, die „Deutsch-Israelische Gesellschaft" und zahlreiche Bundestagsabgeordnete zu Spenden für Israels „Verteidigungsanstrengungen" aufgerufen hätten, damit Israel weiterhin arabische Gebiete besetzt halten kann! – Dies Behörden-Argument war also ein typischer Bumerang, bezeichnend für die Praktizierung des sogenannten „Gleichheitsgrundsatzes" in diesem Land.

Für die Behörde geht es offensichtlich nicht einmal in erster Linie um die Sammlung, sondern um die Einengung der politischen Meinungsfreiheit. Wenn es verboten sein soll, im Rahmen einer Sammlung für den Kampf gegen den Faschismus, auch mit bewaffneter Gewalt, einzutreten, dann könnte die Behörde dasselbe Spiel auch gegenüber Flugblättern, Zeitungen etc. fortsetzen, die diesen Kampf unterstützen.

Die IKAH lehnte die Auflage der Behörde dementsprechend als Angriff auf die politische Meinungsfreiheit und Beeinträchtigung wirklicher Hilfe für die chilenischen Arbeiter und Bauern durch die Behörde ab. Die Behörde erklärte sich zu einer nochmaligen Prüfung der Auflage bereit. Wegen der „exemplarischen Bedeutung" des Falles will leitender Regierungsdirektor Golombek sich „höheren Ortes" vergewissern, ob die bisherige Entscheidung aufrechterhalten wird. Eine schriftliche Begründung soll ebenfalls noch erfolgen.

Genossen des IKAH

Redaktionelle Anmerkung:

Für die Behördenvertreter ist es zweifellos eine sehr reizvolle Vorstellung, daß sich linke Sammler u.ä. vor dem „gerechten Volkszorn" und „gesunden Volksempfinden" (die im Gespräch beschworenen „Andersdenkenden") in die Arme der Polizei flüchten müßten. Allerdings wurde in Hamburg zu Zeiten des SDS selig (als Sammlungen noch nicht genehmigungspflichtig waren) häufig unter der Parole „Waffen für den Vietkong" gesammelt, ohne daß es unseres Wissens jemals zu ernsten Handgreiflichkeiten von seiten „Andersdenkender" gekommen wäre.

Auf der anderen Seite sind uns genug Fälle in Erinnerung, wo Hamburgs Polizei zum Schutz von NPD-Veranstaltungen abkommandiert wurde, obwohl diese neo-faschistische Partei nach amtlicher Auskunft (z.B. Berichte des „Verfassungsschutz") „verfassungsfeindlich" ist.

Schutz für faschistische Veranstaltungen durch die Polizei: Ja! Genehmigung für eine Sammlung zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes gegen den Faschismus: Nein! Das ist der bürgerliche „Gleichheitsgrundsatz". ■

Demonstration für eine bessere und gerechtere Schule

Elternrat und Schülerrat der Schule Arnkielstraße (Hamburg-Altona) hatten für den 19.11. zu einer Demonstration gegen die Bildungsmisere aufgerufen.

Dieser Aufruf fand eine verhältnismäßig starke Resonanz: Elternratsmitglieder aus sieben weiteren Altonaer Schulen setzten sich persönlich in einem Flugblatt für die Demonstration ein. An zwei Schulen erklärte der gesamte Elternrat seine Solidarität, an zwei weiteren Schulen der Schülerrat. Auf Initiative der "Projektgruppe Schulaktivitäten des SSB" sprach sich die Vollversammlung der Lehrerstudenten an der Universität (etwa 2000 Teilnehmer) einstimmig für eine Unterstützung der Altonaer Eltern aus. Linke Schülergruppen (RBJ, SSB) bemühten sich ebenso um eine Mobilisierung für die Demonstration. Wenn auch die Demonstration selbst hauptsächlich von den Eltern und Schülern der Arnkielstraße getragen wurde, war doch die zahlenmäßige Stärke (gut 800) und die gute Atmosphäre ein Erfolg, da man berücksichtigen muß, daß hier zum ersten Mal in Hamburg eine Demonstration von Elternräten veranstaltet worden war.

Auf der Abschlußkundgebung verabschiedeten die Teilnehmer folgende Resolution an den Senat und die Bürgerschaft von Hamburg:

"Die versammelten Teilnehmer – Schüler, Lehrer, Eltern und Studenten – an der Demonstration der Schule Arnkielstraße "Für eine bessere und gerechtere Schule" protestieren gegen die mangelhaften, dem Prinzip der Chancengleichheit widersprechenden Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für Schüler und Lehrer.

Wir fordern sofort für die Schule Arnkielstraße und alle anderen Schulen:

1. Unterricht nach der Stundentafel 1972
2. Für jede Klasse einen Lehrer
3. Genügend Klassen und besser ausgestattete Klassenräume
4. Abschaffung der Orientierungsfrequenzen.

Wir fordern den Senat und die Bürgerschaft auf, sofort alle dem Prinzip der Chancengleichheit widersprechenden, die sozial Schwächeren diskriminierenden Studienbeschränkungen aufzuheben:

1. Numerus Clausus
2. Regelzeitstudium
3. Rahmenprüfungsordnung

Wir sehen in der Aufhebung dieser Beschränkungen eine wichtige Voraussetzung für die Beseitigung des quantitativen und qualitativen Lehrermangels.

Wir fordern dazu den notwendigen Ausbau der Universität.

Wir erheben schärfsten Protest gegen die Verunsicherung und Unterdrückung von Schülern und Lehrern, die häufig zur Diskriminierung und Entlassung von Lehrern aus dem Amt geführt haben.

Wir sind entschlossen, unter Einbeziehung aller Kräfte den Kampf „für eine bessere und gerechtere Schule", für die Beseitigung der Mißstände, des Lehrermangels, der Unterdrückung, der Verleumdung und Diskriminierung bis zum erfolgreichen Ende zu führen."

Diese Plattform faßt die Politik des Elternrats der Schule Arnkielstraße zusammen. Es wird kein Zweifel daran gelassen, daß man die konkreten Auswirkungen der Schulmisere (überfüllte Klassen, Stundenausfall, Lehrermangel etc.) im grösseren Rahmen der staatlichen Bildungspolitik insgesamt sieht. Im Mittelpunkt steht der demokratische Kampf der werktätigen Bevölkerung um ihre Rechte in Schule und Ausbildung. Der umfassende politische Charakter dieser Plattform ist bislang einmalig auf dem Gebiet des Schulkampfes.

Das ist es auch, was die sonst so „träge" Schulbehörde hier aufeinmal ungemein „lebendig" werden ließ. Noch vor der Demonstration ließ die Schulbehörde mit großem Aufwand ein Schreiben des Oberschulrates Schlesiger an Eltern, Elternvertreter und Schulleiter in Altona verteilen.

Wie der Oberschulrat einen Lehrer-„Überschuß" an der Schule „beweist"

Die Schulbehörde berechnet die Zuteilung von Lehrern für eine Schule nicht aufgrund des r e a l e n, nach der Stundentafel erforderlichen Unterrichtsbedarfs, sondern nach vorgesetzten Richtzahlen („Orientierungsfrequenz"). Diese aber gehen ganz offensichtlich von dem vorhandenen Lehrer a n g e b o t aus, sonst wären sie ja „unrealistisch". Deshalb kann es nach den „Berechnungen" der Schulbehörde auch keinen Lehrermangel geben. Logisch! Bloß daß das Lehrerangebot ebenfalls durch den Staat mit dem Numerus Clausus festgesetzt wird! Allein in dieser Methode kommt die ganze Verachtung zum Ausdruck, mit der die Obrigkeit die Interessen von Schülern, Lehrern, Eltern und Studenten beiseiteschiebt.

So „beweist" Schlesiger für die Schule Arnkielstraße „sogar einen Überschuß von 84/ Lehrerstunden, das sind etwa drei Lehrer". Mit der besonders demagogischen Behauptung, dieser „Überschuß" sei nur möglich „auf Kosten anderer Schulen" versucht der Oberschulrat, bei den Eltern anderer Schulen Stimmung gegen die Arnkielstraße zu machen. Sogar für die Erkrankung von Lehrkräften wird in dem Behörden-Schreiben indirekt der Elternrat verantwortlich gemacht: „Ich befürchte, daß der Vertrauensschwund und die vom Elternrat (!) in den letzten Wochen verursachten Spannungen nicht dazu beitragen werden, den Gesundheitszustand des Kollegiums zu verbessern".

Der Elternrat wird – und dabei werden zwei Mitglieder besonders hervorgehoben – ganz massiv beschuldigt, die Eltern unsachlich und falsch zu informieren, und die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternschaft zu stören. Hierdurch werde gegen das neue Schulverfassungsgesetz gehandelt.

Pressekonferenz des Elternrats

In einer schriftlichen Antwort und auf einer nach der Demonstration abgehaltenen Pressekonferenz protestierten die Elternräte gegen das Schreiben Schlesigers und gegen dessen Verteilung durch die Schulen und Kinder, während sie selbst in ihrer Informationstätigkeit erheblich behindert worden seien. Durch zahlreiches Faktenmaterial wurden die Behauptungen der Schulbehörde zurückgewiesen.

Der krasse Unterrichtsausfall an der Schule war durch Tabellen und Berichte der Eltern aus einzelnen Klassen beweiskräftig festgehalten worden. Der Elternrat vermerkte darüber hinaus, daß die Zahlen der Schulbehörde in keiner Weise mit den schriftlich vorliegenden Informationen des Schulleiters übereinstimmten, der für die Schule einen Fehlbedarf von 77 Lehrerstunden pro Woche festgestellt hatte. Er nannte daher die Behauptung der Schulbehörde von einem Lehrer-„Überschuß" unverschämt, weil sie die Eltern verdummt".

Der Elternrat ist nicht bereit, Verbesserungen für die Schule Arnkielstraße auf Kosten anderer Schulen hinzunehmen, weil es nicht um besondere Probleme einer Schule gehe, sondern um die Beseitigung der Mißstände insgesamt.

Es wurde gegen die undemokratischen Vorschriften des Schulverfassungsgesetz protestiert, die Elternräte und Schülerräte in ihrer Tätigkeit einschränken und verhindern sollen, „daß die gesamte Elternschaft die bildungspolitischen Ziele der verantwortlichen Bildungspolitiker durchschaut und sich im geschlossenen Vorgehen dagegen zur Wehr setzt". Insbesondere war dem Elternrat mehrfach untersagt worden, Sitzungen in der Schule abzuhalten. Auch die Schülervertreter waren in ihrer Arbeit behindert worden, während eine kleine Minderheit von Schülern, die sich hinter den Schulleiter stellte, begünstigt worden war.

Der Elternrat wies den Versuch, nach dem Prinzip „Teile und Herrsche" einzelne Mitglieder herauszugreifen und zu diffamieren, aufs schärfste zurück. Alle Beschlüsse seien einstimmig gefaßt worden.

Insgesamt wurden die Angriffe der Schulbehörde als der Versuch charakterisiert, die Schule Arnkielstraße zu isolieren. Der Senat und die Behörde fürchten, daß sich die Erkenntnis in die Mißstände an allen Schulen durchsetzt, und vor allem, daß in einer breiten Öffentlichkeit eine politische Diskussion über Sinn und Inhalt der gegenwärtigen Bildungspolitik geführt wird.

In diesem Zusammenhang wurde auch das Nichterscheinen der Hamburger Tagespresse, des Oberschulrats und des Schulleiters auf der Pressekonferenz eingeschätzt (übrigens „glänzte" auch die "UZ" der DKP durch Abwesenheit!).

Die Elternräte werteten die Demonstration als einen ersten, aber erfolgreichen Schritt. Sie haben vor allem dazu gedient, die Diskussion um die Bildungspolitik auch an andere Schulen zu tragen und die Basis für den Kampf um Veränderungen zu verbreitern. Die Eltern hätten durch ihr öffentliches Auftreten ein Beispiel des Mutes gegeben. Wichtig sei auch die Erfahrung der Solidarität von Schülern und Lehrern gewesen.

Die Elternräte führten aus, daß die bestehenden Schulprobleme nicht „im kleinen" gelöst werden könnten. Der Kampf müsse in einer anderen Größenordnung geführt werden. An den Hamburger Schulen müsse das notwendige Gewicht erreicht werden, um den Senat und die Bürgerschaft zu zwingen, die Bildungspolitik zu ändern. Dazu gehöre, daß alle Diskriminierungen von Studienbeschränkungen an der Universität fallen müssen. Man werde zu diesem Zweck vor allem die Tätigkeit im Kerngebiet Altona, wo seit längerem Elternräte verschiedener Schulen zusammenarbeiten, ausweiten. In diesen Kreis sollen in Zukunft intensiv Eltern, Schüler, Lehrer und Studenten einbezogen werden.

Man werde sich – in voller Verantwortung gegenüber dem Interesse der Kinder aller Mittel bedienen, um dieses Ziel zu erreichen. Dazu gehört, sich gegebenenfalls auch vor Gericht gegen Unterdrückung, Verleumdung und Diskriminierung durch die Politik der Schulbehörde zu wehren. Man werde sich in der Öffentlichkeitsarbeit auch der kommunistischen Presse bedienen, wenn man durch die Hamburger Tagespresse boykottiert wird.

Der Elternrat bekräftigte noch einmal die grundsätzliche Ausrichtung seiner Politik. Gerade angesichts der Mißerfolge, die die „Aktion Kleine Klasse" erlitten habe, halte man daran fest, an der Schule selbst, an der Basis zu arbeiten; das unteilbare Interesse der Kinder über persönliche Beweggründe zu stellen; keine Politik über die Köpfe der Eltern hinweg zu machen, sondern die breite Masse der Eltern und Schüler jederzeit über das gesamte schulische Geschehen zu informieren und sie zum demokratischen Eintreten für ihre Rechte zu bewegen.

Dies sei allein die Kraft, auf die man sich stützen könne, und in diesem Sinn werde man sich weiter bemühen, konkrete Erfolge zu organisieren, um den Eltern zu beweisen, daß sie so in der Lage sind, wirklich etwas zu erreichen. Dies sei ein langer und schwieriger Weg, aber der einzig mögliche. –

Werden die Eltern von Kommunisten „mißbraucht"?

Über die Demonstration erschien im „Hamburger Abendblatt" des Springer-Konzerns folgende Notiz:

> **Elternrat rief zum Protest auf**
>
> Eine Demonstration, zu der gestern der Elternrat der Schule Arnkielstraße in Altona aufgerufen hatte, wurde zu einer Kundgebung linker Gruppen. Wenig Eltern kamen, dafür viele Schüler und Studenten. Sie entrollten Transparente mit Aufschriften wie: „Gegen Gesinnungsschnüffelei in Schule, Betrieb und Gewerkschaften" oder „Streikrecht an der Schule". Am Straßenrand wurden stapelweise „Informationsschriften" mit Angriffen auf die Schulbehörde verteilt.
>
> Ein Sprecher der Behörde für Jugend, Schule und Berufsbildung erklärte: „Wir vermuten, daß der Strategie bestimmter politischer Gruppen entsprechend Unruhe verbreitet werden soll." Der Anlaß: Nach Meinung des Elternrats der Schule Arnkielstraße fehlten 77 Lehrerstunden pro Woche. Dagegen die Schulbehörde: Es besteht ein Überschuß von 84 Lehrerstunden. gp □

Das Zitat des (ungenannt bleibenden) Behördenvertreters beweist, daß diese Meldung nicht zufällig ist. Gegen die Eltern und Schüler soll nun die Waffe des Antikommunismus ins Feld geführt werden. Die Eltern werden sich gegen den Vorwurf zu wehren haben, daß ihr Anliegen falsch und ungerecht sei, wenn es von Kommunisten unterstützt wird. Auch hierin zeigt sich wieder, wie die Eltern für dumm verkauft werden sollen: Angeblich haben nicht die tatsächlichen Mißstände den Protest hervorgerufen, sondern „linke Gruppen" mit ihrer geheimnisvollen „Spannungs-Strategie". Der Meinung der Eltern selbst und ihrer öffentlichen Demonstration messen diese Herren offenbar keinerlei Bedeutung zu.

Dies aber ist für uns als Kommunisten das Entscheidende an den Vorgängen in der Schule Arnkielstraße. Die Kommunisten sind an irgendeinem heimlichen „Einschleichen" oder „Unterwandern" einer Bewegung nicht interessiert. Wir sind aber daran interessiert, wenn Teile der werktätigen Bevölkerung beginnen, sich ihrer Lage und ihrer Interessen bewußt zu werden, und beweisen, daß sie in geschlossenem Handeln die Kraft haben, politische Veränderungen durchzusetzen. Es handelt sich hier um einen Teil des demokratischen Kampfes. Es handelt sich hier um grundlegende und notwendige Erfahrungen, die die Arbeiterbewegung braucht, wenn sie einmal mit gesellschaftlichen Problemen von viel gewaltigeren Ausmaßen konfrontiert wird. ■

Bündniskommission des KB Gruppe Hamburg

Warum Ärzte aus der DDR abhaun

Am 30.8.73 berichtete die „Welt", daß seit Anfang dieses Jahres 150 Ärzte aus der DDR geflüchtet seien. Als Gründe werden angeführt: Ärzte- und allgemeine Intellektuellenfeindlichkeit in der DDR und Behinderung der ärztlichen Berufsausübung.

Im einzelnen werden von einem geflüchteten Arzt in dem „Welt"-Artikel folgende Punkte kritisiert:

- *Die Arbeit des Arztes werde der der Tätigkeit von Ingenieuren, Technikern und Werktätigen anderer Arbeitsbereiche* **gleichgestellt;**
- *durch die „antiärztliche Kampagne" sei die* **bevorzugte** *Belieferung der Ärzte mit Autos und die Bereitstellung von größerem Wohnraum für Ärzte beendet;*
- *Kinder von Intellektuellen hätten nur unter Schwierigkeiten Zugang zu Oberschule und Universität;*
- *der Wettbewerb zwischen einzelnen Stationskollektiven, Ambulatorien usw. führe zu einer* **unzulässigen Kontrolle und Überwachung!**

Aus diesen Kritikpunkten geht hervor, daß die Beweggründe für die Flucht der Ärzte im Verlust von Privilegien (Bevorzugungen, besonderem Ansehen usw.) liegen. Um die Patienten geht es ihnen nicht! Es wird deutlich, daß von den Ärzten (und anderen Intellektuellen) Privilegien gefordert werden und eine Gleichstellung mit „gewöhnlichen Arbeitern" als Intellektuellenfeindlichkeit bezeichnet wird.

BRD – ärztliche „Freiheiten"

BRD – ärztliche „Freiheiten"

Ziel der meisten geflohenen DDR-Ärzte war die BRD. Offenbar herrscht nach ihrer Ansicht in der BRD keine „intellektuellenfeindliche Gleichmacherei". Offenbar wird hier die Besonderheit des Arztes richtig gewürdigt. Die Ärzte betonen diese Besonderheit und sprechen von ihrem Beruf als einer „Kunst". Keineswegs dürfe der Arzt zu einem „Biotechniker" verkommen. Und selbstverständlich darf über Ärzte – da sie ja „Künstler" sind – keine „unzulässige Kontrolle" ausgeübt werden. Daher wettern die Ärzteorganisationen in der BRD gegen den „Kollektivismus" des klassenlosen Krankenhauses. Sie behaupten, daß die Freiheit und individuelle Arbeit der Ärzte in der BRD besonders den Patienten zugute käme. Wie sieht es nun aber in Wirklichkeit damit aus?

Zunächst zahlt sich die „Kunst"-auffassung für die Ärzte in barer Münze aus: sie zahlen nämlich keine Gewerbesteuer wie andere Selbständige! Aber auch sonst kommt die „Freiheit" dem ärztlichen Geldbeutel gut zustatten: in eigener Regie verteilen die Ärzte (über die kassenärztliche Vereinigung) die Honorare der Kassen unter sich, erstellten sich selbst eine Berufsordnung, ahnden selbst Berufsvergehen (sogenannte Kunstfehler), organisieren Fortbildungsveranstaltungen. Fortbildung ist natürlich nötig und zu begrüßen. In der Praxis ist es allerdings oft so, daß sich die Ärzte dabei keine allzu große Mühe auferlegen und ihre Fortbildungs-Kurse mehr den Charakter von Erholungsreisen haben.

Auch bei der Verteilung der Arztpraxen auf die Bevölkerung geht es nicht nach den Bedürfnissen der Patienten, sondern es herrscht Niederalssungsfreiheit. Jeder Arzt macht seine Praxis dort auf, wo er das meiste Geld verdienen kann. In den Zentren der Großstädte und in Villengegenden drängen sich die Ärzte (Harvestehude hat die größte Ärztedichte Hamburgs). In Vorstädten, Arbeitervierteln, in Kleinstädten und auf dem Land herrscht dagegen Mangel an Ärzten.

Diese ärztlichen „Freiheiten" lassen sich auch in Zahlen ausdrücken: das durchschnittliche Nettojahreseinkommen eines Arztes beträgt 100.000.– DM. Anfängern wird für die wenig attraktiven Landarztpraxen eine Umsatzgarantie von 80.000.– DM geboten.

... und was die Patienten davon haben

Angeblich soll dem Patienten die

Angeblich soll dem Patienten die „freie" Arztwahl Vorteile bringen. Für den Kassenpatienten hört die „Freiheit" bei der Auswahl des Arztes allerdings schon wieder auf. Von der Entscheidung des Arztes hängt es nämlich ab, ob ein Kassenpatient Zutritt zu den anderen Einrichtungen der Gesundheitsversorgung erhält. Denn ohne Überweisung kann kein Krankenhausarzt einen Patienten annehmen geschweige denn ambulant versorgen. Selbst für den Besuch einer Uni-Poliklinik muß eine Überweisung vorhanden sein. Wohnt ein Patient auf dem Land, so steht ihm aufgrund des Mangels an Ärzten sowieso meist nur ein Arzt zur Verfügung. Die Versorgung mit Einzelpraxen hat noch weitere erhebliche Nachteile für den Patienten: lange Wartezeiten, kurze Behandlungsdauer (vier Minuten im Durchschnitt!), oberflächliche Behandlung, veraltete Methoden (weil modernere zu teuer für einen einzelnen Arzt sind), unkontrollierte Fehlbehandlung usw.

Alle diese Nachteile, die die westdeutschen Ärztevertreter gerne der „kollektivierten" medizinischen Versorgung anhängen, sind in Wirklichkeit die Nachteile des bestehenden ärztlichen Systems. Daran ändert auch nichts die große Mühe, die sich in diesem System einzelne Ärzte oft geben. Allzu durchsichtig sind daher die Argumente der Ärzteorganisationen in der BRD gegen eine Reorganisation der medizinischen Versorgung: diese Argumente werden nicht von der Sorge um den Patienten, sondern von der Sorge um den Geldbeutel diktiert.

Selbstverständlich versuchen die Ärztefunktionäre, diese ganz handfesten Interessen als etwas Besonderes, ja Naturnotwendiges auszugeben! Da heißt es: dem Arzt stehe „echte Autorität aus gelebter Haltung" zu. „Die Patienten wollen (!) den souveränen Führer im Arzt täglich und stündlich spüren", ...die Persönlichkeit des Arztes „ist die wirkungsvollste Arznei" (aus einem Buch über Praxisführung). Eine solche Ideologie soll jede mögliche Kritik von Patienten an ihrer Behandlung verhindern und stattdessen den Patienten zu einem blinden Vertrauen in den Arzt erziehen. Wenn damit auch nicht dem Patienten geholfen wird, so bleiben doch alle Privilegien des Arztes damit gerechtfertigt und unangetastet.

Betrachten wir doch das Argument von den angeblichen Schwierigkeiten für Kinder von Intellektuellen in der DDR; offenbar bestehen in der BRD wenig Schwierigkeiten für Kinder von Ärzten und anderen Intellektuellen. Im Gegenteil, in der BRD werden diese Kinder bevorzugt, so daß schließlich nur etwa 5 % der Studenten Arbeiterkinder sind, während die Arbeiterklasse mehr als die Hälfte der Bevölkerung

5 % der Studenten Arbeiterkinder sind, während die Arbeiterklasse mehr als die Hälfte der Bevölkerung

ausmacht. Es ist daher kein Wunder, daß in Anzeigen, in denen Ärzte gesucht werden, häufig auf das am Ort vorhandene Gymnasium hingewiesen wird. Weiter wird von den Ärzten gefordert, daß Arztkinder bevorzugt Medizin studieren dürfen: „Verständlicherweise wird die Forderung vor allem zugunsten von Arztkindern erhoben, da gerade bei ihnen eine besonders positive Berufsmotivation vorliegen dürfte."

Hier wird noch einmal deutlich, mit welcher unverschämten Selbstverständlichkeit die Ärzte Privilegien für sich und ihre Kinder in Anspruch nehmen. Nichtgewährung solcher Privilegien ist dann „Intellektuellenfeindlichkeit" und „Benachteiligung". Diese Haltung wird natürlich von den Kapitalisten gern gesehen und gefördert. Alle ärztlichen Privilegien sind vom kapitalistischen Staat abgesichert. So ist der Arztberuf als „freier" Beruf festgelegt und den freipraktizierenden Ärzten das Behandlungsmonopol für ambulante und Vorsorgeuntersuchungen gesichert.

Ärzte gegen die Arbeiterklasse

Aufschlußreich ist dabei die Entstehungsgeschichte dieser Regelungen: Die Krankenkassen als kollektive Selbsthilfeorganisationen hat sich die Arbeiterklasse Ende des 19. Jahrhunderts erkämpft. Mit Einführung der Krankenversicherung und dem stetigen Anwachsen der Zahl der in ihnen Pflichtversicherten wurde die Kassenpraxis mehr und mehr zu einer wichtigen Einnahmequelle der Ärzte, die vorher nur gegen persönliche Rechnung behandelt hatten. Andererseits begaben sich die Ärzte damit in eine gewisse Abhängigkeit von den Krankenkassen. Über ihre Vertreter in den Krankenkassenverwaltungen konnten die Arbeiter angangs einen gewissen Einfluß auf die Gesundheitsversorgung gewinnen. Zulassung als Kassenarzt und Honorarbestimmung lag in den Händen der Kassen. Es ist daher verständlich, daß die Ärzte in den Krankenkassen der Arbeiter Gegner sahen. Die Ärzte waren daher ebenso wie der bürgerliche Staat daran interessiert, diese erkämpften Positionen der Arbeiterklasse weitgehend wieder zu zerschlagen. Seit 1900 etwa ging der stetige Macht- und Privilegienzuwachs der ärztlichen Standesorganisationen und der damit verbundene Abbau der anfänglich wesentlich stärkeren Positionen der Krankenkassen Hand in Hand mit der allgemeinen Stärkung der Reaktion und später der Vorbereitung des Faschismus.

Die einzelnen Schritte beim Abbau des Einflusses der Arbeiterklasse auf die Gesundheitsversorgung:

Die einzelnen Schritte beim Abbau des Einflusses der Arbeiterklasse auf die Gesundheitsversorgung:

- **im Berliner Abkommen (Zusatz zur Reichsversicherungsordnung (RVO) von 1914 wird den Kassen das Recht der alleinigen Entscheidung über die Zulassung der Ärzte genommen.**
- **Durch Bildung von Kassenärztlichen Vereinigungen wird den Kassen als Vertragspartner eine einheitliche Ärzteorganisation gegenübergestellt. Einzelverträge sind unmöglich.**
- **Die Kassenambulatorien wurden in der Weimarer Republik geschlossen.**

Bei der Errichtung des Faschismus bekamen die Ärzte ihren Teil vom Kuchen ab: sie erhielten ihre langersehnte zentrale Vertretung, die Reichsärztekammer und die Kassenärztliche Vereinigung Deutschland. Die Ärzte wurden in ihrer Mehrheit zu eifrigen Verfechtern des Faschismus. Nach dem Krieg verlor die Ärzteschaft diese Rechte nicht, sondern erhielt noch weitere: das Behandlungsmonopol wurde durch die Neufassung der RVO abgesichert, die Niederlassungsfreiheit durch ein Bundesverfassungsgerichts-Urteil endgültig bestätigt.

Während die Ärzte nach 1945 weitere Privilegien erhielten, wurde die Arbeiterklasse weiter entrechtet: KPD-Verbot, Wiederaufrüstung, Notstandsgesetze, Betriebsverfassungsgesetz usw. Offenbar wird an diesen Tatsachen, daß die Ärzte und die Mehrzahl ihrer Patienten – Arbeiter und Angestellte – verschiedenen Klassen dieser Gesellschaft angehören. 1971 erhielten die Ärzte vom bürgerlichen Staat ein weiteres Bonbon: es wurde den niedergelassenen Ärzten das Monopol für die gesamte Gesundheitsvorsorge zugesprochen.

Die Ärzte und ihre Privilegien sind ein Beispiel dafür, wie die Kapitalisten es verstehen, sich Teile der Bevölkerung mit Hilfe von Sonderrechten als Partner zu sichern. Gerade in Zeiten, wo gegen die Arbeiterklasse vorgegangen wird, sichern sich die Kapitalisten die Duldung oder offene Unterstützung ihrer Politik mit solchen Mitteln.

Anschaulich wird dies auch am Verlauf der Klassenkämpfe in Chile. Nachdem es in Chile den in- und ausländischen Kapitalisten gelungen war, das Land in eine Wirtschaftskrise zu stürzen, mobilisierten sie als nächstes fast den gesamten Mittelstand gegen die Volksfrontregierung und die Arbeiterklasse. Ärzte, Piloten, Einzelhändler, Lehrer, Oberschüler und teilweise auch Studenten schlossen sich dem Boykott der Fuhrunternehmer an und jubelten, als der Putsch stattfand.

Dabei sah der „Streik" der Ärzte so aus, daß sie lediglich die arme Bevölkerung nicht versorgten, während die Reichen privat sehr wohl weiterbehandelt wurden (siehe „FAZ" 8.9.73, „FR" 3.10.73). Das zeigt deutlich, daß die chilenischen Ärzte nicht gegen irgendwelches Unrecht kämpften, sondern gegen die Arbeiterklasse und für die bürgerli-

zeigt deutlich, daß die chilenischen Ärzte nicht gegen irgendwelches Unrecht kämpften, sondern gegen die Arbeiterklasse und für die bürgerli-

che Reaktion.

Zweifellos sind Vorstellungen naiv, es ließen sich von der Arbeiterklasse relativ leicht breite Teile der Intelligenz zum Kampf gegen die Kapitalisten mobilisieren. Große Teile der Intelligenz werden eher auf der Seite der Kapitalisten stehen, wenn sie dort die Chance sehen, ihre Privilegien zu erhalten oder neue zu erhalten. Es wird auch an den Tatsachen deutlich, daß der Gedanke, seine Arbeit möglichst sinnvoll „in den Dienst des Volkes zu stellen" keineswegs unter den Intellektuellen grassiert. Im Gegenteil, es wird eine langwierige Überzeugungsarbeit und eine kluge Politik der Arbeiterklasse nötig sein, Teile der Intelligenz zu der Einsicht zu bringen, daß eine Beseitigung der Mißstände dieser Gesellschaft nur an der Seite der Arbeiterklasse möglich ist. Selbst wenn die Intelligenz die Privilegien dabei verliert, die sie jetzt gegenüber den einfachen Arbeitern und Werktätigen hat. ■

Grundeinheit Medizin im Sozialistischen Studentenbund

Hamburg: Prozeß gegen Hausbesetzer

Am 19. April besetzten etwa 60 Schüler, Lehrlinge, junge Arbeiter und Studenten ein fast leerstehendes Haus in Hamburg-Hohenfelde, das der „Bewobau" (Tochtergesellschaft der gewerkschaftseigenen „Neuen Heimat") gehörte. Die „Bewobau" wollte dieses und andere Häuser der Gegend abreißen lassen, um gewinnbringendere Neubauten, vor allem Eigentumswohnungen zu Wahnsinns-Preisen (mehrere Hunderttausend Mark für eine Wohnung!) bauen zu lassen (Vgl. AK 29).

Am 23. Mai, frühmorgens um vier Uhr, wurde das Haus von einer „Spezialeinheit" der Polizei gestürmt, die nach den Ereignissen während der Münchner Olympiade zur „Terroristenbekämpfung" aufgestellt worden war. Die „heldenhafte" Räumung des Hauses Eckhofstr. 39 in Hohenfelde war die erste praktische Übung dieses Stoßtrupps. Daß zwischen dem Beginn der Besetzung und der Räumung des Hauses mehr als ein Monat lag, zeigt die Schwierigkeiten der „Neuen Heimat" und der Hamburger SPD, die anfänglichen Sympathien in der Bevölkerung für die Besetzung durch systematische Hetze abzubauen und die Stimmung für den Polizei-Sturm anzuheizen.

Kurz nach der Räumung wurde das Haus von einer Abbruchfirma durch Herausschlagen von Türen und Fenstern, Zerstörung des Daches etc. unbewohnbar gemacht.

Mittlerweile wurde das Haus völlig abgerissen. – Ein Hindernis für die Spekulationspläne der „Bewobau" war aus dem Weg geräumt.

Im Haus Eckhofstr. 39 wurden bei der Räumung 73 Jugendliche von der polizeilichen Terror-Truppe verprügelt und festgenommen. Insgesamt 600 Polizisten waren laut „Bild" vom 24. Mai für dieses „Heldenstück" im Einsatz, darunter 100 Mann der Spezial-Einheit.

Acht der Besetzer standen im September vor Gericht. Die Anklage lautete auf „Landfriedensbruch und Hausfriedensbruch", Körperverletzung und „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung".

Im letzten Punkt zeigte sich das Gericht scheinbar „versöhnlich": „Das Gericht kann die Angeklagten eventuell auch wegen gemeinschaftlichem Hausfriedensbruch statt wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung verurteilen" – was doch nur heißen kann, daß selbst das Gericht den Vorwurf der „kriminellen Vereinigung" nicht aufrechterhalten konnte.



Im Graumannsweg, ebenfalls im Stadtteil Hamburg-Hohenfelde, ließ die „Bewobau" Häuser durch Zumauern der Fenster unbewohnbar machen.

Im Laufe der Verhandlung wurde dann versucht, die Frage der Hausbesetzung von der politischen Ebene weg auf individuell-psychologische Fragen zu lenken. Es sei gar nicht um Anprangerung der „Bewobau", „Neue Heimat" und der bürgerlichen Wohnungspolitik überhaupt gegangen, sondern um „pubertäre Ich-Findung", „Abenteuerlust", „Indianer-Komplex". Das Gericht befindet sich damit in der „guten" Gesellschaft der „links" aufgemachten reformistischen Zeitschrift „Konkret". Diese hatte bereits in der Ausgabe vom 3. Mai die Hausbesetzer von der Eckhofstraße als „Ein paar Wilde, die sich Kommunisten nennen" und als „Wanderzirkus" diffamiert. Voreilig hatte „Konkret" triumphiert: „...als der Putz ausblieb, ging den Kurzatmigen die Puste aus... Die Wilden verkrümelten sich.." (Tatsächlich war das Haus bis zum 23. Mai besetzt, als es dann von der Polizei „endlich" (? !) gestürmt wurde).

Besonderen „Rechtssinn" bewies das Gericht, als es um den Vorwurf der Körperverletzung gegen den Hauptangeklagten, den jungen Arbeiter Karl-Heinz, ging. Ein Polizist behauptet, von Karl-Heinz mit einer Eisenstange geschlagen worden zu sein. Der „Morgenpost"-Fotograf Fischer legte dem Gericht Fotos vor, die diese Behauptung widerlegen (sie zeigen, daß Karl-Heinz keine Eisenstange trug). Der Richter sagte dazu nur: „Warum sollte der Polizist lügen?" – Vielleicht habe der Angeklagte die Eisenstange im Stiefel versteckt gehabt. Der Angeklagte habe sich ja vor Gericht so „wild" aufgeführt (er rief Parolen und wehrte sich gegen seine gewaltsame Vorführung vor Gericht), daß ihm das mit der Eisenstange auch zuzutrauen sei.

Die Urteile: Ein Jahr Freiheitsstrafe ohne Bewährung gegen Karl-Heinz, neun Monate ohne Bewährung gegen den Schüler Dieter. Die anderen vier Angeklagten – ebenfalls Schüler – erhielten zur Bewährung ausgesetzte Strafen von einem Monat Jugendarrest und außerdem je acht Arbeitsauflagen (in Altersheimen). ■

Stadtteilgruppe St. Georg/Hamm
KB/Gruppe Hamburg

Italiens Revisionisten (PCI) nach dem Putsch in Chile

Brief eines Genossen aus Italien

Der Putsch in Chile hat erneut die Untauglichkeit revisionistischer und reformistischer Konzeptionen beim Erkämpfen des Sozialismus bewiesen. Nicht zum ersten Mal in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung mußten die Arbeiter und das Volk die grausamen Konsequenzen der Revisionisten-Strategie (sog. „friedlicher – parlamentarischer – Übergang zum Sozialismus") tragen und teuer bezahlen. Nicht zum ersten Mal in der Geschichte der Arbeiterbewegung weigert sich die „internationale Glaubensgemeinschaft des Revisionismus" aus dieser erneuten Niederlage die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen und sich auf die revolutionäre Tradition der kommunistischen und Arbeiterbewegung rückzubesinnen. Im Gegenteil. Zur Reaktion der meisten revisionistischen „KP's" auf die „chilenische Erfahrung" gehört es, den altbekannten revisionistischen Ladenhütern noch ganz neue Blüten aufzusetzen. Ein weiterer, z.T. massiver Rechtsruck wird – soweit schon erkennbar – in allen wesentlichen westeuropäischen „KP's" eingeleitet. Die Angleichung an Politik und Parteien der 2. (sozialdemokratischen) Internationale macht rasante „Fortschritte". Das bisher immer noch recht stark im Munde geführte Ziel – die Erkämpfung des Sozialismus – erlahmt zusehends zugunsten der Versuche, sich zu einer respektierlichen und „staatstragenden" Partei innerhalb des Systems bürgerlicher Politik zu mausern. Schon wirft das Ende dieser politisch-ideologischen Entwicklung der revisionistischen „KP's" seine deutlichen Schatten voraus: die Leugnung des kapitalistischen Charakters des Staates (der westeuropäischen Staaten) und seiner repressiven Institutionen überhaupt, der totale – auch in Worten – Verzicht auf den Kampf gegen diesen bürgerlichen Staat und statt dessen das eigene gemütliche Einrichten innerhalb desselben.

Der hier abgedruckte Brief erreichte uns aus Italien und zeigt die Bemühungen der dortigen revisionistischen Steuermänner der italienischen „KP" (PCI), anhand der „chilenischen Erfahrung" das Ruder der Parteipolitik noch weiter nach rechts zu drücken:

„...Über die neue PCI-Formel des „historischen Kompromisses" war ja auch in der „Welt" zu lesen. Das ganze läuft darauf hinaus, daß man nicht einmal mehr den Sozialismus per Stimmzettel (über eine PCI-Mehrheit) erreichen will, sondern weit bescheidener durch Übereinkünfte mit den übrigen bürgerlichen Parteien. In Weiterführung der alten PCI-Parole, daß „nichts ohne die PC" geht, geht nunmehr auch wohl „nichts ohne die DC".

Die Christdemokratie (DC) ist für die italienischen Revisionisten vom Alptraum zum umworbenen Liebchen geworden. Und das ist das einerseits nichts wesentlich Neues, weil dies schon lange sowohl in der Logik als auch in der konkreten Propaganda der hiesigen Revisionisten gelegen hat. Dennoch muß man andererseits sehen, daß es sehr wohl eine Weiterentwicklung im Rahmen eines umfassend ausgebildeten revisionistischen Systems darstellt, hin zum plattesten Sozialdemokratismus.

Vor einigen Tagen hat Berlinguer (ein Führer der PCI) auf einer Veranstaltung der PCI-Jugendorganisation in Bologna (vor ca. 50.000 Jugendlichen) emphatisch erklärt, daß die Parole „Vereinigt die Arbeiter gegen die DC" ein typisches „Beispiel für eine extremistische Phraseologie" sei. Soweit ist es also, daß die Einheit der Arbeiter nach PCI-Meinung schon nicht einmal mehr gegen die stärkste reaktionäre Partei in Italien geführt werden darf. Gegen den bürgerlichen Staat in seiner Gesamtheit natürlich ohnehin nicht. Gott bewahre die Arbeiter vor solchem Frevel! Die unerbittliche Gegnerschaft zur DC würde nach den Ausführungen Berlinguers in Bologna die „Spaltung des Landes (!) und des Staates (!!!) in zwei Blöcke" bedeuten!

Über etwaigen Widerstand gegen die neuerlichen Husarenritte der PCI-Führung innerhalb der Partei ist (mir zumindest) bislang nichts Konkretes bekannt. Allerdings lassen so einige recht gewundene „Leitartikel" (z.B. vom schon bekannten Pajetta) in „L'Unità" darauf schließen, daß die PCI-Führung durchaus mit gewissen Schwierigkeiten beim Verkauf ihrer faulen Ware auch an die eigenen Genossen rechnet.

Umworben wird im übrigen nicht nur die DC, sondern auch das italienische Militär. Dies darf man ebenfalls als eine der wesentlichsten revisionistischen „Lehren" aus der chilenischen Entwicklung verstehen, daß man sich dem bürgerlichen Militär gegenüber noch gutmütiger, demütiger, verzichtbereiter und wer weiß was sonst noch verhalten muß. Der chilenische Militärputsch muß den italienischen Revisionisten offenbar eine alte christliche „Ethik" wieder voll zu Bewußtsein geführt haben: Wenn du auf die eine Backe geschlagen wirst, dann halte auch die andere hin! Oder: Wenn die chilenischen Arbeiter für die Illusionen „ihrer" Reformisten und Revisionisten so teuer bezahlen mußten, warum sollten es dann nicht auch die italienischen Arbeiter ebenso dürfen?!

Natürlich behaupten die revisionistischen Führer, daß die jeweilige Armee ihres jeweiligen Landes besonders „loyal" sei, daß sie besonders „eng mit den demokratischen Traditionen verknüpft" sei usw.usf. Das scheint mittlerweile zu einer Art besonderem „sozialistischen Wettbewerb" unter den Revisionisten geworden zu sein, wer „seine" Armee mit den reichhaltigsten Lorbeeren zu versehen versteht. Natürlich wird man auch immer hören, daß diejenigen, die derartige Tiraden nicht mitzumachen bereit sind, nicht „differenzieren" können, daß sie „dogmatisch" sind, daß sie nicht begriffen haben, daß man (wie Lenin richtig sagte) „selbst den geringsten Riß im Lager der Bourgeoisie ausnutzen" muß, usw.

Was das letztere betrifft, so handelt es sich im Zusammenhang der revisionistischen Argumentation um nichts geringers, als um eine Fälschung – wie jeder weiß, der Lenins Ausführungen darüber nicht nur bruchstückhaft und entstellt kennt. Lenin hat davon bekanntlich in seiner Schrift über den „Linksradikalismus" gesprochen, und zwar in der Hinsicht, daß man dies tun muß, um die Massen gegen die Bourgeoisie zu gewinnen, um gleichzeitig die Kraft der Massen zu erhöhen und die ihrer Gegner zu schwächen. Bei den Revisionisten dient dies (besonders hier in Italien, wie man sieht) dazu, die Massen an allerlei getarnte und ungetarnte Feinde auszuliefern: hier benutzt man die Methode, die „kleinen Risse" im Lager der Bourgeoisie mit Triumphgeschrei herauszustreichen und den wahrhaft „großen Riß" zwischen der Arbeiterklasse und dem gesamten bürgerlichen Lager klammheimlich unter den Teppich zu kehren. Das ist die Formel des „historischen Kompromisses" (für die insbesondere natürlich auch der Hinweis auf Lenins Polemik gegen die prinzipiellen Gegner eines jeden Kompromisses nicht fehlt).

Ich war dabei, etwas zum Verhältnis der PCI zur italienischen Armee zu sagen. Der Vorwurf gegenüber den Revolutionären, daß sie nicht „differenzieren" könnten, beruht auf rein bürgerlicher Soziologie. Für die italienischen Revisionisten (wie für die gesamte internationale Glaubensgemeinschaft des Revisionismus) ist die Armee zu allererst (und eigentlich müßte man schon fast sagen: ausschließlich) ein sozialer Korpus, der sich aus dem Volk rekrutiert, und der deswegen auch kein Feind des Volkes sein kann. Der Hinweis darauf, daß die Soldaten in ihrer großen Mehrheit Söhne der Arbeiterklasse und anderer mit der Arbeiterklasse bündnisfähiger Schichten sind, gehört zum Standard-Vokabular der PCI.

Auf dieser Grundlage entfalten sich dann solche von der Unidad Popular ähnlich bekannten Absurditäten, daß die Armee mit der „demokratischen Republik" durch ein „Band der Treue, der Würde und der Ehre" verknüpft sei, daß die Armee die „legitime Erbin des Risorgimento" (Kämpfe zur Einheit Italiens im vorigen Jahrhundert) sei usw.usf. Das sind zwei Zitate aus „L'Unità" vom 4. November – dem Tag, der von der Bourgeoisie in Italien als „Armee-Feiertag" begangen wird, mit Aufmärschen und ähnlichen Provokationen. Die „Unità" hat dazu am 4. November (neben anderen diesem Tag gewidmeten Artikeln) eine Erklärung des ZK der PCI veröffentlicht, die eine Begrüßung an die Soldaten zu „ihrem" Feiertag ist.

Kein Wort über die Funktion und Rolle der Armee als Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie in all den seitenlangen Berichten! Stattdessen wird am folgenden Tag, am 5. November, die Fallschirmjägereinheit aus Pisa noch mit einem besonderen Lob auf ihre „demokratische Gesinnung" bedacht. Nicht nur in Frankreich, sondern auch in Italien gehören die Fallschirmjäger zu den reaktionärsten und am meisten auf die Verteidigung der bürgerlichen Ordnung eingeschworenen Teilen des Militärs. Zu den Fallschirmjägern aus Pisa wäre insbesondere noch zu erwähnen, daß sie sich gerade vor wenigen Monaten durch eine brutale Verfolgung und Knüppelung einer Demonstration in Pisa hervorgetan haben; doch die PCI erachtet dies (natürlich) nicht als erwähnenswert.

Dagegen hat z.B. ein pazifistisches Komitee sich nicht gescheut, in diesem Jahr wieder einen gleichen Plakattext als Protest gegen den „Armee-Feiertag" an die Häuserwände zu kleben, der ihnen bereits im letzten Jahr Verbot und gerichtliche Verfolgung einbrachte. Auf diesem Text ist die angeblich „demokratische Tradition" der italienischen Armee anhand historischer Beispiele aufgeführt: ihre Überfälle auf andere Länder zu Beginn des 1. Weltkrieges, ihr Stillhalten bei der Machtübernahme des Faschismus, ihr imperialistischer Feldzug gegen Abessinien, ihre Teilnahme an der Seite des deutschen Faschismus im 2. Weltkrieg, ihr schnell verflogener „Widerstand" der Nazi-Truppen in Italien 1943 usw.

In den Augen solcher Typen wie Berlinguer & Co. muß dieses Plakat eines pazifistischen Komitees, das damit erneut die Repression der bürgerlichen Justiz in Kauf nahm (der Text war bis auf die Hinzufügung des chilenischen Militärputsches innerhalb der Aufzählung internationaler Militärverbrechen des Imperialismus gegenüber dem Vorjahr unverändert), bereits als eine „Provokation" erscheinen.

Die Faschisten haben übrigens auch in Italien ihre terroristischen Umtriebe verstärkt. In der letzten Woche wurden allein vier Genossen von Faschisten niedergestochen, zwei in Monza und zwei in Mailand. Alle vier liegen schwer verletzt im Krankenhaus. Die ersten dieser Mordversuche waren die beiden in Monza. In Mailand fand daraufhin eine Protestdemonstration am 31. Oktober statt. Am gleichen Tag hielten dann Faschisten einen Wagen von Genossen in Mailand an und stachen einen Schülergenossen von „Lotta Continua" nieder (die

Forts. Seite 13

CHILE: Starke Aktionen des Widerstandes im ganzen Land

Die geheime Nachrichtenagentur „Aranco", die in zahlreichen Zonen des Landes tätig ist, hat eine Reihe von Meldungen über Aktionen des chilenischen Widerstands verbreitet, die in Italien von Genossen der Patriotischen Widerstandsfront überbracht wurden.

Diesen Nachrichten zufolge operieren Formationen des Widerstands bereits in weiten Teilen des Landes und haben damit begonnen, dem Plan des putschistischen Militärs, Chile in kurzer Zeit zu „befrieden", schwere Schläge zuzufügen.

Im Gebiet von Valparaiso, wo die organisierte Bewegung des Widerstands am stärksten ist, befinden sich Formationen der Stadtguerilla und der Landguerilla, die vom COP (Organisiertes Kommando des Volkes) geführt werden.

Den ersteren (d.h. der Stadtguerilla; AK) verdankt man eine Reihe von Aktionen in der ganzen Stadt gegen die Abteilungen der Polizei und des Heeres, die gezwungen wurden, ihre dezentrierten Stützpunkte zu verlassen und sich in die „Comisarias" zurückzuziehen, die im Zentrum von Valparaiso liegen und vom Rest der Stadt durch einen befestigten Gürtel abgeschnitten sind. In gleicher Weise werden die „bürgerlichen" Viertel von den Truppen verteidigt.

In den Tagen von Dienstag, dem 9. und Mittwoch, den 10. Oktober, wurden Marineeinheiten im Gebiet von Chorillos und Il Salto, in der Nähe von Vina del Mar, angegriffen.

In den ländlichen Zonen der Provinz ist die Situation ähnlich. Hier operieren Formationen des Widerstands im Sektor der Küstenkordilleren, von Süden nach Norden, und hindern das Militär daran, in die Berge vorzudringen. Die einzige repressive Maßnahme, die es den Polizeitruppen in dieser Zone durchzuführen gelingt, ist die Kontrolle der Autobusreisenden zwischen Santiago und Valparaiso.

Eine Kompanie des Regiments „N. 2 Maipo" wurde 30 km von Valparaiso entfernt angegriffen und gezwungen, sich zurückzuziehen, nachdem alle Waffen den Guerilleros übergeben worden waren.

In der Gebirgszone der Provinz von Curico und Talca operiert eine Guerilla-Gruppe, die sich aus Bauern, ehemaligen Mitgliedern und Funktionären der Unidad-Popular-Regierung und Desertierten der Armee zusammensetzt, und die seit den ersten Tagen nach dem Putsch diese Region in der Hand hat. Kürzlich hat die Armee 60 Männer in diese Zone geschickt, die versuchen sollten, die Gruppe zu eliminieren; die Soldaten erlitten eine Niederlage und viele von ihnen haben darum gebeten, sich den Guerilleros anschließen zu dürfen.

Die Agentur „Aranco" hat auch darüber informiert, daß die chilenische Luftwaffe die größten Verluste an Kriegsmaterial hat. Bis zum 20. Oktober beliefen sich die Verluste auf 6 Hubschrauber, 4 Düsenflugzeuge und 4 Kolbenmotorflugzeuge. Die Hubschrauber wurden in folgenden Orten zerstört: einer im Werk Comandari in Santiago während der Schlacht vom 11. September, zwei in der Poblacion „José Maria Caro", einer im Hafengebiet von Antofagasta und zwei im Landgebiet von Temuco. Vier Jagdbomber Hawker-Hunter wurden zwischen dem 11. und 14. September auf ihrer eigenen Basis in Cerillos von Soldaten, die von der FACH (chilen. Luftwaffe; AK) desertiert waren, am Boden zerstört. Ein Aufklärungsflugzeug wurde in der Poblacion „La Legua" durch Kartätschenfeuer zerstört und drei Kolbenmotorflugzeuge im Berg- und Waldgebiet in den Provinzen Valdivia und Temuco.

Diese Verluste machen ca. 28 % des Geräts der kleinen Luftwaffe Chiles aus.

übersetzt aus: „Lotta Continua", 9. 11. 1973 ■

Interview mit einem italienischen Genossen über Chile

Der folgende Text ist die Übersetzung eines Interviews der italienischen kommunistischen Zeitung „Avanguardia operaia" (12.10.73) mit dem Genossen Saverio Tutino, der sich nach dem faschistischen Putsch in Chile aufgehalten hatte. Der Genosse Tutino nahm während des II. Weltkriegs als politischer Kommissar einer Partisanen-Brigade am antifaschistischen Kampf des italienischen Volkes teil. Später war er Korrespondent der „Unità" (Zeitung der revisionistischen italienischen KP) zuerst in Paris, dann in Havanna. Aus dem Interview geht hervor, daß der Genosse nicht frei ist von emotionalen Bindungen an die revisionistische Partei, obwohl er deren Politik – speziell auch in Chile – kritisiert.
Das Interview ist leicht gekürzt, insbesondere um einen längeren Abschnitt am Schluß, in dem Genosse Tutino seine Einschätzung der Perspektive des antifaschistischen Widerstands in Chile erläutert:
er schließt einen raschen Erfolg des bewaffneten Kampfes als illusorisch aus. Er lehnt jedoch die Auffassung der chilenischen „KP" ab, überhaupt den bewaffneten Kampf einzustellen und auf einen Generalstreik zu orientieren. Stattdessen erklärt er die Verbindung von Massenkampf und bewaffnetem Kampf unter einer einheitlichen Führung für notwendig.
Das Interview fand am 6.10.73 statt.

F.: Wie hat sich nach deinen Feststellungen das Volk, das Proletariat gegenüber dem Putsch verhalten?

A.: Die Männer und Frauen, vor allem die Frauen, die ich vor dem Nationalstadion in Santiago (Anm.: das Stadion war von den Putschisten in ein KZ verwandelt worden) traf und mit denen ich sprach, sind ein besonders klarer Beweis für die Gefühle und Gedanken des chilenischen Volkes. Diese Frauen haben vor allem einen Grundgedanken immer wieder betont: der tiefe Haß, der entstanden ist, den es vorher vielleicht gar nicht gab, und der jetzt jedenfalls stärker als vorher ist. Diese so ausdrückliche Manifestation des Hasses gegen jene, die in Chile die Gewalt entfesselten, hat auch gar nichts mit Angst zu tun, sondern im Gegenteil mit Entschlossenheit, Zuversicht in den Ausweg, in die Wiederaufnahme des Kampfes, in die gemeinsame Solidarität. Es gab nicht einmal Furcht gegenüber dem Schrecklichen der gesehenen Dinge. Eine europäische Genossin, die eine Nacht unter den Bombenangriffen in der poblacion „Ho tschi-minh"
Nacht unter den Bombenangriffen in der poblacion „Ho tschi-minh"
verbrachte, hat versucht, mir die Haltung der Menschen zu beschreiben, während die Hütten zusammenfielen und die Häuser brannten; sie vermittelte mir das Bild einer Bevölkerung, die nicht verängstigt war, sondern vor allem überrascht und bestürzt gegenüber einer Tatsache, die man erwartet hatte, aber nicht in dieser Weise, mit dieser Grausamkeit.

Die erste Nacht war der Beschuß ununterbrochen, ohne für eine Stunde aufzuhören, eine wahre Schlächterei gegen eine unbewaffnete Bevölkerung. Von dieser Situation muß man ausgehen, um zu unterstreichen, daß das Volk, das Proletariat der poblaciones, das voraussehbar als erstes im Fall eines Putsches angegriffen werden würde, praktisch waffenlos war. Sehr wenige Waffen, wenige Fälle wirksamen Widerstands. Der Widerstand organisierte sich spontan, selbst die comandos comunales hatten keinen planmäßigen Widerstand organisiert. Oder wenn sie ihn organisiert hatten – die comandos, die Industriecordones, oder die bewaffneten Abteilungen der Parteien oder Bewegungen, die sich auf den Waffeneinsatz vorbereiteten – dann hatten sie das getan, indem sie auf zwei Drehpunkte setzten, die dann am Tage des Putsches fehlten: die Möglichkeit, daß die CUT (Anm.: die Gewerkschaft; besonders groß ist dort der Einfluß der revisionistischen „KP" gewesen) und die Kommunistische Partei Anweisungen zum frontalen bewaffneten Straßenkampf gegen die Putschisten geben würden, und als Gipfel die Möglichkeit, daß Teile des Heeres und der Polizei (carabinieros) gemeinsame Sache mit den Volkskräften machen könnten. Aber die Kommunisten (Anm.: gemeint ist die „KP") hatten ihre Militarisierung im letzten Monat vor dem Putsch und ihre kurze Bemühung, die Genossen vorzubereiten (sie machten drei Tage militärische Ausbildung in den Sektionen) als als zweite Verteidigungslinie verstanden, falls die erste scheitern würde, d.h. das Abkommen mit den Christdemokraten, unter der Annahme, daß ein Teil des Heeres sich mit den Volkskräften vereinigen und dem
demokraten, unter der Annahme, daß ein Teil des Heeres sich mit den Volkskräften vereinigen und dem
Volk Waffen geben würde. Man muß daran erinnern, daß der bei weitem stärkste, ausgedehnteste, breiteste, deutlichste und am meisten proletarische Organismus Chiles die Kommunistische Partei ist; sie verfügt über ein Netz, das heute im Moment der Solidarität, der gegenseitigen Hilfe in den poblaciones nicht zerbrochen ist, sondern aktiv funktioniert. Dies wurde mir von jemand berichtet, der stets eher die Ideen des MIR als die der KP unterstützt hat, und der in diesen Tagen in engem Kontakt mit dem Volk der poblaciones lebend diese politische Präsenz vermerkte, ohne Kontakt mit der Führung, ohne Anweisungen der Führung, ohne Orientierungen, und der daher selbständig handelt.

F.: Wie verhielt sich die KP im Moment des Putsches?

A.: Das ist nicht leicht zu beurteilen, aber in gewissem Sinn muß es einen Fehler gegeben haben: die Anweisung, an den jeweiligen Arbeitsplatz zu gehen und ihn zu besetzen, von der CUT am Morgen des Putsches wiederholt, ist sicher einer der Gründe für die Massaker gewesen, zu denen es in den Fabriken kam. Von den Positionen der KP hing zum guten Teil das Verhalten der anderen politischen Kräfte ab. Ein Genosse, der mit einem Führer des MIR zwei Tage vor dem Putsch gesprochen hatte, hatte erfahren, daß der MIR, die FAR (Anm.: ein Teil der Sozialistischen Partei, auf den im Interview später noch eingegangen wird) und die Linkschristen sich bereits entschieden hatten, n u r d a n n gegen die Putschisten auf die Straße zu gehen, wenn die KP die Waffen verteilen würde, die sie (wie mancher annahm) vom Heer erhalten hatte, und wenn sie angeordnet hätte, sich in den Fabriken zu sammeln, um zur Aktion überzugehen. Wenn die KP ihren eigenen Militanten die Anweisung gegeben hätte, gegen die Putschisten Front zu machen, dann wären auch die im Vergleich zur KP kleineren Bewegungen auf die Straße gegangen; wenn die KP und die CUT nicht die Kraft oder die Möglichkeit dazu gehabt hätten, dann hätten sich auch die kleineren Bewegungen zurückgezogen.

Das ist dann auch wirklich so passiert. Der MIR hat den Rückzug angeordnet. Von kommunistischer Seite hat man sich vor allem bemüht, die natürlichen Kontakte an der Basis zu halten. Die Basis der Kommunistischen Partei funktioniert in Richtung der Aufrechterhaltung des vor dem Putsch bestehenden Netzes gegenüber den Massakern und Hinrichtungen, um mit den Volksmassen verbunden zu bleiben, um auch unter illegalen Bedingungen ein gewisses Parteileben aufrecht zu erhalten. Die anderen kleineren Kräfte, und selbst die Sozialistische Partei, die bei den Wahlen stark ist, aber organisatorisch schwach, entschieden sich für den Rückzug, um möglichst schnell ein Netz des bewaffneten Widerstands aufzubauen.



Miguel Enriquez, Generalsekretär der MJR

Miguel Enriquez, Generalsekretär der MJR

F.: Welches sind die politischen Kräfte und die Basis-Organismen, die sich auf einen bewaffneten Widerstand vorbereiteten?

A.: Im Wesentlichen die Cordones industriales, wo der MIR einen großen Einfluß hatte, und die comandos comunales; das sind Massen-Organismen, in den vor allem der MIR, Sozialisten und kommunistische Elemente Einfluß hatten, die sich der Notwendigkeit bewußt waren, zusammen mit den anderen zu handeln, vor allem Gewerkschafter. Was die Parteien angeht, so beziehe ich mich auf einen linken Flügel der Sozialistischen Partei, der jedoch nicht von Altamirano geführt wurde (Anm.: Altamirano ist Führer der Sozialistischen Partei; er scheint zu den Linken innerhalb der UP zu gehören); dieser Flügel war organisiert in den FAR (Bewaffnete Revolutionäre Kräfte), von denen einer der Führer vor einigen Tagen verhaftet wurde, der Genosse Enriquez. Außerdem gab es die bewaffneten Gruppen des MIR. In Santiago scheinen mir die bewaffneten Sozialisten der FAR besser organisiert gewesen zu sein als die Gruppen des MIR. Der Der MIR hatte nicht – wie allgemein angenommen wird – ausschließlich bewaffnete Gruppen vorbereitet, er widmete sich nicht speziell der Ausbildung in Guerilla-Taktik; er hatte vielmehr einen weiten Kreis gesellschaftlicher Aktivitäten. Und wenn er als Partei aus einem engen Kern von Personen bestand, so hatte er doch als Massenbewegung Einfluß an verschiedenen Arbeitsfronten, von den cordones des Industrieproletariats bis zu den Organisationen der pobladores (Subproletariat), zu Organismen gesellschaftlicher Arbeit, die der MIR in einer Weise in Gang brachte, die ein Experiment von historischer Bedeutung darstellt. Zum erstenmal gab es in Lateinamerika – und vielleicht in der Dritten Welt überhaupt – eine spezielle Arbeit mit positiven Ergebnissen unter den „Randschichten" der Bevölkerung, die das typische Subproletariat der Vororte aller Städte der Dritten Welt bilden, und z.T. auch unserer Städte im Süden (Anm.: in Italien).

F.: Welchen Charakter hatte der erste Widerstand gegen den Putsch?

A.: Nicht jeder Widerstand war spontan. Und auch dieser wurde von den Arbeitern organisiert, indem sie unter sich eine neue Einheit an der Basis schafften zwischen Sozialisten, Kommunisten und MIR-Leuten. Aber es gab nur wenige Fälle, wo der Widerstand v o r h e r organisiert und geplant war und wo er so wie geplant durchgeführt wurde. Ich erwähne zwei Fälle, der eine siegreich, der andere gescheitert. Der erste ist der Widerstand der Arbeiter der Fabrik SUMAR – eine der größten Chiles – im cordon industriale von Vickuna Mackena, in Santiago, auf der Grundlage eines Plans, der vor allem unter dem Einfluß der FAR mit Unterstützung der MIR, der Kommunisten und der Linkskatholiken vorher aufgestellt worden war. Am Tage des Putsches blieben nur wenige Arbeiter im Inneren der Fabrik zurück; und als dann die Armee – wie in allen anderen Fabriken – das Werk umzingelte und zum Angriff überging, um die Arbeiter festzunehmen, abzuschlachten, zu dezimieren, wie sie es überall getan hatte, da wurde sie ihrerseits von den bewaffneten Gruppen des Widerstands eingekreist und von hinten angegriffen, wobei sie eine schwere Niederlage erlitt. Mancher sagte, daß die Armee bei SUMAR tausend Tote hatte. (Anm.: das steht etwas im Widerspruch zu früheren, auch im AK aufgenommenen Berichten, daß in der von den Arbeitern besetzten Fabrik SUMAR 500 Arbeiter von den Militärs getötet wurden)

Der andere Fall repräsentiert typisch den Fehler einer Besetzung ohne Waffen, das ist die technische Universität von Santiago, eine Volksuniversität, die von Arbeiterstudenten, Stipendiaten, besucht wird. Die Studenten und der Rektor hatten am Tag des Putsches die Universität wie geplant besetzt. Aber sie hatten keine Waffen, bloß ein paar Pistolen. Als die Armee sie zum Verlassen der Universität aufforderte, weigerten sie sich und organisierten stattdessen eine permanente Besetzung. Aber während sie die Lager für die Nacht und Kaffee zum Aufwärmen machten (drinnen waren nach ver-
Aber während sie die Lager für die Nacht und Kaffee zum Aufwärmen machten (drinnen waren nach ver-
schiedenen Angaben zwischen 800 und 1.600 Studenten) griff die Armee ohne Ultimatum an und hielt die Studenten die ganze Nacht unter Feuer.

Alle wurden gezwungen, sich mit dem Gesicht auf den Boden zu legen; wer sich bewegte, wurde erschossen. Die Studenten sagen, sie hätten allein an der technischen Universität etwa 600 Tote gehabt. Das war ein Beispiel für schlecht organisierten Widerstand, wo die Unterstützung der Waffen fehlte.

F.: Worauf gründete sich die Hoffnung nicht nur der UP, sondern auch z.T. der revolutionären Kräfte, auf eine Spaltung der Armee und den Übergang eines Teils von ihr auf die Seite des Volkes?

A.: Allende hatte begründete Motive, an eine solche Spaltung zu glauben; für ihn war der Putsch ein Verrat seitens der Militärs. Vor allem der Führer der Carabineros, Mendoza, wurde von Allende selbst in seinem letzten Appell des Verrats angeklagt, er sei ein Gauner niedrigsten Niveaus; damit spielte er offenbar auf sehr präzise Abkommen an, die wohl mit Mendoza abgeschlossen waren, um die Treue der Carabineros zur Regierung zu garantieren. Sicher war es ein schwerer Fehler, sich überhaupt auf die Carabineros zu verlassen. Als sich Allende am Morgen des Putsches zur Moneda (Anm.: der Präsidentenpalast) begab, da tat er das in der Annahme, daß dieselben Carabineros, die ihn begleitet hatten, ihn auch vor eventuellen Angriffen der Armee verteidigen würden.

F.: Arbeiteten die Kräfte der revolutionären Linken in der Armee?

A.: Ja, vor allem der MIR und die sozialistische Linke unter den Angehörigen der Marine in Valparaiso. Die Bemühungen richteten sich vor allem auf die Marine, weil sie eng mit den USA verbunden ist und in der Hand volksfeindlicher Kommandanten ist. Auch die Luftwaffe galt als wenig sicher, aber in dieser Waffengattung war es sehr schwer, politisch einzudringen, weil sie ganz und gar in den USA ausgebildet wurde. Das ist die technologisch am weitesten entwickelte Waffengattung, die mit ziemlich modernen Waffen ausgerüstet ist. Dann hat die Marine eine Rekrutierungs-Basis, die nicht so professionell spezialisiert ist wie z.B. die Piloten der Luftwaffe, und daher durchlässiger für politische Arbeit.

Anfang August wurden konspirative Zellen in der Marine entdeckt und gegen Altamirano, den MIR und die Linkschristen wurde ein Prozeß eingeleitet, weil sie diese Arbeit in Gang gebracht hätten. Der Prozeß gegen Altamirano, um ihm die parlamentarische Immunität zu entziehen und ihn einer verfassungswidrigen Handlung anzuklagen, sollte gerade in der Woche des Putsches in Valparaiso stattfinden. Daher waren in Valparaiso viele Führer des MIR und der Linkschristen versammelt, die dann den Putschisten harten Widerstand leisteten. Der Widerstand in Valparaiso hält trotz der Dezimierungen und Razzien in der Stadt und den Bergen der Umgebung an.

F.: Welche Ebenen des Widerstands konntest du feststellen?

A.: Ich traf zufällig auf der Straße einen sozialistischen Genossen von der FAR, den ich seit längerem kannte. Dieser sagte mir zwei wichtige Dinge: erstens, daß nach Informationen von Genossen aus dem Süden die Razzien der Armee darauf abzielen, „den Fischen das Wasser wegzunehmen" – wie die Chinesen sagen – d.h. die indianischen Bauern (Araucanos) abzuschlachten, die die potentielle Basis der Guerilla sind.

In dieser Zone ist viel gearbeitet worden, auf der Grundlage der Bodenreform, aber auch darüberhinaus. Es gab Besetzungen von Boden und Großgrundbesitz schon vor der UP-Regierung. Dann wurden Bauernräte als Formen der Basismacht errichtet, organisiert vor allem vom MIR. In dieser Zone arbeitete Comandante Pepe, den die Putschisten ermordet haben. „Pepe" war ein Genosse des MIR, der eine bedeutende Arbeit unter den indianischen Bauern (mapuches) geleistet hatte. Diese Bauern stellen historisch ein Problem für Chile dar, weil sie sich weigern, sich ins nationale Leben zu integrie-
stellen historisch ein Problem für Chile dar, weil sie sich weigern, sich ins nationale Leben zu integrie-
ren – was sie unter der UP-Regierung zu tun begannen.

Jetzt zahlen sie mit diesem Massaker, das ein präventiver Völkermord ist, für ihr Vertrauen, für ihr Bemühen, in das Leben des ganzen Landes einzutreten, sich mit den Arbeitern des Nordens zu verbinden. Die Junta selbst hat von „Widerstandsnestern" im Süden gesprochen, und wenn die Junta den Widerstand hervorhebt – wozu sie nicht gezwungen ist – dann sicher zum großen Teil deshalb, um die von ihnen begangenen Massaker zu rechtfertigen.

Eine zweite wichtige Meldung ist, daß der MIR, die Linkschristen Garreton's, der linke Flügel der Sozialisten, die FAR und die MAPU sich in einem einzigen Zentralkomitee zum einheitlichen Widerstand zusammengeschlossen haben. Die Kommunisten der KP nahmen an dieser Führung nicht teil – zumindest am Anfang, weil es nicht klar ist, ob die Kommunisten an bewaffneten Kampf denken oder ob sie noch an den Massenkampf denken, um so bald wie möglich einen Generalstreik zu machen. Es scheint bisher auch nicht, daß die KP auf den bewaffneten Kampf orientiert ist, und das Fehlen einer Orientierung seitens der kommunistischen Führung ist der Aspekt, der die Genossen am meisten traf, als ich dort war. Die aktuelle „Blöße" der KP-Führung ist das Ergebnis einer Taktik, die den einzigen Weg zur Vermeidung eines Putsches darin sah, der Politik der Christdemokraten möglichst große Konzessionen zu machen. Sie hatte dabei einerseits die Illusion, daß es in deren Innerem eine Linke gäbe, die darauf zielte, Chile zusammen mit der KP zu regieren und andererseits, daß ein Front-Abkommen mit den Christdemokraten dazu dienen würde, ohne gewaltsame Repression den Forderungs-Druck und die politische Organisierung des Proletariats, des Subproletariats und der chilenischen Bauern zu zügeln, und gleichzeitig die Mittelschicht nicht noch weiter aufzubringen ... ■

Forts. Brief aus Italien

beiden niedergestochenen Genossen in Monza waren offenbar auch von „Lotta Continua"). Am nächsten Tag wurde dann der vierte Genosse in Mailand überfallen und mit Messerstichen schwer verletzt. Bei der Protestdemonstration am 31. Oktober in Mailand hatten auch einige Betriebsräte aus Mailänder Fabriken Protesterklärungen verlesen lassen – und das ungeheuerliche ist: nach der Meldung von L.C. hatten Funktionäre der PCI die Abfassung dieser Erklärungen in den Betrieben zu verhindern versucht!

Bei Montedison in Porto Marghera (bei Venedig) sind in den letzten Wochen über 200 Arbeiter mit Vergiftungen in Krankenhäuser eingeliefert worden. Es hat Protestaktionen gegeben, ohne daß allerdings bislang etwas zur Verbesserung der gesundheitsruinierdneden Arbeitsbedingungen in diesem größten Chemie-Werk erreicht werden konnte..." (6.11.1973) ■

Von einer Genossin, die die Möglichkeit hatte, eine dreiwöchige Reise nach Brasilien zu machen, erhielten wir die hier abgedruckten Fotos und den nachstehenden Reisebericht. Klar ist, daß die Eindrücke einer solchen Reise notwendigerweise oberflächlich sein müssen, daß sich also ein Reisebericht beschränken muß auf die Schilderung von Erscheinungsformen, wobei die wichtigen Fragen nur angerissen werden können.

Brasilien: Kapitalistischer Aufschwung und Massenelend



„Vavella" dicht an einer Hauptverkehrsstraße von Sao Paulo

Brasilien umfaßt rund drei Viertel des südamerikanischen Kontinents. Etwa die Hälfte des Landes, vor allem im Norden und Nordwesten, ist noch gar nicht erschlossen. Es gibt riesige Gebiete, wo kaum ein Mensch seinen Fuß hingesetzt hat.

Besiedelt und zum Teil industrialisiert ist hauptsächlich der Küstenstreifen mit einem Hinterland von rund 600 km ins Land hinein, der Süden des Landes und die Ufer des Amazonas ein paar Hundert km ins Land.

Die Bevölkerung beträgt knapp 100 Millionen Menschen.

Über die Hälfte der Brasilianer leben auf dem Land in unvorstellbarer Armut. Mehr als 50% des kultivierbaren Bodens gehört reichen Großgrundbesitzern.

Die Lebenserwartung in Brasilien liegt im Durchschnitt bei 46 Jahren, wobei diese Zahl durch die höhere Lebenserwartung in den Städten die reale Situation für rund 50 Millionen Menschen auf dem Land verzerrt wiedergibt: im Nordosten, ein außerordentlich trockenes, armes Gebiet, liegt die Lebenserwartung bei 27 Jahren. 20% der Kinder sterben noch während des ersten Lebensjahres, weitere 30% vor ihrem fünften Geburtstag.


Kinder in einer „Vavella" in Sao Paulo: Für richtige Schuhe reicht das Geld nicht mehr.

900.000 brasilianische Kapitalisten und Großgrundbesitzer verdienen zusammen mehr als 72 Millionen Arbeiter, Landarbeiter und Kleinbauern. Nur rund 27 Millionen Brasilianer haben ein geregeltes Einkommen. Es handelt sich hierbei fast ausschließlich um die Bewohner der großen Städte, in denen die Arbeitslosenquoten seit einigen Jahren stark gesunken sind. Auf dem Land haben nur die wenigsten Arbeit, und dann meistens nur für wenige Monate im Jahr.

Seit dem Militärputsch 1964 und besonders seit '68 – als die Militärs nach großen Streiks der Metallarbeiter und der Ausdehnung der Studentenbewegung die noch verbliebenen demokratischen Freiheiten völlig aufhoben – nahm die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft einen steilen Aufschwung: Die Wachstumsraten der brasilianischen Industrie sind die höchsten der Welt. „Das reale Bruttosozialprodukt (der Wert aller im Laufe eines Jahres erzeugten Güter und Dienstleistungen nach Abzug der Inflation) erhöhte sich im letzten Jahr um 10,4%; in Japan vergleichsweise um 9,2, in der BRD um 2,9%." („Stern", Nr. 40/73).

Durch staatliche Steuergeschenke sollen die in- und ausländischen Kapitalisten zum Investieren angeregt werden: So brauchen die Kapitalisten bis zu 50% weniger Steuern zu bezahlen, wenn sie im Norden oder Nordosten des Landes Fabriken bauen. D.h. diese Steuern werden, statt daß davon Schulen und soziale Einrichtungen finanziert werden, die dem Volk zugute kommen würden, investiert, kapitalisiert – vermehren also weiter den Profit und Reichtum der Kapitalisten.

Die gleichen Steuergeschenke erhalten Kapitalisten, die in die Aufforstung des Landes Geld investieren. In den 20er, 30er und 40er Jahren sind weite Landstriche Brasiliens von den Großgrundbesitzern verwüstet worden: um ihre riesigen Kaffeeplantagen (Kaffee war lange Zeit einer der Hauptexportartikel Brasiliens) anlegen zu können, brannten sie weite Waldgebiete einfach ab. Durch die Monokulturen laugte der Boden zusätzlich aus, so daß jetzt weite Landstriche brachliegen – eine Folge kapitalistischen Raubbaus.

Zwar ist es nach Gesetz verboten, weiterhin Wald zu roden – aber man erzählt sich in Brasilien, daß es Firmen gibt, die trotzdem Holz schlagen, das Holz verkaufen oder verarbeiten, und dann hinterher zusätzlich das Geld der Regierung einstreichen, um das Land wieder aufzuforsten!

Ein besonderer Anreiz für das ausländische Kapital in Brasilien zu investieren, bietet folgende Bestimmung: alles, was exportiert wird, braucht nicht versteuert zu werden!

Niedrige Löhne und die Tatsache, daß für die Arbeiter absolutes Streikverbot besteht, lassen die Kapitalisten ins Schwärmen geraten: „Nirgendwo sonst in der Welt bringt der Mensch so hohe Erträge wie in der brasilianischen Automobilindustrie." So der Direktor des italienischen Fiat-Konzerns Urani.

Der „Stern" schreibt: „Ähnlich jubeln kann das Volkswagenwerk, das in Brasilien im letzten Jahr über 300.000 Autos produzierte: Es braucht lediglich den – für brasilianische Verhältnisse respektablen – Durchschnittslohn von etwa 500 DM monatlich zu bezahlen. Seine Autos aber kann ‚VW do Brasil' dank hoher Zollmauer um mindestens 25% teurer verkaufen als in der BRD." (Nr. 40/73). Mit dem „Durchschnittslohn" kann nur der Durchschnitt aller innerhalb der brasilianischen VW-Filiale gezahlten Löhne gemeint sein, denn der „Durchschnittslohn" der Bevölkerung liegt weit unter 500 DM: Die Militärregierung hat vor einiger Zeit ein sogenanntes „salario minimo" (= garantierter Mindestlohn) eingeführt, das 330 Cruzeiro beträgt, das sind etwa 130,– DM. Um zu erfassen, was ein solcher Lohn – den ja auch nur die bekommen, die Arbeit haben, und auch nur dann, wenn es vom Kapitalisten eingehalten wird – bedeutet, muß man sich die Preise ansehen. So kosten z.B.:

1 Kilo Reis zwischen 0,80 DM und 1,60 DM,
1 Kilo schwarze Bohnen zwischen 1,80 DM und 2,80 DM,
1 Kilo Nudeln etwa 1,20 DM,
1 Kilo mittelteures Fleisch etwa 6,40 DM,
1 Kilo Filet etwa 9,60 DM,
1 Packung Zigaretten (20 Stück) 1,20 DM,
1 Telefongespräch 0,12 DM,
1 Omnibusfahrt 0,25 DM,
1 Liter Benzin 0,32 DM.

Wahrscheinlich wird man ungefähr richtig liegen, wenn man als Richtgröße annimmt, daß man für die Grundbedarfswaren etwa die Hälfte von dem zahlen muß, was sie in der BRD kosten.

Die Inflation wird offiziell mit 12 % angegeben, beträgt aber sogar nach Aussage von Unternehmerkreisen wesentlich mehr: wahrscheinlich rund 20 %.

Zig Tausende von Arbeitern in den großen Städten wie Sao Paulo und Rio de Janeiro wohnen mit ihren Familien in den Slums, den sogenannten „Vavellas". Sie haben sich dort aus Holz, Wellblech, selten aus Steinen, Häuschen zurechtgezimmert, Brunnen gebohrt; fließend Wasser, Kanalisation und Elektrizität gibt es dort natürlich nicht. (Diese Leute tauchen übrigens in der brasilianischen Statistik als „Hausbesitzer" auf!) Fast immer – vor allem in Rio – liegen die Vavellas an Berghängen, dort, wo der Bau anderer Häuser wegen des steilen Geländes zu viel kosten würde. In der Regenzeit kommt es regelmäßig dazu, daß ganze Teile von Vavellas durch die Wassermassen einfach vom Berg gespült werden und zig Menschen unter sich begraben. Regelmäßig gibt es Tote, Verwundete und Obdachlose.

In Rio ist die Regierung dazu übergegangen, die Vavellas zu „sanieren", d.h. es werden einfach ganze Berge abgeräumt, die Hütten dem Erdboden gleichgemacht und die Leute an den Stadtrand in riesige Wohnsilos verfrachtet. Dort müssen sie dann von heute auf morgen Miete zahlen, finden sich in einer völlig fremden ungewohnten Umgebung, in der Regel 20 bis 30 km von ihrem Arbeitsplatz entfernt.

Der Grund für diese „Sanierung" liegt wohl zum einen darin, daß der Baugrund benötigt wird, zum anderen aber passen die Vavellas nicht


Einer der zahlreichen Clubs der Bourgeoisie und des oberen Mittelstandes: zwei Swimmingpools, eine Boccia-Bahn, ein Tennisplatz, Restaurant, Festsäle, Bars usw.
Festsäle, Bars usw.

gut zum Image vom schönen Reiseprospekt-Brasilien und von Rio, als der „cidade maravilhosa" (der wunderbaren Stadt), wie in einem sehr bekannten Karnevalsschlager behauptet wird. Gerade Rio ist zunehmend Anziehungspunkt der internationalen Touristik und da sind Copacabana mit Palmen und teuren Restaurants einerseits und Elendsquartiere ein paar Kilometer weiter andererseits ein zu krasser Widerspruch.

Bei der Überdeckung und Verschleierung dieser scharfen sozialen Widersprüche und vor allem deren gesellschaftlichen Ursachen sind vor allem zwei Dinge wichtig: erstens der Nationalismus und zweitens der Einfluß der offiziellen katholischen Kirche und diverser Sekten.

Es scheint so, als habe die von der Regierung betriebene massive Nationalismus-Propaganda zumindest bei bestimmten Teilen der Bevölkerung verfangen: so kann man in Sao Paulo und Rio sehr häufig an Autoantennen Fähnchen in den Nationalfarben Gelb-Grün sehen. Weiterhin als Aufkleber – besonders häufig bei Taxifahrern zu beobachten – die Nationalfahne oder Sprüche wie: „Brasilien verdient unsere Liebe" oder „Liebe Brasilien oder hau ab!" oder „Brasilien meine Liebe!" usw. Allerdings wird man in den Vavellas vergeblich nach solchen Anzeigen von Begeisterung suchen ... Und ein Auto zu besitzen, bedeutet in Brasilien, daß man zu einer Schicht gehört, der es relativ gut geht.

Der Bau eines riesigen Straßennetzes quer durch die Urwaldgebiete am Amazonas, die „Transamazônica", wird – ähnlich wie der Bau der Autobahnen im faschistischen Deutschland von der NS-Propaganda – zum „größten Heldenepos des brasilianischen Volkes" und zur „vielleicht entscheidenden Schlacht um die Unabhängigkeit Brasiliens" hochstilisiert. So Präsidentengeneral Medici, früher Chef des „Nationalen Informationsdienstes" (SNI), des brasilianischen Geheimdienstes, Verfassungsschutzes, Terror- und Folter-Apparates.

In Wahrheit dient der Bau der Transamazonica den in- und ausländischen Kapitalisten, die nur auf die Erschließung des Amazonasgebietes warten, um sich an der Ausbeutung der ungenutzten Bodenschätze zu beteiligen:

Der „Stern" schreibt:

„Große internationale Konzerne und finanzkräftige brasilianische Unternehmer und Großgrundbesitzer werden den 3,4 Millionen Quadratkilometer großen Amazonasurwald unter sich aufteilen. Schon jetzt besitzen:

- finanzkräftige Viehzüchter eine Fläche von 18 Millionen Hektar – ein Gebiet doppelt so groß wie Österreich;
- die holländische Bruynzeel AG, größter Holzverarbeiter der Welt, 200.000 Hektar;
- der amerikanische Milliardär Daniel Ludwig, Viehzüchter, Industrieller und Grubenbesitzer 1,5 Millionen Hektar;
- die amerikanischen Holzkonzerne Toyomenka, Georgia Pacific und Robbin Hollis McGlohn zusammen 1,2 Millionen Hektar;
- der amerikanische Konzern Swift, Armour und King's Ranch, Internationaler Fleisch- und Konservengigant, kaufte 80.000 Hektar Urwaldland und sicherte sich eine Option über weitere 120.000 Hektar". („Stern", Nr. 40/73)


Katholische Privatschulen in einem Vorort von Sao Paulo. Die Kinder – vorwiegend der reichsten Familien – werden mit Auto und Chauffeur zur Schule gebracht

Religiösität, Sekten und Aberglaube sind starke Verbündete der herrschenden Klassen in Brasilien. Vor allem in den Vavellas ist der

Forts. Seite 15

Forts. Brasilien

Geisterkult „Macumba" verbreitet. Er setzt sich zusammen aus Bruchstücken afrikanischer Religionen, von den schwarzen Sklaven nach Brasilien gebracht, aus indianischen Mythen der brasilianischen Ureinwohner und der Religion der Weißen – des Katholizismus.

Lenin schrieb über die Wurzel der Religion: **„In den modernen kapitalistischen Staaten sind diese Wurzeln hauptsächlich sozialer Natur.... ‚Die Furcht hat die Götter erzeugt'. Die Furcht vor der blind wirkenden Macht des Kapitals, blind, weil ihr Wissen von den Volksmassen nicht vorausgesehen werden kann, und dem Proletarier und dem Kleineigentümer bei jedem Schritt ihres Lebens den ‚plötzlichen', ‚unerwarteten', ‚zufälligen' Ruin, den Untergang, die Verwandlung in einen Bettler, einen Pauper, eine Prostituierte, den Hungertod zu bringen droht und auch tatsächlich bringt – das ist jene Wurzel der heutigen Religion, die der Materialist vor allem und und am meisten beachten muß, ..."** (Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion)

Allein in Rio gibt es weit über 200 Macumba-Kirchen, in denen Medien, die in Trance gefallen sind, den Mitgliedern der Gemeinde Ratschläge erteilen. So kann man in Rio – aber auch in kleineren Städten im Inneren Brasiliens – häufig mitten in der Stadt am Straßenrand oder am Strand kleine Altäre aufgebaut finden: Kerzen, geheimnisvolle Kreidezeichen, etwas zu essen für den angerufenen Geist, ein paar Münzen usw. Manchmal findet man ganze Tellergerichte mit einem Weinglas oder Sekt. Die Medien werden aufgesucht wegen Krankheiten, Streitigkeiten, wirtschaftlichen Sorgen usw. – Probleme, deren Ursachen gesellschaftlicher Natur sind, und deren einzige Lösungsmöglichkeit im Kampf gegen diese gesellschaftlichen Verhältnisse liegt.

Über die Stärke und Tätigkeit der Opposition läßt sich von außen und nach nur oberflächlicher Untersuchung wenig sagen. Vor allem nach den großen Massenstreiks der Arbeiter und Demonstrationen der Studenten in den Jahren 67/68 sind die Militärs zu verstärkter Verfolgung, Unterdrückung, Folterung und Ermordung der Linken und Kommunisten übergegangen.

Massenverhaftungen schwächten die Reihen der Revolution außerordentlich. Einschüchterung und Resignation bei den sympathisierenden Teilen der Bevölkerung waren die politisch beabsichtigten Folgen. Die Polizei konnte es sich leisten, Menschen auf offener Straße abzuknallen. Dabei ging es gar nicht immer um die Verfolgung oppositioneller Menschen, sondern um die wahllose Ausweitung des Polizeiterrors. So berichtet die „front brasilien d'information" (Informationsdienst, in der BRD herausgegeben von der Projektgruppe Lateinamerika im Rep. Centrum e.V., Düsseldorf):

„Die Polizei hat in einer Razzia in Cinelandia, im Zentrum von Rio de Janeiro, einen Jungen von 13 Jahren getötet. Der Junge, Evanir Barbosa Filho, verkaufte auf der Straße Kuchen und rannte davon, als die Polizei sich näherte. Der Polizist Amauri Pifano Mechado zog seine Waffe und schoß auf den Jungen, mit dem Viertel einer Kugel im Nacken vor dem Kino Odeon starb. Das geschah am 2. Januar 1971.



Slum in Sao Paulo: kein fließend Wasser, keine Kanalisation – Brunnen müssen auf eigene Kosten gebohrt werden.

Das Echo war so groß, daß die Presse diese Begebenheit verbreitete. Diese Tat ist eine von vielen:

3. Januar: Ein zwölfjähriger Junge, Fernando Antonio Pereira Sapucaia, überquerte die Straße, als drei Bankgardisten von ihren Waffen Gebrauch machten, um eine Gruppe von jungen Leuten zu zerstreuen, die im Club Rosa Branca tanzten. Fernando wurde von einer Kugel in die Brust getroffen und starb kurz darauf.

4. Januar: In Sao Paulo starb der Junge Mario Correira Paz im Stadtteil Sao Vicente, am Kopf getroffen von der Kugel eines Polizisten, der sich auf der Verfolgung eines Verdächtigen wähnte.

5. Januar: Eine ältere Frau, Carmen Garcia Abizanda, wurde in Rio de Janeiro von einer Kugel am Knie getroffen, als sie auf den Bus wartete. Ein Polizist hatte einen Taxifahrer verhört und wollte das Problem mit dem Revolver lösen.

6. Januar: Marcelo Costa Tavares verließ seine Wohnung, um zur Messe zu gehen. Ein Polizeiauto war auf Patrouille; seine Insassen schossen auf ein Auto, von dem sie meinten, es seien Revolutionäre darin. Die Polizisten schossen auf den jungen Mann und seine zwei Begleiter und trafen ihn am Kopf. Sie überließen es den Begleitern, sich um ihren Kameraden zu kümmern und flohen. Das Opfer starb kurz darauf am Tatort." (Nr. 18/71)

Bezeichnend ist übrigens in diesem Zusammenhang die Berichterstattung über den faschistischen Militärputsch in Chile in der brasilianischen Presse: sie hat eindeutig den Zweck der Einschüchterung. Im Gegensatz zur sonstigen Spärlichkeit, wenn es um politische Information geht, wird der blutige Terror des chilenischen Militärs ausführlich beschrieben und mit Fotos belegt. Zynisch wird der Putsch als „Sieg der Demokratie" gefeiert.

Zu der Einschüchterung und Resignation großer Teile der Bevölkerung kommt noch etwas anderes: Die wirtschaftliche Stabilisierung hat auch eine politische Stabilisierung nach sich gezogen. Der Aufschwung hat große Teile des Kleinbürgertums, aber auch kleine privilegierte Teile der Arbeiter (Facharbeiter z. B. werden überdurchschnittlich gut bezahlt) auf die Seite der Kapitalisten gezogen. Das sind die Teile der Bevölkerung, die in gewissem Sinn mit profitieren an der Gewinnexplosion der brasilianischen Kapitalistenklasse.

An einer genaueren Analyse der politischen Situation in Brasilien und vor allem der brasilianischen Linken wird gearbeitet. ■



Privatpolizei eines Einkaufszentrums in Sao Paulo: Sie sind mit langen Gummiknüppeln bewaffnet, tragen Revolvergürtel, in denen allerdings keine Waffen stecken. Es ist anzunehmen, daß sie im Schießen ausgebildet sind und im „Notfall" auch ausgerüstet werden. Diese Art von Privatarmeen gibt es seit der Zeit der bewaffneten Enteignungsaktionen der Stadtguerillas Ende der 60iger Jahre. Vor jeder Bank, auch in Kleinstädten, steht ein allerdings bewaffneter Polizist.

Der palästinensische Widerstand nach dem Waffenstillstand in Nahost

Wir drucken hier Teile eines Interviews nach, das die französische marxistisch-leninistische Zeitung „front rouge" mit einem Sprecher der PLO (Dachorganisation des palästinensischen Widerstands), Genossen Bassam Abu Scharif, am 28. Oktober führte.

Frage:

Welche Haltung würdet ihr in eventuellen internationalen Nahost-Verhandlungen einnehmen?

Antwort:

Das einzige, was wir akzeptieren würden, und wenn es uns am Verhandlungstisch angeboten wird, da würden wir nicht nein sagen, weil wir nicht den Krieg um des Krieges willen führen – es bereitet ja auch keinem einen besonderen Spaß, abgeknallt zu werden – das einzige, was wir akzeptieren würden, ist der Aufbau eines demokratischen palästinensischen Staates, d.h. die Abschaffung des zionistischen Staates. ... (1) ... Der Waffenstillstand vom 21. Oktober bestärkt uns in der Überzeugung eines Volkskrieges. Nach dem Waffenstillstand herrschte eine große Enttäuschung unter den arabischen Massen und das trägt dazu bei, diese Situation reifer zu machen.

Frage:

Stellt also die verstärkte Überzeugung der arabischen Massen über die Notwendigkeit des Volkskrieges eine neue Etappe im Nahen Osten dar?

Antwort:

Sicher, aber man kann auch noch einen zweiten Schluß daraus ziehen: wir müssen realistisch sein, der Waffenstillstand ist auch eine neue Kraftprobe für den palästinensischen Widerstand. Durch den Waffenstillstand sind hier neue Bedingungen entstanden, worauf wir Rücksicht nehmen müssen. Die erste dieser Bedingungen ist der internationale Faktor: Seit 67 und bis zum 6. Oktober war die Möglichkeit einer friedlichen Lösung trotz aller Versuche in weiter Ferne geblieben: Rogers-Plan, Jarring-Mission usw. ... Heute nach dem Waffenstillstand ist diese Möglichkeit der friedlichen Lösung greifbarer und wahrscheinlicher denn je, und dies schafft eine sehr gefährliche Situation für den palästinensischen Widerstand, das darf man nicht leugnen. Wir müssen unseren Kampf dieser neuen Situation anpassen. Wir sind uns bewußt, daß wir heute in eine Kuhhandel-Phase eintreten, und das ist genau, was wir ablehnen. Wir lehnen jeden Kompromiß ab, der unsere Rechte nicht berücksichtigt. Unsere Ablehnung drückt sich in der Weiterführung unseres Kampfes aus. Der Waffenstillstand betrifft uns nicht. Das einzige, was uns betrifft, ist die Weiterführung des revolutionären Kampfes bis zur totalen Verwirklichung unseres Ziels, d.h. die Befreiung von ganz Palästina und nicht nur von dem oder dem Gebiet, das seit 67 besetzt ist. Es gibt jedoch eine Frage, die auf der ganzen Welt gestellt wird: „Was könnt ihr Palästinenser im Grunde genommen gegen die Großmächte USA und Sowjetunion und gegenüber Sadat tun, wo sie doch zu allem bereit sind, um eine friedliche Lösung zu erlangen?" Unsere Antwort darauf ist immer die gleiche. Es ist nicht das erste Mal, daß der Widerstand in einem unterentwickelten Land einem hochgerüsteten Feind gegenübersteht. Aufgrund dieser Bedingung hat der palästinensische Widerstand seit eh und je gesagt, daß das einzige Mittel, um den Widerspruch zwischen den arabischen Völkern auf der einen Seite und dem amerikanischen Imperialismus und dem internationalen Zionismus auf der anderen Seite zu lösen, der Volksbefreiungskrieg ist. Gleichzeitig spielen wir natürlich die Wichtigkeit der Bewegung der arabischen Massen jetzt während des Krieges nicht herunter, denn im Grunde genommen kommen die arabischen Soldaten auch aus den Massen. Wir sagen nicht, daß dieser Krieg nutzlos war, wir sagen nur, daß die Wirksamkeit der arabischen Armeen von der ihnen gegebenen politischen Linie abhängt. Und dies hat sich deutlich während des Krieges gezeigt. Die Wirksamkeit ihres Kampfes ist in dem Maße begrenzt, wie er nicht die politische Orientierung hat, die wir für richtig halten, nämlich die des Volkskriegs. Wie auch der Grad des Trainings, der Entschlossenheit und auch des Kampfwillens des arabischen Soldaten ist, seine Wirksamkeit wird durch die Linie der friedlichen Lösung geschwächt.

Der palästinensische Widerstand hat zu Beginn des Krieges natürlich sofort die arabische Initiative unterstützt. Wir haben gesagt, daß es eine hervorragende Initiative sei, und wir haben alle unsere Kräfte, sowohl auf der militärischen wie auch auf der politischen Ebene, mobilisiert. Wir haben auch gleich zu Beginn des Krieges gefordert, daß dieser Krieg als ein langfristiger Krieg geplant werden müsse. Wenn der Krieg fortgeführt worden wäre, hätten sich die arabischen Massen fortschreitend daran beteiligt. Der Waffenstillstand schafft natürlich eine neue Situation. Wie wir bereits gesagt haben, ist der palästinensische Widerstand überhaupt nicht durch den Waffenstillstand betroffen, er hat vorher gekämpft und er wird auch danach weiterkämpfen. Wir können aber schon zwei Schlüsse ziehen: erstens, daß der Waffenstillstand, wie er heute durchgeführt wird, unsere Analyse, daß der Sieg nur durch den Volkskrieg möglich ist, bestärkt. ... (2) ... wie Giap gesagt hat, sind es die vielen kleinen Siege, die den endgültigen Sieg näherrücken lassen. Ich will einen bedeutenden Punkt unterstreichen, nämlich daß alle diese militärischen Operationen nicht von der gleichzeitig stattfindenden politischen Aktion zu trennen sind. Wir haben, während wir uns gleichzeitig am Krieg beteiligten, auch Propagandaarbeit geleistet, wir haben politische Arbeit unter den Massen betrieben, wie z.B. die Verteilung von Flugblättern in den besetzten Gebieten oder Aufrufe zum Streik und zum passiven Widerstand usw., mit dem Ziel, die Mobilisierung der Massen zu stärken. Die langfristige Mobilisierungsarbeit ist unbedingt notwendig, denn wir haben selbst noch nie daran geglaubt, und wir haben auch dem Volk nie Illusionen darüber bereitet, daß die Befreiung unmittelbar bevorstehe. Wir haben seit 1965 immer wieder betont, daß dies ein langfristiger Krieg ist, der nicht nur einige Tage, sondern Jahrzehnte erfordert, und daß die Beteiligung des gesamten palästinensischen Volkes, der arabischen Massen und der Gesamtheit der fortschrittlichen und antiimperialistischen Kräfte in der Welt unerläßlich dafür ist. ■

Anmerkungen:

(1), (2): An diesen Stellen fehlen Zeilen in der „front rouge", so daß die verbliebenen Satzteile unverständlich sind, und von uns ausgelassen werden mußten.

'Palästinenser-Staat'?



Palästinensische Partisanenkämpfer in einem ihrer Lager

In AK 35 wurden – aus Mangel an authentischen Quellen, die noch nicht vorlagen – einige Spekulationen der bürgerlichen Presse (als solche gekennzeichnet) über die Haltung der Palästinenser zu verschiedenen Fragen nach dem Waffenstillstand, u.a. der Frage eines „Palästinenser-Staates" im Gaza-Streifen und im Westjordan-Land wiedergegeben. Das auf dieser Seite gedruckte Interview der „Front Rouge" mit einem PLO-Genossen soll helfen, die tatsächliche Haltung des palästinensischen Widerstands kennenzulernen. Zum selben Zweck drucken wir hier eine Erklärung aus „free palestine" vom November 73 nach. „Free palestine" steht der PLO nahe.

Friedensgespräche

Die Schaffung eines palästinensischen Staates auf dem Westufer des Jordan, verbunden mit dem Gaza-Streifen, wird jetzt dem palästinensischen Volk präsentiert. Berichte aus Beirut besagen auch, daß Yasser Arafat, der palästinensische Führer, bereit ist, an einer vorgeschlagenen Friedenskonferenz zur Beilegung des Nahost-Konflikts teilzunehmen.

Die Perspektive eines Westufer-Kleinstaats ist nicht neu. Sie wurde in den letzten Jahren mehrmals vorgeschlagen. Die PLO hat eine solche Lösung zurückgewiesen und zur vollständigen Befreiung Palästinas aufgerufen. Diese Entscheidung ist korrekt.

Jedoch könnten die Palästinenser in der neu entstandenen Situation vor schwierige Entscheidungen gestellt werden. Wenn Israel unter amerikanischem Druck gezwungen würde, sich vom Westufer zurückzuziehen, müßten die Palästinenser als rechtmäßige Einwohner dieses Teils von Palästina ihre Zukunft entscheiden. Sie haben zu wählen: entweder die Rückkehr des Westufers an König Hussein von Jordanien zuzulassen oder die Verantwortlichkeiten für die Schaffung eines palästinensischen Staatswesens zu übernehmen – auf diesem Teil ihres Bodens, der befreit worden ist.

Die Schaffung eines Westufer-Staats ist nicht das Ziel der PLO. Wenn jedoch die Ereignisse die Palästinenser zwingen würden, dieses neue Staatswesen zu akzeptieren, so wäre das nicht unvereinbar mit den erklärten Zielen der PLO für die Befreiung des g a n z e n Palästina und die Schaffung des demokratischen Staates.

Eine palästinensische Anwesenheit bei irgendeiner Friedenskonferenz sollte nicht als Kapitulation ausgelegt werden. Die PLO hat das Recht und die Verantwortung, dafür zu sorgen, daß die Stimme der Palästinenser gehört wird. Die palästinensische Sache vorzutragen und das Verhalten der Zionisten gegenüber den ursprünglichen Bewohnern des Landes, den Palästinensern, zu entlarven – das wären positive Gründe für die Teilnahme an einer solchen Konferenz.

Wenn die Ereignisse die PLO in die Position bringen, den Westufer-Staat zu akzeptieren oder an einer Friedenskonferenz teilzunehmen, so werden die langfristigen Ziele der palästinensischen Revolution in ihrem Kampf gegen den Zionismus und für ihre Forderung nach einem befreiten und einheitlichen Palästina unverändert bleiben. ■

Italien: Faschistische Mordpläne gegen 1617 Personen entdeckt

Am „Tag X" wollen die italienischen Faschisten 1617 Personen sofort ermorden! Listen, in denen diese Personen namentlich aufgeführt sind, wurden neben Waffen und anderen Attentatsplänen Anfang November in einer Arztvilla in Ortonovo, in der Nähe der Hafenstadt La Spezia, gefunden. Ein ganzes Geflecht von Verbindungen zwischen verschiedenen faschistischen Gruppen, die einen Staatsstreich vorbereiten, ist erneut sichtbar geworden.

Die Meldungen über die Entdekkung des faschistischen Verstecks in Ortonovo kamen nur zögernd und bagatellisierend durch die bürgerliche Presse Italiens. Die Waffen und die Attentatspläne (sowohl über schon durchgeführte als auch über noch geplante Attentate) gehörten einer „Bande von Verzweifelten", hieß es. Über die gefundene Namensliste wurde zunächst nur gesagt, daß darauf „auch die Namen einiger Antifaschisten" stünden. Erst später erfuhr man mehr nebenbei, daß es sich insgesamt um eine Liste von 1617 Personen handelt, die am „Tag X" von den Faschisten auf der Stelle ermordet werden sollen.

Inzwischen wurden vier Leute in diesem Zusammenhang verhaftet: der Arzt Gianpaolo Porta-Casucci, dem die Villa gehört, wo das faschistische Versteck gefunden wurde; der Rechtsanwalt Giancarlo De Marchi aus Reggio; der Verleger Sandro Rampazzo aus Padova und Santo Sedona, ein Faschist aus Mestre. Nach einem fünften Faschisten wird noch gefahndet. Diese Leute sollen wegen des versuchten Wiederaufbaus der PNF, der faschistischen Partei Mussolinis, angeklagt werden; aber nach wie vor wird von der Polizei, der Justiz und der bürgerlichen Presse so getan, als handle es sich hier um einen kleinen und nunmehr unschädlich gemachten Personenkreis.

Tatsächlich gibt es jetzt schon mehrere Hinweise dafür, daß sich hinter der „XVIII legione Italia", wie sich die Gruppe nennt, ein weitgespanntes Geflecht von Verbindungen zu anderen Faschisten-Zentren und zu italienischen Kapitalisten verbirgt. Einiges davon ist von der linken italienischen Zei-

von der linken italienischen Zei-
tung „Lotta Continua" in ihrer Ausgabe vom 14. November enthüllt worden.

Der verhaftete Rechtsanwalt De Marchi ist MSI-Provinzialrat und besonderer Vertrauter von Almirante, dem Chef der faschistischen Partei MSI. Von De Marchi führen darüberhinaus Verbindungen zum Alt-Faschisten Junio Valerio Borghese, der 1967 die faschistische Organisation „Fronte Nazionale" gründete, 1970 bereits einen Militärputsch plante (über die „Fronte Nazionale" liefen enge Kontakte zu Vertretern der italienischen, englischen und nordamerikanischen Industrie sowie zu führenden Militärs der italienischen Armee und der NATO), und der sich heute wegen eines noch bestehenden Haftbefehls (u.a. auch wegen der Ermordung von 800 Partisanen und Zivilisten in den letzten Kriegsmonaten in Norditalien) in Spanien aufhält. Weitere Verbindungen De Marchis führen z.B. zum Industriellen Guido Canali und zum Reeder Alberto Cameli.

Der Arzt Porta-Casucci unterhält Verbindungen zu den faschistischen Vereinigungen „amioi delle forze armate" (Freunde der bewaffneten Streitkräfte) und „elmo d'acciaio" (Stahlhelm). In den Jahren 1968-69 hat er sich als „Linker ausgegeben und in linke Gruppen zu infiltrieren versucht; aber ohne Erfolg. „Lotta Continua" schreibt, daß Porta-Casucci auch in Kontakt zu bayrischen Faschisten steht. Seine wichtigsten Verbindungen seien aber die zur Gruppe um Freda und Ventura in Padova, die zum Haupttäterkreis des Mailänder Blutbads vom 12. Dezember 1969 gehören. Padova ist eines der Zentren der faschistischen Terrorbewegungen in Italien und hat auch in den Putschplänen, die in Ortonovo gefunden wurden, eine besondere Bedeutung: der „Tag X" sollte durch eine militärische Machteroberung in Padova ausgelöst werden, der die „Entfesselung eines Chaos" auf nationaler Ebene folgen sollte. Von der faschistischen Gruppe „La Rosa dei Venti" („Windrose") in Padova, einer lokalen Sektion der „Giustizieri d'Italia" („Scharfrichter Italiens"), existieren darüberhinaus mit ziemlicher Sicherheit enge Verbindungen zu Gianfranco Bertoli: dem Attentäter bei einem anderen Blutbad in Mailand, am 15. Mai 1973 in der Via Fatebenefratelli bei der Enthüllung einer Büste des erschossenen Anarchistenjägers Calabresi. (Ein kurzer Artikel über dieses Blutbad und den zunächst als „Anarchisten" bezeichneten Attentäter Bertoli, der in Wahrheit ein Faschist ist und hinter dem offensichtlich imperialistische Geheimdienste stehen, findet sich im AK 29 vom Juni 73. Nebenbei sei erwähnt, daß sich in der „Sache Bertoli" offensichtlich ähnliches anbahnt, wie schon im Zusammenhang mit dem „Strage di Stato" vom 12. Dezember 1969: kürzlich wurde ein Israeli, der auf nicht näher bezeichnete Weise in das Blutbad in der Via Fatebenefratelli verwickelt war, tot in seiner Badewanne aufgefunden. Im Zusammenhang mit dem „Strage di Stato" hatte es eine ganze Serie solcher „mysteriöser Todesfälle" gegeben, wodurch offensichtlich gefährlich gewordene Zeugen und Mitwisser liquidiert wurden.)

Man kann sicher sein, daß noch weitere Hintergründe über die in Ortonovo gefundenen Attentats-, Mord- und Putschpläne ans Licht befördert werden – allerdings wohl kaum durch die Polizei, die Justiz und die bürgerliche Presse, die in Italien bereits auf eine reichhaltige Erfahrung im Vertuschen und in der Beseitigung schwarzer Spuren zurückblicken kann. Die durchge-

zurückblicken kann. Die durchge-
führten Verhaftungen der vier Faschisten, die dieses Mal gegenüber anderen Fällen relativ schnell erfolgten, sind vielmehr als der Beginn eines erneuten Versuchs anzusehen, eine Aufklärung über die faschistischen Komplotte möglichst schnell im Sande der vor der Öffentlichkeit verschlossenen Justiz verlaufen zu lassen. Man wird in der bürgerlichen Presse sehr schnell nichts mehr über die Verhafteten und über die gefundenen Faschisten-Pläne zu lesen finden – ebenso, wie (z.B.!) schon lange nichts mehr über Ermittlungen gegen das Faschisten-Kommando Nardi/Stefano/Kiess zu hören war, das im September 1972 Sprengstoff und Waffen über die schweizerisch-italienische Grenze geschmuggelt hat und wo offensichtlich Zusammenhänge mit der ebenfalls zunächst „Anarchisten" zugeschriebenen Erschiessung des Mailänder Polizeichefs Calabresi existieren (wir berichteten darüber im AK 23 im November 1972).

Faschistische Attentate häufen sich

Die terroristischen Umtriebe der italienischen Faschisten sind nicht nur Pläne für die Zukunft, so wie sie in der Arztvilla in Ortonovo gefunden wurden. Auch dort waren im übrigen ja Aufzeichnungen mit enthalten, die von bereits durchgeführten Attentaten stammen sollen – ohne daß bislang aber bekannt wurde, um welche es sich dabei konkret handelt.

In der letzten Zeit vergeht jedoch kaum noch ein Tag, an dem die Faschisten nicht Terroraktionen und Provokationen in irgendeinem Ort durchführen. Immer häufiger finden sich darunter Mordversuche an Genossen. Konkrete Informationen, allein aus der Zeit Ende Oktober/Anfang November, erhielten wir u.a. über folgende Fälle:

Im lombardischen Monza, wenige Kilometer von Mailand entfernt, wurden nacheinander zwei Genossen von Faschisten niedergestochen. In Mailand fand daraufhin am 31. Oktober eine Protestdemonstration statt. Am gleichen Abend hielten dann Faschisten einen Wagen von Genossen in Mailand an und stachen dort ebenfalls auf einen Schülergenossen von „Lotta Continua" ein. Am darauffolgenden Tag wurde dann ein weiterer Genosse in Mailand überfallen und wie die vorherigen mit Messerstichen schwer verletzt.

Ein weiteres Attentat wurde am 8. November auf einen Genossen von „il manifesto" (ein Arbeiterdelegierter) im süditalienischen Taranto versucht. Der Genosse hatte bereits zehn Tage vorher einen Drohbrief erhalten, in dem es hieß, daß er seine Aktivitäten im Betrieb einstellen solle, andernfalls würde er enthauptet. Als er dann am Abend des 8. November nach Hause kam, fand er vor seiner Haustür ein kleines Päckchen, aus dem bereits Rauch quoll. Er warf das Päckchen sofort auf die leere Straße wo es kurz danach explodierte und ein Loch von 30 cm Durchmesser und 15 cm Tiefe riß.

Ein weiterer Genosse wurde in Bologna mit Messerstichen schwer von Faschisten verletzt. In Florenz, Rom und Bolzano wurden Genossen zusammengeschlagen. Die Faschisten tauchten dabei jeweils in größerer Zahl auf. In Rom beispielsweise stürzten sich rund 20 mit Ketten und Stöcken bewaffnete Faschisten auf einen einzelnen Genossen, der danach ebenfalls ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Weitere schwere Attentate fanden am 9. November in Florenz statt. Faschisten wollten dort Flugblätter vor der Schule Castelnuovo verteilen. Als viele Schüler die Annahme der faschistischen Traktate verweigerten, zogen die Faschisten plötzlich Pistolen aus ihren Taschen und schossen. Insgesamt wurden ca. zehn Schüsse des Kalibers 7,65 abgegeben. Eine Schülerin wurde am Hals getroffen, eine andere an der Schulter.

An den Schulen in Florenz wurde daraufhin sofort für den folgenden Tag ein Streik und eine Demonstration beschlossen. Rund 10.000 Schüler und Studenten nahmen an der Demonstration und Kundgebung gegen die faschistischen Attentate teil. Die FGCI, die Jugendorganisation der revisionistischen „KP" Italiens, hatte sich übrigens gegen eine einheitliche Demonstration mit den revolutionären linken Gruppen gewandt und eine eigene Versammlung durchgeführt, zu der etwa 1.000 Teilnehmer kamen. Ein gleiches spalterisches und den antifaschistischen Kampf sabotierendes Vorgehen hatten die Revisionisten nach den Berichten von „Lotta Continua" auch bei der erwähnten Demonstration am 31. Oktober in Mailand gezeigt. Auf dieser von der revolutionären Linken organisierten Demonstration hatten einige Mailänder Betriebsräte antifaschistische Solidaritätserklärungen verlesen lassen – was Funktionäre der revisionistischen „KPI" zuvor in den Betrieben zu verhindern versucht hatten.

Die letzten Ereignisse zeigen erneut: Italien ist nicht nur das Land in Westeuropa, wo die Arbeiterbewegung gegenwärtig am breitesten entwickelt ist, sondern es ist auf der anderen Seite auch das Land, wo die Gefahr des Faschismus sich zur Zeit am drohendsten entwikkelt. Das ist aber eine Entwicklung des Klassenkampfs zwischen Bourgeoisie und Proletariat, wie sie sich prinzipiell in allen Ländern Westeuropas abzeichnet, und die uns (auch in dieser westeuropäischen Dimension) zu größerer Energie und zu einem wirklich ernsthaften Herangehen an die Schaffung von Klarheit und Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen Imperialismus und Faschismus auffordert. ■



15. Mai in Mailand. Eine Büste für Calabresi, den vor einem Jahr erschossenen Kommissar der Politischen Polizei, ist enthüllt worden. Eine Menschenmenge sieht zu, wie der italienische Innenminister Rumor abfährt. Plötzlich wird von der anderen Straßenseite ein Gegenstand geworfen – eine schwere Handgranate! Eine junge Frau wird getötet, zahlreiche Verletzte und Schwerverletzte liegen auf dem Platz.

Der Attentäter wird verhaftet. Er heißt Gianfranco Bertoli und ist 40 Jahre alt. In den ersten Nachrichten über den Vorfall wird es heißen, der Täter sei ein „vorbestrafter Anarchist".

Jugendvertreter-Wahlen auf der HDW-Hamburg

Ein Sieg der Linken

Am 18. Oktober wählten sich die jungen Kollegen der Hamburger Großwerft HDW eine neue Jugendvertretung (JV). Obwohl die alte Jugendvertretung erst gut ein Jahr im Amt war, war diese Neuwahl dennoch erforderlich, da einige Jugendvertreter durch das Ausleren und aus persönlichen Gründen ausschieden. Von der bisherigen JV (insgesamt 5 Kollegen) stellten sich zwei erneut zur Wahl, die allerdings repräsentativ für verschiedene Auffassungen über die einzuschlagende Linie in der JV-Arbeit dastehen. Nämlich:

a.) Die JV-Arbeit eindeutig an den Interessen und unter breitester Einbeziehung der Lehrlinge entwickeln und dadurch den ärgsten Feinden der Arbeiterjugend, den Kapitalisten, geschlossen gegenübertreten. Gleichzeitig entschiedene Kritik und Bekämpfung der sozialdemokratischen Linie der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Kapitalisten und des Arbeiterverrats in den Gewerkschaften und Betriebsräten.

b.) Eine Politik des Taktierens, des Einzelkampfes gegenüber den Kapitalisten. Gleichzeitig Abwiegeln jeder Kritik der Kollegen an Betriebsrat und Gewerkschaftsführung – bis zur offenen Diffamierung und Denunziation der Kritiker als „Gewerkschaftsfeinde" und Erklimmung etlicher Pöstchen und Ämter in der Gewerkschaft und im Betrieb durch Arschkriecherei bei den Leuten, die sich heute noch anmaßen, diese Sachen unter sich aufzuteilen. Diese Linie wurde in der JV von der SDAJ repräsentiert.

Diese klare Frontstellung und die Tatsache, daß die erste Linie sich mehr und mehr unter den Lehrlingen verankerte und sich auch eine genügende Anzahl von Kandidaten hierfür aussprach, während sich andererseits der Vertreter der opportunistischen Linie vor den Lehrlingen immer mehr entlarvte und isolierte, gaben der Wahl ihre besondere Bedeutung.

Trotz erheblicher Einmischung, Verleumdung und Angriffe gegen einige alte Jugendvertreter und Kandidaten durch Ausbildungsleitung und Betriebsrat, nicht zuletzt auch durch die DKP/SDAJ, entschieden sich die jungen Kollegen eindeutig für eine klassenkämpferische Jugendvertretung und erteilten damit den Abwieglern und Spaltern eine klare Abfuhr!

Um den Hintergrund dieser Auseinandersetzung besser verstehen zu können, geben wir zunächst einen Abriß der Ausbildungsbedingungen auf der HDW und des Kampfes der Lehrlinge dagegen. Wir hoffen damit, auch den Kollegen weiterzuhelfen, die ebenfalls bemüht sind, dem Kampf der Arbeiterjugend und Lehrlinge gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung eine klare politische Richtung zu verleihen, weil er nur so erfolgreich geführt werden kann.

Statt Ausbildung: Ausbeutung, Unterdrückung und Disziplinierung

Während die HDW-Bosse nach außen maßlos mit der angeblich so guten Ausbildung protzen („beste und modernste Ausbildungsstätte Norddeutschlands!"), können wohl die Lehrlinge, die diese Zustände schon am eigenen Leibe er-

stände schon am eigenen Leibe er-

fahren, ganze Lieder davon singen:

● Nicht selten kommt es vor, daß wenn z.B. die Waschmaschine oder das Auto eines Ausbilders kaputt ist, Lehrlinge mit der Reparatur („Privatpfusch") beauftragt werden. Wenn sie dadurch in ihrem Ausbildungsplan einige Wochen in den Rückstand geraten, bekommen sie auch noch schlechte Zensuren reingehängt.

● Noch schlimmer sieht es in der sogenannten „Ausbildungsecke" in der Kupferschmiede aus: Auf engstem Raum arbeiten hier etwa 15 Lehrlinge so gut es geht zusammen. Kaputte Werkzeuge und Brenner, Halbdunkel, Lärm und Gestank, dazu die Unerfahrenheit der jungen Lehrlinge, bilden allein genug Gefahren für die Gesundheit. Wenn schnell ein Auftrag fertig werden muß, die Gesellen jedoch ausgelastet sind, muß er häufig von den Lehrlingen erledigt werden. Schließlich kommt noch der Obermeister Bachorz dazu, der die Kollegen dort ständig schikaniert und seine privaten Sachen, wie Kannen etc. von ihnen anfertigen läßt.

● Oftmals werden Lehrlinge für Wochen in Gewerke gesteckt, in denen sie, selbst beim besten Willen, nicht viel mehr als Rostklopfen lernen können.

● Ein zusätzlicher betriebsbezogener theoretischer Unterricht fand bisher kaum statt.

● Die Bezalung der Ausbildungsmittel für technische Zeichner wurde bisher weitgehend verweigert. (Es gibt Lehrlinge, die bis zu 400 Mark während der Lehrzeit dafür ausgegeben haben.)

● Bei den kaufmännischen Lehrlingen beweisen allein die Prüfungsergebnisse der letzten Jahre die Qualität ihrer Ausbildung. Regelmäßig fielen etwa die Hälfte von ihnen durch die Prüfung und konnten so noch zusätzlich ein halbes Jahr von den Kapitalisten als fast ausgebildete Kräfte zu geringem Lehrlingslohn eingesetzt werden, z.B. um einige Monate Ablage zu „lernen". (Unter „Ablage" versteht man das Einordnen des Schriftwechsels etc.)

Dies ist sicherlich nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was hier täglich vor sich geht, und man kann annehmen, daß es in den meisten Betrieben ähnlich oder noch schlimmer zugeht.

Daß die Lehrlinge unter diesen Bedingungen häufig die Lust und das Interesse, mit dem sie ursprünglich die Ausbildung begonnen haben, verlieren, ist nicht verwunderlich. Die Reaktion der Ausbildungsleitung sieht dann so aus, daß die

leitung sieht dann so aus, daß die

Kollegen nun verschärft unter Druck gesetzt werden: Sie werden verwarnt, mit dem Rausschmiß bedroht und Briefe an die Eltern werden geschickt, um in den Familien die Lehrlinge als besonders „faul" und „unfähig" darzustellen und so die Eltern gegen ihre eigenen Söhne und Töchter aufzubringen. Um ein gemeinsames Vorgehen der Eltern und Lehrlinge gegen die Ausbildungsmisere zu verhindern, steht über die Ausbildungssituation selbst natürlich nichts in diesen Briefen drin.

In einem Fall verfaßte die Ausbildungsleitung ein mehrseitiges Hetzblatt gegen drei Lehrlinge, die durch häufige kleinere Rangeleien aufgefallen waren. In diesem Blatt, das an den Betriebsrat, die Jugendvertretung, einige Ausbilder und die Eltern der Lehrlinge verschickt wurde, versucht die Ausbildungsleitung den Eindruck zu erwecken, es handele sich hier um Schlägertypen übelster Art und drohte, im Wiederholungsfalle die Kollegen durch den Werkschutz „betreuen" zu lassen!

Darüberhinaus sind Fälle bekannt geworden, in denen die Ausbildungsleitung die Personalakten einiger Kollegen mit etlichen Kleinigkeiten vollgeschmiert haben. So waren dort z.B. Notizen darüber zu finden, wann mal jemand auf der Werkbank gesessen hat, wann er eine Zigarette geraucht hat, ja sogar daß man beim „Schwarzfahren" erwischt worden ist oder mit Kreislaufstörungen beim „Sanni" war, konnte man dort nachlesen. Von guten Zensuren, die einfach „vergessen" wurden, ganz zu schweigen.

Und schließlich hat man ja noch, „wenn alle anderen erzieherischen Mittel nicht mehr ausreichen", als letztes „psychologisches Mittel" die Prämienvereinbarung. (So die Ausbildungsleitung.)

In dieser Prämienvereinbarung ist festgelegt, daß jeder Lehrling vom zweiten Lehrjahr an eine „Anerkennungsprämie für guten Einsatz in der Berufsausbildung bekommt. Das macht monatlich etwa 50,- bis 60,- DM aus. Die Sache hat jedoch den Haken, daß die Prämie im Krankheitsfall gestrichen wird. Darüberhinaus sind noch einige Bedingungen damit verbunden, die der kapitalistischen Willkür und Disziplinierung Tür und Tor öffnen. So kann z.B. bei „grobem disziplinwidrigen Verhalten" oder bei „erheblichem Nachlassen der Leistung" die Prämie abgezogen werden. Die Höhe des Prämienabzugs wird individuell festgelegt, von einem aus Ausbildungsleitung, Lehrgesellen oder Meistern und Betriebsrat besetzten Ausschuß. (Betriebsrat dazu: „Schließlich können wir doch mitbestimmen!"). Wie das in der Praxis aussieht, wird bei HDW Kiel besonders deutlich:

Lediglich etwa 25 % der Lehrlinge erhalten regelmäßig die Prämie. Etwa 50 % wird unregelmäßig die Prämie gestrichen, und 25 % der Lehrlinge haben seit Monaten keine Prämie mehr gesehen!

Die Beschlüsse sind in allen Fällen einstimmig gefaßt worden! Der Sinn dieser Sache ist klar: Man versucht die Lehrlinge unter verschärften Druck zu setzen und zu spalten, indem man einen „Leistungsanreiz" schafft, um sie dann umso besser in der Hand zu haben.

Seit einigen Jahren beginnen die Lehrlinge mehr und mehr, sich gegen derartige Mißstände zur Wehr zu setzen. Zunächst in kleineren Fragen, wie z.B. gegen das Rauchverbot in der Lehrwerkstatt (alle Lehrlinge, ob Raucher oder Nichtraucher, stellten sich mit Zigarette im Mund vor die Ausbildungsleitung); später allerdings immer zielgerichteter und bewußter. (Das Rauchverbot in der Lehrwerkstatt diente keineswegs einer Sicherheit am Arbeitsplatz, sondern war eine reine Schikane gegen die Lehrlinge: In der Lehrwerkstatt gab es keine entflammbaren oder leicht entzündbaren Stoffe.)



Dabei spielte auch die im Sommer 72 gewählte Jugendvertretung eine wichtige Rolle. Sie achtete auf die Einhaltung der bestehenden Ausbildungspläne und gesetzlichen Bestimmungen, brachte die Forderungen der Lehrlinge für bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen vor und bemühte sich um eine stärkere Beteiligung der Kollegen am gewerkschaftlichen Leben. Es wurden Vertrauensleute im Lehrlingsbereich gewählt (der bis dahin einzige jugendliche Vertrauensmann war der Sohn des BR-Vorsitzenden), Jugend- und Lehrlingsversammlungen gemeinsam mit den Kollegen vorbereitet und die Diskussion um die Tarifrunden organisiert.

Sicherlich wurden dabei noch häufig Fehler gemacht. Vor allem wurden die Lehrlinge nicht immer ausreichend über alle Schritte der JV informiert. Hinzu kamen die Auseinandersetzungen mit der Gewerkschaftsführung und dem Betriebsrat sowie die Auseinandersetzungen innerhalb der JV, die nicht immer genügend vor und mit den Kollegen ausgetragen wurden.

Dennoch konnten einige Erfolge erzielt, und der Kampf der Lehrlinge besser organisiert und zielgerichteter geführt werden.

Eine besondere Bedeutung kommt hierbei der Lehrlingsversammlung im Juni dieses Jahres zu. In zweieinhalb Stunden wurden die Mißstände empört angeprangert und die Forderungen der Lehrlinge einmütig vorgetragen wie: Einführung eines theoretischen Unterrichts für alle Lehrlinge; Einführung einer Umstellungsplanung, damit man rechtzeitig weiß, wann man in welches Gewerk kommt; regelmäßige Durchführung von Lehrlingsversammlungen und Bezahlung der Fahrtkosten durch den Betrieb!

Im Zusammenhang mit all den genannten Sauereien wurde insbesondere der Ausbildungsmeister Althoff genannt und von den Kollegen heftig kritisiert. Dieser Mann zeichnete auch für viele dieser Dinge persönlich verantwortlich, und er ist es auch, der die Lehrlinge in einer besonders herabwürdigenden und schikanösen Art und Weise behandelt und dabei noch häufig genug seine Unkenntnis in vielen Fragen der Ausbildung unter Beweis stellte.

Es war offensichtlich, wie unwohl diesem Mann war, als alle diese Dinge auf den Tisch kamen; und seine Versuche, sich durch Lügen und Verdrehungen herauszuwinden, nutzten ihm nichts, da die Lügen sofort als solche von den Kollegen entlarvt wurden.

Allerdings bestand die Gefahr, daß dabei übersehen wird, in wessen Sold dieser Mann steht.

Es sind eben die Kapitalisten, die solche Typen brauchen, um die Jugendlichen frühzeitig in die Mangel zu nehmen und sie an die kapitalistische Produktionsweise und Unterdrückung zu „gewöhnen". In Althoff haben sie da einen Mann gefunden, der diese Aufgabe bedingungslos und bis zur Vollendung durchführt.

Eine Ausbildung, ausgerichtet an den Interessen und Bedürfnissen der Arbeiterjugend, wird von den Lehrlingen hart erkämpft werden müssen und letztendlich nur im Sozialismus möglich sein!

Die Illusion, daß schon ein neuer Mann an der Spitze der Ausbildungsleitung erhebliche Verbesserungen für die Lehrlinge mit sich bringen würde, steckte durchaus noch bei einem gewissen Teil der Lehrlinge in den Köpfen und ist auf dieser Versammlung nicht in genügendem Maße bekämpft worden.

Diese „Chance" witterte auch die Geschäftsleitung und versucht jetzt, sie anläßlich des Ausscheidens des „Langen" Saß (offizieller Ausbildungsleiter) im Sommer 73 diese voll für sich zu nutzen.

Neue Besen kehren gut

Während die alte Ausbildungsleitung nach dem Motto: „Lehrjahre sind keine Herrenjahre" verfuhr und Lehrlinge, die nicht „spurten", einfach mal „ordentlich zur Sau gemacht" wurden, zeichnete sich nun eine Veränderung der Methode zur Unterdrückung der Lehrlinge ab:

Erstmal wurden einige Zugeständnisse gewährt, wie neue Maschinen, Einrichtung eines theoretischen Unterrichts, kleinere Renovierungsarbeiten in der Lehrwerkstatt etc. Obwohl es sich hierbei häufig um Selbstverständlichkeiten handelte, die von den Lehrlingen schon lange gefordert wurden, benutzte die Ausbildungsleitung dies, um ihre Fortschrittlichkeit damit zu zeigen und so zu tun, als handele es sich um großzügige Geschenke, die sie den Lehrlingen machen würde. Besonders der frühere IG-Metall-Führer, jetzt Mitglied des HDW-Vorstands (!!), Heinz Scholz, der ja ein besonderes Herz für die Lehrlinge haben soll, wurde für diese Dinge bis über den grünen Klee hervorgehoben.

Darüberhinaus wurden auch „Freiheiten", wie Musikhören am Arbeitsplatz, gewährt.

Besonders auffällig ist jedoch, daß sich der neue Ausbildungsleiter scheinbar intensiv bemüht, die Sorgen und Probleme der Lehrlinge kennenzulernen, sie am Arbeitsplatz aufsucht, „an die Vernunft appelliert": *„Probleme lassen sich nicht durch Kampf lösen, sondern allein durch sachliche Argumente"*, und sie geradezu bekniet, zu ihm zu kommen, wenn mal Schwierigkeiten sind und nicht erst die Jugendvertreter einzuspannen, denn *„die sollen ja schließlich auch in ihrer Ausbildung vorankommen und da könnt ihr ihnen doch nicht die Zeit stehlen"*!

stehlen"!

Hieran zeigt sich schon, was nun tatsächlich hinter der allzugroßen Zuneigung zu den Lehrlingen steckt. Die Lehrlinge sollen verstärkt im Sinne der „vertrauensvollen Partnerschaft" zwischen Kapitalisten und Arbeitern ideologisch verwirrt werden!

Wo es gelungen ist, sich in das Vertrauen der Kollegen einzuschleichen, versucht man nun, diese Kollegen gegen die Linken aufzubringen, die angeblich *„uns allen* (also Ausbildungsleitung und Kollegen) *nur schaden, indem sie uns durch Kampf auseinanderbringen wollen."*

Ja, es geht soweit, daß Kollegen aufgefordert werden, doch mal zu sagen, wer wohl für die kommunistischen Flugblätter verantwortlich ist, da man zu gern mal mit ihnen diskutieren will. Und sogar zu direkter Bespitzelung wird aufgefordert: *„Hier sind einige Unruhestifter unter uns, sagt uns doch, wer das ist!"*

Diese Erziehungsmethode, die unverkennbar an Elemente der faschistischen Ideologie anknüpft, kann dort, wo sie verfängt, einigen Schaden anrichten, da sie einerseits eine scheinbare Vertraulichkeit und „Kameradschaft" zwischen Lehrlingen und Ausbildungsleitung vorspiegelt und damit die grundsätzlichen Fronten zwischen Arbeitern und Kapitalisten verwischt, und zum anderen unter den Kollegen selbst eine Atmosphäre des gegenseitigen Mißtrauens und der Bespitzelung schafft und so der Spaltung Tür und Tor öffnet.

Daß diese Methode bei ungenügender Aufmerksamkeit der Kollegen durchaus auch einreißen kann, beweist ein Fall, in dem eine kleine Gruppe von Lehrlingen, die schon seit einiger Zeit unter diesem Einfluß arbeitet, so weit gegen eine fortschrittliche Kollegin aufgebracht werden konnte, daß sie sich durch die Ausbildungsleitung auf einer von ihr organisierten Versammlung in der Lehrwerkstatt quasi als Kronzeugen gegen diese Kollegin mißbrauchen ließ.

Da diese Kollegin auf einer kurz vorher stattgefundenen Jugendver-

Forts. Seite 18

Forts. JV–Wahlen bei HDW

sammlung heftige Kritik an der Ausbildungsleitung vorgebracht hatte, wollte sich die Ausbildungsleitung gegen diese „Diffamierungen" wehren und die Kollegin als „Unruhestifter" und „Spinner" darstellen. Daß dies nicht völlig gelang, ist lediglich der Aufmerksamkeit einiger Kollegen zu verdanken, die sich bemühten, dieses Schauspiel zu entlarven.

Grundsätzlich muß in Zukunft mehr darauf geachtet werden, diese kapitalistischen ideologischen Einflüsse auf die Lehrlinge zu entlarven und zu bekämpfen. Das geschieht vor allem, indem man die kapitalistischen Ausbildungsprinzipien deutlich macht. Sie werden sich eben nicht von alleine ändern, sondern die Kapitalisten versuchen durch zeitweise Veränderungen ihrer Methoden und den Austausch von Personen, diese Prinzipien zu verschleiern und trotzdem ihre Ziele durchzusetzen.

Denn das Ziel der Ausbildung im Kapitalismus ist eben nicht nur die fachliche Qualifizierung zum Facharbeiter, sondern ebenso, die Arbeiterjugend ideologisch ans kapitalistische System zu binden, um später eine gefügige Arbeiterschaft zu haben, die politisch weitgehend durch bürgerliche Ideen und Vorstellungen desorientiert ist.

Den Arbeitern und Lehrlingen zu helfen, sich hiervon freizumachen und eine eigene, ausschließlich am Arbeiterinteresse orientierte Politik zu entwickeln, wird eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunisten sein müssen.

Die Fronten klar abstecken

Wichtig ist dafür vor allem, zwischen wirklichen und falschen „Freunden" der Arbeiterjugend un-
Wichtig ist dafür vor allem, zwischen wirklichen und falschen „Freunden" der Arbeiterjugend un-
terscheiden zu lernen. Dieser Trennungsstrich kann nur aufgrund der praktischen Auseinandersetzung mit den Kapitalisten und ihren Handlangern in den Ausbildungsleitungen gezogen werden.

Besonders bei den Wahlen von jugendlichen Vertrauensleuten und beim Kampf um die Teuerungszulage gelang es, die Rolle der Gewerkschaftsführung, des reaktionären Betriebsrates und auch der DKP/SDAJ den Lehrlingen klarer zu machen.

Während die Lehrlinge im Herbst 72 zunächst zehn Vertrauensleute nachbenannt haben wollten, wurden ihnen von der Ortsverwaltung der IGM nur fünf bis sechs zugestanden.

Nachdem sie dann auf einer Mitgliederversammlung in der Lehrwerkstatt sechs Vertrauensleute gewählt hatten, wobei VK-Leitung und Gewerkschaftssekretär die Diskussion um die Anzahl der zu wählenden Vertrauensleute nur noch mit wüsten Beschimpfungen abzubrechen versucht hatten, wurden schließlich nur zwei der Gewählten von der Ortsverwaltung bestätigt und die drei Kollegen mit den meisten Stimmen ohne Angabe von Gründen abgelehnt.

Sie wurden mit dem zynischen Spruch vertröstet: „Im Frühjahr 73 könnt ihr ja dann soviel wählen, wie ihr wollt!"

Als dann auf einer erneuten Mitgliederversammlung im Februar gewählt werden sollte, eröffnete die VK-Leitung die Versammlung gleich mit dem Hinweis: „Wir können keine Vertrauensleute wählen, sondern die alten können nur bestätigt werden!" – Nachdem sich ein Sturm der Entrüstung erhob, konnten schließlich doch von 20 Vertrauensleuten, die die Lehrlinge für erforderlich hielten, zwölf gewählt werden.

An diesen Auseinandersetzungen wurde schon recht deutlich, wer tatsächlich für eine bessere Organisierung und Stärkung der Kampfkraft der Lehrlinge eintritt, und wer diese nur ständig als Legitimation im Munde führt, jedoch dort, wo dies tatsächlich geschieht, abblockt und gewählte Vertreter selbstherrlich nicht bestätigt.

Genauso deutlich wurde dies auch, als die HDW-Kapitalisten im Sommer „freiwillig" den Arbeitern und Angestellten eine Zulage von 250.– DM zugestanden und den Lehrlingen zunächst nur 50.– DM anboten. Die JV stellte daraufhin die Forderung nach 100 Mark auf. Zwei Tage später marschierten etwa 50 Kollegen mit einer Unterschriftensammlung ins Betreibsratsbüro, an der sich die überwiegende Mehrzahl der Lehrlinge beteiligt hatte. Hier wurde der Betriebsrat noch einmal aufgefordert, von den 100 Mark nicht abzurücken. Darüberhinaus wurde dort über die Streiks beim Bremer Vulkan und auf der Klöckner-Hütte diskutiert und der Betriebsrat gefragt, warum die IG Metall diese Streiks nicht unterstützt. Geantwortet wurde mit dem üblichen Geschwätz von „Friedenspflichten" etc. Einen Tag später waren dann 75.– DM „ausgehandelt". Begründet wurde das Ergebnis mit den guten Argumenten, die die Geschäftsleitung angeblich gehabt hätte – „und da konnte der Betriebsrat dann auch nicht mehr gegenan"!

Innerhalb der Lehrlinge und ihrer Jugendvertretung versuchte vor allem ein DKP-Jugendvertreter die Einheit und Geschlossenheit zu spalten und die Kämpfe zu sabotieren. So versuchte er bei den Auseinandersetzungen um die Vertrauensleutewahlen, sich zunächst als „Vermittler" zwischen Ortsverwaltung und den Kollegen aufzuspielen, wobei er allerdings im weiteren Verlauf immer mehr die Argumente der Gewerkschaftsführer gegen die Kollegen benutzte. Beim Kampf um die Teuerungszulage unterstützte die DKP zuerst scheinheilig die Forderung der Lehrlinge – im weiteren Verlauf rückten sie jedoch langsam davon ab. Eine abschließende Resolution der Lehrlinge, in der u.a. das Verhalten des Betriebsrats kritisiert und die sofortige Aufkündigung des bestehenden Tarifvertrages gefordert wurde, versuchte der DKP-JV erst zu verhindern und schrieb schließlich selbständig den Text um.

Weiter unten werden wir noch deutlicher zeigen, wie die „einzige marxistische Partei der Arbeiterklas-
Weiter unten werden wir noch deutlicher zeigen, wie die „einzige marxistische Partei der Arbeiterklas-
se", wie sich die DKP gerne nennt, für die Interessen der Lehrlinge bei HDW eingetreten ist.

Eine entscheidende Forderung, die in der letzten Zeit auch schon verstärkt unter den Lehrlingen diskutiert wird, ist die Abschaffung der bestehenden Prämienvereinbarung und deren Ersetzung durch einen festen Geldbetrag, der einheitlich an alle Lehrlinge ohne irgendwelche Bedingungen gezahlt wird. Der Kampf hierum ist deshalb so wichtig, weil er ein Kampf ist, der sich nicht um einige Mark mehr oder weniger dreht, sondern als ein Kampf gegen den kapitalistischen Leistungsdruck und politische Disziplinierung der Arbeiter verstanden werden muß.

Weiterhin wird sich hieran zeigen, wer wirklich für die Interessen der Arbeiterjugend da ist und wer sie verrät.

Schon auf den letzten Jugend- und Lehrlingsversammlungen, wo diese Forderung angesprochen wurde, äußerte sich der Betriebsrat sehr deutlich dagegen: *„Das Unternehmen muß doch eine Kontrollmöglichkeit über die Lehrlinge haben!"* Und dann, um das Süppchen der Geschäftsleitung auch völlig zu kochen und einen weiteren Beitrag zum Versuch der Abspaltung der Lehrlinge von den Arbeitern zu leisten: *„Die älteren Kollegen müssen ja für ihr Geld auch was leisten!"* Eindeutiger kann man sich wohl wirklich nicht zu den kapitalistischen Ausbeutungs- und Ausbildungsbedingungen bekennen.

Etwas vorsichtiger geht da schon die DKP ran: *„Die Prämienvereinbarung müßte verändert* (nicht abgeschafft, d. Red.) *werden"* (Rotstift, SDAJ). Eine Vorstellung des DKP-JV war, man müsse die Mitbestimmungsrechte, die darin enthalten sind, auf die Jugendvertretung erweitern. Mit anderen Worten sollen die Jugendvertreter bei der Disziplinierung ihrer Kollegen „mitbestimmen".

Mit Sicherheit wird es in dieser Frage noch harte Auseinandersetzungen und für die Kollegen einige neue Erkennthisse über ihre Gegner und Verbündeten geben.

Konzertierte Aktion von SPD-Betriebsrat und DKP – gegen fortschrittliche Jugendvertretungen

Daß die Lehrlinge aus diesen Kämpfen gelernt haben, wer die Kollegen sind, die sich konsequent für ihre Belange eingesetzt haben und wer sich lediglich einige Pöstchen im Betrieb erschleichen will, um darüber ein besseres „Sprungbrett" für eine weitere Karriere in der IG Metall zu erwerben und dabei die Interessen der Kollegen verrät, kann man voraussetzen. Darüber war sich auch der Betriebsrat im Klaren.

Deswegen versuchte er zuerst, mit den fadenscheinigsten Begründungen, eine Neuwahl der Jugendvertretung zu verhindern.

Als dies mißlang, wurde versucht, den Zeitpunkt der Wahlen so weit wie möglich hinauszuzögern. Gleichzeitig wurde im Betrieb das Gerücht von den un- oder gar antidemokratischen Machenschaften der alten Jugendvertretung verbreitet.

Während dieses Gerücht unter den Lehrlingen kaum verfing, da sie jederzeit die Arbeitsweise der Jugendvertretung nachprüfen können, hatte es unter Teilen der älteren Kollegen durchaus einige schädliche Wirkung. Es wurde vor allem mit dem Mittel des Anti-Kommunismus gearbeitet („alles linksradikale Chaoten", etc.), womit Betriebsräte in einigen Gewerken Stimmung gegen einzelne Jugendvertreter machten. Es wurde jedoch klar, daß der Wahlausgang so nicht zu beeinflussen war.

Nun trat die DKP auf den Plan: Der DKP-JV verbreitete auf der gleichen Wellenlänge die tollsten Verleumdungen und Gerüchte, wie z.B.: es habe Drohungen gegeben, daß er von den Linken zusammengeschlagen würde, wenn er nicht seine Meinung aufgibt, etc. Darüberhinaus wurden fortschrittliche Kollegen bei der VK-Leitung als „Gewerkschaftsfeinde" verleumdet und denunziert. Nachdem diese Methoden von den Kollegen scharf zurückgewiesen wurden, begann die DKP/SDAJ über ihre Betriebszeitungen eine üble Hetz- und Diffamierungskampagne gegen die bisherige Jugendvertretung, mit dem Ziel, den eigenen Mann reinzubekommen und zum anderen die fortschrittlichen Jugendvertreter bei den Kollegen ins Zwielicht zu bringen und zu isolieren – und darüberhinaus für die Gewerkschaftsführung und die Kapitalisten diese Kollegen sozusagen „zum Abschuß freizugeben"!

In einer wahren Schimpfkanonade wird im „Werft-Echo" (DKP-Betriebszeitung) vom 3.10. über *„einige Jugendvertreter"* hergezogen, *„die sich zwar als die aktivsten und konsequentesten Gewerkschaftler laufend ausgeben, ihre Stoßrichtung in ihrer Tätigkeit ist jedoch laufend der Betriebsrat, Vertrauenskörperleitung und so der gesamte „IG-Metall-Apparat"*. Es soll sogar für diese Jugendvertreter *„einfacher"* gewesen sein, *„Betriebsrat, VK-Leitung und die Ortsverwaltung der IG Metall als „Handlanger der Unternehmer" hinzustellen"* anstatt sich – wie die DKP vorschlägt – *„kritisch und konstruktiv mit ihnen auseinanderzusetzen"*.

Die DKP geht sogar so weit, daß sie den Jugendvertretern vorwirft, sie hätten darüber den Kampf gegen die Unternehmer „vergessen" und eine Gewerkschaftsjugendarbeit verhindert.

Selbstverständlich wird hier nicht mal der Versuch gemacht, diese Vorwürfe auch nur in einem Punkte zu belegen, was wohl auch nicht sonderlich verwundern kann, da das ziemlich schwer fallen würde.

Ein interessanter Aspekt an diedem DKP-Pamphlet ist vor allem die Tatsache, daß systematisch verschwiegen wird, wer tatsächlich versucht hat, eine Entwicklung der Gewerkschafts-Jugendarbeit zu verhindern. Und wer tatsächlich den Kampf gegen die Unternehmer zugunsten des Kampfes gegen linke Jugendvertreter und andere fortschrittliche Kollegen „vergessen" hat.

So erklärt z.B. der Betriebsrat gegenüber der Jugendvertretung: *„Wenn ihr die Konfrontation mit der Ausbildungsleitung wollt, dann brecht ihr gleichzeitig alle Brücken zu uns ab und könnt dann auch die Konfrontation mit uns haben!"* Hier wird klar gesagt, zu welchem Lager man sich zugehörig fühlt. Wie die Ortsverwaltung und VK-Leitung versuchten, die Wahl von jugendlichen Vertrauensleuten zu verhindern, wurde schon dargestellt. (s. o.)

Derartige, direkt gegen die Interessen der Arbeiterjugend gerichtete Machenschaften von rechten SPD-Betriebsratsfürsten verschweigen – dafür aber den Kollegen, die sich dagegen zur Wehr setzen „Gewerkschaftsfeindlichkeit" zu unterstellen, das ist die Methode der DKP. Das ist das Ergebnis einer Politik, die darauf angelegt ist, reaktionären SPD- und Gewerkschaftsführern so tief wie möglich in den Arsch zu kriechen und alle diejenigen, die diese Art „Bündnispolitik" durch eine konsequente, an den Interessen der Arbeiter orientierte Gewerkschaftsarbeit stören könnten, durch Denunziation der Bourgeoisie auszuliefern.

Den Höhepunkt dieser Kampagne bildete dann der „Rot-Stift"/SDAJ, in dem ein Interview mit dem Jugendvertreter Müller-Goldenstedt abgedruckt ist. Hier wird durchgehend in faschistischer Manier gegen „linksradikale" Jugendvertreter gehetzt, die *„vor lauter Gewerkschaftsfeindlichkeit schon nicht mehr aus den Augen gucken können!"* Demagogisch vermengt dieser DKP-Führer super-„linke" Standpunkte („Rote Garde") mit fortschrittlichen Forderungen. Daraus soll ein Bild von Jugendvertretern entstehen, die empfehlen, sich *„schleunigst ein Gewehr zu kaufen und damit den Kampf gegen den Betriebsrat und die „Gewerkschaftsbosse" führen"*. Schließlich wird behauptet: *„Die damit Angesprochenen (es gibt sie auch in einigen anderen Betrieben und sie sind in solchen Vereinen organisiert wie KB, KPD/ML, KBW u.a.) haben oft genug bewiesen, daß sie gegen die Gewerkschaften sind. So zum Beispiel zum 1. Mai 73 als sie allesamt Spalterdemonstrationen durchführten."*

Ergänzt wird das ganze dann durch eine „Karikatur", die sicherlich noch Chancen hat, in die braune IG Chemie-Hetzbroschüre gegen Kommunisten nachträglich mit aufgenommen zu werden. (s. nebenstehende „Karikatur")



Antikommunistische Hetzkarikatur aus „Rot-Stift" (Zeitung der SDAJ bei HDW) gegen die linken Kandidaten bei der jüngsten Jugendvertreterwahl

Antikommunistische Hetzkarikatur aus „Rot-Stift" (Zeitung der SDAJ bei HDW) gegen die linken Kandidaten bei der jüngsten Jugendvertreterwahl

Diese Art und Weise des „wild um sich Schlagens", die von der DKP/SDAJ hier praktiziert wird, dokumentiert letztendlich nur die eigene Isoliertheit und Einflußlosigkeit bei den HDW-Lehrlingen. Immerhin ist es dort den fortschrittlichen Kollegen gelungen, den schädlichen Einfluß der SDAJ-„Papier- und Pop-Politik" unter den Lehrlingen weitgehend zurückzudrängen.

Zum anderen beweist es die Verrottetheit dieser Politik, wenn sie mit diesen Mitteln versucht, wenigstens ein bißchen Einfluß zu halten und die „Karriere" eines ihrer Führer abzusichern. Hierin unterscheidet sie sich überhaupt nicht mehr von den reaktionärsten sozialdemokratischen Arbeiterverrätern wie BR- und IGM-Führer, sondern arbeitet diesen direkt in die Hände, indem sie schon innerhalb der Arbeiterjugend versucht, derartige Elemente heranzubilden.

Nicht beirren lassen

Anläßlich der Wahl zeigte sich dann, wie die HDW-Lehrlinge zu dieser Art von Politik stehen. Mit großer Mehrheit wurden die Linken in die Jugendvertretung gewählt. Die Geschlossenheit der Stimmen für die ersten fünf Kollegen beweist, mit welchem Bewußtsein gewählt wurde.

Der DKP-Führer (inzwischen im Parteivorstand der DKP – wohl als „Belohnung" für seine antikommunistische Hetze) wurde mit deutlichem Abstand zu den Gewählten zurückgewiesen. Es wäre jedoch keine Überraschung, wenn dieser Kerl über andere gewerkschaftliche Gremien versucht, trotzdem weiter „nach oben" zu schleichen.
andere gewerkschaftliche Gremien versucht, trotzdem weiter „nach oben" zu schleichen.

Zur Kennzeichnung der primitiven Demagogie des DKP-Führers Müller-Goldenstedt (genannt „DKP-Mügo"): Der Bursche bringt es fertig, den Kommunisten („Chaoten") „Denunziantentum" vorzuwerfen, weil sie ihn als „DKP-Mügo" bezeichnen (jetzt weiß jeder, daß ich in der DKP bin). Nun das wußte auf der HDW seit Jahren ohnehin jeder, der es wissen wollte. Die DKP und auch Mügo selbst haben daraus niemals ein Geheimnis gemacht. Zu „verraten" gab es da gewiß nichts mehr. Aber das Dickste: dieser Mügo ließ sich erst vor kurzem mit Bild und Namen in der „UZ" – Zeitung der DKP – als Vorzeige-Prolet vorstellen. Er sollte als Delegierter auf dem DKP-Parteitag auftreten, wo er dann auch in den Parteivorstand gewählt wurde.

Das Wahlergebnis drückt aus, daß die Kollegen von der neuen Jugendvertretung eine Politik erwarten, die den Kampf für bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen konsequent fortsetzt und auch im Kampf für klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik weiter vorangeht.

Es ist zu erwarten, daß die Kapitalisten und auch die Gewerkschaftsführer und der Betriebsrat versuchen werden, dies mit allen Mitteln bis zu Rausschmissen und Gewerkschaftsausschlüssen, zu verhindern.

Um dem entgegenzuwirken, kommt es vor allem darauf an, zunächst die gesteckten Ziele in einer Art Programm zusammenzufassen, damit hieran Erfolg oder Mißerfolg für die Kollegen meßbar wird.

Darüberhinaus ist es dann wichtig, über die einzelnen Schritte mit den Kollegen gründlich zu diskutieren und sie daran zu beteiligen. Das kann z.B. über eine gewerkschaftliche Jugendgruppe geschehen.

Die Lehrlinge müssen immer im Auge haben, daß sie nur gemeinsam mit den Arbeitern und Angestellten zu bedeutenderen Erfolgen kommen können. Eine bornierte Lehrlingspolitik muß zwangsläufig scheitern! Deswegen gilt es, den älteren Kollegen immer wieder die Ziele der Lehrlinge und die Gemeinsamkeit der Interessen klar zu machen und so den kapitalistischen Spaltungsversuchen entgegenzutreten. ■

Zellenleitung Werften
KB/Gruppe Hamburg

Jugendvertreter-Wahlen bei Blohm & Voss:

Gerade gewählt und schon gefeuert

Zum Wahlsieg der Linken über SDAJ & Co.

Am 1./2.11. wurde auf der Hamburger Großwerft Blohm und Voss eine neue Jugendvertretung gewählt. Die alte Jugendvertretung mußte zurücktreten, da sie durch den Rausschmiß von drei Jugendvertretern in diesem Herbst, weitgehend durch die B&V-Bosse zerschlagen worden ist. Die nachgerückten Kollegen waren nicht in der Lage, die begonnene Arbeit korrekt fortzuführen. Dabei spielte auch die politische Linie eine Rolle, da in der Jugendvertretung mehrheitlich SDAJ-Anhänger tätig waren. Es zeigte sich wieder einmal, wie die SDAJ bei ihren Bemühungen, den Gewerkschaftsführern so tief es nur geht, in den Arsch zu kriechen bedenkenlos über die Interessen der Arbeiterjugend hinwegstapft und fortschrittliche Kollegen in widerwärtigster Weise bepöbelt. Zum anderen zeigte sich hier, ebenso wie wenige Wochen vorher bei der Nachbarwerft HDW (siehe Artikel in dieser AK-Ausgabe), daß die Lehrlinge nicht gewillt sind, diese Art der „Interessenvertretung" hinzunehmen. Es wurden Kollegen gewählt, die schon bewiesen haben, daß sie gewillt sind, voll und ganz für die Kollegen einzutreten und auch der Auseinandersetzung um eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik nicht aus dem Wege gehen. Die SDAJ ist in der neuen Jugendvertretung überhaupt nicht mehr vertreten!

Kapitalisten und Betriebsrat – gemeinsam gegen fortschrittliche Kandidaten

Während die Wahlvorbereitungen insgesamt sehr ruhig – ja häufig unter nicht genügender Einbeziehung der Kollegen durch die Jugendvertretung – abliefen, brachte eine Jugendversammlung eine Woche vor der Wahl (25.10.) eine bedeutende Verschärfung in die Auseinandersetzung um eine richtige Interessenvertretung.

Schon allein die Vorbereitung dieser Jugendversammlung durch Betriebsrat und Jugendvertretung spricht für sich;

So verlangte der Betriebsrat, daß der Rechenschaftsbericht der Jugendvertretung ihm vorher zur Zensur vorgelegt wird. – Offiziell um zu verhindern, daß „gewerkschaftsfeindliche" Dinge hineinkommen, wie es auf der letzten Jugendversammlung der Fall gewesen sein soll.

Tatsächlich ging es hierbei natürlich darum, daß nicht

a.) die Ausbildungsbedingungen bei B&V grundsätzlich aufgezeigt und der Kampf dagegen entwickelt wird,

b.) die Politik des Betriebsrats und der Gewerkschaftsführung einer kritischen Beleuchtung unterzogen werden,

wie es auf der letzten Jugendversammlung in der Tat der Fall gewesen ist.

Der Entwurf indes, der dann von den nicht gefeuerten Jugendvertretern (SDAJ-Mitglieder) vorgelegt wurde, bedurfte keiner weiteren Zensur des Betriebsrats mehr, da ein Knödler (rechter SPD-BR-Vors. bei B&V) die Feder hätte geführt haben können: Nach anfänglicher zaghafter Kritik an einigen Mißständen in der Ausbildung, wie: zu wenig Unfallschutz-Unterricht, und dem Vorwurf der „Halbherzigkeit" an die B&V-Bosse, da erst zwei neue Drehbänke angeschafft wurden, wird dann in schönster antikommunistischer Manier über die linke – inzwischen gefeuerte – Mehrheit der alten Jugendvertretung und linke Kandidaten für die anstehende Wahl hergezogen.

So werden einige alte linke Jugendvertreter mit dem Arbeiterfeind F.J.Strauß auf eine Stufe gestellt, da sie angeblich auch „gewerkschaftsfeindlich" seien. Es wird dort sogar behauptet, daß diese Kollegen im „Fahrwasser linkschaotischer Organisationen" fahren und deswegen und weil sie nicht zur „offiziellen" DGB-Kundgebung am 1. Mai 73 aufriefen, auf der Seite der Kapitalisten stünden.

Bezeichnenderweise waren einige Passagen in diesem Rechenschaftsbericht nahezu wörtlich identisch mit Aussagen, die bereits vorher im „Rot-Stift" (SDAJ-Zeitung auf den Werften) zu den JV-Wahlen bei HDW getroffen waren, was die Vermutung zuläßt, daß die Verfasser dieses Pamphlets gar nicht Mitglied der B&V-Jugendvertretung waren, sondern die Hetzereien vielmehr aus der Feder des DKP-Demagogen „Mügo" (jetzt Mitglied im DKP-Parteivorstand) stammen, der gerade bei HDW aus der JV abgewählt wurde.

Bei drei gegen zwei Stimmen wurde dieser Rechenschaftsbericht in der Jugendvertretung durchgesetzt.

Nichts zu den Problemen der Kollegen sagen oder gar tun – dafür aber um so mehr auf Kommunisten und fortschrittliche Kollegen hetzen, das ist die Politik der DKP/SDAJ auch auf den Werften.

Auf der Jugendversammlung grenzte sich ein Jugendvertreter entschieden von diesem „Rechenschaftsbericht" ab, was den einmütigen Beifall der Kollegen fand. Darüberhinaus forderte dieser Kollege die Ausbildungsleitung auf, zum Rausschmiß der letzten Jugendvertreter Stellung zu nehmen.

Das umging die Ausbildungsleitung natürlich, nutzte es dann aber einen Tag später, um diesem Kollegen, der gleichzeitig sich erneut zur JV-Wahl stellte, einen „Verweis" zu erteilen und ihn mit sofortiger fristloser Kündigung zu bedrohen.

Offizielle Begründung: Er habe „grob gegen die Arbeitsordnung verstoßen". Konkret bezog man sich auf die Paragraphen 13 und 32 der Blohm&Voss -Arbeitsordnung. Dort heißt es:

§ 13: Zusammenarbeit

(1) Vorgesetzte und Untergebene sowie die Belegschaftsmitglieder untereinander sollen vertrauensvoll zusammenarbeiten und sich gegenseitig achten."

§ 32: Wahrung des Betriebsfriedens

(1) „Bei der Zusammenarbeit von Vorgesetzten und Untergebenen hat ein sachlicher und ruhiger Ton zu herrschen. Äußerungen und Handlungen, die den Betriebsfrieden stören könnten, müssen im Interesse eines möglichst guten Zusammenwirkens aller Mitarbeiter vermieden werden."

Aufgrund dieser Arbeitsordnung läßt sich in der Tat immer eine Begründung finden, nach der fortschrittliche Kollegen gemaßregelt werden können.

Sehr deutlich äußerte sich der Betriebsratsvorsitzende Knödler zu diesem erpresserischen Vorgehen der B&V-Geschäftsleitung. Er warnte den Kollegen, gegen diesen Verweis irgendetwas zu unternehmen, da er von der IG Metall sowieso nicht unterstützt würde und höchstens noch zusätzlich ein Ausschlußverfahren gegen ihn eingeleitet wird.

Unter den Kollegen wurde dennoch breit darüber diskutiert, was die B&V-Bosse mit derartigen Maßnahmen bezwecken, nämlich fortschrittliche Interessenvertreter einschüchtern. Im Ergebnis der Wahlen wird dann klar, daß die Kollegen nicht gewillt sind, eine derartige Beschneidung ihrer Rechte ohne weiteres hinzunehmen.

Der verwarnte Kollege erhielt mit Abstand die meisten Stimmen.

Eine Woche nach der Wahl wird klar, daß die B&V-Bosse um jeden Preis den Aufbau einer arbeitsfähigen Jugendvertretung verhindern wollen.

Am 13. November bekommen zwei der neugewählten Jugendvertreter, die zum Ende dieses Jahres auslernen, ein Schreiben ins Haus geschickt, worin ihnen mitgeteilt wird, daß sie nach Beendigung ihrer Lehrzeit nicht wieder eingestellt werden, also gefeuert werden.

Diese Methode ist für die B&V-Bosse nicht neu, sondern es gehört hier schon seit Jahren zur Tradition, daß alle fortschrittlichen Strömungen mit brutalen Rausschmissen zerschlagen wurden! Das Ziel dieser Maßnahmen ist für die Kapitalisten, sich eine Jugendvertretung zu schaffen, die sich vollständig ihren Interessen unterwirft. Die Gewerkschaftsführer und der Betriebsrat unterstützen ein solches Vorhaben, indem sie die betroffenen Kollegen mit Ausschlüssen bedrohen und auch die DKP/SDAJ macht sich mit dafür verantwortlich, obwohl sie selbst oft genug Opfer dieses unternehmerischen Terrors ist, indem sie fortschrittliche Kollegen und Kommunisten denunziert und diffamiert, offensichtlich in der irrigen Annahme, sich selbst so vor Repressalien zu schützen.

Der Kampf der Blohm&Voss-Lehrlinge gegen diese neuerliche unverschämte Provokation der Kapitalisten kann nur dann erfolgreich geführt werden, wenn er nicht auf kurzfristige Ziele orientiert, sondern längerfristig die einheitliche Kampfkraft stärkt und so den Spaltern entgegenwirkt und gleichzeitig die politischen Zusammenhänge klarer erkennen läßt. ■

Zellen-Leitung Werften
KB/Gruppe Hamburg

Den 'Arbeiterkampf' vor die Kasernen!

– Redaktionelle Anmerkung –

Vor mehreren Ausgaben des ARBEITERKAMPF haben wir begonnen, eine kontinuierliche antimilitaristische Propaganda, Entlarvung des bürgerlichen Militär-Apparates usw. aufzunehmen, die sich auf eine längere Untersuchungsarbeit unserer Militarismus-Kommission stützt. Eine Reihe von Leserbriefen dazu stellen ein positives Echo dar. In mehreren Leserbriefen, von denen wir hier 2 auszugsweise wiedergeben, werden wir gebeten, nunmehr auch den Zeitungsverkauf (oder Flugblatt-Verteilung) vor den Kasernen aufzunehmen. Die Redaktion und die Leitung unterstützen diesen Vorschlag. Gleichzeitig wollen wir die KB-Gruppen aber auf die erhöhte Gefahr willkürlicher Übergriffe auf unsere Genossen vor dem Kasernentor durch Offiziere, MAD („Militärischer Abschirm-Dienst"), Polizei usw. aufmerksam machen.

1. Leserbrief

„Zu Euren Artikeln im AK 31, AK 33 – Bundeswehrübung gegen Streikende etc.: Könntet Ihr nicht bei solchen Anlässen die Sache (den Artikel) auf ein Flugblatt bringen und dieses den Bundeswehrsoldaten irgendwie zugänglich machen, denn die meisten wissen doch kaum etwas von diesen Dingen. Dann wären diese Leute auch mit Informationen versorgt, die sie sonst nie erhalten werden. Außerdem sind sie nach der Wehrdienstzeit ja wieder als Arbeiter im Betrieb."

– U. B. –

2. Leserbrief

„Ihr seid dabei, den AK, Eure Flugblätter und Broschüren nicht nur vor den Betriebstoren, sondern auch im Stadtteil, in Kneipen, vor Schulen, der Uni und bei Veranstaltungen als kommunistische Zeitungsarbeit fest zu etablieren. AK-Verkäufer vor den Kasernen Groß-Hamburgs, in denen ca. 10.000, zumeist proletarische Jugendliche, nahezu von jeglicher sozialistischen Agitation isoliert werden, konnte ich dagegen noch nichts bemerken.

Nicht nur das gesteigerte Interesse der Wehrpflichtigen nach der vom reaktionären Offizierskorps verketzerten „Zersetzungsliteratur" wäre ein Grund für die Aufnahme kontinuierlicher Propaganda-Arbeit, sondern vor allen Dingen auch die Wichtigkeit der AK-Berichte und -Analysen über den aufstrebenden westdeutschen Militarismus, sowie den internationalen Militarismus (in der letzten Zeit z. B. Chile, Portugals Kolonial-Krieg ...)

Gerade jetzt, wo für mindestens 50 % der Bundeswehrsoldaten wieder die Zeit der Herbstmanöver gekommen ist, und die Diskussion über Sinn und Zweck solcher Übungen unter den ernsthaften Gesprächen der Wehrpflichtigen großen Raum einnimmt, ist zumindest ein Diskussionsbeitrag der Kommunisten auch in der jetzigen Etappe begrenzter Kräfte und der daraus folgenden Konzentration auf Schwerpunkte, dringend notwendig.

Gerade der Artikel „Bundeswehr gegen Streikende" könnte den „Kollegen in Uniform" wichtige Ansätze zum Erkennen ihrer eigenen Situation liefern; zumal er den volksfeindlichen Charakter der Bundeswehr anhand eines konkreten Übungsfalles nachweisen kann, was die Soldaten dazu bringen würde, ihre selbst mitgemachten Manöver unter einer neuen Perspektive zu sehen. (Denn die Übung „Römerkastell" ist ja nicht die Ausnahme, sondern in ihrer Tendenz bereits die Regel) ... "

– R. L. – ■

Forts. Reichhold

Einen Höhepunkt der arbeiterfeindlichen Aktivitäten der IG Chemie-Führer bildete die administrative Auflösung des Vertrauenskörpers zu Anfang März, d.h. mitten in der Vorbereitung zur letzten Tarifrunde. Der Auflösung des wichtigsten Vertretungsorgans der Reichhold-Kollegen liefen eine Reihe fortschrittlicher Beschlüsse dieses Gremiums voraus, u.a. eine lineare Lohn- und Gehaltsforderung von 200 Mark für alle. Während der Tarifrunde standen die Reichhold-Kollegen also ohne Vertrauenskörper da.

Im direkten und/oder indirekten Auftag von Geschäftsleitung und IG Chemie-Führung sabotierte die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion im Betriebsrat während und nach der Tarifrunde alle weiteren betrieblichen Forderungen der Kollegen, besonders der Kocher (Produktionsarbeiter) und Handwerker. Stattdessen heckte sie Pläne aus, z.B. ein „betriebliches Vertrauensleute-System" aufzubauen, das die gewerkschaftliche Tätigkeit im Betrieb vollkommen und endgültig zerschlagen sollte.

In dieser Situation ergriffen einige aktive Gewerkschafter die Initiative für außerbetriebliche Versammlungen der Kollegen (sog. Kocherversammlungen) und brachten ab und zu innerbetriebliche Flugblätter heraus („Was ist los?").

Nach außen hin ignorierten die Gewerkschaftsführer diese Versammlungen. Bei internen Sitzungen wurden diese „unkontrollierten" und „anonymen" Aktivitäten beklagt. Jedenfalls sahen sich die IG Chemie-Führer genötigt – „wegen der Unruhen im Betrieb" (BR-Vorsitzender Volkmann, SPD, auf dem Treffen der norddeutschen Tarifkommissionen) – die Neuwahl eines VK's für Mitte Dezember anzukündigen. Ein manipulierter Wahlschlüssel, der den IG Chemie-Führern eine rechte Mehrheit im neuen VK sichern sollte, wurde ebenfalls bekanntgegeben.

Protest und Unmut über diese erneuten Frechheiten der IG Chemie-Führer entluden sich auf der schon erwähnten Mitgliederversammlung am 20.11.73. Hierbei war noch wichtig, daß die IG Chemie-Führer zur Versammlung schriftlich alle Mitglieder bei Reichhold einluden, mit einem Schreiben, in dem alle Namen von Teilnehmern der letzten Kocherversammlung erwähnt wurden und über sie gehetzt wurde. Dies war ein eindeutiger Wink an den Kapitalisten (Namensliste der „Radikalen"). Eine „schweinische Denunziation" – wie es die Kollegen richtig nannten und wofür Sekretär Kodolitsch auf der Mitgliederversammlung von einem Arbeiter fast eine vors Maul gekriegt hätte.

Der Ausschlußantrag gegen die 13 Kollegen wird von den IG Chemie-Führern begründet mit der Teilnahme an dieser Kocherversammlung (*„außer(!!)gewerkschaftliche Versammlung"*). Weiter behaupten die IG Chemie-Führer kühn, daß die 13 Kollegen *„erkennbar und nachweislich für eine gegnerische Organisation"* gewirkt (?) hätten, *„indem sie antidemokratische und antigewerkschaftliche Bestrebungen durch aktive Mitwirkung unterstützen"*. usw. Der Ausschluß trifft in der Mehrheit Betriebsräte, Jugendvertreter und ehemalige Vertrauensleute (des aufgelösten VK). Die dämliche Ausschluß-Begründung der IG Chemie-Führer kann kaum noch verwundern, nachdem sie schon zuvor in vieltausendfacher Auflage eine 16-seitige Broschüre verteilen ließen, in der im Nazi-Stil gegen die Kommunisten (besonders den KB) gehetzt wird. Mit der Eröffnung des Ausschlußverfahrens gegen die 13 Kollegen *„ruhen"* auch *„ab sofort Ihre Rechte und Pflichten als Mitglied, und zwar für die Zeitdauer des gesamten Ausschlußverfahrens"*. (Aus dem Schreiben der IG Chemie-Führer an die betroffenen Kollegen).

Mit diesem Trick haben die IG Chemie-Führer – unabhängig vom konkreten Ausgang des Ausschlußverfahrens – schon ein wesentliches Teilziel erreicht, nämlich die zumindest vorübergehende Ausschaltung der Reichhold-Linken. Diese dürfen – ob sie später Recht bekommen oder nicht – erstmal keine gewerkschaftliche Versammlung mehr besuchen. Das gilt auch für Mitgliederversammlungen bei Reichhold. Die Gewerkschaftsführer wollen ihnen die Möglichkeit entziehen, sich vor den Kollegen zu erklären, die Schweinereien der Kodolitsch, Holst & Co. aufzuzeigen. Gleichzeitig sollen sie von der anstehenden (jetzt allerdings etwas verschobenen) Neuwahl des Vertrauenskörpers ausgeschaltet werden.

Darauf würden die Kollegen richtig reagieren, wenn sie – gerade jetzt – noch mehr Initiative und Kraft auf den Ausbau selbständiger Organisationsformen der Reichhold-Kollegen legen würden: Regelmäßige Treffen der Kocherversammlung und Einbeziehung der Handwerker in diese Beratungen, Ausbau der Jugendgruppe, eine Initiative im Bereich der Angestellten.

Unserer Wissens ist dieser Massen-Ausschluß bei Reichhold der bisherige Höhepunkt der antikommunistischen Hetze der letzten Jahre innerhalb der DGB-Gewerkschaften. Wir können noch nicht einschätzen, ob die Gewerkschaftsführer gewillt sind, alle Verfahren auch zum tatsächlichen Ausschluß zu bringen. Möglich ist auch, daß im Laufe des Verfahrens einige wieder eingestellt werden, um sich auf die entschiedensten „Widersacher" der IG Chemie-Führer zu konzentrieren und einen möglichen Protest aus der Belegschaft abzufangen und zu zerspalten. Wie immer dem auch sei, kommt es jetzt mehr denn je darauf an, daß die Reichhold-Kollegen zusammenhalten, sich vor ihre bedrohten Kollegen stellen und daß auch Gewerkschafter anderer Betriebe den Kampf der Reichhold-Arbeiter, -Angestellten und -Lehrlinge unterstützen.

Solidarität mit den bedrohten Reichhold-Kollegen

Wir werden im nächsten AK (Nr. 37) einen ausführlichen Artikel über die letzten politischen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen der Reichhold-Arbeiter mit der IG Chemie-Führung bringen. ■

Betriebszelle Reichhold
KB/Gruppe Hamburg

Zur Außenpolitik der VR China

3. Teil

Einheitsfront gegen die „Supermächte"

Li Hsiän-niän, Mitglied des Politbüros des ZK der KP China, sagte in einer Rede im Juni 1970:

„Die Länder und Völker der ganzen Welt, die der Aggression, Intervention, Kontrolle und Schikane durch den US-Imperialismus und seine Komplizen ausgesetzt sind, vereinigen sich nun weiterhin und bilden die breiteste Einheitsfront." (76)

In der Frage der antiimperialistischen internationalen Einheitsfront waren die Positionen der KPCh in dieser Zeit offensichtlich uneinheitlich. Sie variierten zum einen in der Frage, gegen w e n sich diese Einheitsfront richten sollte – d.h. ob in erster Linie gegen den US-Imperialismus oder ob gegen den US-Imperialismus u n d den Sowjetrevisionismus. Sie variierten außerdem in der Frage, w e r in diese Einheitsfront einzubeziehen ist: Wird die anti-imperialistische internationale Einheitsfront von den V ö l k e r n (d.h. den werktätigen Massen) gebildet, oder können auch L ä n d e r (d.h. einschließlich ihrer herrschenden Klassen) in diese Einheitsfront einbezogen werden, einschließlich bestimmter imperialistischer Länder?

Zunächst zum ersten Punkt. In den beiden ersten Teilen dieses Artikels (AK 34 und 35) sollte gezeigt werden, wie sich die Einschätzung der KPCh verschob von der Behandlung des US-Imperialismus als Hauptfeind zur „gleichberechtigten" Behandlung von US-Imperialismus und Sowjetrevisionismus als Hauptfeinde, wobei der Sowjetrevisionismus als „noch trügerischer und gefährlicher als der Imperialismus alten Schlages" (59) angesehen wird. Das hatte gleichzeitig zur Folge, daß bestimmte imperialistische Staaten (z.B. BRD, Japan, Großbritannien), die früher als „Juniorpartner" des US-Imperialismus galten (77), gewissermaßen aus dem Kreis der „Hauptfeinde" verschwanden und sogar in die „Einheitsfront gegen die Supermächte" aufrückten. Ähnliches gilt für Staaten wie Jugoslawien, Kongo/ Zaire und den Iran, deren Regierungen früher als Statthalter des US-Imperialismus angegriffen worden

mächte" aufrückten. Ähnliches gilt für Staaten wie Jugoslawien, Kongo/ Zaire und den Iran, deren Regierungen früher als Statthalter des US-Imperialismus angegriffen worden

waren (78).

In der zitierten Äußerung spricht Li Hsiän-niän vom „US-Imperialismus und seinen Komplizen" als Gegner der Einheitsfront, d.h. ohne namentliche Erwähnung des Sowjet-revisionismus. In derselben Rede sagte er u.a. auch, der US-Imperialismus sei „der böseste Feind der Völker der ganzen Welt". (76)

Dagegen sprach z.B. ein Artikel der „Renmin Ribao" („Volkszeitung") vom 14. August 1969 von einer *„Einheitsfront in einem möglichst breiten Maßstab"*, die *„von allen Ländern und Völkern* (gebildet wird)..., *die unter der Aggression, Kontrolle, Intervention und den Schikanen von seiten des USA–Imperialismus* **und des Sowjetrevisionismus** *zu leiden haben."* (79)

Auch in der von Lin Biao auf dem IX. Parteitag der KPCh (April 1969) vorgetragenen Rede heißt es: *„Alle Staaten und Völker, die ihr der Aggression, Kontrolle, Intervention und Schikane durch den USA-Imperialismus und den Sowjetrevisionismus ausgesetzt seid, vereinigt euch, bildet die breiteste Einheitsfront, um unsere gemeinsamen Feinde niederzuschlagen!"* (80)

Für die Politik der KPCh in 1970 und z.T. auch noch in 1971 war es jedoch typisch, den Sowjetrevisionismus aus taktischen Gründen in vielen Fällen nicht namentlich anzugreifen, sondern ihn zu umschreiben mit Formulierungen wie „Der US-Imperialismus und sein Partner" (81), „Der US-Imperialismus und sein Kollaborateur" (82) oder z.B. auch „gewisse Leute" (83).

Diese Taktik war offenbar in der Ausweitung des Indochina-Krieges durch den US-Imperialismus begründet – Putsch in Kambodscha, US-Aggression gegen Kambodscha und Laos. Unter diesen Umständen wurde das Schwergewicht auf die Einheitsfront gegen den US-Imperialismus gelegt, unter Zurückstellung der offenen Polemik gegen den Sowjetrevisionismus. Noch 1971 wurde von der „breiten Einheitsfront" gegen den „USA-Imperialismus und alle seine Lakaien" gesprochen (84).

In diesen Zusammenhang gehört auch die bekannte Erklärung Mao Tse-tungs vom 20. Mai 1970, „Völker der ganzen Welt, vereinigt euch, besiegt die USA-Aggressoren und alle ihre Lakaien." (vgl. Kasten)

Diese Positionen wandelten sich aber, besonders nach dem Besuch Nixons in China (Anfang 1972) und dem „Rückzug" der USA aus Indochina (1973) zur „Einheitsfront gegen die Supermächte".

Von der Massenaktion zur Diplomatie

In den Jahren 1966/67, während der Kulturrevolution, hatten sich die Beziehungen der VR China zu zahlreichen Staaten mit imperialistischen bzw. reaktionären Regierungen „verschlechtert". Es gab Massendemonstrationen – z.T. mit mehreren Hunderttausend Teilnehmern! – u.a. vor den Botschaften der Sowjetunion, Jugoslawiens, der Mongolei, Frankreichs, Großbritanniens, Burmas, der CSSR, Indonesiens (85). Massendemonstrationen fanden außerdem statt zur Unterstützung der arabischen Völker 1967, der französischen Arbeiter und Studenten im Mai 1968 und der Afro-Amerikaner (Neger in den USA). (86)

Diese Politik der Massenaktion wurde seit 1968/69 – zum Teil auch schon früher – abgelöst durch eine Politik auf der diplomatischen Bühne. So änderte sich etwa die Haltung gegenüber der jugoslawischen Regierung schon nach der Besetzung der CSSR (August 1968) – und zwar auch in dem Sinn, daß nunmehr jede öffentliche Kritik (d.h. in der Presse) am jugoslawischen Revisionismus offenbar total eingestellt wurde. Überhaupt zeigte sich, daß die Politik der KPCh „Verbesserung der Beziehungen" in vielen Fällen gleichsetzte mit Verzicht auf Kritik an bestimmten imperialistischen und reaktionären Staaten. So verzichtet die KPCh z.B. heute auch darauf, die Rolle der imperialistischen Staaten Westeuropas und der EG a l l s e i t i g einzuschätzen (jedenfalls in öffentlichen Äußerungen), sondern schlägt alles über den Einheitsleisten „Kampf gegen die Kontrolle der Supermächte". Dabei hat die chinesische Presse bis 1969 (z.T. auch noch 1970) durchaus gute und eingehende Analysen über den „Wettstreit von Großbritannien und Frankreich um die Hegemonie in Europa" (87), über die Beteiligung des BRD-Imperialismus an der „Balgerei um die Hegemonie in Europa" (88) und allgemein über die zwischenimperialistischen Widersprüche (89) geliefert. Von derartigen Beiträgen ist seit langem nichts mehr bekanntgeworden. Das ist gewiß eine sehr „einseitige", d.h. falsche Praktizierung des Prinzips der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Es ist auch nicht zu übersehen, daß die KPCh ihre früheren sehr bedeutenden Bemühungen weitgehend eingestellt hat, Einfluß auf die politisch-theoretische Diskussion innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung zu nehmen. (90) Es ist wohl nicht verfehlt, hierin eine Verlagerung der internationalen Politik der KPCh von der kommunistischen Bewegung weg auf die diplomatische Bühne zu sehen.

Die „kleinen und die mittelgroßen Länder"

1969/70 setzte sich in der Außenpolitik der KPCh der Gedanke durch, bestimmte L ä n d e r in die „Einheitsfront" gegen den US-Imperialismus, bzw. dann vor allem gegen die Supermächte, einzubeziehen. So erklärte Tschu En-lai im Juli 1970, F r a n k r e i c h kämpfe gegen „Kontrolle und Intervention von Seiten der Großmächte" (36). Etwas später hieß es auch, daß die Regierung K a n a d a s einen „unabhängigen Kurs" verfolgen wolle (91).

Am 9. November 1970 sagte Tschu En-lai auf einer Versammlung anläßlich des kambodschanischen Nationalfeiertags: **„Gegenwärtig erhebt sich, eins ums andere, eine wachsende Zahl mittelgroßer und kleiner Länder im Streben nach nationaler Gleichberechtigung, zur Erhaltung der staatlichen Souveränität, zum Kampf gegen die Hegemonie, gegen die Aggression, Kontrolle und Unterjochung von seiten der Supermächte." (92)**

In diesem Zusammenhang ist noch lediglich von einer „wachsenden Zahl" von Ländern die Rede, die sich in den „Kampf gegen die Supermächte" einreihen. Es bleibt auch offen, wie weit der Begriff „mittelgroße und kleine Länder" zu verstehen ist.

Dies entwickelte sich später so, daß davon gesprochen wurde, a l l e „mittelgroßen und kleinen Länder" müßten sich zum Kampf z u s a m m e n s c h l i e s s e n.

(aus Peking Rundschau 17/68)

In Guiyang, Südwestchina, fanden 300 000 Zivilisten und Armeeangehörige zu einer feierlichen Kundgebung zusammen, auf der die große Begeisterung über die bedeutsame Erklärung Vorsitzenden Maos und der Entschluß, die Afro-Amerikaner im Kampf gegen gewaltsame Unterdrückung entschlossen zu unterstützen, zum Ausdruck kamen.

In Guiyang, Südwestchina, fanden 300 000 Zivilisten und Armeeangehörige zu einer feierlichen Kundgebung zusammen, auf der die große Begeisterung über die bedeutsame Erklärung Vorsitzenden Maos und der Entschluß, die Afro-Amerikaner im Kampf gegen gewaltsame Unterdrückung entschlossen zu unterstützen, zum Ausdruck kamen.

Der Begriff der „mittelgroßen und kleinen Länder" wurde so weit gedehnt, daß er schließlich überhaupt a l l e Länder (natürlich mit Ausnahme der „zwei Supermächte") einschloß.

So änderte sich 1971 auch die Haltung zur EWG. Es hieß nun ausdrücklich, die westeuropäischen Länder müßten sich zusammenschließen, „um der Hegemonie des US-Imperialismus entgegenzutreten. Der Eintritt Großbritanniens in die EWG wurde begrüßt mit den Worten „Vereint zum Kampf gegen die Supermächte". Und weiter:

„Die Tendenz, daß sich die westeuropäischen Länder im Kampf gegen die Kontrolle und Intervention von seiten der Supermächte vereinigen, ist stärker geworden. Das ist ein weiterer schwerer Schlag für die wankende Position des USA-Imperialismus als Oberherr in Westeuropa und versetzte ihn in eine noch größere Isolierung." (94)

Die „Renmin Ribao" schrieb aus Anlaß des Besuchs von Pompidou in China im September dieses Jahres:

„Die zahlreichen mittelgroßen und kleinen Länder in Europa vereinigen sich in verschiedener Form und in verschiedenen Bereichen, um für die Verteidigung ihrer Unabhängigkeit und gegen die Hegemoniebestrebungen der Supermächte zu kämpfen. Das chinesische Volk sympathisiert mit den und unterstützt die Anstrengungen, welche die europäischen Völker und die mittelgroßen und kleinen Länder in dieser Hinsicht machen." (95)

Hierin zeigt sich besonders offensichtlich eine bestimmte M e t h o d e, nämlich die b e w u ß t e Vermengung der Begriffe „Völker" und „Länder". In Wahrheit sind es natürlich nicht die westeuropäischen Völker, sondern die westeuropäischen Imperialisten, die die „Einigung Europas" vorantreiben, und zwar in einer Weise, die zum Schaden der westeuropäischen Völker und zum Nutzen der Imperialisten ist. Bevor wir auf das Thema der „mittelgroßen und kleinen Länder" näher eingehen, soll noch kurz ein damit in Zusammenhang stehendes weiteres Element der chinesischen Außenpolitik behandelt werden, nämlich die Theorie der „Zwischenzonen".

Die „Zwischenzonen"

In dem bekannten Interview mit Anna Louise Strong (1946) klingt die Theorie von den „Zwischenzonen" bereits an. Mao Tse-tung sagte:

„Die USA und die Sowjetunion sind voneinander durch eine sehr ausgedehnte Zone getrennt, die viele kapitalistische sowie koloniale und halbkoloniale Länder Europas, Asiens und Afrikas umfaßt. Bevor die USA-Reaktionäre diese Länder nicht unterworfen haben, kann von einem Angriff auf die Sowjetunion nicht die Rede sein." (96)

In dem Artikel „Ein Vorschlag zur Generallinie . . ." (1963) heißt es: *„Das strategische Ziel des USA-Imperialismus ist nach wie vor: Aggression auf die zwischen den USA und dem sozialistischen Lager liegende Zwischenzone zu verüben und sie unter seine Kontrolle zu bringen, die Revolutionen der geknechteten Massen und unterdrückten Nationen abzuwürgen, dann die sozialistischen Länder zu vernichten, um so alle Völker und Länder der Welt, einschließlich seiner eigenen Verbündeten, unter Joch und Kontrolle des USA-Monopolkapitals zu bringen."* (97)

Die „Renmin Ribao" schrieb im Januar 1964, daß die „Zwischenzone" aus z w e i T e i l e n besteht (woraus die „Zwei Zwischenzonen" wurden), nämlich: *„Der erste Teil umfaßt die souveränen sowie die um ihre Souveränität kämp-*

steht (woraus die „Zwei Zwischenzonen" wurden), nämlich: *„Der erste Teil umfaßt die souveränen sowie die um ihre Souveränität kämp-*

fenden Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas; das ist die erste Zwischenzone. Der zweite Teil besteht aus ganz Westeuropa, Ozeanien und Kanada sowie weiteren kapitalistischen Ländern; das ist die zweite Zwischenzone. **Zwar sind ihre herrschenden Klassen Ausbeuter und Unterdrücker, doch unterliegen diese Länder selbst der Kontrolle, Einmischung und Beeinflussung durch die USA. Daher wollen sie sich von der amerikanischen Kontrolle befreien. In dieser Hinsicht zeigen sie Gemeinsamkeiten mit den sozialistischen Ländern und den Völkern anderer Länder." (98)**

Die japanische Zeitung „Asahi Shimbun" zitierte am 1. August folgende angebliche Erklärung Mao Tse-tungs und Tschu En-lais in einem Gespräch mit einer Delegation japanischer Sozialisten: **„Alle Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind gegen den Imperialismus. Auch Europa, Kanada und andere Länder sind gegen den Imperialismus. Imperialisten erheben sich sogar, wie das Beispiel des Generals de Gaulle zeigt, gegen Imperialisten. Heute gibt es zwei Zwischenzonen in der Welt: die erste umfaßt Asien, Afrika und Lateinamerika, die zweite Europa, Kanada und Ozeanien; zur zweiten gehört auch das japanische Monopolkapital."** (99)

Mao Tse-tung äußerte auch bereits in dieser Zeit, daß sich nicht nur die V ö l k e r aller Länder zur „breitesten Einheitsfront" (gegen den US-Imperialismus) zusammenschließen müßten, sondern daß sich auch „alle friedliebenden

Forts. Seite 21

Forts. Chinas Außenpolitik

Länder" und überhaupt „alle Länder, die der Aggression, Kontrolle, Intervention und Schikane der USA ausgesetzt sind", sich dieser „Einheitsfront" anschließen müßten. (100)

Während der Kulturrevolution war von den „zwei Zwischenzonen" nichts zu hören. Erst im Oktober 72 wurde diese Theorie anscheinend wieder aufgenommen, und zwar im Artikel zum 23. Jahrestag der Gründung der VR China: „... *Der Kampf gegen die Machtpolitik und Hegemoniebestrebungen der Supermächte ist zu einer gemeinsamen Forderung aller Völker geworden. Nicht nur in der ersten, sondern auch in der zweiten Zwischenzone vereinigen sich immer mehr Länder in verschiedener Form und auf unterschiedlicher Ebene zum Kampf gegen eine (!) oder (!) zwei Supermächte.*" (101)

Ausführliche Erläuterungen zu diesem Thema sind zu finden in den Artikeln „Die Geschichte der nationalen Befreiungsbewegungen studieren" (102) und „Das Studium der Geographie hilft, die Weltsituation zu verstehen" (103), die im November bzw. Dezember 72 erschienen.

Im ersten heißt es: „... *Die erste Zwischenzone schließt alle Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ein, die in der Vergangenheit der Aggression und der Unterdrückung von seiten der Kolonialisten und der Imperialisten ausgesetzt waren und die heute weiterhin heldenhaft gegen den Imperialismus und den Kolonialismus kämpfen, besonders aber gegen die Supermächte. Ohne die zwei 'Oberherren' schließt die zweite Zwischenzone die wichtigsten kapitalistischen Länder in Ost und West ein, die bis heute in verschiedenem Grad der Kontrolle, der Intervention und der Tyrannei der beiden Supermächte ausgesetzt sind. Sie stehen in immer größerem Widerspruch zu den letzteren ... Nicht nur in der ersten, sondern auch in der zweiten Zwischenzone vereinigen sich immer mehr Länder in verschiedener Form und auf unterschiedlicher Ebene zum Kampf gegen die Macht- und Hegemoniepolitik der Supermächte. Dies ist eine Tendenz der Weltgeschichte.*" (102)

Im zweiten erwähnten Artikel heißt es u.a.: „*Die nationalen Befreiungsbewegungen in den ausgedehnten Gebieten der ersten Zwischenzone sind eine wichtige Kraft, die sich den zwei Supermächten entgegenstellt. Sie bilden einen bedeutenden Bestandteil der proletarischen Weltrevolution. Die Länder der zweiten Zwischenzone, die mit den zwei Supermächten in Widersprüche verwickelt sind und sich oft mit ihnen streiten, bilden ebenfalls eine Kraft, die im Kampf gegen die (!) oder (!) beide Supermächte nicht zu unterschätzen ist.*" (103)

Einige Konsequenzen

Die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist eine Art von Kompromiß. Mao Tse-tung sagte 1945: „*Die kapitalistischen Länder und das sozialistische Land werden noch in einer Reihe von internationalen Angelegenheiten zu Kompromissen gelangen, denn Kompromisse bieten Vorteile.*" (104)

An anderer Stelle sagte Mao, daß solche Kompromisse „*nur das Ergebnis eines entschiedenen und wirksamen Kampfes aller demokratischen Kräfte der ganzen Welt gegen die reaktionären Kräfte der USA, Großbritanniens und Frankreichs sein*" können. Und im selben Zusammenhang sagte er: „**Derartige Kompromisse machen es nicht erforderlich, daß die Völker in den Ländern der kapitalistischen Welt diesem Beispiel folgen und innerhalb ihres eigenen Landes Kompromisse schließen**". (105)

Das ist prinzipiell einleuchtend. Man könnte das nun so interpretieren, daß die chinesische Außenpolitik einerseits und andererseits z.B. die Politik der Kommunisten in den imperialistischen Ländern Westeuropas „zwei verschiedene Schuh" sind. Die chinesische Regierung und ihre außenpolitischen Vertreter könnten dann etwa die EWG loben, imperialistische Politiker als „weitsichtige Freunde" und Vorkämpfer der nationalen Unabhängigkeit bezeichnen, imperialistische Länder zur „Wachsamkeit" und zur „Stärkung ihrer Verteidigungsbereitschaft" etc. aufrufen, während die Kommunisten der imperialistischen Länder genau das Gegenteil tun – ohne daß dazwischen ein Widerspruch bestünde. Eine solche, u.E. zumindest inkonsequente, wenn nicht scheinheilige und sophistische Position wird tatsächlich von vielen kommunistischen Gruppen eingenommen.

Nehmen wir beispielsweise die EWG. Entweder hat die KPCh recht, die imperialistische „europäische Gemeinschaft" als positive Tendenz zu betrachten und zu begrüßen. Dann dürften eben auch die Kommunisten in den westeuropäischen imperialistischen Ländern die EWG nicht etwa bekämpfen, sondern müßten sie im Gegenteil unterstützen. Ähnliches gilt auch vom militärischen Gebiet. Die KPCh vertritt die Auffassung, daß sich die meisten oder gar alle Länder – außer den „zwei Supermächten" – „in einer Position mangelhafter Verteidigung befinden" (74) und sie daher ihre „Landesverteidigung" stärken müssen (75). Speziell für die „Verteidigungsanstrengungen" der westeuropäischen Imperialisten wird Verständnis und Sympathie geäußert (73). Wenn dies richtig ist, dann wäre der Kampf z.B. der westdeutschen Kommunisten gegen den Militarismus, gegen die Rüstungskosten usw. falsch, dann müßten vielmehr auch die Kommunisten die „Verteidigungsanstrengungen" propagieren. Es liegt auf der Hand, daß sie damit auf eine Position der „Vaterlandsverteidigung" und des Sozialchauvinismus abgleiten würden.

Es ist zwar richtig, daß Kompromisse eines sozialistischen Landes mit einem imperialistischen Land die Völker dieser Länder nicht ohne weiteres zu Kompromissen verpflichten. Wenn z.B. ein BRD-Konzern Handelsbeziehungen zur VR China entwickelt – das ist eine Art von Kompromiß – verpflichtet das nicht die Arbeiter dieses Konzerns zu „Kompromissen", etwa Verzicht auf Streiks, bis der Auftrag erledigt ist.

Der springende Punkt ist aber, daß es bei dem Verhältnis der VR China gegenüber den westeuropäischen Imperialisten gar nicht einfach nur um einen Kompromiß geht (im Sinne der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung), sondern um ein Bündnis, das angestrebt wird, zum „Kampf gegen die Supermächte". D.h., daß den westeuropäischen Imperialisten ein bestimmter Platz im Rahmen der „Einheitsfront gegen die Supermächte" zugeordnet wird. Die chinesische Außenpolitik geht in diesem Punkt soweit, daß sie ganz überwiegend Äußerungen reaktionärer Politiker, Militärs etc. gegen die eine „Supermacht", nämlich die Sowjetunion aufnimmt, und dabei großzügig „übersieht", daß diese Leute beim Kampf gegen die andere „Supermacht" (die USA) durchaus keinen Eifer zeigen, sondern im Gegenteil für deren „militärische Präsenz" in Westeuropa eintreten.

Eine solche internationale Bündnis-Politik der KPCh würde – wenn man sie als korrekt anerkennt – selbstverständlich bestimmte Konsequenzen auch für die Politik der Kommunisten in den westeuropäischen imperialistischen Ländern haben müssen, wie oben bereits angesprochen – z.B. gegenüber der EWG, der NATO, der Bun-



Proletarische Revolutionäre prangern das amerikanisch-britisch-israelische Banditentum an
(aus Peking Rundschau 25/67)

deswehr, gegenüber der Politik der CDU/CSU (soweit es deren „weitsichtige" Hetze gegen die Sowjetunion angeht) u.a.m.

Wir halten aber die Politik der internationalen „Einheitsfront" in dieser Weise für einen großen Fehler. Sie ist auch mit der notwendigen Ausnutzung zwischen-imperialistischer Widersprüche nicht zu erklären. Denn eine solche Ausnutzung würde es durchaus nicht erfordern, auf Kritik an den Imperialisten weitgehend zu verzichten, die Widersprüche in der Welt total einseitig darzustellen („Supermächte" contra Rest der Welt), reaktionäre imperialistische Politiker als „weitsichtige Freunde" zu umschmeicheln (statt den Charakter ihrer Politik deutlich zu machen), Äußerungen des Revanchismus und Militarismus in „Wachsamkeit gegenüber einer Supermacht" umzumünzen u.a.m. ■

Wird fortgesetzt

Im nächsten Teil des Artikels soll auf einige konkrete Fragen der chinesischen Außenpolitik (Pakistan, Sudan, EWG u.a.) eingegangen werden. Voraussichtlich im übernächsten – letzten – Teil soll darauf eingegangen werden, wie sich einerseits die Revisionisten und Trotzkisten und andererseits Gruppen wie der KBW und die „KPD/ML" gegenüber der chinesischen Außenpolitik verhalten.

Anmerkungen

76.) Rede auf einer Kundgebung in Peking zum 2o. Jahrestag des vaterländischen Befreiungskrieges Koreas, 25.Juni 70; PR 27/70, S.21

77.) Zu Großbritannien z.B. der Artikel von Yung Hong in PR 28/68, „Mit dem 'Empire' der Briten geht es zu Ende". Es heißt dort u.a.: „Früher einmal eine Großmacht auf der internationalen Bühne geht es seit langem mit Großbritannien steil bergab. Heute dient es dem USA-Imperialismus, wenn es hoch kommt, als Satellit."

Zur BRD z.B. der Artikel der „Renmin Ribao" vom 13. September 1970, „Über den Vertrag zwischen der Sowjetunion und Westdeutschland"(in P R 38/70). Die BRD wird dort u.a. als „Hauptstütze des aggressiven NATO-Blocks und ein Hauptpartner des USA-Imperialismus" bezeichnet.

Zu Japan z.B. der Artikel „Nieder mit dem wiederbelebten japanischen Militarismus" vom September 1970 (vgl. Anm. 43 – dort ist ein Schreibfehler unterlaufen, statt 3.9.73 muß es natürlich heißen: 3.9.70). In diesem Artikel heißt es u.a., daß der japanische Militarismus dem US-Imperialismus als „Gendarm in Asien" dient.

vgl. dazu z.B. auch den Artikel

vgl. dazu z.B. auch den Artikel „Nixons 'neue Friedensstrategie' kann das Schicksal des zum Untergang verurteilten US-Imperialismus nicht abwenden" in PR 10/70. Dort heißt es: „Da der US-Imperialismus schwach und verfault ist und seine Kraft nicht zu seinen Ambitionen paßt, deutet Nixon an, daß der US-Imperialismus in Europa die westdeutschen Revanchsiten zu seinen Helfershelfern im Kampf um die Vorherrschaft in Westeuropa und seinen Werkzeugen zu Subversionen in Osteuropa machen will und in Asien den japanischen Militarismus ausnützen und ihn 'eine besondere und wichtige Rolle spielen' lassen werden."

78.) Zu Jugoslawien z.B. der Artikel der „Renmin Ribao" vom 10. Juni 1968 (PR 24/68). Es heißt dort: „Die Tito-clique hat sich schon längst auf den US-Imperialismus gestützt und entsprechend den Bedürfnissen des Imperialismus das kapitalistische System wiederhergestellt, die Staatssouveränität verkauft und so Jugoslawien in eine Kolonie des Imperialismus rasch verwandelt." In gewissem Gegensatz dazu steht die Erklärung von Vizeaußenminister Tjiau Guan-hua (jetzt Leiter der chines. UN-Delegation), „daß das jugoslawische Volk in den letzten Jahren in seinem Kampf gegen fremde Intervention und Aggressionsdrohungen seine nationale Unabhängigkeit und staatliche Souveränität verteidigt hat." (zum jogoslaw. Staatsfeiertag, am 27.11.70; PR 49/70, S.21)

Zu Kongo/Zaire z.B. der Kommentar der „Renmin Ribao", „Eine Schlange, die dem Kreml lieb und wert ist" (in PR 34/68). Es heißt da, daß der kongolesische Präsident Mobutu „ein berüchtigter und verkommener Reaktionär" ist, der „mit Hilfe amerikanischer Bajonette seinem despotischen Regime über das Volk von Kongo Dauer zu verleihen" versucht, ein „getreuer Hampelmann des Imperialismus und Söldling des Kolonialismus". (Eine sowjetische Zeitung hatte Mobutu als anit-imperialistischen Politiker bezeichnet). – Am 13. Januar 1973 wurde Mobutu von Mao Tse-tung empfangen. Tschu En-lai sagte aus diesem Anlaß u.a., „die Regierung und das Volk Chinas zollten den Anstrengungen der Regierung und des Volkes von Zaire für die Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit und den Aufbau des Landes Anerkennung und wünschten ihnen neue Erfolge" (PR 3/73, S. 3 und 4).

Zum Iran: die marxistisch-leninistische iranische Organisation 'Tufan' erklärte lt. Radio Tirana (deutschspr. 23-Uhr-Sendung am 12. November 73): „Der Schah verfolgt die Interessen des US-Imperialismus, der der herrschende Imperialismus des Iran ist." – Dagegen sagte der chinesische Außenminister Dje Peng-fe am 14. Juni 73 bei einem Empfang durch die iransiche Regierung: „Heute verfolgen wir mit Bewunderung die Bemühungen Ihres Landes um die Verteidigung der Unabhängigkeit und Souveränität und die Entwicklung der nationalen Wirtschaft und Kultur." (PR 25/73,S.5)

79.) Dschung Jen, Abscheuliche Vorstellung der Selbstentlarvung, „Renmin Ribao", 14.8.69; PR 33/69, S. 6/7.

80.) Lin Biao, Bericht auf dem IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Peking 1969, S. 112/113, vgl. Anm. 19.

81.) z.B. in „USA-Imperialismus und Komplize verdoppeln Anstrengungen für ein 'München'-Komplott im Mittleren Osten", PR 32/70, S. 29

82.) z.B. in einer Rede des Stellvertretenden Vorsitzenden der Volksrepublik China, Dung Bi-wu, aus Anlaß des Besuchs des sudanesischen Präsidenten Numeris in China am 7.8.70(PR33/70, S.7)

83.) z.B. Li Hsiän-niän in der unter Anm.76 erw. Rede (PR 27/70, S. 21).

84.) z.B.:„Um den USA-Imperialismus und alle seine Lakaien zu besiegen, muß man eine breite Einheitsfront bilden, muß sich mit allen Kräften, mit denen ein Zusammenschluß möglich ist, die Feinde ausgenommen, zusammenschliessen und einen harten Kampf führen." („Es lebe der Sieg des Proletariats!",von den Redaktionen der „Renmin Ribao", „Hongqi" und „Jiefangjun Bao" (März 71); PR 12/71, S.7

85.) Zusammengestellt nach Meldungen der „Frankfurter Rundschau" und der PR. Die meisten Demonstrationen, besonders die mehrtägige Belagerung der sowjetischen Botschaft durch mehrere Hunderttausend Demonstranten, fanden Anfang 1967 statt.

86.) vgl. z.B. „Wir stehen fest auf seiten der arabischen Völker – Massendemonstrationen in Peking und anderen Städten" (PR 25/67). „Peking demonstriert zur Unterstützung des Kampfes der Volksmassen Frankreichs, Europas und Nordamerikas." (PR 21/68) „Eine gewaltige revolutionäre Woge hat Zivilbevölkerung und Armeeangehörige Chinas erfaßt: Unterstützung der Afro-Amerikaner im Kampf gegen die gewaltsame rikaner im Kampf gegen die gewaltsame Unterdrückung" (PR 17/68).

87.) „Innerhalb des imperialistischen Blocks: Streitigkeiten von beispiellosem Umfang", PR 14/69, S. 28

88.) „Wilde Ambitionen der militaristischen Kräfte Westdeutschlands", PR 29/69

89.) z.B. Finanzkrise (PR 13/68, S. 19-23:„Der von den USA angeführte Imperialismus in tiefen Finanz- und Wirtschaftskrisen" (PR 25/69). „Nixons ‚neue Friedensstrategie' kann das Schicksal des zum Untergang verurteilten US-Imperialismus nicht abwenden" (PR 10/70). vgl. auch Anm. 87

90.) vgl. vor allem die beiden Sammelbände „Proletarier aller Länder, vereinigt euch gegen den gemeinsamen Feind!" (Peking 1963) und „Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" (Peking 1965). Der erste Band enthält die bekannten Artikel zur Kritik am Revisionismus der PCI und PCF. Noch am 6. Juni 68 (anläßlich der französischen Mai-Kämpfe) brachte die „Renmin Ribao" eine Kritik am Revisionismus der PCF, „Alte Arbeiterverräter, neuer Verrat" (PR 24/68).

91.) „Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Kanada begrüßt", „Renmin Ribao" vom 15.10.70, S. 12

92.) PR 46/70, S. 7

93.) „Attacke gegen die Hegemonie des USA-Imperialismus", PR 26/71, S. 23

94.) „Vereint zum Kampf gegen die Supermächte", PR 27/71, S. 29

95.) „Renmin Ribao", 11.9.73, laut PR/73, S. 10

96.) Gespräch mit der amerikanischen Korrespondentin Anna Louise Strong, August 1946 (Ausgew. Werke, Bd. IV, S. 99/100)

97.) „Ein Vorschlag zur Generallinie . . .", Antwort des ZK der KPCh auf den Brief des ZK der KPdSU (14.6.63), in: Polemik . . ., Peking 1965, S. 12

98.) „Renmin Ribao", 21.1.64 – zitiert in: J. Schickel „China in der Welt", München 1973, S. 113

99.) zitiert bei Schickel . . . , S. 114

100.) Stellungnahme zur Unterstützung des Volkes von Panama . . . (21.1.64), Stellungnahme zur Unterstützung des japanischen Volkes . . . (27.1.64), Stellungnahme zur Unterstützung des dominikanischen Volkes . . . . (12.5.65); alle in: Mao Tse-tung, „People of the world, unite and defeat the U.S. Aggressors and all their lackeys", Peking 1966 (engl. Text).

101.) „Für neue Siege kämpfen", Leitartikel von „Renmin Ribao", „Hongqi" und „Jiefangjun Bao" zum 1.10.72; laut PR 40/72, S. 9

102.) Artikel von Schi Djün, PR 46/72, S. 13

103.) Artikel von Hua Dschi-hai, PR 48/72, S. 6

104.) Über die Verhandlungen in Tschungking, 17. Oktober 1945 (Ausgew. Werke, Bd. IV, S.59),

105.) Einige Erwägungen zur gegenwärtigen internationalen Lage, April 1946 (Ausgew. Werke, Bd. IV, S. 87/88).

Völker der ganzen Welt, vereinigt euch, besiegt die USA-Aggressoren und alle ihre Lakaien

Gegenwärtig nimmt im Weltmaßstab der Kampf gegen den USA-Imperialismus einen neuen Aufschwung. Nach dem zweiten Weltkrieg haben der USA-Imperialismus und seine Anhänger wiederholt Aggressionskriege entfesselt, und die Völker verschiedener Länder haben immer wieder durch revolutionäre Kriege Siege über die Aggressoren errungen. Die Gefahr eines neuen Weltkriegs bleibt immer noch bestehen, und die Völker aller Länder müssen Vorbereitungen treffen. Aber die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution.

Die USA-Aggressoren, die in Vietnam und Laos nicht siegen können, haben verschwörerisch den reaktionären Staatsstreich der Clique Lon Nol-Sirik Matak angezettelt, skrupellos Truppen nach Kambodscha entsandt und ihre Bombardements im Norden Vietnams wieder aufgenommen, all das hat unter den Völkern der drei Länder Indochinas empörten Widerstand ausgelöst. Ich unterstütze mit Wärme den Kampfgeist des Staatsoberhauptes von Kambodscha Samdech Norodom Sihanouk gegen den USA-Imperialismus und dessen Lakaien, unterstütze mit Wärme die gemeinsame Erklärung der Königlichen Regierung der Nationalen Union unter Führung der Nationalen Einheitsfront von Pampuchea. In verstärktem Zusammenschluß, einander unterstützend und im langwierigen Volkskrieg ausharrend, werden die Völker der drei Länder Indochinas mit Sicherheit alle Schwierigkeiten überwinden und den vollen Sieg erringen.

Der USA-Imperialismus massakriert Menschen in anderen Ländern, zugleich auch Weiße und Schwarze in seinem eigenen Land. Nixons faschistische Gewalttaten haben die lodernden Flammen der revolutionären Massenbewegung in den USA entfacht. Das chinesische Volk unterstützt entschieden das amerikanische Volk in seinem revolutionären Kampf. Ich bin überzeugt, daß das heldenhaft kämpfende amerikanische Volk letzten Endes den Sieg davontragen und die faschistische Herrschaft in den USA unausbleiblich mit Niederlage enden wird.

Von Schwierigkeiten von innen und außen bedrängt, steht die Nixon-Regierung im Inland vor einem Chaos und ist in der Welt bis zum äußersten isoliert. Die Massenbewegung zum Protest gegen die Aggression der USA in Kambodscha erfaßt den ganzen Erdball. Die Königliche Regierung der Nationalen Union von Kambodscha ist in weniger als 10 Tagen nach ihrer Bildung schon von nahezu 20 Ländern anerkannt worden. Die Lage im Widerstandskrieg der Völker der drei Länder Vietnam, Laos und Kambodscha gegen die USA-Aggression zur Rettung des Vaterlandes wird immer besser. Der revolutionäre bewaffnete Kampf der Völker aller Länder Südostasiens, der Kampf der Völker Koreas, Japans und der anderen Länder Asiens gegen die Wiederbelebung des japanischen Militarismus durch die amerikanischen und japanischen Reaktionäre, der Kampf des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker gegen die USA- und israelischen Aggressoren, der nationale Befreiungskampf der Völker verschiedener Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und der revolutionäre Kampf der Völker Nordamerikas, Europas und Ozeaniens – sie alle entwickeln sich stürmisch. Das chinesische Volk unterstützt entschieden die drei Völker Indochinas und die anderen Völker der Welt in ihrem revolutionären Kampf gegen den USA-Imperialismus und dessen Lakaien.

Der USA-Imperialismus sieht wie ein Ungeheuer aus, ist aber in Wirklichkeit ein Papiertiger und führt nun den letzten Verzweiflungskampf. Wer fürchtet denn wen in der heutigen Welt? Nicht das vietnamesische Volk, das laotische Volk, das kambodschanische Volk, das palästinensische Volk, die anderen arabischen Völker und die Völker aller Länder der Welt fürchten den USA-Imperialismus, sondern der USA-Imperialismus fürchtet die Völker aller Länder der Welt, und, sobald die Blätter im Wind rascheln, gerät er schon in Panik und Verwirrung. Unzählige Tatsachen beweisen: Wer eine gerechte Sache vertritt, der kann breite Unterstützung finden; wer eine ungerechte Sache vertritt, der kann nur geringe Unterstützung finden. Ein schwaches Land kann ein starkes Land besiegen, ein kleines Land kann eine Großmacht besiegen. Das Volk eines kleinen Landes kann, wenn es Mut hat, sich zum Kampf zu erheben und zu den Waffen zu greifen, und die Geschicke seines Landes in die Hand nimmt, bestimmt die Aggression einer Großmacht vereiteln. Das ist ein Gesetz der Geschichte.

Völker der ganzen Welt, vereinigt euch, besiegt die USA-Aggressoren und alle ihre Lakaien!

Mao Tse-tung 20. Mai 1970
Mao Tse-tung 20. Mai 1970

Zu einigen Praktiken des KBW: Doch Betrugsversuch!

Im ARBEITERKAMPF 31 (August 73) brachten wir im Rahmen eines längeren Interviews mit dem Generalsekretär der irischen „Sinn-Fein"-Partei (IRA), dem Gen. Tony Heffernan, einen Spenden-Aufruf zu-Partei (IRA), dem Gen. Tony Heffernan, einen Spenden-Aufruf zugunsten der irischen Genossen (IRA-Official). Wir verwiesen auf das *Westdeutsche IRA-Solidaritätskomitee*, das hierzulande Unterstützungsaktionen etc. für die IRA zentral koordiniert.

Eine schnelle finanzielle Unterstützung war notwendig geworden, *„da das Heidelberger NRF* (Neues Rotes Forum, jetzt in KBW umbenannt), *die Genossen* (des „Komitees" und damit der IRA selbst) *um 2.000 Mark betrogen hat, die für die Finanzierung der Reise des Genossen Tony Heffernan* (er machte eine politische Veranstaltungsreise durch die BRD) *bestimmt waren: Seit einem halben Jahr verweigert das NRF dem IRA-Solidaritätskomitee die Bezahlung von bestellten und in ihren Buchläden bereits verkauften Irland-Materialien. Die NRF-Führer halten dies offenbar für die geeignete Methode, das IRA-Solidaritätskomitee materiell auszuhungern, da es sich bisher dem „Führungsanspruch" des NRF nicht „gebeugt" hat."* (AK 31)

Der Betrugs-Versuch des Heidelberger NRF (KBW) und die dahinter stehenden Absichten („Führungsanspruch durchsetzen") wurden in einer umfassenden öffentlichen Dokumentation des IRA-Solidaritätskomitees belegt. An der Echtheit der Dokumente und der Glaubwürdigkeit in der Beweisführung der „Komitee"-Genossen hatten wir keinen Zweifel. Vielmehr entspricht der Zweck dieser NRF-Aktion ganz genau unseren eigenen Erfahrungen, die wir mit den Führern dieser Gruppierung machen mußten, insbesondere mit deren Hamburger Statthaltern (Fälschung von Flugblättern, Verbreitung hahnebüchener Lügen, Denunziation unserer Genossen im Betrieb durch ihre Flugblatt-Verteiler usw. usf.).

Unserer Veröffentlichung folgte ein Beschwerde-Brief der NRF-Genossen; Darin heißt es u.a., unsere „Behauptungen" (!) seien „falsch". Das IRA-Solidaritätskomitee hätte die „Unwahrheit verbreitet", es verbreite „aus der Luft gegriffene Behauptungen", um damit „einen nationalen Anspruch (?) bestätigen zu müssen" usw. – Vielmehr – heißt es in dem Heidelberger Brief weiter – würden bloß „einige Buchläden (...) mit der Zahlung in Verzug gekommen" sein, was dann das „Komitee" willkürlich und böswillig zum Anlaß genommen hätte, „falsche Behauptungen" in die Welt zu setzen. Aber: „Mittlerweile haben wir die Sache klargestellt (!!!) und das Weißkirchner Komitee verbreitet diese Unwahrheit (!!) nicht mehr." (Alle Zitate aus dem Heidelberger Brief vom 1. Sept. 73)

Diese scheinheilige, die tatsächlichen Vorgänge auf den Kopf stellende Argumentation versucht den planmäßigen Geldentzug durch alle NRF-Buchläden über einen Zeitraum von sieben (!) Monaten zu bemänteln, um eine Selbstkritik dieser bürgerlichen Methoden zu umgehen. Es dürfte aber ohne weiteres einsichtig sein, daß diese Behandlung des personell und finanziell vergleichsweise schwachen IRA-Solidaritäts-Komitees durch eine Organisation wie dem KBW (mit seinen erheblichen finanziellen Resoursen) bürgerliche Machtpolitik ist und zugleich Sabotage an der gebotenen internationalistischen Solidarität (das Geld war für die IRA bestimmt).

Tatsächlich versuchte das NRF (KBW) das „Komitee" schon früher bei den irischen Genossen in Mißkredit zu bringen, es auszuschalten (oder einzusacken), um dann selbst in der angemaßten Rolle eines „Generalvertreters" für die IRA (O) in Westdeutschland aufzutreten. Ganz auf dieser Linie versuchten NRF-Genossen, die irischen Genossen in Stimmung gegen das „Komitee" zu bringen, verbreiteten Lügen über die Politik des „Komitees" in der BRD, gründeten schnell eine Konkurrenz-Zeitung usw. Pech für sie, daß die IRA-Genossen dieses Spielchen nicht mitmachten.

Nach Erhalt des Beschwerde-Briefes aus Heidelberg baten wir das „Komitee" nochmals um Aufklärung und erhielten eine schriftliche Erklärung zum Zweck der Veröffentlichung. Aus ihr wollen wir einiges zitieren, da auch der KBW den Beschwerde-Brief des NRF an uns (mit Ausnahme des letzten Absatzes, der eine besonders blöde Motzerei gegen den KB enthalten hatte) in seiner Zeitung unter der selbstsicheren Überschrift „Klarstellung"(!) veröffentlichte.

Tatsächlich fand inzwischen ein Gespräch zwischen „Komitee"-Genossen, einem NRF (KBW)-Vertreter und einigen Zeugen, darunter Genosse Tony Heffernan (!) statt. Der NRF-Vertreter entschuldigte sich anfangs mit allgemeiner *„Schlamperei"*, *„organisatorischen Schwierigkeiten"* und einer angeblich *„miserablen finanziellen Situation"* einiger NRF-Gruppen (man beachte dagegen die in der „KVZ" veröffentlichten Spenden-Listen, die allein schon das Gegenteil verkünden!): *„Allein unsere Gruppe in Hamburg hat ca. 20 000 DM Schulden, da kann so etwas schon passieren"*, so der NRF-Vertreter.

Schließlich mußte dennoch vom NRF der *„Entzug des Geldes grundsätzlich eingestanden"* werden. Man wolle sich aber jetzt bemühen, die Angelegenheit schnell zu bereinigen. Aufgrund dieses „Eingeständnisses" und der Zusage, die Angelegenheit in Ordnung zu bringen, kam das „Komitee" dem NRF großzügig entgegen: Es versprach zukünftig über diese Angelegenheit Stillschweigen zu wahren. Der „mißglückte" Betrugs-Versuch durch das NRF solle nicht weitere Grundlage für eine Polemik seitens des „Komitees" sein. Das NRF versprach gleichfalls Einstellung seiner Rechtfertigungs-Versuche.

Der KBW hat diese Abmachung inzwischen gebrochen und das Versprechen des „Komitees" zur Einstellung dieser Polemik zu einer nachträglichen Tatsachenverdrehung und Geschichtsfälschung benutzt: in seinem Beschwerde-Brief und der Veröffentlichung („Klarstellung") werden das „Komitee" und nachträglich auch der KB als Buhmänner hingestellt, die eine bloße „Schlamperei", ein bißchen „Zahlungs-Verzug" durch KBW-Buchläden aufbauschen, um dem KBW „Gangstermethoden" unterzujubeln. Aber weder das „Komitee" noch wir selbst können akzeptieren, daß das NRF im Schutze der Zusage (zur Einstellung der Polemik) zur dummdreisten Geschichtsfälschung übergehen. **„Wir bestehen auf der grundsätzlichen Wahrheit des Vorganges nach wie vor"** ,schrieben uns die „Komitee"-Genossen.

Leider hat die „KVZ" von dem an uns gerichteten Brief des NRF einen sehr interessanten Absatz nicht mit abgedruckt; offenbar war ihr diese Sache selbst peinlich. In dem Brief des NRF an uns hatte es nämlich zum Schluß geheißen:

„Es war schon schändlich genug, daß diese Gruppe (gemeint das „Komitee" – AK) *meinte, in derartigen aus der Luft gegriffenen Behauptungen einen nationalen Anspruch bestätigen zu müssen. Umso bezeichnender ist es, wenn der Kommunistische Bund diese Behauptungen weiterverbreitet, ohne sich von ihrer Richtigkeit zu überzeugen. Auf diese Art versucht er zu „belegen", wie der Kommunistische Bund Westdeutschland mit Gangstermethoden andere Organisationen unter seinen ‚Führungsanspruch beuge'.*

Da der KB keine politischen Argumente gegen den Kommunistischen Bund Westdeutschland ins Feld zu führen weiß, muß er in der Auseinandersetzung zu solchen Mitteln greifen." (Heidelberger Brief vom 1. Sept. 73)

Zu diesen Bemerkungen schrieben wir in einem Antwort-Brief:

„Daß Du schreibst, der KB habe gegen den KBW ‚keine politischen Argumente', können wir nicht mehr als Ignoranz betrachten, sondern halten es für eine hundertprozentige Unverschämtheit. Bis heute warten wir darauf, daß der KBW sich endlich zu einer offenen Auseinandersetzung über die vielfachen von uns angesprochenen Fragen bequemt." (Brief vom 10. Sept. 73)

Die Unfähigkeit (oder Nichtbereitschaft) zur politisch-ideologischen Auseinandersetzung um für die Arbeiterbewegung höchst wichtige Fragen auf der einen Seite und andererseits die ständigen Versuche der Diffamierung etc. anderer Organisationen, sowie die Versuche, sich mit den Methoden bürgerlicher Machtpolitik irgendwie „durchzusetzen", sind zwei Seiten derselben Medaille. In der Arbeiterbewegung ist dies die Politik des Reformismus und Revisionismus !

Wir werden den gesamten Briefwechsel, aus dem wir hier zitierten, in der nächsten Ausgabe von UNSER WEG im Original dokumentieren. ■

Antikommunistischer Dreck!

Wie die DKP die Kommunisten bekämpft – Beispiel: Chile-Kampagne in Oldenburg

Am 12.11.73 im Oldenburger DGB-Haus, Sitzung des Ortsjugendausschusses der IG Metall: ein Kollege, der sich längst als eifriger Nachbeter der Gewerkschaftsführer und deren gelehriger Schüler in Satzungs- und Geschäftsordnungsfragen profiliert hat, kündigt an: er wolle einen Antrag an die Gewerkschaftsführer stellen, über die Teilnahme junger Gewerkschaftsmitglieder am Demonstrationsblock einiger linker Gruppen (u.a. des KB) während der Chile-Demonstration vom 8.11. zu recherchieren. (Anwesender Jugendsekretär Goldschmidt: er selbst habe auch zwei junge Gewerkschaftskollegen dort beobachtet). Der Kollege bezieht sich auch ausdrücklich auf Äußerungen des Kreisjugendausschuß-Vorsitzenden A. Thomsen, der im Auftrag der DKP in der Gewerkschaftsjugend immer wieder durch seine demagogischen Spitzenleistungen glänzt. Dieser Thomsen hatte nämlich noch vor der Chile-Demonstration (vom KJA mit veranstaltet) die Linie in der Auseinandersetzung mit den links von der DKP stehenden Kollegen wie folgt festgelegt: Die Teilnahme am Demonstrationsblock der linken Gruppen sei unvereinbar mit den Beschlüssen „der Gewerkschaften" (gemeint ist: der Gewerkschaftsführer). Organisationen wie z.B. der KB sind „gewerkschaftsfeindlich" und als „gegnerische Organisation" zu betrachten. Folglich könne die Teilnahme am linken Demonstrationsblock den Ausschluß aus der Gewerkschaft nach sich ziehen.

Selten hat ein Verfechter der DKP-Politik so weit die Hosen runtergelassen und die Komplizenschaft dieser „einzigen marxistischen Partei der Arbeiterklasse" mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern im Kampf gegen die Kommunisten aufgedeckt. Gleichzeitig ist aber auch deutlich geworden, daß es Typen vom Schlage Thomsen gelingen kann, sich Vasallen zu schaffen und für antikommunistische Attacken – wie das Beispiel des IGM-OJA nahelegt, sogar bis hin zur Denunziation – in Trab zu bringen. Solche Leute erledigen mit großem Ernst und beachtlichem Engagement die Dreckarbeit für die Gewerkschaftsführer: Vergiftung der Auseinandersetzung um gewerkschaftspolitische Fragen mit antikommunistischen Stimmungen, Versuch einer Isolierung der Kritiker der Gewerkschaftsspitze, um diese möglichst ohne Widerstand und Solidarisierung anderer Gewerkschaftsmitglieder rausschmeißen zu können.

Man muß noch einmal ausdrücklich hervorheben, daß dieser Herr Thomsen und seine Gehilfen sich ja nicht etwa mit der Politik jener Gruppen auseinandergesetzt haben, die an der Chile-Demonstration mit einem eigenen Block beteiligt waren, sondern daß sie diese Auseinandersetzung vermieden und verhindert haben, indem sie auf jene Instrumente der Revers- und Ausschlußpolitik der Gewerkschaftsführer zurückgreifen, wie sie ja schon aus jenen republikanischen Jahren zwischen Kaiserreich und Hitlerfaschismus bekannt und berüchtigt sind. Auch kann man dieses Vorgehen nicht als „individuellen" Beitrag zur Politik der antikommunistischen Verhetzung durchgehen lassen; etwa: mit dem Mann seien die Gäule durchgegangen. Vielmehr haben die DKP und ihre verbündeten Organisationen (SDAJ, MSB ...) gerade jetzt in ihrer „Chile-Kampagne" massiv die Verhetzung ihrer Mitglieder und Sympathisanten gegen den KB und andere linke Kritiker betrieben, auf deren Boden dann das militante Vorgehen gegen die sogenannten „Ultralinken" wächst.

Nachdem diese Organisationen als führende Träger eines „Antiimperialistischen Arbeitskreises" (der dann den KJA des DGB und den AStA der PH als Veranstalter der Demonstration vorschickte) ein Zusammengehen mit den „K-Gruppen" (also KB, KBW usw.) „prinzipiell" abgelehnt hatten, weil diese Organisationen angeblich Allende und die Unidad Popular anstatt die Faschisten für die tausendfachen Arbeitermorde in Chile verantwortlich machen würden und ähnlichen Mist, zogen sie am 6.11. in einer von ihnen durchgeführten Chile-Veranstaltung so recht vom Leder. Genossen verschiedener linker Gruppen versuchten, angesichts der vorläufigen Niederlage der chilenischen Arbeiter und Bauern gegenüber den Militär-Faschisten, die Politik der Unidad Popular und die Theorie vom „friedlichen Weg zum Sozialismus" zu kritisieren. Auch unter Ausnutzung gewisser sektiererischer Fehler in der Propaganda dieser Genossen (so wurde z.B. versäumt, überhaupt die eigenen Absichten, die Zielrichtung der Kritik deutlich zu machen) verdrehten die Revisionisten diese Beiträge zum Versuch, die Solidarität mit dem chilenischen Volk und den Erfolg dieser Veranstaltung zu sabotieren. Sodann wurde das Links = Rechts-Schema eingepeitscht: die CDU hetzt gegen die UP, die Ultralinken auch – na seht ihr! Die Ultralinken betreiben das Werk der Reaktion!

Überhaupt wurde Kritik als unvereinbar mit der Solidarität diffamiert. Überdies, so wurde den Linken von DKP-Führer Döpke empfohlen, „sollte man nicht über Dinge diskutieren, die man nicht versteht." Und an die Adresse der Genossen, die ihre Kritik mit Zitaten aus der DKP-Zeitung „UZ" zu untermauern versuchten: „Die ‚UZ' ist nicht für Chaoten, sondern für Arbeiter geschrieben". Diese blöden Ausfälle wurden von dem revisionistischen Gesindel mit johlendem Beifall „belohnt". Hieran zeigt sich schon der ganze Grad der Verhetzung in diesen Organisationen, die ganz bewußt auch bei dieser Gelegenheit wieder betrieben wurde. Wen wundert es dann noch, wenn Parolen wie „mit denen sich auseinanderzusetzen ist Zeitverschwendung und sollte man geflissentlich unterlassen" ihren praktischen Niederschlag finden; z.B. darin, daß unsere Presse von vielen, wenn nicht den meisten DKP-Genossen nicht angefaßt geschweige denn gelesen, ja sogar demonstrativ und öffentlich zerrissen wird; wenn revisionistische Genossen im Gespräch mit uns oft nicht mehr zu bieten haben, als ein paar ihren Führern nachempfundene Sprüche; und wenn schließlich Leute wie Thomsen & Co. sich zu Handlangerdiensten für die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer aufmachen!

KB/Gruppe Oldenburg ■

Ungeduldig

Der Artikel „Doch Betrugsversuch!" war schon für AK 35 fertig, mußte jedoch aus Platzgründen verschoben werden.

Inzwischen ist der KBW anscheinend ungeduldig geworden. Mit Datum vom 3o. Oktober erreichte uns ein weiterer Brief des KBW/NRF. In diesem wird uns damit „gedroht", uns unter Anwendung des bürgerlichen Presserechts zu einer „Richtigstellung" zu zwingen.

Das eröffnet zweifellos völlig neue Formen und Perspektiven der „politisch-ideologischen Auseinandersetzung": die bürgerliche Justiz als Schiedsrichter über die Differenzen innerhalb der kommunistischen Bewegung. ■

„Aktion Einzelhandel 73" contra „Gelbe-Punkt-Aktion" der SPD

Zur politischen Ausrichtung des Einzelhandels auf die Verteidigung des Kapitalismus

Nachdem die Preissteigerungsrate fast 9% erreicht hatte, womit der Lohnabbau neue Höhen erreichte, nahmen sich alle möglichen bürgerlichen Kräfte und Organisationen des „Verbrauchers" an, um den Unmut der arbeitenden Bevölkerung zu kanalisieren, bzw. sich als deren Interessenvertreter zu profilieren.

Zuerst startete die Bundesregierung eine Anzeigenkampagne in den Zeitungen, die sie sich 1 Mio DM kosten ließ. Nach dem Motto: „So können Sie sich vor unvernünftigen Preisen schützen" gab sie sieben Tips:

So etwa: „Barkauf ist Sparkauf" und rechnete vor, daß man die Zinsen spart, wenn man keinen Kredit aufnimmt, bzw. riet, sich nicht so viel anzuschaffen, sondern mehr zu sparen, was die Stabilität auch fördere. Ein weiterer Tip besagt: „die Saison- und Sonderangebote beachten" oder „die Preise vergleichen"; durch diese „kleine Mühe", so heißt es, „leisten sie ihren Beitrag für vernünftige Preise".

Als wenn ohnehin nicht der größte Teil der westdeutschen Bevölkerung große Mühe hätte, möglichst billig einzukaufen und bei jeder größeren Anschaffung erst zehnmal hin- und herüberlegen müßte, ob diese tragbar ist. Doch wie dieses sozusagen marktgerechte Verhalten die Auswirkungen des Kapitalismus (u.a. eben ständige Preiserhöhungen) beseitigen soll, bleibt allerdings schleierhaft, entgegen den Versprechungen sind wir den Preissteigerungen auf diese Weise machtlos ausgeliefert. Aber die Bundesregierung hat „bewiesen", daß sie die Sorgen des Alltaglebens kennt.

Nach der Kampagne der Bundesregierung folgte die „Woche des Verbrauchers" der „Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände" und die Aktion „Gelber Punkt" der SPD. Angelehnt an die Kampagne der Bundesregierung sollte, laut SPD, die Kampagne deutlich machen: *„Kritisch kaufen lohnt sich. Preisvergleiche beweisen das."* Darüber hinaus: *„Wer macht die Preise? Wirtschaftspolitische Informationen legen die Hintergründe offen"*. Dazu sollten die „Aktivgruppen der Partei" in die Läden gehen, mit Listen die Preise vergleichen, zwei Millionen Flugblätter verteilen, um damit eine große Verbraucher-Aktion in Gang zu bringen, Kostenpunkt eine halbe Mio. DM.

SPD, die Kampagne deutlich machen: „Kritisch kaufen lohnt sich. Preisvergleiche beweisen das." Darüber hinaus: „Wer macht die Preise? Wirtschaftspolitische Informationen legen die Hintergründe of-

Was sagte nun die SPD – neben den gleichen „Tips", wie wir sie bereits von der Bundesregierung kennen – nun zu den „Hintergründen" für die Preissteigerungen? Die Preise werden, so das „Gelbe-Punkt"-Flugblatt der SPD, von allen gemacht: von den Verbrauchern, Unternehmern, dem Staat und dem Ausland. Was sollen also die Verbraucher tun:

„Sie können nur Druck auf die Preise ausüben, wenn sie nicht verbrauchen"!!!

Deshalb kommen „unsere" Regierungen auch immer wieder auf die tollkühne Idee, wenn uns durch Preissteigerungen das Geld aus der Tasche gezogen wird, uns mit höheren Steuern und anderen „Stabilitätsabgaben" nochmal das Fell über die Ohren zu ziehen, daß wir dann „Druck auf die Preise ausüben" würden, weil wir eben noch weniger bzw. „nicht verbrauchen".

Auf die Idee, daß „der Verbraucher" sich auch gegen die Preissteigerungen durch den Kampf um höhere Löhne und das ganze System des Kapitalismus wehren kann und muß – darauf kommen diese Spezialdemokraten erst gar nicht. Kein Wunder, daß das dieselben sind, die die spontanen Streiks dazu als „kriminell" abtun.

Das war dann auch den meisten Jusos zuviel: So hieß es in Frankfurt vom stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Klemm: **„der ‚Irrsinn', die Genossen zwischen Tante-Emma-Läden hin- und herzuhetzen, solle lediglich von der Mutlosigkeit zum Angriff der wahren Probleme ablenken"**. (Nach „FR" vom 26.10.73) In Kiel gaben die Jusos eigene Flugblätter raus, wo sie Lohnforderungen unterstützten, „das kapitalistische System in Frage stellten" und Forderungen aufstellten, um die Konzerne zu kontrollieren.

Doch bei der Frage, *„was die Regierung in unserer Wirtschaftsordnung* (also im Kapitalismus) *gegen Preissteigerungen tun"* kann, erweist sich das „gelbe-Punkt"-Flugblatt des SPD-Vorstandes nahezu ehrlicher als die Jusos:

Dort heißt es, daß die Bundesregierung das „härteste Stabilitätsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik" (!!) verabschiedet habe und trotzdem „zu der gewünschten Preisstabilität es noch nicht gekommen sei. Allerdings wird auch hier nicht die Abschaffung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, samt ihres Staates gefordert, sondern mit einem Hauch von Klassenkampf heißt es:

„Wir müssen heute weg von einer Wirtschafts s t r u k t u r, in der letztlich der Profit die Richtung des Wachstums bestimmt ..., in der Reformen und öffentliche Investitionen für mehr Lebensqualität nur dann eine Chance haben, wenn die Privatwirtschaft schon abgesahnt hat." Doch völlig verlogen wird es dann, wenn es um die eigene Rolle geht. Beim Staat, wo ja die SPD mit in der Regierung sitzt, darf nicht gespart werden, weil er ja die „Lebensqualität" macht, wie etwa die Erhöhung der Telefon- oder Postgebühren hinlänglich für jedermann sichtbar bewiesen hat. Wenn sich in den Händen der Unternehmer „die eigentliche Macht auf dem Markt konzentriert" und mit dieser „unerhörten Marktmacht" versucht wird, „die Preise bis zum letzten Mann zu diktieren", warum erklärt dann etwa Willy Brandt anläßlich der ANUGA-Eröffnung vor der Ernährungsindustrie, daß sich der Handel auf die Ansprüche des einzelnen an Qualität etc. „oftmals unter gewissen Opfern (!?)" hat einstellen müssen? Warum erklärt er, daß *„die deutsche Ernährungswirtschaft ... die Forderungen erfüllt, die von Bürgern und Volkswirtschaft gleichermaßen an Sie gestellt wurden."*? (Bulletin der Bundesregierung Nr. 117, 25.9.73)

Zu den Preissteigerungen heißt es dort noch: *„Das wirksamste Mittel gegen ungerechtfertigte Preissteigerungen ist nach wie vor, für einen unverfälschten und wirksamen Wettbewerb zu sorgen."* Als wenn Wettbewerb nicht der Wettbewerb der Kapitalisten wäre, möglichst viel aus uns herauszuholen.

Dennoch rief diese „Aktion Gelber Punkt" der SPD einen großen Sturm in der rechtsbürgerlichen Presse und bei den Kapitalisten auf Grund dieses Hauchs von Kritik an ihrer Politik hervor. „Aufklärung am Verbraucher" werde hier zu einem „Vehikel der Systemkritik" benutzt.

Wolff von Amerongen, der Präsident des „Deutschen Industrie- und Handelstages", schrieb an die SPD: *„Ich werde dadurch zum erstenmal darüber informiert, daß ihre Partei praktisch die Abschaffung des privatwirtschaftlichen Rentabilitätsdenkens fordert"*. („SZ", 8.10.73)

Herbert Kremp von der „Welt" schrieb von einem „Feldzug gegen den Unternehmer" und erklärte weitsichtig: *„Vielleicht kommt auch in der Wirtschaft ein Winter. Ein Kälteeinbruch, der in diesem Land Panik erzeugen könnte, politische Panik. Wäre nicht eine Situation denkbar, in der alles auf die andere Seite rennt? Das Vertrauen in die Fähigkeit der Koalition, speziell der SPD, mit Geld umgehen zu können, schwindet schon jetzt merklich dahin."* Deshalb sei dies eine Aktion der *„Notgemeinschaft SPD"*. Andererseits wurde die CDU/CSU heftigst kritisiert, wie man als Opposition so etwas bloß der SPD überlassen könne. („Welt", 11.10.) Daraufhin forderte auch (nach „FR" vom 26.10.) CDU-Narjes gegen das „gelbe Gift" mit einem „verbraucherpolitischen Konzept" ein Abdriften in die *„asoziale Planwirtschaft der Bonzen und Bürokraten"* zu unterbinden. Die Arbeitgeberverbände rückten in die 56 wichtigsten Zeitungen ein Inserat für eine Mio. DM: **„SPD. Wohin? Gelber Punkt. Roter Markt. Toter Markt."**

„Der deutsche Einzelhandel" startete die „Aktion Einzelhandel 1973" nach dem Grundsatz: **„nicht kleckern, sondern klotzen"**. (Edeka-Rundschreiben) und der „scharf kalkulierende" Einzelhandel warf dafür mindestens eine halbe Million raus.

Überall wurden Flugblätter und Plakate in die Schaufenster gehängt bzw. verteilt. Der Einzelhandel stellte sich so dar, als wenn er aus lauter kleinen „Tante-Emma-Läden" bestünde. „Im Handel herrscht totaler Wettbewerb", das „zwingt jährlich 10.000 Einzelhandelsunternehmen zur Geschäftsaufgabe". Bzw. „Handelsspannen sind keine Gewinnspannen". Durch einen sich immer stärker beschleunigenden Konzentrationsprozeß im Handel werden nicht nur durch die Kaufhauskonzerne und Ladenketten wie Edeka oder ReWe die kleinen Läden an die Wand gedrückt, sondern wird auch zum Teil für den eigenen Verkauf produziert, bzw. die Bedingungen an die Produktion gestellt.

So erklärte etwa Schulz-Klingauf vom Kaufhof bereits 1969: *„das Warenhaus ist heute der Style-leader des Einzelhandels; wir geben der Industrie unsere Produktauffassungen vor ... Waren wir früher Aussucher, Absortierer, Ausmusterer, Postenkäufer, so sind wir jetzt Produktenentwickler."* (Aus „Der Volkswirt" 27.6.69).

In einem Gespräch erklärte der Einzelhandel in „Die Zeit" (30.6.67): *„Das Schwergewicht des deutschen Unternehmertums hat jahrelang in der Sphäre der Produktion gelegen. Die Entwicklung der Großbetriebsformen des Einzelhandels mit ihrer generalstabsmäßigen Gliederung begann eigentlich erst mit dem Beginn dieses Jahrhunderts. Damit wuchs die Bedeutung des Vertriebs gegenüber der Produktion. Heute kann man häufig schon von einer regelrechten Nachfragemacht sprechen. Wir sind es, die immer häufiger den Herstellern die Bedingungen diktieren.*

Es ging dem Einzelhandel bei seiner Aktion nicht nur darum, sich so darzustellen, als ob er aus lauter „harmlosen" kleinen Läden bestünde, die am Rande der Existenz rumkrebsen, sondern es ging insbesondere darum, der SPD einen vor den Bug zu schießen und den Verband **politisch auszurichten** und auf Vordermann zu bringen.

Wir beziehen uns im Folgenden auf ein Rundschreiben des Edeka-Vorstands. Dort heißt es:

„Es ist für den deutschen Einzelhandel aller Branchen, Betriebsgrößen und Standorte die einmalige Chance, den Systemveränderern, Agitatoren und Scharfmachern aufzuzeigen, welch' gewaltige Kraft ein

Forts. Seite 24

Vertraulich Anlage 3

"AKTION EINZELHANDEL '73"

Motivation:

A Die Unternehmerbeschimpfung steigert sich und hinterläßt erste Spuren:

- Das Ziel, *"die Privatinitiative, den unternehmerischen Geist im Wirtschaftsleben fördern"*, hielten für vordringlich oder ziemlich wichtig unter der erwachsenen Bevölkerung von Belgien 71 %, Holland 64 %, Italien 64 %, Frankreich 63 % und der Bundesrepublik 37 %. Die BRD ist im EG-Bereich das Schlußlicht.

B Die Unternehmerbeschimpfung und -verteufelung wird auf die Basis verlegt

- Wilde Streiks in Industriebetrieben
- Käuferboykotte – fälschlich Käuferstreiks genannt
- Verbale Auseinandersetzung in Geschäftsstraßen
- Negativberichte in den Medien

C Initiativen und Befürworter

- Linksextreme Gruppierungen
- Minister der Bundesregierung (Ertl, Frau Focke)
- Landesregierungen (z.B. Rheinland-Pfalz mit einem Reinlichkeitskatalog, der aus England übernommen wurde)
- CDU-Gruppen
- SPD als Partei
- Jusos
- AGV (Preisvergleiche)
- Die Bundesregierung
- Die Gewerkschaften
- Diverse Publikationen

So füttern die Ideologen ihre Klasse!

Die Bundesregierung
Die Gewerkschaften
Diverse Publikationen
So füttern die Ideologen ihre Klasse!



Die Bundesregierung informiert. Großformatige Anzeigenkampagne der SPD-/FDP-Regierung in der westdeutschen Presse.

Unsere Kunden sollen wissen:

Unsere Kunden sollen wissen:

Auch der Einzelhandel ist gegen steigende Preise!

Aber: Unsere Preise sind abhängig von steigenden Kosten – bei uns und unseren Lieferanten.

Deshalb: Aufklärung – Ja! Polemik – Nein!

Wir sind für Stabilität!

In diesen Tagen geben viele vor, für den Verbraucher zu sprechen. Was immer Ihnen gesagt oder versprochen wird, berücksichtigen Sie bei Ihrer Meinungsbildung:

- Der Einzelhandel setzt seine Preise nicht willkürlich fest.
- Der Unterschied zwischen unseren Einkaufspreisen und dem Preis, den Sie bezahlen, ist nicht unser Profit: Handelsspannen sind keine Gewinnspannen!
- Im Handel herrscht totaler Wettbewerb. Das ist Ihr Vorteil.
- Der Wettbewerb zwingt jährlich 10 000 Einzelhandelsunternehmen zur Geschäftsaufgabe.
- 2,3 Millionen Beschäftigte in 350 000 Einzelhandelsunternehmen haben eines der besten Einzelhandelssysteme der Welt geschaffen.
  Das wollen wir erhalten – für Sie, für uns alle.

Deshalb:
Wir sind für kritische Partnerschaft zwischen Ihnen und uns!

Der Deutsche Einzelhandel

Die Argumente der Kapitalisten für „den Verbraucher": Flugblätter des Einzelhandels. (Verkleinerung) Um seine positive Haltung zum „Deutschen Staat" herauszuheben ist das Blatt schwarz-rot-gold eingerahmt.

Polizei für den Terror gegen die Arbeiterklasse gerüstet

Während der Bundesgrenzschutz mit dem Aufstellen des Mordkommandos GSG 9 (vgl. ARBEITERKAMPF 34) seine Vorbereitungen für den Einsatz im Inneren vorangetrieben hat, ist auch die Aufrüstung der Polizei nicht stehengeblieben. Neben der Ausrüstung mit Giftgas (vgl. ARBEITERKAMPF 34) wird in allen Bundesländern am Aufbau von „Sonderschutztruppen" nach dem Muster der GSG 9 gearbeitet. Am weitesten fortgeschritten ist dieser Aufbau in Nordrhein-Westfalen, dessen Innenminister Weyer (FDP-Rechtsaußen) Mitte November erste Erfolge bekanntgab:

- 96 Mann stark ist das Spezialeinsatzkommando zur Bekämpfung von „Terror". Ausgerüstet sind diese „martialisch bewaffneten und vital bärbeißigen" („Westfälische Rundschau") Männer mit 9-mm-Pistolen im Hüfthalfter, kugelsicheren Westen, Maschinenpistolen und Präzisionsgewehren mit Infrarot-Zielgeräten.

In Gruppen von 32 Mann wird dieses Kommando in Köln, Düsseldorf und Dortmund stationiert und soll von hier aus gegebenenfalls in ganz Nordrhein-Westfalen eingesetzt werden.

- 3.200 Polizeibeamte sind in Nordrhein-Westfalen bisher in einer „Intensivausbildung im Schiessen" als Pistolenpräzisionsschützen ausgebildet worden.

1.420 als Gewehrscharfschützen.

- Ein Panzerwagen vom Typ UR 416 (hergestellt vom Rüstungskonzern Rheinstahl) ist angeschafft. Dieser mit 10-mm-Panzerplatten versehene Wagen ist schnell und wendig, kann zugleich aber 10 Polizeibeamte mit „Anti-Terror-Ausrüstung" aufnehmen. Ein auf einem drehbaren Turm montiertes Gewehr ist von außen nicht sichtbar. Der Panzerwagen kann ebenfalls als Barrikadenräumer eingesetzt werden.



Polizeibeamte der Spezialkommandos bei einer Karate-Demonstration. Im Hintergrund der neue Panzerwagen UR 416.

Der Einsatz der Sondereinheiten dient natürlich offiziell der Bekämpfung der „Kriminalität": gegen „Terroristen und Geiselgangster". Immer offener wird allerdings auch der Einsatz gegen sogenannte „nichtfriedliche Demonstrationen" angegeben. Laut Weyer dient dabei z. B. der Panzerwagen „friedlichen" Zwecken:

„Die psychologische Wirkung ist ganz anders, als wenn wir da einen Streifenwagen schicken." („Welt" 15.11.).

Sicherlich nicht nur die psychologische Wirkung, sondern vielmehr die praktische Wirksamkeit war der Antrieb für derartige Ausrüstung.

Weyer gab auch ein Beispiel für einen möglichen Einsatz:

„Wir brauchen die Sonderwagen zum Schutz unserer Polizeibeamten bei Vorgängen wie dem Bonner Rathaussturm der KPD." („Welt" 15.11.).

Tatsächlich zeigen Art und Umfang der Ausrüstung von Polizei und Grenzschutz, daß hier praktisch-militärische Vorbereitungen für den Bürgerkriegseinsatz im Inneren getroffen werden. Das Haupterprobungsfeld dieser Einheiten sind Streiks und Demonstrationen (vgl. ARBEITERKAMPF 33, „Planübung Arbeitskampf"). ■

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Forts. Einzelhandelskampagne

geschlossener, solidarischer Einzelhandel an der Basis darstellt." Es werde sich an dieser Aktion zeigen, **„aus welchen Arbeitgeberverbänden sich moderne, schlagkräftige (!), aktive Arbeitgeberverbände machen lassen."** Auch die Bundesvereinigung der Arbeitgebervereinigungen war eingeschaltet. So konnte dann stolz gemeldet werden, daß sich alle Händler beteiligen würden, einschließlich der Konsumgenossenschaften, die den Gewerkschaften gehören (!!).

Da zeigt sich: bereits Streiks um Teuerungszulagen erscheinen ihnen als Provokationen gegen den Handel. Kein Wunder etwa, wenn man sich z.B. auch daran erinnert, daß etwa Edeka die Wahl eines Betriebsrates solange verhinderte, bis dieser Vorgang über das Fernsehen durch den DGB allzu publik geworden war.

Ein weiteres Ziel der Kampagne ist, die Filialleiter etc. mit einzubeziehen. Nachdem im Edeka-Rundschreiben den mehr oder weniger ehemaligen Geschäftsbesitzern erst einmal ein gehöriger Schreck mit „geschulten Agitationstrupps" eingejagt worden ist, die kommen werden und ihnen Preistreiberei vorwerfen würden, wird gefordert: *„aktiv mitmachen soll der Einzelhandelskaufmann nicht nur aus Solidarität mit den Berufskollegen, sondern vor allem um der Durchsetzung seiner Marktposition willen. Es darf bei dieser Informationskampagne in eigener Sache niemanden geben, der passiv bleibt. Die Gegenseite würde ihn alsbald ins „Abseits" manövrieren."*



So füttern die Ideologen ihre Klasse!

Es geht also den Kapitalisten darum, in einer großen Kampagne ihren Verband auf die zukünftig anwachsende Kritik und den Kampf gegen die Kapitalistenklasse durch Teile des Volkes vorzubereiten und vorbeugend auszurichten und gleichzeitig schon heute den „Systemkritikern" heftig einen vor den Bug zu schießen.

Der Einzelhandel fühlt sich *„als Prügelknabe und Buh-Mann für das politische, vor allem wirtschaftspolitische Versagen der größeren Regierungspartei"*.

Weiterhin heißt es, *„das Aufflakkern wilder Streiks in Industriebetrieben, Aufrufe zum Käuferboykott in den Großstädten, öffentliche Diskussionen in Geschäftsstraßen über die Berichterstattung der Medien über Verbraucherfragen, sind die äußeren Kennzeichen verbraucherpolitischer Aktivitäten, die offensichtlich zum Ziele haben, den Unternehmer im allgemeinen und den Handel im besonderen zu diskriminieren."*

Mit diesem Kleinbürgerschreck werden die Kaufleute der Edeka auf Vordermann gebracht, damit sie sich „in jeder Weise" mit der Aktion identifizieren und vor den Kunden besser vertreten können, was angeblich den Wert des Kapitalismus ausmacht: *„die Möglichkeit, alles zu kaufen was man wünscht und das zu produzieren, was die Verbraucher wünschen"*. ■

HBV-Komitee
und Betriebszelle Edeka,
KB/Gruppe Hamburg

Für oder gegen die Faschisten, Herr Pastor?
Quickborner Kirchenvorstand verbietet antifaschistische Veranstaltung
Ob Faschismus oder bürgerliche Demokratie – in Deutschland hat sich
Evangelism International" zusammenarbeitet. Diese Organisation
seit einiger Zeit die Verfolgung von Demokraten und Kommunisten im

kussionen in Geschäftsstraßen über die Berichterstattung der Medien über Verbraucherfragen, sind die äußeren Kennzeichen verbraucherpolitischer Aktivitäten, die offensichtlich zum Ziele haben, den Unternehmer im allgemeinen und den Handel im besonderen zu diskriminieren."
lich den Wert des Kapitalismus ausmacht: „die Möglichkeit, alles zu kaufen was man wünscht und das zu produzieren, was die Verbraucher wünschen". ■
HBV-Komitee
und Betriebszelle Edeka,
KB/Gruppe Hamburg

Für oder gegen die Faschisten, Herr Pastor?

Quickborner Kirchenvorstand verbietet antifaschistische Veranstaltung

Ob Faschismus oder bürgerliche Demokratie – in Deutschland hat sich die Kirche immer treu auf die Seite der Bourgeoisie geschlagen. Auch die Antikommunismus-Kampagne der Bourgeoisie wird fast ungebrochen in der Kirche durchgeführt. Ob sie Berufsverbote gegen fortschrittliche Pastoren erläßt, ob sie Solidaritätsaktionen für das vietnamesische Volk unterbindet (siehe AK 30, S. 27), oder ob von der Kanzel die Politik der Bourgeoisie abgesegnet wird – die Kirche hält Schritt mit der Faschisierung von Staat und Gesellschaft!

Am 28.10.73 erließ der Quickborner Kirchenvorstand ein Verbot gegen eine antifaschistische Veranstaltung in seinen Räumen. Jugenddiakon Paulsen hatte den Ring Bündischer Jugend (R.B.J.) und die Gruppe des Bundes Deutscher Pfadfinder (BDP) in Quickborn eingeladen, im Rahmen eines Offenen Abends im Gemeindehaus einen Informationsabend über den Faschismus in Griechenland abzuhalten. Beide Organisationen (siehe auch AK 32, S.23) hatten ähnliche Veranstaltungen schon in Hamburg mit großem Erfolg durchgeführt.

Unter der Parole: „Freiheit für Griechenland – Solidarität im antifaschistischen Kampf" sollten auf der Veranstaltung Informationen über die planmäßige Vorbereitung des Faschismus in Griechenland, über die Mitwirkung des US-Imperialismus am Putsch und über die Politik des griechischen Widerstandes gegeben werden, der Chor des R.B.J. sollte dazu Lidder des griechischen Widerstandes singen.

Über Nacht wurden die Plakate, die für diese Veranstaltung in Quickborn werben sollten, mit Aufklebern einer christlich-reaktionären Untergrundsekte unkenntlich gemacht. Diese Aufkleber (Leichenbilder mit Unterschriften wie „Moskauer Leichen", „Maos Justiz", „Jesus löst alle Probleme") stammen aus einer Zeitung, „Christus dem Osten", die mit der stramm antikommunistischen Organisation „Underground Evangelism International" zusammenarbeitet. Diese Organisation sieht ihre Aufgabe in einem „überkonfessionellen Dienst an den Völkern der kommunistischen Welt". Diese Untergrundaktion war aber nur der Auftakt zu offiziellen Maßnahmen der Kirche.

In seinem Sonntagsgottesdienst „kanzelte" der Quickborner Pastor Bente den R.B.J. ohne ihn zu nennen als „linksextreme Gruppe" ab. Es sei „einem Christen verwehrt, sich einer Sprache zu bedienen, die allgemein zur Hetze und Agitation gegen Andersdenkende gebraucht wird". Die Predigt gipfelte in dem Aufruf an die Gemeinde, sich gegen „linksextreme Gruppen" zu „wehren". Einige mythologische Schnacks („Aufgebrochene Meinungsverschiedenheiten sollen Christen nach Matt. 8 im offenen und brüderlichen Gespräch schlichten" usw.) sollten den reaktionären Inhalt der Predigt mit dem Mantel christlicher Nächstenliebe überdekken.

Während Pastor Bente den christlichen Überbau herrichtete und die Gemeinde ideologisch auf das Verbot der Veranstaltung vorbereitete, unternahm der Makler und Kirchenvorstandsvorsitzende Ellerbrok irdische Schritte. In einem Brief an den Jugenddiakon sprach er am selben Tag das Verbot der Veranstaltung aus. Begründung: Es sei mit „geplanten oder doch zu vermutenden Auswüchsen" zu rechnen, das Plakat des R.B.J. sei „polemisch", und außerdem habe der R.B.J. und der BDP auf Informationsständen in Quickborn „Schriften der KPD" ausgelegt. Er wies noch auf die „liberale Haltung des Kirchenvorstands" hin, drohte dem Diakon dann aber „weitere Maßnahmen des Kirchenvorstands" an.

In einem Flugblatt (Überschrift: „Für oder gegen die Faschisten, Herr Pastor?") konterte die BDP-Gruppe: „Der Versuch, uns in die Nähe der sogenannten ‚KPD' zu rücken, knüpft geschickt an die antikommunistische Kampagne an, die seit einiger Zeit die Verfolgung von Demokraten und Kommunisten im Staatsdienst und in den Gewerkschaften begleitet." R.B.J. und BDP hatten niemals „Schriften der KPD" ausgelegt, sondern Broschüren des KB.

Obwohl diese Lüge viermal in Flugblättern, in Gegendarstellungen und auf einer öffentlichen Veranstaltung richtiggestellt wurde, kursiert diese Geschichte weiterhin in Kirchenkreisen und in der Quickborner und Norderstedter Presse. Der „Norderstedter Heimatspiegel" legte noch eine Lüge obendrauf: „Das Plakat des R.B.J. in Quickborn für diese Veranstaltung war auch in Hamburg zu finden, nur war es dort eine DKP-Veranstaltung".

Weiter im Flugblatt: „Die Anwendung des Prinzips (‚Politik gehört nicht in die Kirche') zu diesem Zeitpunkt läßt nur den Schluß zu, daß es Pastor Bente und Herrn Ellerbrok darauf ankam, diese spezielle Veranstaltung, die Auseinandersetzung über die Ursachen des Faschismus und den Aufruf zur aktiven Solidarität gegen faschistische Regimes wie gegen jedes Anzeichen faschistischer Tendenzen zu verhindern."

Die Quickborner Bevölkerung nahm relativ breit an dieser Auseinandersetzung teil. Viele beschwerten sich in Leserbriefen an die Regionalpresse darüber, daß die Kirche sich anmaßt, noch unbekannte Informationen zu zensieren; einer schrieb, daß „der Kirchenvorstand und Herr Bente sich die Couleur der Plakatschmierer zu eigen" mache; genau: auf „offizieller Ebene" führen die Kirchenleute die Politik der faschistischen Plakatüberkleber fort.

Pastor Bente präsentiert der Lokalpresse die Chile-Sondernummer von UNSER WEG, um zu „beweisen", daß der RBJ und BDP „KPD-Material" verkauft haben. („Quickborner Tageblatt", 31.10.73)

Der reaktionäre Kirchenvorstand in Quickborn steht nicht allein da: In der Nachbargemeinde Ellerau wurde zur selben Zeit Pastor Gallmeyer suspendiert, weil er sich des öfteren auf die Seite der Ellerauer Bevölkerung stellte, wenn diese mit dem Textilfabrikanten Erlhoff aneinander geriet. Erlhoff hat aufgrund seiner Monopolstellung in Ellerau nicht nur das „öffentliche Leben", sondern auch den Kirchenvorstand in der Hand; ein Wink von Erlhoff genügte, um Gallmeyer suspendieren zu lassen. Die Menschen, die sich für Gallmeyer einsetzten, bezeichnete der Bischof Hübner als „zusammengeholten Pöbel".

Die Vorgänge in Quickborn und Ellerau sind nur die konsequent angewendeten Grundsätze kirchlicher Politik.

1895 beschloß die Kirche die Durchführung des Bismarck'schen Sozialistengesetzes in ihren Reihen; 1933 schmiß sie alle Juden und Kommunisten aus der Kirche, 1950 schloß sie sich dem berüchtigten Adenauer-Erlaß gegen Demokraten und Kommunisten an, im Mai 1973 in Anlehnung an den „Ministerpräsidentenbeschluß über verfassungsfeindliche Kräfte im öffentlichen Dienst" erklärt der Rat der „Evangelischen Kirche Deutschlands" die Unvereinbarkeit der Kirche mit Sozialisten und Kommunisten, Berufsverbote wurden bereits von der Kirche ausgesprochen.

Wenn die Bourgeoisie zur Hatz auf Demokraten, Sozialisten und Kommunisten aufruft, dann ist die Kirche dabei. Antikommunismus unter dem Mantel von Toleranz, Liberalität und christlicher Nächstenliebe – das ist die Politik der Kirche in der BRD. Und im Moment setzt die Kirche diese Politik gegen alle fortschrittlichen Bewegungen an der Basis durch.

Die Veranstaltung des R.B.J./BDP wurde trotzdem mit Erfolg in einer Quickborner Gaststätte durchgeführt. Dort sang der R.B.J.-Chor u.a. ein griechisches Widerstandslied mit dem Refrain: „Bald werden wir im Land die Glocken läuten!" Noch läutet die Kirche als ideologisches Ausrichtungsinstrument ihre Glocken in voller Lautstärke für die Bourgeoisie. ■

Westdeutsche Polizei: Kriminell auch ausser Dienst

Immer häufiger tauchen in der Presse Schlagzeilen über „außerdienstliche Kriminalität" von Polizeibeamten auf. Straftaten vom einfachen Diebstahl bis hin zu kaltblütigem Mord werden immer häufiger von Polizeibeamten verübt.

Die folgende Aufstellung erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit und umfaßt nur die letzten Monate:

- Der Stellvertretende Kommandeur der Schutzpolizei Oldenburg, Helmut Weyher, Monatseinkommen 3.800,– DM, klaut in einem Supermarkt Wurst und Schinken.
- Hauptkommissar Kurt Stötzer, Leiter des 2. Reviers in Hannover, muß beurlaubt werden, weil er ein Paar Schuhe gestohlen hat.
- Gegen die Beamten des 5. Reviers in Hannover läuft ein Ermittlungsverfahren: Innerhalb von 14 Tagen kam es dort zu mindestens vier „Kameradendiebstählen". Außerdem wurde ein Strafzettelbuch geklaut. Der Dieb kassiert jetzt Strafmandate in die eigene Tasche.
- In München wurde ein Polizist wegen Zuhälterei verhaftet. Er „beschützte" einen sog. Massagesalon.

24 Stunden lang behauptete die Kripo, es habe sich „versehentlich ein Schuß gelöst". Als sie die Wahrheit zugeben mußte, kommentierte der Leiter des Kommissariats: „Ein tragischer Irrtum". Dementsprechend wird lediglich wegen fahrlässiger Tötung ermittelt.

- In Regensburg machten zwei Polizisten an einem dienstfreien Tag eine Sauftour. Einer bekam Streit mit dem Kellner. Er erschoß ihn mit seiner Dienstpistole.

Selbstverständliche Erklärung des Täters: „Ich habe in Notwehr gehandelt".

- In Westberlin erschoß ein Polizist aus Eifersucht seine Freundin mit der Dienstpistole;
- ebenfalls in Westberlin ist der Großdealer und Polizeimeister Detlev Riese zuhause. Seine Spezialität: „Berliner Tinke" aus Morphinbase.

Als einer der von ihm belieferten Dealer nicht zahlen konnte, legte Polizist Riese ihn um.

Interessant an diesem Fall ist, daß gegen Riese bereits vor einem Jahr vom Westberliner Rauschgiftdezernat ermittelt wurde. Es lag sogar ein Haftbefehl vor. Die „Kollegen" konnten ihm jedoch nichts nachweisen, wie es heißt. Nicht einmal die Tatsache, daß Riese vier Autos fuhr, die er sich beim besten Willen nicht von seinem Beamtengehalt leisten konnte, machte die Ermittler besonders stutzig.

Nach zehn Wochen trug Riese wieder Uniform und Dienstpistole.

- Und am 22. März hatte sogar „Bild" einmal etwas einzuwenden:

Der Polizeihauptmeister Georg Schabl hatte nachts auf der Straße in München-Giesing vier Menschen niedergeschossen.

Schabl war einschlägig bekannt. Er hatte zuvor schon wiederholt Nachbarn und Polizeibeamte mit der Dienstwaffe bedroht, ohne daß ihm irgendetwas geschehen war.

Es kam also aus ehrlicher Überzeugung, was der Hauptmeister rief, als er seine vier Opfer niederstreckte: **„Ich bin Polizist. Ich kann schießen, wann und auf wen ich will."**

(aus „Pardon")

Zeichnungen: Gerhard Seyfried

- In der Hamburger Davidswache wurden fünf Strafversetzungen wegen passiver Bestechung vorgenommen;
- ebenfalls in Hamburg wurde Kriminalhauptmeister Walter Burow vom Leichen- und Vermißtenkommissariat K 212 der Leichenfledderei überführt. Er hatte die Leiche eines Selbstmörders zu „untersuchen" und ließ dabei rund 700,– DM mitgehen;
- ebenfalls in Hamburg wurde aus einem Tresor der Mordkommission K 211 9.500,– DM gestohlen. Der Dieb hat mit einem Schlüssel geöffnet, kann also nur ein Beamter gewesen sein.
- In Düsseldorf wurde ein Bankräuber von der Polizei gestellt. Er entpuppte sich als der Polizeiobermeister Kurt R. von der Autobahnpolizei Hilden.
- Bei der Kriminalpolizei in Hannover wurde der jüngste Beamte zum Bierholen „ausgekuckt". Die Wahl fiel auf Günter Reichel, der war erst 18 und kannte die Bräuche bei der Kripo noch nicht.

Als er sich weigerte, das Bier zu holen, sagte Kriminaloberwachtmeister Hans Wessels (24): „Solches Verhalten muß gemaßregelt werden", und erschoß ihn mit seiner Dienstpistole.

Das ist ein kurzer Ausschnitt aus der Serie von Straftaten, die Polizisten in diesem Jahr außer Dienst begangen haben. Kriminelle Taten, die nicht, oder nur kurze Zeit von ihren Vorgesetzten gedeckt wurden. Kriminelle Taten also, die der Bourgeoisie unangenehm sind, weil sie ein „schlechtes Licht" auf die Polizei werfen.

So kommt es, daß die Hamburger „Morgenpost" (SPD) bereits am 23. Mai unter der Überschrift „Polizisten auf schiefer Bahn ... " besorgt orakelt: „Noch ist jeder zweite Deutsche laut einer Emnid-Umfrage mit der Polizei zufrieden ... "

Und sie hat auch eine Erklärung für die polizeiliche Kriminalität: „Es ist eine Tatsache, jeder weiß es: Unsere Polizei ist überfordert, schlecht bezahlt, schlecht ausgebildet. 10.000 Beamte fehlen. Diese Entschuldigungen der Verantwortlichen können nicht mehr ins Feld geführt werden. Was fehlt ist die psychologische Beratung."

Dann wird der ehemalige Münchner Polizeipsychologe Georg Sieber zitiert: „Beschimpfungen und körperliche Angriffe, Entscheidungskonflikte und die oft stumpfsinnigen Pflichten der Beamten führen zu Aggressionshandlungen. Die häufigsten Delikte der Beamten: Sachbeschädigung, Körperverletzung, Diebstahl, Einbruch."

Und der Münchner Psychotherapeut Dr. Jochen Seidl ergänzt: „Polizeibeamte brauchen einen Seelenarzt, mit dem sie über die Versuchungen und den Ärger im Dienst reden können."

Wohlgemerkt, die Herren reden über die „außerdienstliche Kriminalität" der Polizisten.

Sie stellen, ganz korrekt, einen Zusammenhang zwischen beruflichen Anforderungen und dem daraus resultierenden Verhalten der Beamten nach Feierabend her.

Nur versäumen sie, zu erwähnen, was Polizisten denn so in ihrer „Berufsausübung" zu tun haben. Es ist doch die Frage zu stellen, welcher Art die „Versuchungen des Berufs" sind, gegen die man einen „Seelenarzt" benötigt.

Auch dazu eine kurze Aufstellung:

Lutz Lehmann hat für den NDR ermittelt, daß in den fünf Jahren von 1966 bis 1970 in fünf Ländern der BRD, die 60% der Gesamtbevölkerung umfassen, in 1.263 Fällen
von 1966 bis 1970 in fünf Ländern der BRD, die 60% der Gesamtbevölkerung umfassen, in 1.263 Fällen
Polizeibeamte von der Schußwaffe Gebrauch machten. Dabei wurden 181 Personen verletzt und 37 getötet. Das war vor der Baader-Meinhof-Treibjagd.

Über die Notstandsübungen und die dabei verübten Morde durch die Polizei in diesem Zusammenhang wurde ausführlich im ARBEITERKAMPF berichtet.

Sogar die reaktionäre Londoner „Times" schrieb dazu:

„Es mußte erst ein britischer Staatsbürger in Westdeutschland erschossen werden, damit man in Großbritannien auf das Verhalten einiger westdeutscher Polizisten aufmerksam wird. Mr. McLeod scheint mindestens der sechste Mensch zu sein, der im Zusammenhang mit der Verfolgung der Baader-Meinhof-Gruppe zu Tode kam. Viele andere, darunter völlig unschuldige Leute, sind verletzt oder beinahe von Polizeikugeln getroffen worden ... Einige der westdeutschen Polizisten erwekken den Eindruck von Kopflosigkeit und Gleichgültigkeit, und ihre Taktiken würden wohl eher Sturmtruppen anstehen als Hütern des Gesetzes."

Und die größte schwedische Zeitung, „Dagens Nyheters" warnte im März alle Touristen: *„Überschreiten Sie in der BRD die Höchstgeschwindigkeit nicht. Machen Sie bei Polizeikontrollen keine schnellen Handbewegungen, denn man könnte meinen, Sie würden eine Waffe ziehen. Sie riskieren, erschossen zu werden. Denn in letzter Zeit schießt die deutsche Polizei sehr schnell."*

Dazu eine kurze Auswahl vom Beginn dieses Jahres:

- 5. Februar, Hildesheim:
  Ein Polizeimeister erschießt in einer Gaststätte einen 18-jährigen Lehrling. Grund: Er wollte trotz Lokalverbot sein Bier austrinken, bevor er die Gaststätte verließ.
- 12. Februar, Neuwulmstorf:
  Mit drei gezielten Schüssen verletzte ein Polizeibeamter einen angeblichen Automatenknacker schwer.
  Begründung: Notwehr. Kommentar der Polizei: „Gegen den Beamten ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, wie in solchen Fällen üblich."
- 1. März, Tübingen:
  Der 17-jährige Lehrling Richard Epple durchfährt mit einem gestohlenen Auto eine Polizeisperre. Polizeimeister Hans-Jörg Geigis sieht Baader-Meinhof-Gefahr. Er erschießt ihn mit Dauerfeuer aus seiner Maschinenpistole.
  Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen das Verfahren eingestellt.
- 5. März, Mannheim:
  Ein Polizist schießt einen 17-jährigen Jungen, den er für einen Autodieb hält, nieder. Der Junge stirbt im Krankenhaus.
  Grund: „Notwehr"
- 13. März, Lübeck:
  Ein Polizeimeister bekommt Streit mit einem Kraftfahrer, den er für betrunken hält. Er schießt ihn in Bauch und Oberschenkel.
  Die Staatsanwaltschaft prüft alle Möglichkeiten der „Notwehr".
- 15. März, Bremen:
  Drei Polizeibeamte erschießen einen Einbrecher.
  Kripo-Inspektionsleiter Dietershagen: „Die Beamten konnten nicht wissen, daß der Täter keine scharfe Waffe hatte, sie haben in Notwehr gehandelt."
- 2. Mai, Eschwege:
  Mit einem Feuerstoß aus der Maschinenpistole erlegt ein Polizist nach einer Verfolgungsjagd einen 14-jährigen Jungen. Ein weiterer Junge, der gelähmt ist, wird verletzt.
  Die Jugendlichen waren mit ihrem Auto geflüchtet, weil der Fahrer keinen Führerschein hatte.

Auch das ist eine äußerst unvollständige Liste. Es fehlen darin Taten wie das Zusammenschlagen von Festgenommenen, Schlägereinsätze der Polizei bei Hausbesetzungen, Demonstrationen, Streiks. Es fehlen die Polizeiübungen, die Schießausbildung, die faschistische Verhetzung.

Es handelt sich also nur um einen Teil der „Entscheidungskonflikte und oft stumpfsinnigen Pflichten der Beamten", die laut Polizeipsychologen Sieber „zu Aggressionshandlungen führen".

„Im Dienst" werden die Beamten seit Jahren in übelster Weise brutalisiert, mit Beifall nimmt die bürgerliche Presse ihre Schießereien auf, es werden Killerkommandos aufgestellt, es werden Revolver und Schnellfeuergewehre angeschafft. Der gesamte Polizeiapparat wird militarisiert und faschisiert.

Polizisten schlagen, lügen vor Gericht, töten – im „Namen des Gesetzes". Und nach Feierabend sollen sie auf einmal die Regeln „bürgerlicher Wohlanständigkeit" gelten lassen und das Bürgerliche Gesetzbuch befolgen.

Das ist der Widerspruch, um den die Psychologen und die „Morgenpost" herumreden und für dessen Bewältigung sie den „Seelenarzt" bemühen wollen. ■

Leitung der Bezirksorganisation Harburg-Wilhelmsburg, KB-Gruppe Hamburg

Polizist lief Amok



Cyril Rovansek (31)

Cleveland — Aus Ärger darüber, daß „alle auf mir herumhacken", hat am Wochenende der 31jährige Polizist Cyril Rovansek in Cleveland (Ohio) sieben Menschen und dann sich selbst mit Kopfschüssen getötet. Ein Polizist, der das Zweifamilienhaus betreten wollte, wurde durch einen Bauchschuß lebensgefährlich verletzt.

Rovansek brachte zuerst seine Frau sowie seine beiden sieben und acht Jahre alten Kinder um, lief dann in den ersten Stock und tötete dort ein Ehepaar sowie dessen zwei Kinder. Dann schoß er auf den herbeieilenden Kollegen und brachte sich selbst um.

Auch in den USA: Polizisten können „Dienst" und „Freizeit" nicht unterscheiden („Hamburger Morgenpost", 6.11.73)

Diskriminierung fortschrittlicher Ärzte durch den bürgerlichen Staat

Diskriminierung fortschrittlicher Ärzte durch den bürgerlichen Staat

Die Rechtsanwälte Hartmut Jacobi, Wolf Dieter Reinhard, Peter Gottschalk und Leonore Gottschalk-Solger haben am 31. Oktober folgende Presse-Erklärung abgegeben:

„Seit genau einem Jahr sind die Ermittlungen gegen Ewe, Pille, Seckendorff (die im Juni wegen angeblicher Unterstützung der RAF entlassenen Hamburger UG-Ärzte) abgeschlossen.

Die Staatsanwaltschaft hält das Verfahren offen, und kriminalisiert so Ärzte, die nicht bereit waren, die Medizin dem Strafvollzug unterzuordnen.

Inzwischen ist ihr Kronzeuge Schmitz, dessen Aussage zwei der Ärzte in dreieinhalb-monatige Isolationshaft gebracht hatte, umgefallen. Er erklärt, aufgrund Versprechungen der Justiz gelogen zu haben.

Wir fordern:
Einstellung des Verfahrens
Aufhebung des Haftbefehls
Sofortige Wiedereinstellung im Untersuchungsgefängnis"

Die drei Ärzte wurden im Juli 1972 aus ihrem Dienst als Ärzte im Hamburger Untersuchungsgefängnis entfernt. Ihnen wurde unterstellt, die RAF („Baader-Meinhof-Gruppe") unterstützt zu haben.

Nachdem eine Durchsuchung ihrer Wohnungen keine Beweise für diese Behauptungen zutage förderte, wartete die Justiz mit dem „Kronzeugen" Schmitz auf, ein zu langjähriger Freiheitsstrafe verurteilter Gefangener, der wegen einer Krankheit im Gefängnis-Krankenhaus behandelt wurde. Schmitz soll behauptet haben, die drei UG-Ärzte Ewe, Pille und Seckendorff hätten versucht, ihn für die RAF anzuwerben. Dies brachte die Ärzte Ewe und Seckendorff in Untersuchungshaft, aus der sie erst am 31. Oktober 1972 entlassen wurden, nach dreieinhalb Monaten. Der Haftbefehl blieb bestehen. Ihre Versuche, im Hamburger Staatsdienst wieder ihrem ärztlichen Beruf nachzugehen, wurden unter Hinweis auf die „laufenden Ermittlungsverfahren" abgelehnt.

Inzwischen hat „Kronzeuge" Schmitz seine Anschuldigungen zurückgenommen. Er habe gelogen, weil ihm eine Haftentlassung in Aussicht gestellt worden sei. Ein Obermedizinalrat Friedland, Referent der Justizbehörde im Strafvollzug, habe außerdem versucht, ihn – Schmitz – auch zu weiteren Aussagen gegen den dritten Arzt, Pille, zu bewegen. – Damit ist der „Kronzeuge" der Justiz umgefallen.

„Dennoch werden die Beschuldigten weiter kriminalisiert. Die dreimonatige Haft soll gerechtfertigt werden, ebenso die Entlassung aus dem ärztlichen Dienst im Untersuchungsgefängnis.

Die Abschlußverfügung muß sofort erfolgen, sie kann nur auf Einstellung lauten." ■

(aus einem Brief der Rechtsanwälte an Justizsenator und Justizbehörde)

Faschisten billig davongekommen

BÜRGERLICHE JUSTIZ „BESTRAFT" FASCHISTISCHE PROVOKATEURE

Wegen Vortäuschung einer Straftat standen im November mehrere Faschisten vor Gericht. Der Kölner Professor Rubin hatte im April 1971 zusammen mit mehreren Helfern seine Entführung durch die „Baader-Meinhof-Bande" vorgetäuscht. Ihm war es dabei nach eigenen Angaben darum gegangen, die in dieser Zeit stattfindenden Wahlen in Schleswig-Holstein zuungunsten der SPD zu beeinflussen. Springers „Welt am Sonntag" berichtete denn auch am Wahltag prompt in großer Aufmachung über die angebliche „Entführung" und veröffentlichte einen angeblichen Brief der „Entführer", der von Rubin selbst stammte. In diesem fingierten Brief wurde die Freilassung des Rechtsanwalts Horst Mahler verlangt, der wegen angeblicher Zugehörigkeit zur „Baader-Meinhof-Gruppe" im Gefängnis saß. Andernfalls sollte, so hieß es in dem Brief, der Entführte hingerichtet werden.

Obwohl das Gesetz für die Vortäuschung einer Straftat Strafen bis zu zwei Jahren vorsieht, kamen die faschistischen Provokateure weit billiger davon: eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten gegen Rubin, zur „Bewährung" (!) ausgesetzt; drei Monate gegen den Hamburger Jura-Studenten Rieger, ein über die Grenzen Hamburgs hinaus bekannter faschistischer Schläger, die Strafe wurde ebenfalls zur Bewährung ausgesetzt; dieselbe „Strafe" für den Westberliner Industriekaufmann Plöckinger. Zwei andere Angeklagte, Rubins Mitarbeiter Metzger und der ehemalige bayrische NPD-Bürgermeister Schöftelmayer, waren zum Prozeß „wegen Verhandlungsunfähigkeit" nicht erschienen; ihr Prozeß steht noch aus.

In der Begründung des Urteils sprach der Richter Väth von der „prinzipiellen Problematik des gesamten Komplexes". Die Angeklagten hätten ja gewisse „Spielregeln gebrochen, und das dürfe nun mal in einem Rechtsstaat nicht sein. Zu berücksichtigen sei aber, daß die Angeklagten „nicht vorbestraft" und vor allem „Überzeugungstäter" seien. „Eine Wiederholungsgefahr bestehe nicht, zumal sie einem bürgerlichen Beruf nachgingen." (laut „FAZ" vom 9.11.73)

Der Richter hat mit diesem Urteil „Augenmaß" bewiesen. Gegen L i n k e ist es bisher als Grund für eine h ä r t e r e Strafe gewertet worden, wenn jemand aus politischer Überzeugung handelt („unbelehrbarer Fanatiker, den man hart anpacken muß"), bei Faschisten ist es logischerweise umgekehrt. Denn Faschisten haben eine „subjektiv ehrenwerte Gesinnung" („FAZ", 9.11.).

Rubin ist schon Anfang der 60er Jahre durch leicht bekloppte faschistische Happenings bekannt geworden. So rückte er z.B. 1962 der Berliner „Mauer" mit Hammer und Meißel zu Leibe. Mit Fallschirm-Sprüngen versuchte er für die Freilassung des in Spandau inhaftierten Rudolf Heß („Stellvertreter des Führers") Reklame zu machen. Rubin schreibt gelegentlich in den „Deutschen Nachrichten" der NPD, außerdem gehört er zu den Initiatoren der „Aktion Widerstand" und der „CSU-Freundeskreise". Er ist außerdem Bundesvorsitzender der „Aktion Oder-Neiße" (AKON), eine 1962 gegründete extrem revanchistische Gruppe, die noch weit rechts von den „Vertriebenenverbänden" steht.

Die „AKON" propagiert ein „Deutschland in den Grenzen von 1914" (mindestens!). Auf ihren Flugblättern heißt es z.B.: „Wollen Sie, daß Hamburg slawisch wird? Wenn Sie kein slawisches Hamburg wollen, dann wählen Sie nicht die Bonner Verzichtpartei." Die Verbindungen der „AKON" reichen u. a. zum „Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ), der in den 60er Jahren an den Bombenanschlägen in Alto Adige (Südtirol) beteiligt war; sie reichen zu italienischen faschistischen Gruppen, mit denen in Italien gemeinsame paramilitärische Übungen – als „Jugendlager" getarnt – durchgeführt wurden.

Rubins Helfer bei der „Entführung", Rieger, hat sich bei verschiedenen Gelegenheiten als faschistischer Krawallmacher und Schläger hervorgetan. Er ist u.a. Landesbeauftragter der „AKON" für Hamburg und Schleswig-Holstein und „Pressesprecher" des CSU-Freundeskreises in Hamburg. Er ist außerdem Verfasser eines Pamphlets zur „Rassenfrage", in dem er die These von der „natürlichen Ungleichheit der Rassen" vertritt und sich u.a. „vom Rassenstandpunkt aus" gegen ein „vereinigtes Europa" wendet, weil dies eine „Rassenmischung" zur Folge haben würde.

Der weitere Mit-„Entführer" und Komplize Rubins, Plöckinger, war nacheinander Mitglied der CDU, dann der NPD und schließlich Vorstandsmitglied der „Nationalliberalen Aktion" (NLA) in Westberlin, außerdem Aktivist im „CSU-Freundeskreis", schließlich noch 2. Vorsitzender einer „Vereinigung 17. Juni 1953" (deren Vorsitzender Rubin ist).

Wahrlich, eine feine Gesellschaft, die sich im Sinne des bürgerlichen Staates ganz gewiß ihre „Bewährung" verdienen wird.

Die außerordentlich zartfühlende „Bestrafung" dieser „Überzeugungstäter" ist eine Ermutigung für faschistische Provokateure, die Bourgeoisie weiterhin mit billigem Futter gegen die Linke zu versorgen – erfundene „Entführungen", Morddrohungen etc.

Nehmen wir einige Beispiele. Am 19. August 73 meldete die „Bild" „Attentatsdrohungen gegen Karl Schiller". Angeblich hatte sich bei der „Bild" ein anonymer Anrufer gemeldet und eine angeblich geplante Entführung des ehemaligen SPD-Ministers Schiller angekündigt.

Am 4. Februar 72 meldete die „Bild", „Es geht um Kühns Leben". Angeblich plante die „Baader-Meinhof-Gruppe" ein Attentat auf den nordrheinwestfälischen Ministerpräsidenten Kühn. „Ein Scharfschütze sollte . . . Heinz Kühn (59) umbringen. Falls dieses Attentat nicht gelungen wäre, sollte Kühn mit Sprengstoff · getötet werden!" („Bild") Angeblich hatte Kühn einen entsprechenden Brief erhalten.

Am 24. März 72 meldete die „Bild": „Brandbombe in CDU-Büro geschleudert". Es ging dabei um eine CDU-Geschäftsstelle in Emden (Ostfriesland). Laut „Bild" wurden am Tatort Flugblätter gefunden, die von einem angeblichen „Kampfbund Roter November" unterzeichnet waren und in denen die „Ratifizierung der Ostverträge" gefordert wurde. Ein solcher Unsinn kann sich nur in einem faschistischen Kopf abspielen, wo alles links von der CDU zu einer einheitlichen „roten" Masse verschwimmt. Wer sonst wäre wohl auf den hirnrissigen Einfall gekommen, angeblichen „Terroristen" ausgerechnet die Forderung nach „Ratifizierung der Ostverträge" unterzuschieben? !

Am 28. Oktober 72 meldete die „Hamburger Morgenpost" (SPD-nahe): „Giftbriefe an die Bundeswehr". Angeblich war ein Brief entdeckt worden, „dem tödliches Gas entströmte"! Dieser Brief soll im „Verteidigungs"ministerium eingegangen sein. „Auch Soldaten und Offiziere von in Norddeutschland stationierten Einheiten haben ähnliche tödliche Post erhalten".(„Morgenpost") Weiter heißt es in der Meldung: „Bombendrohungen gegen Ministerium und Truppe häufen sich in letzter Zeit".

Ein beliebtes Mittel der faschistischen Provokation ist außerdem die Fälschung von linken Flugblättern, Zeitungen etc.

So stellte z.B. der Bremer CDU-Landesverband zwei Wochen vor den Bundestagswahlen im November 72 Strafantrag gegen den Herausgeber des „Vahrer Report", eine Stadtteilzeitung der DKP. Angeblich hatte die Zeitung geschrieben: „Am 19. November 1972 muß Bonn rot werden und dann verteilen wir Genickschüsse an alle CDU/CSU-Verbrecher." Die regionale Presse brachte darüber eine Meldung, was ja auch der Zweck der Sache war. Die DKP konnte nachweisen, daß die CDU über ein gefälschtes Exemplar des „Vahrer Report" verfügte, das wahrscheinlich in der Werkstatt der CDU selbst oder von faschistischen Freunden produziert wurde.

Vor den Buderus-Werken in Hessen wurde eine gefälschte Ausgabe des „Roten Buderus-Arbeiters" („KPD/ML") verteilt. Es wurde versucht, eine „Einheitsfront" zwischen „KPD/ML", SPD und DKP vorzutäuschen, um SPD-Betriebsräten und einem DKP-Kollegen zu schaden.

Diesem wurden z.B. die Worte in den Mund gelegt: „Durch Pornofilmabende haben wir einen riesigen Zulauf."

Die Spur führte zur „Detektei Mihm" in Kassel, die bekannt dafür ist, Verbindungen zwischen hilfsbedürftigen Kapitalisten und den Faschisten herzustellen (vgl. AK 29).

Gefälschte Betriebszeitungen tauchten auch bei Merck in Darmstadt auf. Hier war es eine gefälschte Ausgabe des „Roten Merck-Blatt" der „KPD/ML". Außer allem möglichen Unsinn, der ein weiteres Schlaglicht auf den geistigen Zustand seiner faschistischen Produzenten wirft (vgl. Zitate in AK 23, S. 17), wurde in diesem Machwerk zur Wahl bestimmter fortschrittlicher Betriebsräte aufgerufen, um diese zu diskreditieren – übrigens ohne Erfolg (zu den Vorgängen bei Merck vgl. AK 22 und 23).

Es liegt auf der Hand, daß solche faschistischen Provokationen wie Fälschung von Flugblättern, anonyme Morddrohungen, vorgetäuschte Entführungen u.a.m. der Bourgeoisie lieb und teuer sind, und daß sie gar nicht daran denkt, die Faschisten durch härtere Strafen möglicherweise von dieser so nützlichen und „subjektiv ehrenwerten" Tätigkeit abzuschrecken. ■

Zur Jugendversammlung des Hamburger OJA:

So wie die 'Alten' sungen – so zwitschern schon die 'Jungen'

Zum 25.10. hatte der Ortsjugend-Ausschuß (OJA) der IG Metall die jugendlichen IGM-Funktionäre zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung über die kommende Tarifrunde im Gewerkschaftshaus eingeladen. Diese Veranstaltung war ursprünglich als eine Mitgliederversammlung vom OJA geplant, wurde jedoch durch Einschreiten und Zensur der Ortsverwaltung entsprechend umfunktioniert. Ein dazu geplantes Massenflugblatt wurde verboten. Diese Maßnahmen wurden mit technischen Schwierigkeiten begründet, zielten aber offensichtlich darauf ab, eine breitere Mobilisierung unter den Hamburger Lehrlingen zu verhindern, und um so den bestehenden OJA in seinem Dauerschlaf nicht zu stören.

Daß es diesmal trotzdem anders lief, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die fortschrittlichen Jugendvertretungen in ihren Betrieben dennoch breit mobilisierten und so an die 100 Lehrlinge aus verschiedenen Hamburger Betrieben erschienen. Wie der OJA darauf und auf die Beschneidung seiner Rechte durch die Gewerkschaftsführung reagiert, sollte sich im Verlauf der Veranstaltung sehr deutlich zeigen. Die OJA-Führer versuchten nicht, sich gegen die Beschneidung ihrer Rechte und die Zensur ihrer Flugblätter durch den Ortsvorstand zu wehren, sondern im Gegenteil sie zu rechtfertigen, mit haargenau den gleichen „Begründungen" wie ihre großen Vorbilder in der Gewerkschaftsführung.

Den Schwerpunkt der Diskussion bildete die anstehende Tarifrunde und die aufzustellende Forderung. Sehr schnell wurde klar, daß vor allem die Forderung der HDW-Lehrlinge nach 600 DM Existenslohn bei der Mehrheit der anwesenden Kollegen großen Anklang findet. Entlarvend war, wie sich dann die OJA-Vertreter und der anwesende Sekretär der IGM, Siggi Hahn, vor allem gegen diese berechtigte Lehrlingsforderung einschossen.

Eine besonders traurige Rolle spielte hierbei DKP-Führer und OJA-Mitglied Müller-Goldenstedt (genannt „DKP-Mügo"), der in übelster demagogischer Weise den HDW-Kollegen vorwarf, sie wollten mit ihrer Forderung, die er als „unrealistisch" zurückwies, die Lehrlinge von den älteren Kollegen abspalten.

Stattdessen empfahl Mügo den Kollegen 150 Mark mehr zu fordern, da diese Forderung auch von der Gewerkschaftsführung unterstützt werden könnte (!). Darüberhinaus gab er so „schlaue" Ratschläge, wie Leserbriefe an die „Metall"-Zeitung zu schicken.

Seine Forderung war vor allem, daß in Hamburg ein zusätzlicher IGM-Jugendsekretär eingesetzt wird! Nicht zuletzt wird er da wohl sich selbst im Auge gehabt haben, weil seine „Karriere" in der Gewerkschaft durch Abwahl aus der HDW-Jugendvertretung einen jähen Abbruch erlitten hat. Doch die anwesenden Kollegen ließen sich durch



derartiges Gerede nicht verwirren. Sie unterstützten die 600 Mark-Forderung.

Lediglich eine Gruppe von 10-15 OJAlern (hauptsächlich SDAJ- und Juso-Mitglieder) ging mit den tollsten Verdrehungen gegen diese Forderung vor und übte sich im Beschimpfen der Kollegen als „lächerliche Spinner" oder warf ihnen ein „gestörtes Verhältnis zur Gewerkschaft" vor.

Eines der liebsten „Argumente" dieser jungen Nachbeter war: „Die Kollegen sind noch nicht so weit für solche Forderung!" Als einer von ihnen dann in besonders lümmelhafter Form wieder gegen die „lahmen Kollegen" in den Betrieben hetzte, stellte sich auf Befragen heraus, daß er gar nicht mehr im Betrieb arbeitet, sondern Ingenieur-Schüler ist. Daß ausgerechnet Studenten und Schüler meinen, der Arbeiterjugend vorschreiben zu können, was sie zu fordern haben – und ihnen gar Vorhaltungen zu machen, über die „Passivität" und „Rückständigkeit" der Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge, drückt besonders kraß die Verkommenheit dieser OJA-Leute aus.

Die Versammlung entschied sich jedoch mit überwältigender Mehrheit für die 600 Mark-Forderung der HDW-Kollegen, gegen die Stimmen des OJA.

Auch Fragen der gewerkschaftlichen Tarifpolitik und der innergewerkschaftlichen Demokratie wurden zur Diskussion gestellt.

Dabei wurde vor allem der mangelnde Einfluß der Kollegen auf die Tarifforderungen und -Abschlüsse kritisiert. In einem Antrag der Jungheinrich-Lehrlingsgruppe wurden die sich daraus ergebenden Forderungen am besten formuliert. Hierin wurde u.a. die Wahl von Tarifkommissions-Mitgliedern in den Vertrauensleutekörpern, regelmäßige Mitgliederversammlungen und Urabstimmungen über jedes Ergebnis in den Betrieben gefordert.

Auch hier versuchten die jungen OJA-Schüler und -Studenten zu beweisen, was sie von den „Alten" (vom Schlage Loderer und Mayr) bereits gelernt haben. Mit den fadenscheinigsten Begründungen und Vertröstungen auf Gewerkschaftstage etc. versuchten sie, die fortschrittliche Initiative der Jungheinrich-Kollegen abzublocken.

Doch das stieß ebenso auf den lautstarken Protest der Kollegen und in einer Abstimmung sprach sich schließlich die Versammlung

Forts. Seite 27

Diese Resolution wurde auf der Sitzung der gewerkschaftlichen Jugendgruppe HDW am 23.10.73 vorgelegt und mit 25 : 3 Stimmen angenommen. Zwei Tage später wurde sie mit weiteren HDW-Lehrlingen diskutiert und dort mit 60:8 Stimmen angenommen. Die Resolution diente den HDW-Lehrlingen zur Vorbereitung der OJA-Versammlung:

Kolleginnen und Kollegen!

Auf unserer letzten Versammlung am Stintfang, am letzten Dienstag, den 23.10., beschlossen die anwesenden etwa 25 Kollegen bei drei Gegenstimmen, in diesem Jahr zur Tarifrunde folgende Forderung aufzustellen:

Wir fordern 600 Mark Existenzlohn für alle Lehrlinge ! ! !

Begründung:

Es muß gewährleistet sein, daß jeder Lehrling so viel Geld bekommt, daß er davon alleine leben kann.

Dieses Geld hat nicht die Arbeiterschaft (also unsere Eltern und ältere Kollegen) zu zahlen, sondern einzig und allein die Unternehmer müssen für alle Ausbildungskosten aufkommen!

Die Spaltung innerhalb der Lehrlinge durch unterschiedliche Bezahlung der einzelnen Lehrjahre muß überwunden werden!

Schließlich muß auch die Spaltung zwischen Arbeitern und Lehrlingen überwunden werden, denn sie nützt nur den Unternehmern!

Es wurde auch diskutiert, ob man nicht lieber eine sogenannte „realistische" Forderung, etwa 200 Mark mehr, aufstellen sollte, da man den Existenzlohn in diesem Jahr doch noch nicht durchsetzen könnte.

Wir meinen dazu:

Sicherlich wird der Existenzlohn in diesem Jahr noch nicht durchgesetzt werden können, trotzdem halten wir es für wichtig, die Forderung daran zu messen, was wir wirklich brauchen und was notwendig für uns ist, und nicht daran, was wir diesmal durchbekommen, dann könnten wir gleich 50-100,– DM fordern.

Die Forderung nach Existenzlohn für Lehrlinge wird schon lange innerhalb der Gewerkschaftsjugend diskutiert, wird jedoch von der offiziellen Gewerkschaftspresse kaum in die Öffentlichkeit getragen und praktisch unterstützt. Wir sollten nicht so lange warten, bis dies endlich mal geschieht, sondern jetzt damit anfangen, unsere Forderung zu verbreiten und auch den Kollegen in anderen Hamburger Betrieben bekanntzumachen. ■

Jugendgruppe HDW

Zum „Radikalenerlaß" im öffentlichen Dienst

Eine Kritik zum Artikel 'Inquisition 73'

I. Die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz vom 20.9.73 haben praktisch eine Verschärfung der Berufsverbotspraxis zur Folge. Das ist der Kern der „Präzisierung" und „Vereinheitlichung" des „Radikalenerlasses": Von der totalen Disziplinierung sollen zukünftig – abgesichert durch beamtenrechtliche Regelungen – alle Angehörigen des Öffentlichen Dienstes betroffen werden. Die Bourgeoisie hat aus ihrer Berufsverbotspraxis, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht, gelernt. Während im Adenauererlaß von 1950 die Organisationen, in denen Angehörige des Öffentlichen Dienstes nicht Mitglied sein dürfen (z.B. KPD, FDJ, VVN), noch einzeln aufgeführt wurden, wurde der „Radikalenerlaß" vom Januar 72 bewußt unklar und schwammig formuliert. Das soll einerseits einen „rechtsstaatlichen Eindruck" erwecken, andererseits sind schwammige Bestimmungen und Gummiparagraphen für die Staatsbürokratie und bürgerliche Klassenjustiz eine sehr wirkungsvolle Waffe, um durch unvorhersehbare Willkürurteile die Einschüchterung aller zu erreichen.

Diese materiellen Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz werden im AK richtig dargelegt und ausgeführt. Wenn man allerdings daran denkt, was sich in den Monaten vor der Ministerpräsidentenkonferenz in der Frage der Berufsverbote im Öffentlichen Dienst in der öffentlichen Diskussion alles abspielte, muß man sagen, daß das nicht genügt. Der Artikel hätte unbedingt auf die breite ideologische Offensive der Bourgeoisie eingehen müssen. Wenn es der Bourgeoisie um nur um die Änderung der beamtenrechtlichen Regelungen gegangen wäre, hätte ein internes Rundschreiben oder eine kurzfristig einberufene Konferenz genügt. Es ging der Bourgeoisie aber offensichtlich um weit mehr.

Die Berufsverbote im Öffentlichen Dienst werden seit dem Hamburger Senatserlaß (Nov.71) relativ breit diskutiert (nicht nur von den Gegnern und Kritikern!). Diese Diskussion wurde seit Juni 73 von der Bourgeoisie systematisch forciert und angeheizt. Der „Fall Götz" spielte dabei eine zentrale Rolle. Daß der „Fall Götz" eben gerade diese Funktion hatte, wird sehr gut daran deutlich, daß Volker Götz' Ernennung zum Richter just am 20. September, als der „Fall Götz" seine Schuldigkeit getan hatte, rückgängig gemacht wurde.

Überall, in den Parlamenten, in den bürgerlichen Parteien und Verbänden und vor allem in der bürgerlichen Presse wurde über den „Fall Götz", über die Berufsverbote im über grundsätzliche Fragen der bürgerlichen Herrschaft diskutiert. Teilweise ging es dabei recht heftig zu („Regierungskrise" in NRW). Das ganze Theater diente einerseits sicher dazu, den Gegnern der Berufsverbote Sand in die Augen zu streuen. Sie sollten von der selbstständigen Organisierung einer Kampffront gegen die Berufsverbote ablassen und darauf vertrauen, daß „linke" FDPler und SPDler ihre Interessen schon „am richtigen Ort", nämlich in den bürgerlichen Parlamenten und Gremien, vertreten.

Andererseits muß man aber ganz klar sehen, daß der Protest gegen die Berufsverbote noch nicht soweit entwickelt ist, daß die Bourgeoisie zu solchen Manövern gezwungen wird. Für sie ging es bei der Anheizung der öffentlichen Diskussion in erster Linie darum, ihre Politik der Faschisierung von Staat und Gesellschaft ideologisch weiter in der Bevölkerung zu verankern. Dabei liegt die Besonderheit im Vorgehen der Bourgeoisie gerade darin, daß sie mit Schlagworten wie „wehrhafte Demokratie", „streitbare Demokratie" und „Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" eine aktive Basis in der Bevölkerung für die Faschisierung schaffen will.

II. Der Einfluß und die Anzahl der Linken unter den jungen berufstätigen Intellektuellen wird im AK überschätzt. Im AK wird gesagt: „Die Bourgeoisie ist natürlich nicht daran interessiert, durch die Bank alle Mitglieder „radikaler" Organisationen vom Öffentlichen Dienst auszuschließen. Das würde angesichts der großen Zahl von „radikalen" jungen Intelektuellen z.B. den Personalmangel an den Schulen erheblich (!) vergrößern." Erstens ist diese Argumentation hinsichtlich des Lehrermangels falsch. Der Lehrermangel wurde und wird von der Bourgeoisie bewußt geplant und herbeigeführt (durch NC etc), und alles deutet daraufhin, daß die Bourgeoisie diesen Zustand nicht abbauen will, sondern im Gegenteil ausbauen will. Zweitens entspricht es einfach nicht den Tatsachen, daß z.B. die Entlassung aller Mitglieder „radikaler" Organisationen (das wären ja wohl im wesentlichen DKP und kommunistische Gruppen) den Lehrermangel „erheblich" vergrößern würde.

Größer als die organisierte Linke ist allerdings gerade an den Schulen gerade das Potential derer, die irgendwie unzufrieden sind mit den Verhältnissen an den Schulen und die z.B. auch die Berufsverbote aus den verschiedensten Gründen ablehnen. Man darf jedoch nicht alle Unzufriedenen pauschal als „radikal" einstufen, wie das die Springerpresse tut, um die Reaktion anzuheizen. Wir sollten uns bemühen, das Potential der Unzufriedenen differenzierter einzuschätzen, und müßten dann auch zugestehen, daß die Anzahl der Intellektuellen, die bereits radikal mit der Bourgeoisie gebrochen hat, noch sehr gering ist.

III. Der Raum, den die Kritik an einer falschen Linie einnimmt, sollte der tatsächlichen Bedeutung der jeweiligen Linie entsprechen. Es ist deshalb nicht einzusehen, warum auf die „KPD/ML" im AK so breit eingegangen wird, obwohl dieser Verein im Kampf gegen die Berufsverbote so gut wie keine Rolle spielt, während die Politik der DKP überhaupt nicht behandelt wird. Es ist nichts dagegen einzuwenden, einen Artikel mit ein paar kommentierten Verrücktheiten der „KPD/ML" aufzulockern. Das darf allerdings nicht auf Kosten anderer wichtiger Aufgaben geschehen.

Gerade DKP und MSB haben anläßlich der Suspendierung der beiden Hamburger Referendare erneut bewiesen, daß sie auf die Angriffe der Bourgeoisie immer opportunistischer nach dem Motto „nach rechts ducken, nach links treten" reagieren. Sie lehnten die Solidarität mit den betroffenen Referendaren ab mit der Begründung, das Grundgesetz müsse zur „gemeinsamen Grundlage aller Demokraten im Kampf gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote" gemacht werden. Und weiter: „Wer das GG ablehnt, sich selbst und die demokratischen Kräfte im Bildungswesen als Verfassungsfeinde einstuft, stellt sich außerhalb der Bewegung gegen die Berufsverbote"(MSB-Flugblatt vom 26.9.). Diese Argumentation liegt genau auf der Linie der Schulbehörde.

IV. Die Kritik an der SSG ist zu vordergründig. Kritisiert wird im Grunde nur ihr „Optimismus" und ihre Realitätsblindheit. Viel wesentlicher ist aber der Rechtsopportunismus in der Praxis der SSG, der damit natürlich zusammenhängt. (Zur ausführlichen Auseinandersetzung mit der „Suspendierungskampagne" der SSG siehe SOLIDARITÄT Nr. 12).

Die SSG weigerte sich ausdrücklich, den Kampf gegen die Suspendierung der beiden Referendare einzureihen in den Kampf gegen die Berufsverbote insgesamt („Am Mittwoch findet keine Demonstration gegen die Berufsverbote statt", Flugblatt vom 1.10.). Auf ihrer „Großveranstaltung" machte sie sich zum Wortführer der rückständigsten Teile der Anwesenden und hinderte Redner, die eine weitergehende Einschätzung der Suspendierung vornehmen wollten, durch Zischen, Klatschen usw. am Reden. Stattdessen wurden noch und nöcher Geschichtchen aus dem „konkreten Schulalltag" erzählt: hier fehlt noch ein Stuhl, dort ein Stück Kreide usw. usf.

Daß die Suspendierung der Referendare direkt mit der Verschärfung der Berufsverbotspraxis insgesamt und darüberhinaus mit der Kommunistenhatz, mit den politischen Entlassungen in den Betrieben und mit den Gewerkschaftsausschlüssen zusammenhängt, davon war bei der SSG nicht ein einziges Mal die Rede. In der Hoffnung auf die „Breiteste (!) Aktionseinheit der Massen (!)" reduzierte sich der SSG alles auf die Parole: „In den Schulen muß wieder die Wahrheit gesagt werden können". So sieht konkret die Politik nach dem KBW-Prinzip aus, daß Kommunisten den demokratischen Kampf nur dort initiieren dürfen, wo die Massen ihn schon führen. (Siehe dazu „Taktisches Wirrwarr" 2. Teil in AK 32.)

Nicht die unermüdliche revolutionäre Kleinarbeit, um langfristig das Bewußtsein der Massen zu heben, sondern opportunistisches Anpassen an den augenblicklichen Bewußtseinsstand der Massen ist die Antwort der SSG darauf, daß ein massenhafter Protest gegen Berufsverbote heute noch nicht vorhanden ist. Die Anbiederung an kleinbürgerliche Vorstellungen von „Wahrheit" und „Demokratie" ging bei der SSG soweit, daß sie allen Ernstes behauptete, es sei „jedem klar, daß Demokratie bedeuten muß: den freien Kampf der Meinungen, die freie Diskussion um jede Frage und daß jeder (!) für seine Interessen eintreten kann, darf und muß (!)" (Protokoll der SL-Konferenz). Die Kapitalisten werden sich für diese Aufforderung bedanken. ■

Sozialistischer Studentenbund Hamburg

Forts. OJA

eindeutig für diese Forderungen aus – natürlich gegen die Stimmen der OJA-Vertreter.

Darüberhinaus wurde noch eine Solidaritätsadresse an die streikenden Bergarbeiter und eine Resolution gegen den „Extremisten-Erlaß" der IG Metall mit großer Mehrheit verabschiedet. (Selbstverständlich auch gegen die OJA-Vertreter.)

Das stärkste Stück in seiner gegen die Lehrlingsinteressen gerichteten Politik leistete sich der OJA, als von einem Kollegen der Antrag nach Austritt der IGM aus der „Konzertierten Aktion" gefordert wurde. Um eine Abstimmung darüber zu verhindern, erklärte er schlicht und einfach die Versammlung für geschlossen („irgendwann muß ja mal Schluß sein"!).

Da der Protest der Kollegen dagegen diese Leute nicht weiter störte, sondern der Gewerkschaftssekretär mitsamt OJA-Anhang aufbrach, um den Saal zu verlassen, stimmten die noch anwesenden ca. 80 Kollegen diesen Antrag ohne die „Versammlungsleitung" ab. Ergebnis: Einstimmig gegen die „Konzertierte Aktion".

Diese Versammlung bedeutet einen Schritt voran in der Stärkung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, da die Kollegen deutlich ihre Unzufriedenheit mit der bisherigen Gewerkschaftspolitik zum Ausdruck brachten und ihre Ziele einer konsequenten, klassenkämpferischen Politik in den Gewerkschaften benannten. **Zum anderen wurde hier die völlige Isoliertheit des OJA und der schädliche Einfluß der DKP/SDAJ und Jusos auf die Arbeiterjugend überzeugend dokumentiert und zurückgewiesen.**

Was die Gewerkschaftsführung davon hält, drückte Siggi Hahn (IGM-Sekretär) anschließend so aus: „Eure Anträge, die ihr heute verabschiedet habt, sind sowieso nur Dreck wert", pöbelte er die Kollegen an. Im übrigen werden – mal wieder – „interne Konsequenzen", d.h. Schläge gegen die fortschrittlichen und kommunistischen jugendlichen Gewerkschafter, angekündigt.

Unsere Aufgabe und die Aufgabe aller fortschrittlichen Kollegen wird es zunächst sein müssen, die überbetriebliche Diskussion innerhalb der Hamburger Gewerkschaftsjugend besser zu organisieren, beispielsweise durch Rundbriefe etc. **Die auf der Veranstaltung verabschiedeten Anträge und Resolutionen sollten eigentlich durch den OJA an alle Betriebe verschickt werden. Als das nicht geschah, organisierten die Kollegen selbständig solche Rundbriefe.**

So kommt man über eine gute Zusammenarbeit auch zum gemeinsamen Handeln der Hamburger Lehrlinge.

Die Aufgabe der Zusammenfassung und Organisierung solcher Kämpfe fällt eigentlich dem OJA zu. Der **jetzige** OJA wird jedoch von einer Gruppe von Schülern und Studenten bestimmt, die wesentlich in der DKP/SDAJ und bei den Jusos rumschwirren, und sich heute ihre Sporen für spätere Pöstchen in der Gewerkschaft verdienen wollen.

Sich dieser Jünger zu entledigen und einen kämpferischen OJA zu schaffen, der tatsächlich die Interessen der Hamburger Lehrlinge vertritt, diese Notwendigkeit hat die OJA-Veranstaltung ebenfalls erneut unter Beweis gestellt. ■

(Aus DER METALLARBEITER Nr. 12/3. Jg., Branchenzeitung des KB/Gruppe Hamburg)

Metall-Komitee KB/Gruppe Hamburg

STÄRKT DIE EINHEITSGEWERKSCHAFT

– Massenübertritt Hamburger DAG-Jugendlicher in den DGB –

Am 6. November 73 traten 140 Kollegen aus der Hamburger DAG (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft) in die Einzelgewerkschaften des DGB über. Der größere Teil in die Gewerkschaft HBV (Handel, Banken und Versicherungen), ein kleinerer Teil in die Gewerkschaft ÖTV (Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr). Zu den übergetretenen Kollegen gehören 27 Jugendvertreter aus 15 Betrieben, zahlreiche Jugendgruppen, sowie fünf ehrenamtliche und drei hauptamtliche Jugendfunktionäre der Hamburger DAG.

Auf einer HBV-Pressekonferenz erklärten die Übergetretenen, daß *„letzter Anstoß zu dieser Entwicklung (...) die Tatsache (ist), daß die aus politischen Gründen erfolgten Kündigungen zweier DAG-Bildungsreferenten in Nordrhein-Westfalen vom Bundesvorstand der DAG nicht zurückgenommen worden sind."*

Auf einer DAG-Landesjugendkonferenz in Nordrhein-Westfalen Anfang September in Oberhausen wurde ein von Jungsozialisten (Jusos) mehrheitlich getragener Landesvorstand gewählt. Daraufhin feuerte Landesverbandsleiter Quartier (CDU) zwei Bildungsreferenten fristlos.

Schon vorher versuchte der Reaktionär Quartier den Landesjugendleiter Guido Gabisch zu kaufen und ihn für die CDU zu werben. Gegen die Jusos in der DAG hetzte Quartier in ähnlicher Weise, wie es auch rechte Sozialdemokraten gegen die eigenen Partei„freunde" tun. Die Jusos seien „keine Praktiker", bloß „Theoretiker", die Mitglieder „verschrecken" würden, bei denen „gefährliche Tendenzen" erkennbar wären usw. In Zukunft wollte Quartier schärfer in die Zügel greifen und die politische Ausrichtung der Referenten in seinem Sinn besorgen.

Solche Auseinandersetzungen in der DAG sind nicht neu. Schon im Oktober kam es im Landesverband Bayern zu ähnlichen Auseinandersetzungen um Möglichkeiten einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung durch die spalterische Angestellten-„Gewerkschaft" DAG: Hans Gressirer, Landesvorsitzender der DAG-Jugend, verließ mit sieben (von insgesamt zehn) Vorstandsmitgliedern die DAG. Sie wechselten in die Einzelgewerkschaften des DGB über. Ihnen folgten bald der Münchner DAG-Bezirksvorstand und weitere aktive DAG-Kollegen, die die Rolle ihrer „Gewerkschaft" erkannt hatten.

Die ausgetretenen DAG-Mitglieder begründeten ihren Schritt u.a. damit, daß die DAG-Führer es ohne weiteres zulassen und stillschweigend genehmigen, wenn Funktionäre der Gewerkschaft, Jugendvertreter und Betriebsräte wegen ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten im Betrieb gefeuert würden. Z.T. unterstützen DAG-Führer solche Entlassungen betrieblicher Funktionäre. Nicht selten höre man von DAG-Führern Äußerungen, daß „aktive Jugendliche und Jugendvertreter von ihnen nicht gerichtlich vertreten werden können, weil dadurch der gute Kontakt zur Geschäftsleitung und zum Betrieb gestört" werden würde (FR 3o.1o.73).

Eine „Gewerkschaft", die in so unverhüllter Weise das Einvernehmen mit der Geschäftsleitung, (also den Kapitalisten!), für wichtiger hält, als die Vertretung elementarster Rechte der Angestellten und ihrer eigenen Mitglieder, wird es natürlich zunehmend schwieriger haben, ihr Gesicht vor einer kritischer werdenden Jugend noch zu wahren. Die Krise in der DAG ist gewissermaßen programmiert, wenn auch die DAG-Führer dafür noch irgendwelche „Extremisten" verantwortlich machen wollen, um vom eigenen Verschulden abzulenken (so in einer Presseerklärung des DAG-Bundesvorstandes v.3o.1o.73).

Die Argumentation der DAG-Führer zur Krise in ihrer Organisation, besonders in deren Jugendsektor, gleicht sich aufs Haar mit der Argumentation aller Reaktionäre, die fortschrittliche gesellschaftliche Veränderungen und Prozesse nicht begreifen können und wollen. Senator und DAG-Führer Schaumann (Bayern) faselte von „Verschwörung" (!!) und seiner eigenen genialen Verteidigung der DAG gegen „radikale Systemveränderer", die die DAG bloß „umfunktionieren" wollten, sie in einen „Tummelplatz" für radikale Ideologien umwandeln wollten usw. usf.

Es ist abzusehen, daß die DAG langfristig ihren Einfluß unter den Angestellten verlieren wird. Damit würde sie zwar ihren Charakter als ständische „Gewerkschaft" weitgehend einbüßen, durchaus aber noch nicht automatisch ihre Funktion für die Kapitalisten verlieren, da sich in ihr dann die reaktionärsten Angestellten – gewissermaßen als fünfte Kolonne des Personalbüros im Betrieb – noch enger zusammenschließen würden.

Forts. Seite 28

Forts. DAG–Übertritte

Während der DGB eine Einheits-Gewerkschaft ist, d.h. daß in dieser Gewerkschaft sich alle Arbeiter und Angestellten eines bestimmten Betriebes, Konzerns, einer Branche, etc. organisieren können, um geschlossen den Unternehmern gegenübertreten zu können, ist die DAG eine Stände-Gewerkschaft (fast) ausschließlich für kaufmännische und technische Angestellte, für Meister, Techniker, Ingenieure, Kapitäne u.ä.

Die DAG versucht, in ihrer Arbeit an noch bei den Angestellten vorhandenes Standesdenken anzuknüpfen, schichtspezifische Dünkel gegenüber den Arbeitern zu stärken usw. Damit wird massiv ein solidarisches Auftreten aller Arbeiter und Angestellten gegen die Unternehmer und ihre Verbände sabotiert. Die DAG-Führer beschwören ständig angebliche „Sonderinteressen" der Angestellten gegenüber den Arbeitern und verbergen dahinter geschickt die Tatsache der gemeinsamen Ausbeutung von Arbeitern und Angestellten durch die Kapitalisten. Die Widersprüche zwischen den Angestellten und den Kapitalisten sollen verharmlost werden, dagegen werden angebliche, aber auch tatsächlich bestehende Differenzen zu den Arbeitern aufgebauscht, um das Geschäft der Spaltung im Interesse der Geschäftsleitung, der gesamten Kapitalistenklasse, zu betreiben.

Dies Geschäft wird den DAG-Führern noch durch offen arbeiterfeindliches Verhalten etc. bei sozialdemokratischen Funktionären der DGB-Gewerkschaften erleichtert. Der betriebliche Alltag kennt hunderttausend Beispiele, wo solch arbeiterfeindliche Maßnahmen durch die DGB-Funktionäre demagogisch von den DAG-Führern ausgenutzt werden, im Sinne ihrer Argumentation gegenüber den Angestellten: *„Da seht ihr mal, wie beim DGB Eure Interessen verwaltet werden. Bei der DAG dagegen..."* Immer wieder gibt es Bei-

gen..." Immer wieder gibt es Bei-

spiele, wo sich ein ehrlicher Gewerkschafter für seine Funktionäre schämen muß, gerade auch gegenüber DAG-Mitgliedern seines Betriebes. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß DAG- und DGB-Führer und -Funktionäre nur allzuoft das gleiche Parteibuch, nämlich das der SPD, in der Tasche haben und in den Gremien dieser Partei und auch ihrer speziellen „Betriebsorganisation" (AfA) einträchtig zusammensitzen und ihre arbeiterfeindlichen Plänchen aushecken.

Die ungeheure Ausdehnung des Handels, des Banken- und Versicherungsgewerbes seit der Jahrhundertwende, hat den Angestellten aus seiner alten bevorzugten Stellung als 'rechte Hand des Unternehmers' herausgerissen und ihn eingeordnet in ein unübersehbares Heer schlechtbezahlter, gehetzter, leicht ersetz- und austauschbarer Schreibtischarbeiter. Rationalisierung und Automation in diesem Bereich schreiten mit großer Geschwindigkeit voran. Die Zerstückelung eines ehemals einheitlichen Arbeitsvorganges schafft einen Teil-Arbeiter im Angestellten-Bereich, der sich immer mehr der Stellung eines Band- und Akkordarbeiters in der Produktion angleicht. Im Gefolge dieses Prozesses entwickeln immer mehr Angestellte ein gewerkschaftliches Bewußtsein, eine Klarheit von der Zusammengehörigkeit mit den Arbeitern, das mit der ständischen Ideologie der DAG-Führer unbedingt in Konflikt geraten muß.

Es muß allerdings gesehen werden, daß sich die ideologisch-bewußtseinsmäßige Seite viel langsamer entwickelt und sich bisher entwickelt hat, als die objektive Seite des Prozesses (Schaffung eines großen „gleichgeschalteten" Heeres kleiner und mittlerer Angestellter). Wenn auch die Masse der Angestellten ihre materiellen, finanziellen und auch gesellschaftlichen Previlegien verloren haben, so sind doch vielfach ihre Einbildungen, Träume und Dünkel geblieben, werden z.T. hartnäckig verteidigt. Dies gilt insbesondere für die Kleinbetriebe im Bereich des Groß- und Außenhandels, der Bankwirtschaft usw. (der kleine Angestellte in der eingebildeten Rolle des „ehrbaren Kaufmanns" selbst wenn er nichts zu sagen und zu entscheiden hat, z.T. weniger verdient als ein Hilfsarbeiter in der Industrie usw.).

Die Kapitalisten und ihre Ideologen fördern natürlich dieses falsche Bewußtsein vieler Angestellten über ihre tatsächliche gesellschaftliche Stellung.

Aufgabe aller klassenbewußten Kollegen – Arbeiter wie Angestellte – ist es, den Prozeß der Isolierung der DAG in Betrieb und Gesellschaft voranzutreiben, bis hin zum völligen Verschwinden dieser Stände-„Gewerkschaft". Dabei muß aber

de-„Gewerkschaft". Dabei muß aber

ausdrücklich davor gewarnt werden, z.B. das Abwerben von DAG-Mitgliedern nicht zu betreiben aufgrund von Illusionsmacherei über die wirklichen Zustände in den DGB-Gewerkschaften. Das kann nur zu einer späteren Enttäuschung und Resignation ehemaliger DAG-Mitglieder führen.

Auf die Gefahr der Illusionsmacherei (über die tatsächlichen Zustände innerhalb des DGB), kann nicht scharf genug hingewiesen werden. Nicht zufällig war weder den hamburger, noch den bayrischen Kollegen, die von der DAG zum DGB übergetreten sind, der ständische – und damit arbeiterfeindliche – Charakter der DAG politisch klar, zumindest taucht dieses Argument nicht in den uns vorliegenden Austrittsbegründungen auf. Stattdessen werden alle Austritte mit bestimmten Schweinereien, Betrügereien, arbeiterfeindlichen Maßnahmen der DAG-Führer, ihrer Jagd auf angebliche „Extremisten" etc. begründet. Diese Maßnahmen aber wiederholen sich tagtäglich und hundertfach in den DGB-Gewerkschafgen. Gerade in diesen Fragen sind die DGB-Gewerkschaften kaum besser als die DAG.

Die bürgerlichen Maßnahmen (der DAG-Führer) können also einen Übertritt zum DGB nur begründen, wenn die Kollegen sich reichlich Illusionen über die Zustände in den DGB-Gewerkschaften machen.

Auch für den DGB gilt, daß eine wirkliche Interessens-Vertretung durch die DGB-Führer keineswegs gegeben ist, daß die DGB-Gewerkschaften ebenso wie die DAG in den Händen bürgerlicher Machthaber sich befinden, daß der Kampf um die Gewerkschaften als klassenorientierte Interessensvertretung der Arbeiter und Angestellten erst noch geführt werden muß, bzw. ganz am Anfang steht, daß dort dieselben „Extremisten"-Jagden stattfinden, daß die Politik der DGB-Führer von fast gleichem Schrot und Korn ist wie die der DAG-Führer etc.

Die DAG-Führer werden ihrer politischen Isolierung nicht tatenlos zusehen. Im Gegenteil. Sie werden ihre Anstrengungen verschärfen, besonders im politisch-ideologischem Bereich (Standesdünkel statt Klassenbewußtsein). Ganz in diesem Sinne verkündete kürzlich Kutschinski, DAG-Landesleiter und Hamburger SPD-Bürgerschafts-Abgeordneter: *„Wir lassen uns in unserer Arbeit auch künftig nicht hemmen."* Natürlich. Freiwillig werden diese Herrschaften nicht abtreten. – **„Für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt!" (Mao)** ■

HBV-Komitee, KB-Gruppe Hamburg und AK-Redaktion

Nach Springer jetzt Broschek:

Vertrauensleutekörper soll zerschlagen werden

Am 15. November beantragte die Geschäftsleitung der Tiefdruckerei Broschek in Hamburg beim Betriebsrat, er möge der fristlosen Kündigung von zwei Mitgliedern der Vertrauensleutekörper-Leitung zustimmen. Begründung: Die beiden Kollegen hätten mit einem Rundschreiben den Betriebsfrieden gestört.

a der auf dieser Betriebsratssitzung anwesende stellvertretende Vorsitzende der Hamburger DruPa, Metzinger, den Antrag des Kapitalisten als nicht ausreichend ansah – er meinte damit sinngemäß: „Das müssen wir besser drehen", getraute sich der Betriebsrat vorerst nicht, der Kündigung seinen Segen zu geben. Das kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß insbesondere die Vorsitzenden des Broschek-Betriebsrates schon lange auf eine günstige Gelegenheit warten, die betroffenen Vertrauensleute loszuwerden.

Daraufhin sprach die Geschäftsleitung gegenüber dem VLK-Sprecher eine sofortige Beurlaubung mit striktem Hausverbot aus. Inzwischen liegt die „ordentliche" und „fristgemäße" Kündigung vor.

Die Jugendvertreterin, die zweites Mitglied der VLK-Leitung ist, will man laut Ankündigung der Broschek-Kapitalisten mit Hilfe eines Arbeitsgerichtsverfahrens aus der Jugendvertretung „drängen", um sie dann ohne Kündigungsschutz ebenfalls hinauswerfen zu können.

Dieser zweite Schlag gegen die gewählten gewerkschaftlichen Vertretungsorgane innerhalb von gut sechs Monaten (siehe Springer, ARBEITERKAMPF 31) ist der vorläufige Höhepunkt der Kampagne in der Hamburger Druck-Industrie, in der die fortschrittlichen Kollegen aus den Betrieben und den Gewerkschaften gedrängt werden sollen.

Bei diesem jüngsten Angriff, der sich schon seit längerem ankündigte, was auf eine längere Vorbereitung der Akteure in den Betrieben und in der Gewerkschaft hindeutet, werden die Gewerkschaftsführer und die rechten Betriebsräte aller Voraussicht nach ihren Teil dazu beitragen, mit Hilfe der „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" und infamer antikommunistischer Hetze den Kapitalisten die erwünschte Schützenhilfe zu leisten. Schon jetzt werden in der Hamburger DruPa gezielte Gerüchte ausgestreut, daß der Vorstand auf der nächsten Delegiertenversammlung eine größere Anzahl kritischer Gewerkschafter als Kommunisten (namentlich mit Organisationszugehörigkeit) denunzieren will, um ihren Ausschluß aus der DruPa vorzubereiten. Daß diese Ankündigung im Zusammenhang mit der Zerschlagung der gewerkschaftlichen Vertretungsorgane und den Kündigungen gesehen werden muß, steht außer Frage.

Es liegt ein Artikel der Betriebszelle Broschek des KOMMUNISTISCHEN BUNDES vor, in dem die Genossen am Beispiel Broschek die Auseinandersetzungen in der Hamburger Druck-Industrie, den Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung darstellen. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Versuche der Behinderung des Aufbaus der gewerkschaftlichen Vertrauensleutearbeit und die versuchte Zerschlagung eingegangen, die zunehmend unter der Parole: „Kommunisten raus aus den Betrieben und der Gewerkschaft!" geführt wird.

Diesen Artikel können wir aus Platzgründen und weil er verspätet bei der Redaktion einging erst im nächsten ARBEITERKAMPF abdrucken. ■

Druck-Komitee KB/Gruppe Hamburg

"EXTREMISTEN" – ERLASS IN DER DPG

Nachdem vor längerem die Ministerpräsidenten der Bundesländer den Erlaß gegen die Beschäftigung von „Extremisten' im öffentlichen Dienst herausgegeben haben (worunter auch die Beschäftigten bei der Bundespost fallen), haben die Führer der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) nun das Paßstück dazu herausgegeben: Nach dem Muster z.B. der Beiratsbeschlüsse der IG Chemie-, IG Metall- und IG Druck und Papier-Führer hat sich der Hauptvorstand am 8./9. November „gegenüber dem politischen Extremismus" „abgegrenzt". Der Wortlaut dieses Beschlusses, der ein „Ausschlußverfahren nach § 10 der DPG-Satzung" vorsieht, wurde jüngst in einem Rundschreiben des Bezirks Bremen der DPG veröffentlicht. Dieses Rundschreiben wurde den gehobenen Funktionärskreisen zugeleitet (z.B. den Vorsitzenden der Ortsvereine und der Amtsgruppen). Wir zitieren im Folgenden dieses Rundschreiben:

„Deutsche Postgewerkschaft (DPG) – Bezirk Bremen

Bericht von der Hauptvorstandssitzung am 8./9. November in Berlin

ABGRENZUNG GEGENÜBER DEM POLITISCHEN EXTREMISMUS

Nachdem der DGB und verschiedene Einzelgewerkschaften sich nunmehr auch nach links abgegrenzt haben, hat der Hauptvorstand in seiner Sitzung am 8. und 9. November 1973 in Berlin folgenden Beschluß gefaßt:

1. Die Tätigkeit für oder die Unterstützung von linksextremistischen Parteien, Vereinigungen oder Gruppierungen ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der DPG.

2. Zu diesen linksextremistischen Organisationen, die eine gewerkschaftsfeindliche Aktivität entfalten, zählen insbesondere die KPD, KPD/ML, und die von ihnen gegründete „revolutionäre" oder „rote" Gewerkschaftsopposition, die sogenannten Arbeiter- Basisgruppen sowie alle anderen Gruppierungen mit gleichen oder ähnlichen Zielrichtlinien.

3. Mitglieder der DPG, die gegen diesen Beschluß verstoßen, müssen wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens mit einem Ausschlußverfahren nach § 10 der DPG-Satzung rechnen.

Mit diesem Beschluß ist deutlich geworden, daß die DPG es nicht dulden wird, diejenigen in ihren Reihen zu behalten, die sie zerstören oder unterwandern wollen. Die DKP ist von diesem Beschluß nicht betroffen, da diese Partei immer wieder betont und ihre Mitglieder auch auffordert, innerhalb der Gewerkschaften legal zu arbeiten. Der Beschluß wird in einem der nächsten Rundschreiben noch erläutert." ■

Inhalt